

Charles Bettelheim

Theorie und Praxis sozialistischer Planung

trikont

EINFÜHRUNG: Definition des Plans/Direktiven/Konjunkturprognostik/Produktion und gesellschaftlicher Bedarf/Planung der Produktion/Planung der Verteilung

ZENTRALISIERTE ENTSCHEIDUNG ODER DEZENTRALISIERTE ENTSCHEIDUNG: Konzeption der dezentralisierten Entscheidung und ihre Kritik/Grenzen der Zentralisierung/ Sozialstruktur und wirtschaftliche Berichtigungen

DIE ENTSCHEIDUNG UND DAS WERTPROBLEM: Die Entscheidung im Bereich der Produktion/Arbeitszeit als planwirtschaftliche Rechnungseinheit

WIRTSCHAFTLICHE ENTSCHEIDUNG UND BEDARFSBESTIMMUNG: Quantitative Bestimmung des Konsumtionsbedarfs/ Qualitative Bestimmung des Produktionsbedarfs/Wirtschaftliche Entscheidung in einer Planwirtschaft

GELD UND RECHNUNG IN GELD: Geld als Wertmaßstab/Zirkulations- und Zahlungsmittel/Vergütungsmittel/Spar- und Akkumulationsmittel

Charles Bettelheim

**Theorie und Praxis
sozialistischer Planung**

trikont

hcd

trikont

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT ZUR DRITTEN FRANZÖSISCHEN AUFLAGE	11
---	----

EINFÜHRUNG	23
----------------------	----

1. Definition des Planes	24
2. Plan und Direktiven	24
3. Plan und Konjunkturprognostik	25
4. Plan und Freiheit	26
5. Definition des Wirtschaftsplanes	29
6. Plan und Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf	30
7. Verschiedene Arten der Anpassung der Produktion an den Bedarf oder an die Nachfrage	33
8. Bedeutung einer gesellschaftlichen Planung und die Rolle des Geldes	38
9. Planung der Produktion und Planung der Verteilung	41

I ZENTRALISIERTE ENTSCHEIDUNG ODER DEZENTRALISIERTE ENTSCHEIDUNG ?

1. Konzeption der dezentralisierten Entscheidung	43
1.1 Strukturelle Hypothesen	43
1.2 Anfallende Entscheidungen	44
1.2.1 Durch das zentrale Planungsbüro	44
1.2.2 Durch die Unternehmen	44
1.3 Richtlinien für die Beschlüsse	45
1.3.1 Gesamtvolumen der Investitionen	45
1.3.2 Zinssatz	45
1.3.3 Preise	46
1.3.4 Produzierte Mengen	46
1.3.5 Konkrete Investitionen	47
2. Kritik der Konzeption der dezentralisierten Entscheidung	48
2.1 Illusion einer Pseudokonkurrenz	48
2.2 Nachträgliche Berichtigungen und Vergeudungen	49
2.2.1 Argument: Reduktion der Aufwendungen für die Wirtschaftslenkung	50
2.2.2 Argument: Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung ex ante	50
2.3 Irrationalität der Entscheidungen	51
2.3.1 Die Aufgabe eines Zinssatzes	51
2.3.2 Preisschwankungen	52
2.3.3 Akkumulationstempo	53
2.4 Kumulativer Charakter der Wirtschaftsschwankungen	54
3. Kennzeichen der auf zentralen Entscheidungen beruhenden Planung	54
3.1 Grenzen der Zentralisierung	54
3.2 Vorschläge und Beschlüsse	55
3.3 Zentralisierung der Entscheidungen, Vergesellschaftung der Beschlüsse	55
3.4 Sozialstruktur und wirtschaftliche Berichtigungen	56

1. Auflage 2.000, 1971. © F. Maspero, Paris, 19663

© deutsche Ausgabe Trikont-Verlag, München

ISBN 3-920385-10-1

Übersetzung aus dem Französischen Jörg Hofmann

Druck: Druck-GmbH, München

II DIE ENTSCHEIDUNG IM PRODUKTIONSBEREICH INNERHALB EINER PLANWIRTSCHAFT UND DAS WERTPROBLEM

1.	Die Entscheidung im Produktionsbereich	57
1.1	Nur ein Verfahren ist technisch brauchbar	57
1.2	Mehrere Verfahren sind technisch brauchbar	58
2.	Die Arbeitszeit als "Rechnungseinheit" in einer Planwirtschaft	58
2.1	Die sowjetische Erfahrung	59
2.2	Scheitern der subjektiven Wertkonzeption	60
2.3	Gleichsetzung des Arbeitsaufwands mit dem Arbeitsopfer	61
2.4	Die Kosten in Arbeitszeit als einzige reale Kosten	61
3.	Kritiken der Anwendung der Arbeitszeit als Rechnungseinheit	63
3.1	Immanente Knappheit	63
3.2	Arbeit ist nicht homogen	63
3.3	Arbeit ist kein unveränderlicher Faktor	63
3.4	Qualität der nicht reproduzierbaren Güter	64
3.5	Arbeitsersparung erfordert Vorarbeit	64
3.5.1	"Kapitalkosten"	65
3.5.2	Zins als "Kapitalkosten"	66
4.	Zu den obigen Kritiken	67
4.1	Kritik des Begriffs "Immanente Knappheit"	67
4.2	Qualitative Heterogenität der Arbeitszeit	67
4.3	Berücksichtigung der Variabilität der notwendigen Arbeitszeit	67
4.4	Kosten von Grund und Boden und Kapitalkosten	68

III ÖKONOMISCHE ENTSCHEIDUNG UND BEDARFSBESTIMMUNG

1.	Quantitative Bestimmung des Konsumtionsbedarfs	70
1.1	Gesellschaftlicher Bedarf und Arbeitsersparung	70
1.2	Schätzung des Quantums des gesellschaftlichen Bedarfs, Freiheit der Konsumtion	71
1.3	Die geopferte Arbeitszeit als Maßstab für den Bedarf	73
1.4	Anwendung der obigen Begriffe	75
2.	Qualitative Bestimmung des Produktionsbedarfs	76
2.1	Der Begriff "Produktionsbedarf"	76
2.2	Quantitative Bestimmung des Produktionsbedarfs	76
2.2.1	Rolle der technischen Koeffizienten	76
2.2.2	Rolle der vorhandenen Produktionsmittel	77
2.2.3	Rolle der Bilanzen	77
2.3	Variabilität der technischen Koeffizienten und das Entscheidungsproblem	78
3.	Die wirtschaftliche Entscheidung; Zentrales Problem der Planung	78
3.1	Wirtschaftliche Entscheidung in einer kapitalistischen Konkurrenz-wirtschaft	78
3.2	Wirtschaftliche Entscheidung in einer Planwirtschaft	79
3.3	Die beiden Aspekte der wirtschaftlichen Entscheidung	79
3.4	Ihre Interdependenz	80
3.5	Wirtschaftliche Entscheidung und wirtschaftliche Rationalität	80
3.6	Stellenwert der Methode der sukzessiven Annäherung	81

IV GELD UND RECHNUNG IN GELD

1.	Funktion des Geldes	83
1.1	Als Wertmaßstab	84
1.2	Als Zirkulations- und Zahlungsmittel	84
1.3	Als Vergütungsmittel	85
1.4	Als Spar- und Akkumulationsmittel	85
2.	Rechnung in Geld	86
2.1	Die Notwendigkeit der Rechnung in Geld	86
2.2	Die konkrete Rolle der Rechnung in Geld	87

V PREISE UND GEWINNE

1.	Wert und Herstellungspreis	88
1.1	Definition	88
1.2	Bewegung des Herstellungspreises und Wertbewegung	89
2.	Wert und Großhandelspreis	91
2.1	Definition	91
2.2	Ökonomische Rolle des Großhandelspreises	91
2.3	Bemerkungen zu einigen Sonderfragen	92
2.3.1	Entwicklung der Produktionsbedingungen	92
2.3.2	Diversifikation der Produkt	92
2.3.3	Auftreten einer "Überkapazität"	93
3.	Wert und Einzelhandelspreis	97
3.1	Definition des Einzelhandelspreises	97
3.2	Allgemeines Prinzip	97
3.3	Ungleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage	98
3.3.1	Sonderfall verderblicher Güter	98
3.3.2	Dauerndes Ungleichgewicht	99
3.4	Bewegung der Bestände	101
3.5	Einzelhandelspreis und Großhandelspreis	101
4.	Der Gewinn	103
4.1	Akkumulationsfonds	103
4.2	Gewinn in einem Produktionszweig	105
4.3	Gewinn im Unternehmen	105
4.4	Sonderfall Handelsunternehmen	107

VI BESTIMMUNG DER GÜNSTIGSTEN TECHNIK

1.	Grundbegriffe	110
1.1	Das Prinzip der Arbeitsersparung	110
1.2	Der "technische" Gesichtspunkt	110
1.3	Effizienz der Investitionen	111
2.	Das Kriterium Rentabilität	112
2.1	Rentabilität und Effizienz	112
2.2	Kritik des Kriteriums Rentabilität	114
2.2.1	Keine objektive Basis für die Einführung einer Mindestrentabilitäts-norm	114
2.2.2	Unterschiede zwischen "Rentabilität" und Effizienz	116
2.2.3	Schlussfolgerungen über das Kriterium Rentabilität	117

3.	Das Kriterium der Einsparungsrate	120
3.1	Definition	121
3.2	Die untergeordnete Stellung der Einsparungsrate	124
4.	Die Bewegung der Arbeitsproduktivität	125
4.1	Kostenbewegung	128
4.2	Problem der Veralterung der Ausrüstung	128
4.2.1	Bereits veraltete Ausrüstung	132
4.2.2	Vorhersage der künftigen Veralterung und Dauer der Kapitalfestlegung	134
5.	Dauer der Anlaufzeit	135
5.1	Anlaufzeit und Gefahr eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts	136
5.2	Anlaufzeit und wirtschaftliche Effizienz	137
5.3	Versuch der Messung des Einflusses der Anlaufzeit auf die wirtschaftliche Effizienz	137
5.3.1	Arbeitszeinsparung und Anlaufzeit	139
5.3.2	Auswirkung einer Verkürzung der Anlaufzeit auf das Nationaleinkommen	140
5.4	Der Faktor Zeit und die Produktionskapazität	142
6.	Beweglichkeit der Produktionsmittel	144
7.	Direkte und indirekte Investitionen	144
7.1	Die verschiedenen Investitionsarten	146
7.2	Wie können die Verbindungen zwischen den verschiedenen Investitionen aufgedeckt werden?	150
7.3	Das Kriterium Investitionseinsparung	152
7.3.1	Überblick über das Problem der Investitionen	152
7.3.2	Stellung des Kriteriums Wirtschaftlichkeit für Investitionen	153
7.3.3	Die konkreten Kennzeichen jeder Wirtschaftsperiode	154

VII DIE NATÜRLICHEN REICHTÜMER UND DIE WIRTSCHAFTLICHKEITSBERECHNUNG

1.	Das Problem der Nutzungsgeschwindigkeit	156
1.1	Für die verschiedenen Kategorien natürlicher Reichtümer	157
1.1.1	"Erneuerbare" natürliche Reichtümer	157
1.1.2	"Nicht erneuerbare" natürliche Reichtümer	158
1.2	Für die verschiedenen Teilbestände eines gegebenen natürlichen Reichtums	159
2.	Das Standortproblem	160
2.1	Bebaubarer Boden	160
2.2	Konkurrierende Nutzung des gleichen Bodens	161
2.3	Standortprobleme der Unternehmen	162

VIII DAS PROBLEM DES ÖKONOMISCHEN GLEICHGEWICHTS ALLGEMEIN

1.	Der Bezugsrahmen, in dem sich das Problem eines geplanten ökonomischen Gleichgewichts stellt	165
1.1	Die beiden Produktionsabteilungen	165
1.2	Die Produktionsperiode	166
1.3	Grundlagen der gesellschaftlichen Rechnungsführung	167

2.	Allgemeine Darstellung des Problems des ökonomischen Gleichgewichts	167
3.	Optimale Verwendung, Gleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf	168
3.1	Das Problem der optimalen Verwendung der Naturkräfte und der natürlichen Reichtümer	168
3.1.1	Naturkräfte	169
3.1.2	Verwertung der Naturkräfte und natürlichen Reichtümer, Arbeitsaufwand	169
3.1.3	Engerer Sinn des Begriffs "optimale Verwendung der Naturkräfte und der natürlichen Reichtümer"	170
3.2	Das Problem der optimalen Verwendung der produzierten Produktionsmittel	170
3.2.1	Analoges zum vorigen Problem	170
3.2.2	Unterschiede zum vorigen Problem	170
3.3	Die optimale Verwendung der Arbeitskraft	171
3.3.1	Unbestimmtheit der "Menge der verfügbaren Arbeit"	171
3.3.2	Oberflächlicher Charakter dieser Unbestimmtheit	171
3.3.3	Variabler Charakter des "Drangs zur Arbeit"	172
3.3.4	Bestimmung der Arbeitsdauer	173

IX GLEICHGEWICHT ZWISCHEN PRODUKTION UND KONSUMTION BEI EINER STATISCHEN WIRTSCHAFT

1.	Kennzeichen einer statischen Wirtschaft	174
2.	Die beiden Probleme des stationären Zustands	174
2.1	Amortisationsprinzip	175
2.2	Fakten zum Problem des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion	175
3.	Hypothese eines "rein wirtschaftlichen" statischen Gleichgewichts	176
3.1	Lohn und Wert des Produkts	176
3.2	Verteilung der Arbeitskraft	176
4.	Hypothese eines statischen Gleichgewichts mit Finanzierung unproduktiver Aufwendungen	178
4.1	Bedingungen für die Erhaltung des Gleichgewichts	179
4.2	Verfahren der "Lohnsenkung"	179
4.3	Beispiele	179
4.4	Schlussfolgerungen	182
4.5	Grenzen der statischen und dynamischen Wirtschaft	183
4.5.1	Verringerung des Angebots an Arbeitskraft	183
4.5.2	Steigerung des Angebots an Arbeitskraft	184

X DYNAMISCHES GLEICHGEWICHT ZWISCHEN PRODUKTION UND KONSUMTION

1.	Dynamisches Gleichgewicht bei Wachstum der Zahl der Arbeiter und Beibehaltung der Produktionsformeln	187
1.1	Dynamik ohne unproduktive Aufwendungen	187
1.1.1	Entwicklungstempo der Arbeitskraft = $1/3$	188

1.1.1.1	Schema der "ersten Periode"	188
1.1.1.1.1	Lohnrate und Lohnvolumen	188
1.1.1.1.2	Konsumgüterproduktion und Produktionsmittelproduktion . . .	189
1.1.1.1.3	Auftreten eines Produktionsüberschusses und "potentielle Überproduktion"	189
1.1.1.2	Schema der "zweiten Periode"	190
1.1.1.2.1	Resorption der vorhergehenden "Überproduktion", optimale Verwendung und Beibehaltung der Produktionsformeln	190
1.1.1.2.2	Lohnrate, Nationaleinkommen und Masse der Einkommen . .	190
1.1.1.2.3	Betrag des Produktionsüberschusses	191
1.1.1.2.4	Neuer Aspekt des wirtschaftlichen Gleichgewichts	191
1.1.1.3	Schema der "dritten Periode"	192
1.1.1.4	Gesamtbetrachtung der Entwicklung von der ersten zur vierten Periode	192
1.1.1.4.1	Wachstum der Produktionsmittel und der Einkommen	192
1.1.1.4.2	Extensiver Charakter der vorausgegangenen Dynamik	193
1.1.1.4.3	Stabilität der Lohnrate	193
1.1.2	Entwicklungstempo der Arbeitskraft = $16 \frac{2}{3} \%$	193
1.1.2.1	Festsetzung der zu produzierenden Produktionsmittel und Konsumgüter, also der Arbeitskraftverteilung	194
1.1.2.2	Festsetzung des Einkommensbetrags und der Lohnrate	194
1.1.2.3	Neue Schemata	195
1.1.2.4	Konsequenzen dieser Planung	196
1.1.3	Entwicklungstempo der Arbeitskraft = 50%	196
1.1.4	Entwicklungstempo der Arbeitskraft = 75%	197
1.1.5	Entwicklungstempo der Arbeitskraft = $1/3$ bei einer Produktionsformel = 2	199
1.2	Dynamik mit unproduktiven Aufwendungen	199
1.2.1	Unproduktive Aufwendungen für Nicht-Arbeitende	199
1.2.1.1	Ausweitung der Produktion und wachsender Produktionsüberschuss	200
1.2.1.2	Ausweitung der Produktion und Verringerung der unproduktiven Ausgaben	201
1.2.2	Unproduktive Ausgaben für unproduktive Arbeiten	202
1.2.2.1	Verringerung der unproduktiven Aufwendungen mit Freisetzung von Arbeitsmitteln	202
1.2.2.2	Verringerung der unproduktiven Ausgaben ohne Freisetzung von Arbeitsmitteln	203
2.	Dynamisches Gleichgewicht bei gleichbleibender werktätiger Bevölkerung und progressiver Änderung der Produktionsformeln	203
2.1	Zahlenbeispiele	204
2.2	Gleichgewicht zwischen verteilten Löhnen und produzierten Konsumgütern, Steigerung der verfügbaren Produktionsmittel . .	206
2.3	Andere Feststellungen	206
2.3.1	Progressive Änderung der Verteilung der Arbeitskraft	206
2.3.2	Progressive Änderung der Verteilung der Produktionsmittel . .	206
2.3.3	Progressive Änderung der Verteilung der Produktion, konstanter Wert der Konsumgüterproduktion	207
2.3.4	Wachsende Differenz zwischen produziertem Wert und Wert der Produkte	207
2.3.5	Veränderung der Produktionsformeln	207

2.3.5.1	Vermehrung der Masse der verwendeten Ausrüstung	207
2.3.5.2	Vermehrung der Masse der verarbeiteten Grundstoffe	208
2.3.6	Preisbewegung und Ansteigen der Reallohne	208
2.3.7	Relative Freiheit in der Festsetzung der Akkumulationsrate . .	208
3.	Was zeigen die Schemata?	209
3.1	Gleichgewicht zwischen den Abteilungen I und II	209
3.2	Planung der Löhne und Planung der Konsumtion	210

XI PLANUNG DES AUSSENHANDELS, PROBLEME DES GLEICHGEWICHTS UND DER PREISE

1.	Planung des Außenhandels in einer relativ autarken Wirtschaft .	212
1.1	Rolle des Außenhandelsplans	212
1.2	Bestimmung der Überschüsse und der Defizite	213
1.3	Handelsbilanz und Wechselkurs	214
1.3.1	Überschuß der Exporte über die Importe	214
1.3.2	Überschuß der Importe über die Exporte	215
1.3.3	Probleme beim Handelsbilanzausgleich	215
1.4	Merkmale der Außenhandelsplanung in einer relativ autarken Wirtschaft	216
1.5	Außenhandel und inneres Gleichgewicht	217
1.6	Produktionsplan und Wechselkurs	217
2.	Planung des Außenhandels in einer an der internationalen Arbeitsteilung beteiligten Wirtschaft	218
2.1	Bestimmung der günstigsten Produkte	218
2.2.	Festsetzung der Preise für importierte Produkte, Berechnung eines Wechselkurses	219
2.3	Festsetzung der zu exportierenden und zu importierenden Mengen	220
2.4	Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ländern mit Planwirtschaft	220

XII ABSCHLUSS

1.	Das Problem des Zinssatzes	222
1.1	Zinssatz und Markt	222
1.2	Planung und Geld- und Finanzmarkt	223
1.3	Liquiditätsplan und Finanzplan	223
2.	Sparvermögen und Investitionen	224
2.1	Reserve-Sparen	224
2.2	Definitives Sparvermögen	225
3.	Das Risiko in der Planwirtschaft	227
3.1	Individuelle materielle Risiken	227
3.2	Kollektive natürliche Risiken	228
3.3	Gesellschaftliche Risiken	228
4.	Das Problem der Initiative	229
4.1	Die Quellen der Initiative	229
4.2	Privatinitiative und Ausführung	230
5.	"Unkosten" der Planung	230
6.	Die Probleme bei der Koexistenz eines geplanten und eines Konkurrenzsektors	231

6.1	Bedingungen der Teilplanung	232
6.2	Beispiel NEP	232
6.3	Berechtigung einer Teilplanung	232
6.4	Obligatorische Aufgaben und Zielprognosen	232

XIII ANHÄNGE

1.	Einwirkung der Freisetzung von Arbeitskraft und Arbeitsmitteln im unproduktiven Sektor auf das wirtschaftliche Gleichgewicht	235
2.	Dynamik bei gleichbleibender Bevölkerung und gleicher Produktivkräfteverteilung	236
3.	Analyse der Dynamik bei gleichbleibender Bevölkerung	237
3.1	Prozentsatz der Arbeitskräfte in Abteilung II	237
3.2	Entwicklung der Produktion und Produktionsverteilung	237
3.3	Differenz zwischen Wert der Produkte und produziertem Wert . .	237
3.4	Entwicklung der Produktionsformeln	238
3.5	Entwicklung der Produktion in "Fixpreisen"	239
4.	Unterschiedliche Umlaufzeiten	239
5.	Literatur	242
5.1	Zur Theorie der Planung	242
5.2	Wert, Preis und Wirtschaftsrechnung in Planwirtschaften	245
5.3	Die Reformen in den Methoden von Verwaltung und Planung	249

ANMERKUNGEN	251
-----------------------	-----

VORWORT ZUR DRITTEN FRANZÖSISCHEN AUFLAGE

Die Veröffentlichung einer dritten Auflage dieses Buches warf ein schwieriges Problem auf. Sollte der Text der zweiten Auflage praktisch unverändert übernommen werden, wobei nur die deskriptiven Entwicklungen, die heute nur noch beschränktes Interesse haben, wegfällen, oder sollte er auf den neuesten Stand gebracht und damit völlig umgearbeitet werden? Aus zwei wichtigen Gründen schien mir die erste Lösung vorteilhafter.

Erstens entsprachen meiner Meinung nach Form und Umfang des Buches von Anfang an einem Bedürfnis - nämlich nach einem Werk, das relativ leicht zu Rate zu ziehen ist, weil es technische Details und allzu spezialisierte Erörterungen nicht berücksichtigt. Die Berücksichtigung der neueren Analysen (1) auf dem Gebiet der sozialistischen Planung hätte dieses Buch erheblich belastet und sein inneres Gleichgewicht gestört; und das schließlich, um Entwicklungen einzufügen, die ihre eigene Logik haben und daher separat und in ihrem ganzen Zusammenhang vorgelegt werden sollten.

Darüber hinaus setzt ein Verständnis der gegenwärtigen Analysen voraus, daß man schon über ein Vorverständnis der allgemeineren Probleme zentralisierter Planung verfügt. Die Vermittlung dieses Vorverständnisses aber war immer das Ziel dieses Buches.

Wenn auch ein Großteil der neueren Entwicklungen des ökonomischen Denkens in den sozialistischen Ländern Europas darauf abzielt, Arten der Vorbereitung und Einsetzung von Plänen vorzuschlagen, die der Dezentralisierung mehr Raum geben (auf der Ebene bestimmter wichtiger ökonomischer Entscheidungen oder, am häufigsten, auf der Ebene der laufenden Wirtschaftsführung), so sind doch diese Vorschläge noch weit von ihrer Anwendung in einer Nationalökonomie als ganzer entfernt. Das einzige Land, das die zentralisierte Planung zugunsten eines völlig anderen Systems aufgegeben hat, ist Jugoslawien; aber seine Wirtschaft ist nicht mehr wirklich geplant. Man hat hier eine Marktwirtschaft vor sich, der eine Richtlinienplanung übergeordnet ist. Ein solches Wirtschaftssystem liegt also außerhalb des Themenkreises dieses Buches. Auch muß betont werden, daß die gegenwärtig vorgeschlagenen Formeln zur grundlegenden Änderung der Funktionsweise der zentralisierten Planung und - im Grenzfall - zu ihrer Ersetzung durch ein anderes Planungsmodell noch nicht einmal in Richtung auf ein einheitliches theoretisches System übereinstimmen, das parallel zur zentralisierten Planung untersucht werden könnte. Daher können die gegenwärtig in den sozialistischen Ländern Europas ausgearbeiteten Vorschläge zur Reform der Planungs- und Leistungsmethoden nicht wirklich systematisch analysiert werden, und zwar um so weniger, als sich die Diskussionen

auf sehr verschiedenen Ebenen bewegen: Wirtschaftstheorie, Methodologie der Planausarbeitung, Techniken der Leitung von Unternehmen im Staatsbesitz, Formen der Kontrolle, Anreize zur vollständigeren und effektiveren Ausnutzung der Ressourcen, die den Produktionseinheiten zur Verfügung gestellt werden, usw.

Darüber hinaus hat das in diesem Buch analysierte "Modell einer zentralisierten Planung" nicht nur den Vorzug, daß es dem einzigen "Modell" entspricht, das wirklich in die Praxis (2) umgesetzt wurde - wenn auch gewiß mit allen Störungen, die der Übergang eines gedanklichen in ein reales Modell mit sich bringt - sondern es hat auch den Vorzug, daß es in seinen wesentlichen Charakteristika den dringlichsten Erfordernissen einer gegebenen Etappe der sozialistischen Planung angepaßt wurde und eben deshalb erlaubt hat, die höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten zu erzielen, die die Menschheit bis heute kennt (3), und das trotz aller "Vergeudung", auf der gewisse Leute heute gern beharren.

Diese Fälle von "Vergeudung", die auf eine Reihe von Fehlerkorrekturen des Plans auf der Ebene der zwischenbetrieblichen Beziehungen zurückgingen, drückten vor allem den Widerspruch zwischen der starken Zentralisierung des Systems und der noch relativ schwachen Vergesellschaftung der Produktivkräfte aus. Die Tatsache, daß diese peripheren "Vergeudungen" ein außerordentlich rasches wirtschaftliches Wachstum insgesamt nicht verhindert haben, weist darauf hin, daß es sich hier nur um einen sekundären Widerspruch im Verhältnis zu denen handelt, deren Auflösung eben durch die Planung möglich war, indem die Konzentration der Mittel auf die Schlüsselbranchen der Wirtschaft garantiert werden konnte.

Das sind die beiden wichtigsten Gründe, die in meinen Augen die Wiederauflage des Buches in seiner alten Form rechtfertigen. Das heißt natürlich nicht, daß die Diskussionen, die zur Zeit in den sozialistischen Ländern Europas geführt werden, oder die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in China oder in anderen Ländern außerhalb der Sowjetunion ohne theoretische Bedeutung seien und daß man bestimmte Planungsprobleme nicht anders anfassen könne, als es bei anderer Gelegenheit möglich war. Eines der Ziele dieses Vorworts ist es ja gerade, einige Anmerkungen zu den wichtigsten Aspekten der inzwischen in Theorie und Praxis der sozialistischen Planung aufgetretenen Entwicklungen zu machen und gleichzeitig darauf hinzuweisen, inwieweit sich diese Entwicklungen zur Modifizierung bestimmter Urteile oder Bewertungen in diesem Buch bewegen haben. (4)

Die neuen Entwicklungen in den sozialistischen Ländern Europas liegen auf verschiedenen Ebenen.

1.) Auf der Ebene der allgemeinen Konzeption der sozialistischen Planung:

Vom Gesichtspunkt der allgemeinen Konzeption der sozialistischen Planung betrifft die bedeutsamste Entwicklung seit der zweiten Auflage dieses Buches nicht die "neuen Modelle der Planung und Leitung". Diese sind bekanntlich noch im Stadium von Vorschlägen oder teilweisen Anwendungsversuchen. Die bedeutsamste Entwicklung ist meines Erachtens, daß die Tatsache ins Bewußtsein gerückt ist, daß die gegenwärtigen sozialistischen Wirtschaften komplexe gesellschaftliche Übergangsformen bilden, auf die sich kein starres "einheitliches Modell" von Planung anwenden läßt. So sieht man klarer als noch vor einigen Jahren, daß das Wesentliche für die Entwicklung dieser gesellschaftlichen Formationen die Anwendung allgemeiner Grundsätze ist, welche die Erfordernisse des Aufbaus des Sozialismus ausdrücken, und zwar unter den spezifischen Eigenbedingungen dieser Übergangsgesellschaften.

Auch begreift man immer klarer, daß die heutigen sozialistischen Gesellschaften in ihrer Entwicklung Etappen oder Perioden zu durchlaufen haben, in deren Verlauf sich die konkreten Formen und Verfahrensweisen der Planung entwickeln sollen.

Schließlich begreift man, daß die komplexen gesellschaftlichen Formationen - die ja die Wirklichkeit ausmachen, auf welche die Planung angewendet wird - nicht gezwungen sind, nach einem eingeleigten "Gesetz des Übergangs" einem Zyklus rigoros vorgegebener "Perioden" zu folgen. (5)

Ebenso wie im einen oder andern Land die reale historische Reihenfolge der vorherrschenden Produktionsweisen von der gedanklichen abweichen kann (so daß bestimmte Stadien der gedanklichen Entwicklung übersprungen werden können), ebenso wird die historische Reihenfolge der "Perioden", welche die sozialistischen Wirtschaften durchlaufen, nicht durch eine wie immer geartete "Allgemeine Wirtschaftstheorie" vorgegeben. Das hat seinen Grund darin, daß der Bereich der Ökonomie nicht autark ist und daß er sich folglich aus den Wechselwirkungen der komplexen gesellschaftlichen Formationen entwickelt, welche die sozialistischen Wirtschaften bilden. Unter bestimmten Bedingungen können diese Wechselwirkungen die Effizienz der Politik und der Ideologie in besonderem Maße spüren lassen, und zwar um so mehr, als es sich um Übergangsgesellschaften handelt. Dank dieser besonderen Effizienz der Ebenen der Politik und der Ideologie ist es möglich, bestimmte Etappen zu vermeiden, d.h. "Abkürzungen" zu nehmen (das kann sicher auch dazu führen, daß man Umwege machen oder Rückschläge erleiden muß; denn die Entwicklungen auf den Ebenen der Politik und der Ideologie eignen sich nicht zur Beherrschung der Widersprüche, die sich in der gesellschaftlichen Formationen bekämpfen).

Diese Anmerkungen lassen verstehen warum die Planung der verschied-

denen sozialistischen Länder nicht der Entwicklung der Sowjetplanung folgen muß.

Die Effizienz der Ebenen der Politik und der Ideologie darf natürlich nicht dazu verleiten, die in letzter Instanz bestimmende Rolle der ökonomischen Ebene zu vergessen. Aber diese Ebene ist in keiner Weise von den anderen isoliert. Wie von den Gründern des wissenschaftlichen Sozialismus wiederholt betont wurde, kann die Entwicklung der Produktionskräfte durch die Transformationen der übrigen Ebenen des gesellschaftlichen Gefüges gebremst oder beschleunigt werden.

Ebenso wie der Entwicklungsstand der Produktivkräfte in einem bestimmten Land nicht als isolierte "Gesamtheit" betrachtet werden darf, ebenso wenig darf man bei der Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten eines bestimmten Landes seine Produktivkräfte isoliert betrachten. Man muß auch den gegebenen Weltstandard der Produktivkräfte sowie die Tatsache berücksichtigen, daß die Existenz bereits industrialisierter sozialistischer Länder die Entwicklungsperspektiven der weniger entwickelten Länder modifizieren kann.

Eine in die Einzelheiten gehende Aktualisierung des Buches müßte neben den gegenwärtigen Diskussionen auch die Verschiedenartigkeit der Lösungen berücksichtigen, die - auf Grund der unterschiedlichen historischen Bedingungen, auf die die verschiedenen sozialistischen Länder trafen - zur Frage der sektoriellen Prioritäten angeboten worden sind. Unter den spezifischen Bedingungen der Sowjetunion zu Beginn der ersten Fünfjahrespläne war die der Industrie gegenüber der Landwirtschaft (und innerhalb der Industrie die der Schwerindustrie) eingeräumte Priorität durch die Umstände auferlegt. (Das soll natürlich nicht heißen, daß der Grad der Priorität, welcher der Industrie eingeräumt wurde, und die daraus resultierende Unzulänglichkeit der Mittel für die Landwirtschaft, insgesamt gesehen, die wirtschaftliche Gesamtentwicklung nicht negativ beeinflusst hätten und heute nicht schwer auf der sowjetischen Wirtschaft lasteten.)

Die neuere Erfahrung der Chinesischen Volksrepublik zeigt, daß die Frage des Verhältnisses zwischen dem Entwicklungstempo der Industrie und dem der Landwirtschaft unter anderen historischen Bedingungen auch anders gestellt werden muß als im Fall der Sowjetunion; dies hat dazu geführt, daß der Landwirtschaft in der Entwicklung der Gesamtwirtschaft eine beträchtliche Rolle eingeräumt wurde, wie es die chinesische Parole "Die Landwirtschaft ist als Basis und die Industrie als leitender Faktor anzusehen" (6) bezeichnet.

2.) Auf der Ebene der Instrumente zur Ausarbeitung der Pläne:

Auf der zweiten Ebene ist die gegenwärtige Entwicklung durch die Perfektionierung der prognostischen Methoden zur Ausarbeitung der Pläne gekennzeichnet; außerdem wird sie durch die Perfektionierung der Methoden charakterisiert, mit deren Hilfe sich der sinnvolle Zusammen-

hang der Prognosen testen läßt, und zwar vor allem dank der Anwendung von Wachstumsmodellen und dem Rückgriff auf intersektorale Bilanzen oder Tabellen der zwischenindustriellen Relationen. Mit Hilfe dieser Rechnungsinstrumente ist es möglich, technisch-ökonomische Koeffizienten und Produktionsfunktionen auszuarbeiten, die allgemeinen Charakter als die zu Beginn der Sowjetplanung verwendeten technischen Koeffizienten haben. Diese Fortschritte auf der Ebene der wirtschaftsanalytischen Instrumente gestatten es heute, daß wesentlich komplexere Vorausberechnungen als früher durchgeführt und daß Simultangleichungssysteme angewendet werden, wodurch ein Teil der bisher erforderlichen sukzessiven Anpassungsoperationen vermieden wird.

Unter den Ökonomen, die bei der Anwendung mathematischer Methoden für die sozialistische Planung und die Verifizierung der sinnvollen Kohärenz der Pläne eine Pionierrolle gespielt haben, müssen besonders Nemtschinow, Kantorowitsch und Oscar Lange genannt werden.

Die durch die Anwendung der Tabellen intersektorieller Relationen eröffneten Berechnungs- und Projektionsmöglichkeiten haben neue und wichtige praktische Entwicklungen hervorgebracht. Dennoch darf man nicht übersehen, daß diese Entwicklungen die Erarbeitung adäquater wissenschaftlicher Konzeptionen voraussetzen, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, und daß sie selbst erst in gesellschaftlichen Veränderungen zu Buche schlagen, die weit über die reinen Planungstechniken hinausgehen.

So öffnet die immer tiefere Einsicht in die Verbindungen, welche die verschiedenen ökonomischen Aktivitäten einigen, neuen theoretischen Entwicklungen den Weg (und erfordert solche Entwicklungen). Parallel dazu können die wachsende Vergesellschaftung der Produktivkräfte und die ebenfalls wachsende Fähigkeit, diese ihrer Natur entsprechend zu behandeln, ein qualitatives Band in der Planungspraxis vorbereiten.

Es soll hier daran erinnert werden, daß die ihrer Natur entsprechende Behandlung der Produktivkräfte nicht nur die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse bedeutet, sondern ebenso die größtmögliche Anpassung der Organisationsformen und der konkreten Art und Weise der Planung an die Natur der Produktivkräfte und an die reale Kapazität der verschiedenen gesellschaftlichen Instanzen - zumindest in dem Maß, daß diese Anpassung Widersprüche zwischen den verschiedenen Ebenen der gesellschaftlichen Formation nicht aufkommen läßt. Wenn man die durch die Entwicklung der Produktivkräfte nötig gewordenen Anpassungen nicht in der richtigen Weise vornimmt, dann kann dies weitere wirtschaftliche Fortschritte verzögern.

Die Erarbeitung der optimalen Variante (7) eines Wirtschaftsplanes bildet zweifellos einen der wichtigsten Aspekte der quantitativen Planausarbeitung.

Im Augenblick sind die Arbeiten über die Ausarbeitung eines "Optimal"-plans erst in ihrem Anfangsstadium; auch haben diese Arbeiten - obwohl sie unter dem Druck der Forderungen der Planungspraxis in

die Wege geleitet wurden - nur ein begrenztes Anwendungsgebiet.

Vom Standpunkt einer Gesamterörterung der Natur dieser Probleme aus hat S. Stroumilin in seiner Arbeit "Das Problem der optimalen Proportionen" einen besonders interessanten Beitrag geliefert.

Die Optimierungsrechnungen im Bereich der Planung sind zuerst auf der Ebenen der Branchenprogrammierung angewendet worden. In letzter Zeit wurde mit einer "optimalen Programmierung" auf nationalökonomischer Ebene eine wichtige Etappe zurückgelegt; die ungarischen Nationalökonom J. Kornai, Th. Liptak, G. Simon und S. Ganczer haben dabei eine wichtige Rolle gespielt. Die Arbeiten dieser Nationalökonom wurden aber, wie sie betonen, entwickelt, indem sie sich auf zahlreiche Arbeiten von Wirtschaftswissenschaftlern und Mathematikern in anderen Ländern stützten.

Wie schon gesagt wurde, hängt die richtige Lösung der Probleme bei der Ausarbeitung eines "optimalen Planes" also nicht nur von methodologischen Fortschritten oder von den Berechnungsmöglichkeiten ab, die durch die Anwendung elektronischer Datenverarbeitung eröffnet werden. Sie hängt auch ab von der Erarbeitung eines Systems von Konzeptionen, das es erlaubt, die theoretischen Grundprobleme der Entwicklung der Übergangsländer mit größerer Genauigkeit zu bestimmen. Hier geht es nämlich um gesamtgesellschaftliche und nicht um bloße "ökonomische" Probleme.

Die neueren Entwicklungen in Theorie und Praxis der Planung geben auch Anlaß zu einer tiefergehenden Erörterung der Natur der Wirtschaftsrechnung in den sozialistischen Wirtschaften.

Verbindet man diese Reflexionen mit einer Analyse der Beziehungen zwischen den verschiedenen produktiven Wirtschaftssubjekten (8) in den sozialistischen Ländern, so ist man gezwungen, gewisse frühere Schlussfolgerungen zu modifizieren, und zwar vor allem in Bezug auf den "unmittelbar gesellschaftlichen" Charakter der Arbeit, wie sie in den Planwirtschaften in ihrem jetzigen Stadium geleistet wird.

Dies sind einige Punkte, in denen sich meine Auffassungen heute im Vergleich zu den in diesem Buch vertretenen Meinungen weiterentwickelt haben.

Ohne zu wiederholen, was ich an anderer Stelle (9) geschrieben habe, möchte ich sagen, daß so, wie die Bedingungen für eine effektive Verbindung zwischen den verschiedenen Produktionseinheiten heute aussehen, eine große Zahl von ihnen in Wirklichkeit noch relativ unabhängige "produktive Wirtschaftssubjekte" sind. Selbst mit diesem Maßstab ist es nicht ganz möglich, die Arbeits- und Produktmengen, die diese Wirtschaftssubjekte zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse liefern können, genau und in der richtigen zeitlichen Abfolge vorausszuschätzen. Umgekehrt können die zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse effektiv benötigten Arbeits- und Produktmengen noch nicht gänzlich ex ante in ihrer zeitlichen Abfolge bestimmt werden. Daraus geht hervor, daß man beim gegenwärtigen Entwicklungsstand der Planwirt-

schaften nicht sagen kann, die von den unterschiedlichen Arbeiterkollektiven geleistete Arbeit bilde von jetzt an und im Ganzen gesehen eine unmittelbare gesellschaftliche Arbeit. Was man sagen kann, ist, daß unter den heutigen Bedingungen die in der Produktion aufgewendete Arbeit nur teilweise unmittelbar gesellschaftlichen Charakter hat.

Daher ist eine doppelte Wirtschaftsrechnung erforderlich: eine gesellschaftliche Wirtschaftsrechnung, die ex ante ausgeführt wird und deren Ergebnisse vor allem in den Unterlagen der Pläne erscheinen, und eine Wirtschaftsrechnung ex post mit "Handels"charakter, die auf der Ebene der Wirtschaftssubjekte unter Anwendung eines Preissystems stattfindet. Die eben gewählte Formulierung bringt natürlich nicht nur die Rolle des Preissystems, sondern auch die des Geldes mit ins Spiel. In diesem Vorwort soll es genügen, diese Punkte anzudeuten; im späteren Text werde ich ausführlicher darauf zurückkommen.

Diese Probleme wurden nicht immer in die hier verwendeten Begriffe gefaßt; ihre Existenz trat jedoch so klar zutage, daß bedeutende Forschungen über die Bedingungen der Installierung eines Systems wirtschaftlich signifikanter Preise auf Betriebsebene und auf der Ebene der gesamtwirtschaftlichen Rechnung unternommen wurden. Ihre Ergebnisse führen dazu, gewisse in diesem Buch vorliegende Vorschläge teilweise zu modifizieren.

Ich möchte hier vor allem die Bedeutung der im Lauf der letzten Jahre in den verschiedenen sozialistischen Ländern unternommenen Bemühungen betonen, ein Preissystem zu erarbeiten, das gleichzeitig die gesellschaftlichen Effektivkosten und den mehr oder weniger großen gesellschaftlichen Nutzen der verschiedenen Produkte mehr als bisher berücksichtigt. Dies ist eines der wichtigsten Themen in den Arbeiten zahlreicher Nationalökonom; die betreffenden Veröffentlichungen werden in der Literatur am Ende dieses Buches genannt.

3.) Auf der Ebene der Produktionsverhältnisse und der Anwendungsbedingungen der Pläne:

Wenn das sozialistische Unternehmen als "Wirtschaftssubjekt" gelten kann, müssen bestimmten Produktions- oder Distributionseinheiten (oder Zusammenschlüssen solcher Einheiten) auch eigene Entscheidungsbefugnisse verliehen werden. Mit Art und Umfang dieser Befugnisse beschäftigt sich ein Teil der gegenwärtigen Diskussionen. (10)

Die Schlussfolgerungen aus diesen Diskussionen werden auf die spätere Entwicklung der Planwirtschaft großen Einfluß haben. Wenn sich daraus ergibt, daß die Entscheidungsbefugnisse der Produktionseinheiten auf das zur Planerfüllung unter den bestmöglichen Bedingungen erforderliche Maß beschränkt werden, würde das einen Fortschritt in den Bedingungen der Anwendung der Pläne bedeuten. Wenn die Produktionseinheiten oder Betriebe dagegen aufgrund ihrer Entscheidungsbefugnisse die wesentlichen Eigenschaften ihrer Tätigkeit selbst festlegen können,

kann der Planungscharakter des gesamten Wirtschaftslebens in Frage gestellt sein.

Natürlich hängt das Ergebnis dieser Diskussionen in den sozialistischen Ländern nicht nur von der theoretischen Erfassung der betreffenden Probleme, sondern auch von der inneren Entwicklung der Widersprüche in diesen Ländern selbst ab: Die Art, wie die Frage der "materiellen Anreize" angegangen wird, zeigt das deutlich.

Die Erörterung der zweiten Möglichkeit ist keine Erörterung einer bloßen abstrakten Möglichkeit; einige der Vorschläge, den Betrieben der sozialistischen Welt größere Bewegungsfreiheit zu geben, würden Grundlagen der Planung selbst gefährden.

Ich muß hier wieder einmal betonen, daß die "jugoslawische Erfahrung" bestätigt, daß ab einem bestimmten Punkt die den Betrieben des staatlichen Sektors gewährte Autonomie zur Herrschaft des Marktes über die Entwicklung der Wirtschaft führt. So sieht man, wenn die wirtschaftspolitische Linie nicht stimmt, wie die Marktmechanismen allmählich die Preisbildung, Kreditgewährung, Kommerzialisierung der gesamten Produktion und sogar den Handel mit dem Ausland und die Verwendung der Investitionen bestimmen. Daher funktionieren die Betriebe, obwohl sie dem Staat gehören, wie kapitalistische Unternehmen, die je nach ihrer eigenen "Rentabilität" wachsen, stagnieren oder gar Bankrott machen: Sie nehmen ein Banksystem in Anspruch, das sie je nach den Perspektiven, die sie aufweisen, unterstützt oder nicht.

Eine solche Entwicklung geht natürlich nicht nur auf "Irrtümer" im subjektiven Sinn, d. h. auf eine unrichtige theoretische Analyse zurück. Sie ist auch das Ergebnis von gesellschaftlichen und politischen Wandlungen, von Änderungen im Kräfteverhältnis der Klassen und sozialen Schichten, des Abbaues der Führungsrolle einer Arbeiterpartei usw.

Die theoretischen Irrtümer sind daher im großen und ganzen das Abfallprodukt einer objektiven Entwicklung, und die pseudoteoretischen Formulierungen dienen oft nur der ideologischen Rechtfertigung der Praktiken, deren Ursache in den Produktionsverhältnissen der Gesellschaft liegt.

Hier kann nicht untersucht werden, aus welchen Gründen zur Zeit in bestimmten sozialistischen Ländern vorgeschlagen wird, den Betrieben sehr große Autonomie zu verleihen. Diese Gründe nämlich sind zahlreich und bewegen sich auf verschiedenen Ebenen: Einseitige Herausstellung der "Vergeudung" von Ressourcen (die in den Betrieben manchmal erheblich ist) durch einige der früheren Leitungs- und Planungsmodalitäten (11); das Gefühl, man müsse in einigen der heutigen sozialistischen Wirtschaften der Initiative der Unternehmensleiter oder der Arbeitskollektive, die diese Betriebe bilden, mehr Raum lassen; die Erkenntnis, daß gewisse Formen früherer Organisation ein rasches Eindringen des technischen Fortschritts in bestimmte Produktionsverfahren gebremst haben; der Wunsch nach Änderung der Arbeitsvergütung, vor allem durch das Inkraftsetzen von Formen eines materiellen Anreizes, der die Arbeiter oder

Kader jedes Betriebes mit seinen "finanziellen Ergebnissen" koppelt.

Unabhängig von der Art der Motive gibt es keinen Zweifel, daß durch die gegenwärtigen Diskussionen über den Status der sozialistischen Unternehmen das System der Produktionsverhältnisse der Planwirtschaften selbst konsolidiert oder erschüttert werden kann.

In diesen Diskussionen ist die Neigung zu beobachten, zwei Arten der Planrealisierung einander gegenüberzustellen: einerseits die "administrativen Maßnahmen", andererseits die "wirtschaftlichen Maßnahmen". Mit dem ersten Ausdruck bezeichnet man alle Anordnungen, die den Unternehmen - in Form spezifischer Befehle oder in Form von Reglementierungen - von den übergeordneten wirtschaftlichen Instanzen erteilt werden. Mit dem zweiten wird die Handhabung "ökonomischer Hebel" durch die übergeordneten wirtschaftlichen Instanzen bezeichnet, z. B. die Festsetzung der Preise durch diese Instanzen, die Verteilung der Investitions- und Kreditfonds durch das Budget oder durch die Banken des sozialistischen Sektors usw.

Im gegenwärtigen Stand der Diskussion scheint klar zu sein, daß es einerseits einen Kern "administrativer Maßnahmen" gibt, die jeder sozialistischen Planung zugrunde liegen, und daß es andererseits darüber hinaus eine Reihe "administrativer Maßnahmen" gab und gibt, auf die man zurückgreifen muß, weil entweder gerade Ungleichgewichte zwischen bestimmten zur Verfügung stehenden Produkten und der Nachfrage danach bestehen oder weil die Organisationsformen den Erfordernissen der Planung nicht völlig angepaßt sind. Eine solche Fehlanpassung kann darauf zurückzuführen sein, daß die Organisation auf die objektiven wirtschaftlichen Erfordernisse "verspätet" reagiert - sie kann aber auch die Folge eines "Vorsprungs" bestimmter Organisationsformen in bezug auf die realen Funktionsbedingungen der Wirtschaft sein. Jedoch kann, und das muß betont werden, ein solcher "Vorsprung" zugleich gesellschaftlichen und politischen Forderungen entsprechen.

Nur durch konkrete Analyse kann in jedem Augenblick geklärt werden, welche administrativen Führungsmaßnahmen gesellschaftlich notwendig sind und welche nur das Ergebnis von Schwächen infolge eines momentanen Fehlfunktionierens der Wirtschaft oder infolge von Organisationsstrukturen bilden, die dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte nicht angepaßt sind.

Es muß betont werden, daß eine wachsende Zahl von Nationalökonomern zu dem Schluß kommt, daß die Planungsorgane aus Gründen der Form eines Teiles der Produktionsfunktionen einigen Unternehmen immer bestimmte quantitative Ziele vorgeben müssen. Mit anderen Worten: es erscheint immer gewisser, daß es unmöglich ist, eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft nur mit Hilfe der "ökonomischen Hebel" zu gewährleisten.

Jedenfalls machen die gegenwärtigen Diskussionen wieder einmal deutlich, daß die Formen und Methoden sozialistischer Planung relativ viel-

fähig sein müssen, um dem jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte und dem jeweiligen Wirkungsgrad der verschiedenen Instanzen jeder gesellschaftlichen Formation gerecht zu werden. So ist z.B. die Bedeutung, die heute dem Problem des "materiellen Anreizes" in den meisten sozialistischen Ländern beigemessen wird, offensichtlich nicht ohne Zusammenhang mit dem Wirkungsabfall der ideologischen und politischen Ebene in diesen Ländern. Umgekehrt kann die Schaffung "materieller Anreize" ihrerseits die Wirksamkeit der ideologischen und politischen Ebene beeinflussen.

Die Probleme bei der Organisation der sozialistischen Wirtschaft betreffen nicht nur die möglichen Entscheidungsbefugnisse der Unternehmen und die Art ihrer Unterstellung unter den Plan, sondern auch die "Abgrenzung" der verschiedenen realen "Wirtschaftssubjekte", deren Gesamtheit den sozialistischen Staatssektor bildet. Auch hier liegen Fragen von großer praktischer Bedeutung vor. Wenn erst einmal die theoretischen Grundprinzipien festgelegt sind, können diese Fragen nur durch eine konkrete Analyse gelöst werden, die klären muß, auf welcher Ebene die Notwendigkeit einer den Planungsinstanzen untergeordneten Entscheidungsbefugnis wirklich vorliegt. In jedem Fall ist deutlich zu sehen, daß die Wirtschaftssubjekte mit dem Fortschreiten der Produktivkräfte zu immer komplexeren Subjekten werden, die sich aus der organischen Integration verschiedener Produktions- oder Distributionseinheiten bilden. Auf Grund dieser Integration können die Produktionseinheiten immer besser von einer einzigen Zentrale aus befehligt werden, die ja praktisch alle Informationen erhält, die zur Fassung wirtschaftlich und gesellschaftlich nützlicher Beschlüsse erforderlich sind.

So führt der Fortschritt der Produktivkräfte selbst zu einer progressiven Umstrukturierung der Wirtschaftssubjekte in komplexe Wirtschaftssubjekte; dadurch verringert sich zwangsläufig ihre Zahl, und das dürfte eine sehr viel wirksamere zentralisierte Planung ermöglichen als bei einer beträchtlichen Anzahl verschiedener Wirtschaftssubjekte.

Es erscheint mir wesentlich, diese verschiedenen Probleme zu erwähnen, auch wenn sie teilweise außerhalb des in diesem Buch behandelten Fragenkomplexes liegen (das sich ja im wesentlichen auf die Probleme der Ausarbeitung der Pläne und nicht auf ihre Anwendungsprobleme konzentriert); es darf nämlich nicht vergessen werden, daß auch die Bedingungen, unter denen ein Plan ausgeführt wird, wiederum die Bedingungen seiner Ausarbeitung beeinflussen.

Jedenfalls muß nochmals unterstrichen werden, daß die Diskussionen oder Transformationen, die in den sozialistischen Ländern im Gange sind, ihrem Anspruch und ihrem Wesen nach weit davon entfernt sind, das Ergebnis "reiner ökonomischer Forschung" zu sein. Wir stehen hier vor einer gewissen theoretischen Behandlung konkreter Probleme, die sowohl durch die objektive Entwicklung der Produktivkräfte wie durch die Entwicklung von Widersprüchen zwischen den Organisationsformen und den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse aufgeworfen werden.

Die wachsende Komplexität der sozialistischen Wirtschaft stellt auch das Problem der Plan "kennziffern" und die Frage, wie eine Kontrolle der Ausführung der Pläne erfolgen soll.

Unter anderem ist hier nach der Form gefragt, in der die Planziele jedem Unternehmen vorzugeben sind. Diese Form muß es erlauben, daß nicht so sehr ein "Prozentsatz" der Planerfüllung, sondern vor allem die Effizienz bewertet wird, mit der ein Unternehmen den Plan erfüllt. Dazu ist eine Hauptkennziffer unerlässlich, mit der man die Qualität der Führung der verschiedenen Produktionseinheiten bewerten kann. Eine solche Kennziffer ist übrigens nicht nur für die Zentralbehörden, sondern auch für jedes Unternehmen unerlässlich: Jeder einzelne Betrieb muß nämlich über ein Orientierungsmittel verfügen, um seine eigene Führung vom nationalökonomischen Blickpunkt her so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten.

Die Diskussionen über die Frage, was ein guter "Führungsindex" ist, sind noch längst nicht abgeschlossen. Dieser Index muß nämlich so beschaffen sein, daß eine "gute Geschäftsführung" auf Unternehmensebene auch vom nationalökonomischen Standpunkt aus gut ist. Hier kann man im Grunde zwei einander entgegengesetzte Standpunkte erkennen: Der eine bekräftigt, das Kriterium "Rentabilität" oder "Gewinn" sei das beste, der andere sieht in der Maximierung des "erwirtschafteten Wertes" (d.h. Bruttoproduktionswert minus Wert des materiellen Inputs) das wichtigste Kriterium für eine gute Geschäftsführung. Der sowjetische Ökonom Liberman vertritt die erste Auffassung; die tschechoslowakischen Ökonomen und vor allem Ota Sik nehmen den zweiten Standpunkt ein. Diese Divergenzen hängen mit teilweise unterschiedlichen Konzeptionen des Preissystems zusammen, das auf der Ebene der laufenden Geschäftsführung angewendet werden soll. Sie sind nicht - offenbar nicht mehr - ohne Beziehung zu den konkreten Formen, die der Unternehmensführung gegeben werden sollen.

Das Kriterium "Rentabilität" kann verständlicherweise in bestimmten Grenzen als Maßstab für die Beurteilung der Leitung eines sozialistischen Unternehmens dienen, dessen Aufgabe im übrigen darin besteht, die Ziele zu realisieren, die ihm durch einen nationalen Wirtschaftsplan gesteckt sind. Aber dieses Kriterium der "lokalen" Rentabilität darf immer nur untergeordnet sein; in keinem Fall darf es die Ausrichtung der Investitionen bestimmen, deren Disposition die Wirtschaftsstruktur, d.h. den Anteil der verschiedenen ökonomischen Aktivitäten und die technischen Bedingungen, unter denen diese Aktivitäten stattfinden, zwangsläufig beeinflusst.

Die Effizienz der Investitionen kann nur auf gesellschaftlicher Ebene beurteilt werden, und zwar über eine Kombinationsrechnung, welche die Auswirkungen der in einem bestimmten Zeitraum möglichen strukturellen Veränderungen ermittelt. Die "Rentabilität" selbst kann nur - und auch das nur unter zahlreichen Vorbehalten - den

mehr oder weniger effizienten Charakter der Verwendung bereits vorhandener und wahlweise zu benutzender Ressourcen beleuchten. So stellt die "Rentabilität" nur ein untergeordnetes Teilkriterium für die Geschäftsführung dar, das allein innerhalb bestehender Strukturen brauchbar ist und daher nur sekundäre, nicht aber grundsätzliche Entscheidungen klären hilft. Diese von der Planung abhängigen grundsätzlichen Entscheidungen können also nur auf der Grundlage des Kriteriums gesellschaftliche Effizienz getroffen werden. Dem Gegensatz zwischen diesen beiden Begriffen ("Rentabilität" und "gesellschaftliche Effizienz") kommt um so größere Bedeutung zu, je weiter sich der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte entwickelt und je größer ihre Wachstumsgeschwindigkeit ist.

Wie man sehen wird, beruht die Analyse der allgemeinen Bedingungen einer sich im Gleichgewicht befindlichen wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Buch auf den Marx'schen Schemata der erweiterten Reproduktion. In diesem Rahmen läßt die Anwendung dieser Schemata vorerst nur relativ begrenzte Aspekte der durch die Fortentwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität aufgeworfenen Probleme erfassen. Auch hier liegt eine Frage vor, die den Gegenstand späterer Untersuchungen bilden soll, da sie äußerst wichtige Konsequenzen beinhaltet. (12)

Die obigen Probleme und die Lösungen, die für sie gefunden werden können, führen möglicherweise dazu, einige der in diesem Buch vorgelegten Analysen neu zu formulieren. Jedoch können diese Analysen nur teilweise modifiziert werden, da mein Buch vor allem die Probleme der Planausarbeitung in einer hypothetischen zentralisierten Planung behandelt.

Ich möchte diese Anmerkung mit dem Hinweis beenden, daß die Diskussionen über die Binnenpreise nicht von denen über die Preise zwischen Ländern mit sozialistischer Wirtschaft getrennt werden können. Die für dieses Problem gefundene Lösung hängt ihrerseits natürlich mit einer wissenschaftlichen Analyse der Bedingungen für die internationale Arbeitsteilung zwischen sozialistischen Ländern zusammen. (13)

Dies sind einige der Fragen über die seit der zweiten Auflage dieses Buches wichtige theoretische Diskussionen in Gang gekommen sind. Obgleich es möglich gewesen wäre, diese Diskussionen auf den folgenden Seiten zu berücksichtigen, schieben es mir aus den soeben dargelegten Gründen vorzuziehen, die Analyse dieser neuen Probleme einer späteren Arbeit vorzubehalten.

Charles Bettelheim (Juli 1966)

EINFÜHRUNG

Es gibt vielerlei Arten, eine Untersuchung der Planung zu konzipieren. Man kann von einer in mancher Hinsicht empirischen Analyse der Planungsziele ausgehen, um von diesen Zielen zu einer theoretischen Konzeption zu gelangen. Dieser Aufstieg von der Praxis zur Theorie oder vom Konkreten zum Abstrakten wäre nichts anderes als die Anwendung einer induktiven Methode auf unser Thema. Ebenso kann man unmittelbar von einer Art reiner Theorie der Planung ausgehen, die aus einer Definition des Planes ihre theoretischen und dann praktischen Konsequenzen ableiten würde. Dieser Abstieg von der Theorie zur Praxis, vom Abstrakten zum Konkreten wäre die Anwendung einer deduktiven Methode auf unser Thema. Die getrennte Anwendung dieser beiden Methoden könnte jedoch keine zufriedenstellenden Ergebnisse liefern. Isoliert beruht jede von ihnen auf einem nicht eindeutigen Vorgehen. Die erste gibt vor, sie gehe allein von der Erfahrung aus; aber sie muß die Erfahrung mit Begriffen und Definitionen beladen: Um zu untersuchen, welche Ziele eine Planung gehabt hat, muß man erst wissen, was ein Plan ist - man muß ihn also definieren. Die zweite Methode gibt vor, von einer abstrakten Definition auszugehen; damit diese Definition aber nicht willkürlich ist, damit sie dem Faktischen verhaftet ist, muß sie bei ihm irgendwelche Anleihen machen. Daher muß hier auf beide Methoden zurückgegriffen werden - nicht um sie einander zu konfrontieren, sondern um die Synthese daraus zu bilden.

Die erste, empirische Methode soll uns die Fakten der Planung vorstellen und uns erlauben, irgendeine Nomenklatur dafür zu finden und die äußeren Zusammenhänge zu verstehen. Die zweite, theoretische Methode soll uns in den Mechanismen der Planwirtschaft eindringen lassen. Das innere Band zwischen diesen beiden Methoden soll die Geschichte sein, die uns zeigen wird, wie sich die Elemente und Bedingungen einer Planwirtschaft nach und nach entwickeln, und zwar nicht nur im Denken der Menschen, sondern auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. (Im Rahmen dieses Buches werden wir keinen Raum haben, auf diesen letzten Aspekt näher einzugehen.)

Diese Überlegungen haben uns veranlaßt, unsere Untersuchung in zwei Teile zu gliedern: in einen historischen und deskriptiven sowie in einen mehr theoretischen Teil. Der erste Teil stützt sich wiederum auf eine Anzahl von Definitionen, die in der vorliegenden Einführung erscheinen. In dieser Einführung werden wir auch versuchen, Planung gegen benachbarte Begriffe abzugrenzen und die Streitpunkte zwischen Liberalen und Planern zu präzisieren.

1.) Definition des Planes

Wir gehen also von einer Definition des Planes aus. Allgemein und nicht nur ökonomisch gesehen, wird ein Plan, so wie wir ihn verstehen, aus der Gesamtheit der zur Ausführung eines Projekts beschlossenen Vorkehrungen gebildet.

Bei der Definition des Planes treten folglich zwei Elemente auf:

- 1) ein Projekt, d.h. ein vorgeschlagenes Ziel;
- 2) die zum Erreichen dieses Zieles beschlossenen Vorkehrungen, d.h. die Festlegung der Mittel.

Ein festgesetztes Ziel und ebenfalls festgesetzte Mittel, um dieses Ziel zu erreichen – das ist das wesentliche an jedem Plan, das unterscheidet ihn vom simplen Projekt.

Oft wird geglaubt, nach der Festsetzung des Zieles sei die Festsetzung der Mittel eine rein technische Angelegenheit; es ist jedoch oft möglich, das gleiche Ziel auf verschiedenen Wegen zu erreichen. Die Entscheidung zwischen diesen Wegen wirft zahlreiche Probleme auf, die weit über den Bereich des Technischen hinausgehen. Um so mehr kann die Festsetzung der Ziele, die Entscheidung, nicht allein von der Technik abhängen. Wir werden noch öfter Gelegenheit haben, auf diesen Punkt zurückzukommen.

Aus dem eben Gesagten geht hervor, daß der Wirtschaftsplan folgendermaßen definiert werden muß: als eine "Gesamtheit der zur Ausführung eines mit ökonomischer Aktivität einhergehenden Projekts beschlossenen Vorkehrungen". Es kann hierzu auch Produktions-, Verteilungs-, Investitions- Teilpläne geben; im vollen Sinn des Wortes aber ist der Wirtschaftsplan ein Plan, der das gesamte wirtschaftliche Leben oder die gesamte Tätigkeit einer ökonomischen Einheit betrifft. Diese untergeordneten Pläne werden immer häufiger als Programm bezeichnet. Auf diese Unterscheidungen, die von großer Bedeutung sind, werden wir noch zurückkommen.

2.) Plan und Direktiven

Der Wirtschaftsplan muß von benachbarten Begriffen unterschieden werden. Er muß von den einfachen ökonomischen Direktiven unterschieden werden. Bei ökonomischen Direktiven begnügt man sich damit, eine gewisse Anzahl von Zielen vorzugeben, die erreicht werden müssen; dabei wird die Realisierung dieser Ziele im übrigen mehr oder weniger den damit Beauftragten überlassen, und die Mittel, durch die die Ziele erreicht werden können, werden nicht näher bestimmt. Recht häufig bezeichnet man solche Direktiven fälschlich als Plan. In Wirklichkeit ist evident, daß es sich dabei

nicht um Wirtschaftspläne, sondern um allgemeine Anweisungen handelt. Dagegen werden bei der Ausarbeitung eines Wirtschaftsplans zuvor Direktiven erstellt. Auf diese Frage werden wir zurückkommen.

3.) Plan und Konjunkturprognostik

Der Wirtschaftsplan ist von der Wirtschaftskonjunkturprognostik zu unterscheiden, der in den meisten kapitalistischen Ländern wachsende Bedeutung zukommt. Sie zielt nicht auf ein Handeln, sondern auf eine Prognose ab. Sie nimmt an, daß sich die Wirtschaft spontan und frei entwickelt, und versucht diese Entwicklung vorausszusehen. Die Konjunkturprognostik will den einzelnen oder den Politikern Hinweise für ihre Tätigkeit geben, indem sie sie im voraus wissen läßt, wie die wirtschaftliche Lage im Lauf eines bestimmten Zeitraums aussehen wird. Die Konjunkturprognostik ist vor allem wegen ihrer Bemühungen bekannt, ökonomische Krisen vorherzusehen. Diese Berühmtheit rührt übrigens weit mehr vom Fehlschlagen der Prognosen her – vor allem der Harvard-Prognosen am Vorabend der Weltwirtschaftskrise 1929 – als von ihrem Erfolg.

Die ökonomische Konjunkturprognostik will weder prophezeien noch warnen; sie nimmt für sich in Anspruch, sich auf objektive Fakten zu stützen, um daraus die kommende Entwicklung abzuleiten; so nähert sie sich in mancher Hinsicht einer Wissenschaft wie der Meteorologie, die das Wetter vorhersagen möchte. Wie im übrigen die Meteorologie nur den Anspruch erhebt, das Wetter vorherzusagen, nicht aber, es zu beeinflussen, so erhebt die Konjunkturprognostik nur den Anspruch, die ökonomischen Fakten vorherzusehen, nicht aber, auf sie einzuwirken. Eben das unterscheidet sie von der Planung.

Jedoch will die Konjunkturprognostik nicht einfach eine (im philosophischen Sinn) spekulative Wissenschaft sein – sie nimmt für sich in Anspruch, den Menschen zu leiten und dadurch den Lauf der Ereignisse teilweise zu modifizieren. Ebenso gibt sie vor, durch die rechtzeitige Ankündigung einer kommenden Krise den Leitenden die Möglichkeit zu bieten, ihre Vorkehrungen zur Vermeidung der Krise zu treffen. So wäre ihre Aufgabe um so besser erfüllt, je mehr als Folge ihres Alarmrufs ihre eigenen Prognosen dementiert werden. Man hat ihre Rolle mit der eines Schiffsausgucks verglichen, der schon von weitem die Klippen anzeigt und dessen Rolle sich nicht deshalb als nützlich erweist, weil sein Alarmruf durch das Sinken des Schiffes gerechtfertigt wird, sondern gerade weil mit seiner Hilfe der Schiffbruch vermieden werden kann.

Bis jetzt ist es so, daß die Konjunkturprognostik niemals Krisen zu vermeiden erlaubt hat; übrigens zweifellos deshalb, weil man diese Krisen – selbst wenn man sie vorhersieht – nicht vermeiden kann, solange der sie erzeugende ökonomische Mechanismus Gültigkeit hat.

Kehren wir zu den Beziehungen zwischen Planung und Konjunkturprognostik zurück: Ebenso wie die Konjunkturprognostik impliziert jede Planung eine vorherige prognostische Tätigkeit; gleichzeitig engt sie aber das Feld der Konjunkturprognostik ein, da diese, wie gesagt, darauf baut, daß sich die ökonomische Aktivität spontan entwickeln kann. Allgemeiner gesehen, beinhaltet Konjunkturprognostik eine eigengesetzliche Entwicklung der Wirtschaft dank eines inneren Determinismus, einer Notwendigkeit. Planung dagegen beinhaltet, daß die Ökonomie aufhört, von ökonomischen Gesetzen beherrscht zu werden, beinhaltet die Beherrschung der Ökonomie durch den Willen der Menschen. Kurz, sie setzt voraus, daß an die Stelle der ökonomischen Notwendigkeit die menschliche Freiheit tritt. Ebenso muß der Fortschritt der Planung die Konjunkturprognostik zum Verschwinden bringen. Letztere setzt voraus, daß die Menschen nach ökonomischen Gesetzen handeln, daß sie ökonomischen Gesetzen, daß sie der Notwendigkeit unterworfen sind. Planung setzt dagegen voraus, daß der Mensch die Ökonomie befiehlt. Das ist das Gegenteil dessen, was oft angenommen wird.

4.) Plan und Freiheit

Viele sind nämlich der Meinung, Planwirtschaft bedeute Freiheitsberaubung - und Freiheit sei nur durch ein ökonomisches System gewährleistet, das als liberal eingeschätzt wird. Wer so denkt, stellt Freiheit dem Zwang gegenüber. Dieser Widerspruch zum oben aufgeführten Gesichtspunkt ist in vieler Hinsicht bezeichnend.

Die Freiheit, zu deren Verteidigern sich die Gegner der Planung aufschwingen, ist in ihren Augen die Freiheit jedes einzelnen zu konsumieren was er mag, die Arbeit zu wählen die er mag, herzustellen was er mag, die Preise, zu denen er seine Erzeugnisse verkauft, nach seinem Gutdünken festzusetzen usw. Kurz, diese Freiheit ist genau die, die uns das System des "Laissez-faire, laissez-passer", das liberale System, das System der freien Konkurrenz vorschlägt.

Was genau ist an dieser Freiheit dran? Nun, da muß gesagt werden, daß sie - ganz gleich, was die Liberalen denken - nur eine abstrakte und keine reale Freiheit ist. Diese abstrakte Freiheit war, wie die Erfahrung zeigt, zum Aufbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems, zur Expansion der Produktivkräfte nötig. Ihre Rechtfertigung ist eine historische Rechtfertigung. Sonst nichts. - Aber kehren wir zum Begriff der abstrakten Freiheit zurück, um ihn zu präzisieren. Die Liberalen reden von der Freiheit für jedes Individuum zu konsumieren, was es mag; aber sie vergessen hinzuzufügen, daß in Wirklichkeit die Individuen nicht alles mögliche konsumieren - weder im planwirtschaftlichen noch im liberalen System.

In Wirklichkeit ist die Konsumtion der Individuen determiniert: einerseits von der Spanne ihrer Bedürfnisse (und diese Bedürfnisse stellen gleichzeitig eine physiologische und eine soziale Resultante dar; es handelt sich um das, was die moderne Ökonomie die Verbrauchergewohnheiten nennt, für die auch schon die Gesetze von Engel und Halbwachs (15) - formuliert sind), andererseits von der Spanne der Preise und der Einkünfte.

Jede ökonomische Analyse der Grenznutzenschule stellt (in dem, was an ihr brauchbar ist; denn jeder Irrtum enthält ein Körnchen Wahrheit) tendenziell den Determinismus heraus, der den Verbraucher handeln läßt. (15) Das ist der Inhalt der Freiheit des Konsums. Es leuchtet unmittelbar ein, daß die wirtschaftliche Planung, wie man sie allgemein versteht, diese Freiheit keineswegs unterdrücken will. Sie würde nur durch die Einführung eines Rationierungssystems unterdrückt werden, das dem in Kriegszeiten eingeführten entspricht und in dem jeder Verbraucher nur festgesetzte Mengen der verschiedenen Erzeugnisse erwerben kann - aber Rationierung und Planung sind nicht miteinander identisch. Im Gegenteil: Wir werden sehen, daß eine rationelle Planung nur im Rahmen einer gewissen Freiheit des Konsums (im gerade verwendeten Sinne) möglich ist.

Was die Freiheit der Arbeit und die Freiheit der Preisgestaltung betrifft, so erkennen wir an ihnen am leichtesten die konkrete historische Bedeutung der Forderungen nach abstrakten Freiheiten. Die Parole "Freiheit der Arbeit, freie Berufswahl" hatte ihren vollen historischen Sinn angesichts der Zunftprivilegien, die den Zugang zu den verschiedenen Berufen, die Ausübung der verschiedenen Handwerke strikt einschränkten. Aber hierin erschöpft sich die konkrete Bedeutung; jenseits davon ist diese Freiheit nur noch abstrakt. Auch ist ohne weiteres einsehbar, daß das liberale System trotz "Freiheit der Arbeit" nicht in der Lage ist, jedem die Ausübung desjenigen Berufes zu garantieren, der ihm am besten gefällt; sind die meisten Menschen nicht verpflichtet, die Arbeit anzunehmen, die sich ihnen bietet - wenn sie nicht ganz einfach zur Arbeitslosigkeit verdammt sind? Und wo ist die Freiheit der Arbeit für die Millionen Arbeitslosen? (...) Dies zeigt, wie beschränkt der Sinn der Freiheit der Arbeit in einem liberalen System ist. Eine rationell geplante Wirtschaft - die nicht mehr mit obligatorischem Arbeitsdienst oder mit Rationierung verwechselt werden darf - kann der Zugang jedes einzelnen zu dem Beruf, der ihm am meisten zusagt, viel konkreter gewährleisten. (16)

Der Inhalt der Parole "Freiheit der Preisgestaltung" läßt sich auf die gleiche Weise analysieren. Er hat konkrete Bedeutung angesichts der Preisreglementierungsmaßnahmen, die das Ancien Régime, das System vor der Französischen Revolution, kennzeichneten - er hat konkrete Bedeutung sogar angesichts der Preisreglementierungsmaßnahmen, die im

Rahmen der Kriegswirtschaft auftreten können. Aber hierin erschöpft sich der konkrete Inhalt dieser Freiheit; sobald sie verwirklicht ist, zeigt sich ihr abstraktes Wesen. Denn es ist ja offensichtlich, daß kein Hersteller die Freiheit (im vollen Wortsinn) hat, seine Preise beliebig festzusetzen. Sein Preis ist - gerade im System der freien Konkurrenz - festgelegt, determiniert, und zwar durch die Produktionsbedingungen, das Spiel von Angebot und Nachfrage, die Marktsituation. Im Gegenteil: Erst mit dem Verschwinden der freien Konkurrenz, mit der Entwicklung der Monopole, Trusts, Kartelle und Absprachen erwirbt der Hersteller eine gewisse Freiheit bei der Preisfestsetzung.

Bedeutet diese Argumente, daß die Liberalen völlig im Irrtum sind, wenn sie bei der Verteidigung des freien Wettbewerbs gegen die Planung vorgeben, die Freiheit gegen den Zwang zu verteidigen? Gewiß nicht; denn ihre Argumentation abstrahiert von einer konkreten, historischen Situation. Ihre Argumentation hat Gültigkeit gegenüber den Versuchen einer Teilplanung, die von Privatinteressen diktiert sind, gegenüber den willkürlichen Preismanipulationen, gegenüber den Wettbewerbsbeschränkungen zugunsten der bereits etablierten Hersteller, gegenüber der von den Trusts und Kartellen zu ihrem Profit durchgeführten "Planung", gegenüber der "Planung" durch den Staat zum Nutzen der privaten Wirtschaftsinteressen. Wenn alle diese "Planungen" Schritte zur Freiheit hin sind, so sind sie es vorerst nur für die, welche die Initiative haben und davon profitieren; im Gegenteil: sie stellen einen zusätzlichen Zwang für alle dar, die unter diese "Planung" fallen - für die kleinen Industriellen, die Händler, die Masse der Lohnempfänger und Verbraucher. Diese Planungen stellen wohl einen Schritt in Richtung Freiheit dar, aber in Richtung auf die Freiheit einiger zum Nachteil der andern. Eben das drückt die Kritik der Liberalen aus.

Genaugenommen ist diese Kritik nur negativ. Sie ist nicht in der Lage, die Geschichte rückgängig zu machen und die Bedingungen zu beseitigen, die diese Teil"planungen" und damit diese zusätzlichen Zwänge unvermeidlich gemacht haben. Sie kann nicht begreifen, daß zur Abschaffung des Zwangs die Planung und ihre Existenzbedingungen verallgemeinert werden müssen, damit sie anstelle des Instruments der Freiheit einiger weniger das Instrument aller wird. Nicht mehr einer abstrakten, sondern einer realen Freiheit; der Freiheit, daß die Menschen - nicht mehr individuell, sondern gesellschaftlich, nicht mehr nach den Fluktuationen des Marktes, sondern in Abhängigkeit von der Wertschöpfung - bestimmen, was sie produzieren, in welchen Mengen und unter welchen Bedingungen. Diese Gleichsetzung von Planung mit realer ökonomischer Freiheit setzt voraus, daß politische Bedingungen - die aus den Planungsorganen Diener der Gesellschaft und keine neue soziale Klasse oder Schicht machen - und

bestimmte ökonomische Bedingungen verwirklicht sind; die Untersuchung dieser ökonomischen Bedingungen, die Voraussetzung für eine rationale Planung sind, wird vor allem unsere Aufmerksamkeit beanspruchen.

5.) Definition des Wirtschaftsplans

Wir haben den Wirtschaftsplan so definiert, daß er aus einer "Gesamtheit der zur Ausführung eines mit ökonomischer Aktivität einhergehenden Projekts beschlossenen Vorgänge" gebildet wird. Diese Definition läßt sich ebenso auf einen ökonomischen Teilplan wie auf einen das gesamte Wirtschaftsleben umfassenden Wirtschaftsplan anwenden. Die Definition, die Stalin von den sowjetischen Wirtschaftsplänen liefert, ist ausführlicher; sie bezieht sich auf die Pläne, die das gesamte Wirtschaftsleben umfassen. Diese Definition lautet: "Die Pläne sind keine Prognosen-, keine Konjunkturpläne, sondern Direktivpläne, die für die leitenden Organe verbindlichen Charakter haben und die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Zukunft und für alle Länder festlegen" (aus einem Bericht auf dem XV. Kongreß der KPdSU - nach Sowjetplanung, S. 81). In den Plänen ist im übrigen nicht nur die "Richtung der Entwicklung", sondern es sind auch konkrete ökonomische Aufgaben im Bereich der Produktion, der Verteilung, der Preise usw. vorgesehen. Es ist zu beachten, daß die obige Definition mit Recht auf dem verbindlichen Charakter der Pläne besteht und hervorhebt, daß diese keine Prognosen- oder Konjunkturpläne seien.

Das widerspricht der Auffassung von Vincent vom Institut de Conjoncture, für den der Plan "unter bestmöglicher Bezifferung vorhersehen" soll, "welches in groben Zügen die Elemente der nationalen ökonomischen Aktivität im Lauf eines künftigen Zeitabschnitts sein werden". (17) Diese Definition entspricht den "Kontrollziffern", die von den sowjetischen Planungsorganen jedes Jahr vor den Fünfjahresplänen ausgearbeitet wurden, um abzusehen, wie das Produktionssystem in den wichtigsten Wirtschaftszweigen aussehen würde. Auf Seite 51 kehrt Vincent zu seiner Auffassung zurück, indem er von Index-Normen spricht, die er den imperativischen Normen gegenüberstellt. Eine solche Auffassung des Planes kann nicht zugelassen werden, da sie nicht hinreichend genau ist. (18)

Wenn uns auch die obigen Definitionen erlaubt haben, den Begriff Wirtschaftsplan zu präzisieren und die Planung von der Konjunkturprognostik sowie von der Ausarbeitung ökonomischer Direktiven zu unterscheiden, so liefern sie doch nur eine Art Beschreibung der Planung und der Pläne und nicht ein Verständnis der eigentlichen Natur der Planung; gerade dabei wollen wir jetzt verweilen und feststellen, daß das Ziel der Wirtschaftspläne eine Anpassung der Pro-

duktion an den gesellschaftlichen Bedarf ist.

6.) Plan und Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf

Es leuchtet ja ein, daß man einen Plan nicht aus reiner Freude an der Organisation und Reglementierung der Produktion erstellt, sondern vielmehr, um diese ihrem Zweck anzupassen, der nicht in ihr selbst liegt, sondern in der Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs. (19) In der kapitalistischen Wirtschaft ist man der Meinung, diese Anpassung drückesich in der Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage aus, und zwar bei einem Preis, der den Unternehmern und den Kapitalisten einen mittleren Profit läßt. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist, vor allem wenn die Unternehmer mit Verlust verkaufen oder keine Kapitalverzinsung erbringen können, ist man der Auffassung, es herrsche Überproduktion. Das gilt auch dann, wenn die gesamte erzeugte Menge restlos verkauft wurde, aber mit Verlust, und auch dann, wenn unter diesen Bedingungen nicht der gesamte Bedarf befriedigt wurde. Wir müssen uns also näher mit den Begriffen gesellschaftlicher Bedarf und Nachfrage beschäftigen, denen in der Planung eine fundamentale Rolle zukommt.

Gesellschaftlicher Bedarf: Beginnen wir mit dem Begriff "gesellschaftlicher Bedarf". Der Bedarf oder ein Bedürfnis ist - im allgemeinen Sinn, aber unter Berücksichtigung seiner inneren Bestimmung - der Zustand eines Individuums im Verhältnis zu den für seine Existenz oder seine Entwicklung nötigen oder nützlichen Mitteln. So gibt es einen Nahrungsbedarf, einen Wohnungsbedarf usw. Spezieller und komplizierter gesehen, werden die Bedürfnisse für die Psychologie zu Wünschen; wir werden hier von ihnen auf der gleichen Ebene wie vom Bedarf reden und auch sie mit den Begriffen "Bedürfnisse" oder "Bedarf" bezeichnen.

Vom "gesellschaftlichen Bedarf" kann man von mehreren Standpunkten aus reden. Bedarf ist gesellschaftlich in dem Sinne, daß sein konkretes Objekt und seine Form durch die Gesellschaft sowie durch den Stand der technischen Entwicklung und der Zivilisation einer Gesellschaft determiniert sind. Der Nahrungsbedarf bleibt in einer zivilisierten Gesellschaft wie bei den Wilden ein Nahrungsbedarf; nichtsdestoweniger ist wahr, daß die zur Befriedigung dieses Bedürfnisses nötige Produktion je nachdem variiert, ob es durch gekochtes Fleisch (daher Brennstoffbedarf), das mit Messer und Gabel (daher Metallbedarf) gegessen wird, oder durch rohes Fleisch befriedigt werden soll, das mit den blanken Zähnen gegessen wird. Der Bedarf, der den Ökonomen und den Planer interessiert, ist also der gesell-

schaftliche Bedarf, wie er aus dem gegebenen Stand der Zivilisation resultiert. So gibt es heute einen Bedarf an Zerstreuung (Kinos, Rundfunk) und Ortsveränderung (Reisen mit dem Auto, der Eisenbahn usw.), der vor wenig mehr als einem Jahrhundert noch nicht existiert hat. Es ist offensichtlich, daß man diese von der Gesellschaft geschaffenen oder modifizierten Bedürfnisse berücksichtigen muß.

Man kann auch von "gesellschaftlichem Bedarf" reden, wenn man nicht mehr an den Zustand eines Individuums, sondern an den Zustand der Gesellschaft im Verhältnis zu den für ihre Existenz und ihre Entwicklung - ebenso wie für Existenz und Entwicklung der Individuen, die sie bilden - nötigen Mittel denkt. Beispiele: auf einer bestimmten Ebene können die individuellen Bedürfnisse nicht mehr unmittelbar befriedigt werden; dazu braucht man Werkzeuge, Maschinen. Also besteht nach diesem Werkzeug, diesen Maschinen ein gesellschaftlicher Bedarf. Nicht ein einzelner benötigt sie, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Ebenso benötigt ein Land im Kriegsfall Waffen und Munition; sie entsprechen keinerlei individuellem Bedürfnis, sondern gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Aber das ist noch nicht alles, und hier beginnen die Schwierigkeiten. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse im vollen Wortsinn (die schon genannten Bedeutungen sind unvollständig) unterscheiden sich von den individuellen darin, daß sie die subjektiven Bedürfnisse nicht in ihrem vollen Umfang einschließen. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse sind nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ determiniert; konkret ist nur das ein gesellschaftlicher Bedarf, den die Gesellschaft - bei einem bestimmten Stand der Technik und bei einer bestimmten Allokation der Produktionsmittel - befriedigen kann, wobei jedoch die anderen Bedürfnisse ebenso befriedigt sein müssen. Zum Beispiel kann jeder der Meinung sein, er brauche ein Auto; da es aber - im Augenblick - unmöglich ist, alle diese individuellen Bedürfnisse zu befriedigen, muß bestimmt werden, welche davon gesellschaftliche Bedürfnisse sind und welche nicht, damit die Produktion allein dem gesellschaftlichen Bedarf angepaßt werden kann. Gerade eine solche Bestimmung fällt unter die Aufgaben einer rationalen Planung. Wir wollen im zweiten Teil dieses Buches untersuchen, mit welchen Verfahren eine solche Bestimmung erfolgen kann. Vom so verstandenen gesellschaftlichen Bedarf muß die Nachfrage unterschieden werden.

Nachfrage: Während bei einer gegebenen Menge von Produktionsmitteln und einem gegebenen Stand der Technik und der individuellen Bedürfnisse der gesellschaftliche Bedarf nach jeder Kategorie von Gegenständen quantitativ festliegt, kann die Nachfrage nach jeder dieser Kate-

gorten unterhalb oder oberhalb des gesellschaftlichen Bedarfs schwanken. Dieses Phänomen wird als *Elastizität* der Nachfrage bezeichnet. Diese Elastizität kommt daher, daß man im Hinblick auf die Nachfrage nicht nur berücksichtigt, was jedem einzelnen zugebilligt werden kann, sondern auch, was er im Austausch dafür geben will bzw. was man dafür verlangt. Es ist evident, daß die Nachfrage nach einem Gegenstand im allgemeinen reziprok von dem abhängt, was dafür verlangt wird. In Geld- und Preisbegriffen ausgedrückt: Bei im übrigen gleichen Bedingungen wächst die Nachfrage nach einem Gegenstand bekanntlich, wenn der Preis sinkt, und umgekehrt. Das Ausmaß dieser Einwirkung des Preises auf die Nachfrage wird als *Elastizität* der Nachfrage gemessen. Da die Nachfrage - oder die Menge, nach der Nachfrage herrscht - nicht immer mit der Höhe des gesellschaftlichen Bedarfs übereinstimmt, ist einsehbar, daß es eine Anpassung der Produktion an die Nachfrage geben kann, ohne daß die Produktion dem gesellschaftlichen Bedarf angepaßt ist. Eben das ist der Fall, wenn ein Plan von einem Kartell oder Syndikat angewendet wird, um wie üblich eine Anpassung der Produktion an die Nachfrage zum Zweck der Profiterhöhung des Herstellers zu erreichen. Durch solche Pläne lassen sich *Monopolpreise* erzielen, die über den Wettbewerbspreisen liegen. Die theoretische Analyse und die Praxis bestätigen, daß diese Preise es nicht nur den Herstellern, die sie einsetzen, ermöglichen, einen maximalen Gewinn zu erzielen, sondern auch eine gewisse "Anpassung der Produktion an die Nachfrage" bewirken. Dies darf jedoch nicht mit einer Anpassung an den gesellschaftlichen Bedarf verwechselt werden. Produktionspläne, die so gehandhabt werden, können wohl sehr gut funktionieren; nichtsdestoweniger sind sie *Ausbeutungspläne*. In Wirklichkeit liegt in solchen Fällen *Unterproduktion* vor, wenn man in Rechnung stellt, was bei einem Preis, der den Herstellern einen einfachen mittleren Gewinn erlauben würde, hätte geliefert werden können. Erscheint hier die Nachfrage als "Ausdruck" des Bedarfs, so muß betont werden, daß dieser wiederum in gewissem Maße eine Resultante der vorhergehenden Nachfrage ist. Wer gelernt hat, bestimmte Produkte zu konsumieren, weil sein Einkommen es ihm eine Zeitlang erlaubt hat, erwirbt ein Bedürfnis nach diesen Produkten: Seine Bedürfnisse ändern sich, und mit ihnen ändert sich ihr Stellenwert. Daraus erhellt deutlich die soziale, historische und plastische Natur der Bedürfnisse und des Bedarfs.

Nach diesen Beobachtungen können wir sagen, daß das endgültige Ziel jedes Wirtschaftsplanes eine *Anpassung der Produktion* - und zwar der gesamten wie einer Teilproduktion - an den gesellschaftlichen Bedarf oder, weitreichender und häufiger, an die Nachfrage ist.

Wir müssen uns daher fragen, welche verschiedenen Arten der Anpassung der Produktion an den Bedarf oder an die Nachfrage es gibt, wie

die verschiedenen Wirtschaftsplanarten aussehen, und schließlich, welche Stelle diese verschiedenen Arten der Anpassung historisch einnehmen.

7.) Verschiedene Arten der Anpassung der Produktion an den Bedarf oder an die Nachfrage

Man kann zwei Arten der Anpassung der Produktion an den Bedarf unterscheiden: Erstens eine *bewußte* Anpassung, die voraussetzt, daß die verschiedenen Bedürfnisse beurteilt wurden, daß ihr Stellenwert geschätzt wurde, daß man die verschiedenen Produktionsmittel (einschließlich der Arbeitskraft) kalkuliert und auf dieser Grundlage bestimmt hat, was produziert werden soll, in welcher Menge es produziert werden soll und wie diese Produktion zu verteilen ist. Zweitens kann man eine *spontane* oder *unbewußte*, *automatische* Anpassung ausmachen, welche die Bestimmung, was in welcher Menge produziert und wie es verteilt werden soll, einem *Sozialmechanismus* überläßt. Der erste Anpassungstypus entspricht dem *Plan*, der zweite der *Konkurrenz*. Obgleich die spontane Anpassung offensichtlich einfacher ist als die bewußte und obwohl viele die erstere als *natürlich*, die letztere dagegen als *künstlich* einstufen, ist doch die letztere in den menschlichen Gesellschaften zuerst aufgetreten. Wir werden das an einem historischen Überblick über den Stellenwert dieser verschiedenen Anpassungstypen sehen.

Historischer Überblick: In den primitiven Gesellschaften, in denen Landwirtschaft und Viehzucht dominieren, ist es offensichtlich nicht das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das die Anpassung der Produktion an die Konsumtion bewirkt, das bestimmt, welche Produktionen man in Angriff nimmt, welche Mengen der verschiedenen Gegenstände produziert werden sollen, wie lange jeder arbeitet und welche Vergütung er dafür erhält. All das wird nicht durch immanente ökonomische Gesetze, sondern durch *bewußte Entscheidungen* festgelegt. Die Träger dieser Entscheidungen wechseln je nach dem Entwicklungsstand dieser sogenannten primitiven Gesellschaften. Um nur ein einziges Beispiel zu wählen: In der patriarchalischen Familie, die eine Art ökonomische Einheit bildet, welche das, was sie benötigt, selbst herstellt, bestimmt das Familienoberhaupt, was (Weizen, Gerste, Roggen usw.) und in welcher Menge es produziert werden soll, teilt das Familienoberhaupt jedem seine Aufgabe und seinen Anteil am Sozialprodukt zu. Hier herrschen keine immanenten ökonomischen Gesetze; die Entscheidungen werden unmittelbar in Abhängigkeit von den Produktionsmöglichkeiten der Gemeinschaft und vom Bedarf der sozialen Gruppe getroffen. In diesem Sinn herrscht

eine größere ökonomische Freiheit als in einer Gesellschaft, in der die Tätigkeit der Menschen vom Spiel eines Sozialmechanismus bestimmt wird, der sich ihnen über Preisschwankungen, Zinsen, Gewinne usw. aufbürdet. Aber diese "ökonomische Freiheit" entspricht einem fast vollständigen Unterwerfen des Menschen unter die Naturkräfte, die er noch nicht zu beherrschen gelernt hat; und zu dieser Herrschaft gelangt der Mensch nur über einen langen historischen Prozeß.

Die gerade beschriebene bewußte Anpassung der Produktion an den Bedarf setzt voraus, daß die Produktion unmittelbar eine gesellschaftliche Produktion ist; sie setzt voraus, daß das Produkt nach seiner Fertigstellung nicht verkauft, nicht veräußert, nicht in eine Ware verwandelt werden muß, deren Bestimmung in gewisser Hinsicht vom Willen der Produzenten unabhängig ist. Diese Anpassung setzt auch voraus, daß die übergeordnete Stelle, die über einen Plan der Produktion und Zuteilung in einer Gemeinschaft entscheidet, effektiv über die gesamten Produktionsmittel verfügt - sie setzt das Gemeineigentum an diesen Produktionsmitteln voraus.

Eine solche zentralisierte Anpassung der Produktion an den Bedarf existiert, solange begrenzte ökonomische Gemeinschaften bestehen, wie sie in Form der Hindu-Gemeinschaften, der römischen patriarchalischen Familie oder - mit einigen Modifizierungen - der karolingischen Burg vorliegen. In allen diesen Wirtschaftssystemen existiert ein (oft nur impliziter) Produktions- und Zuteilungsplan, und es gibt keinen Tausch (außer in Ausnahmefällen mit anderen entsprechenden Gesellschaften). Hier gibt es Produkte und keine Waren, obwohl Arbeitsteilung herrscht.

Die Auflösung dieser primitiven ökonomischen Gemeinschaften infolge verschiedener historischer Faktoren und infolge der Wandlung der Produktionsweisen bringt eine völlig neue gesellschaftliche Form hervor. Diese neue Form, die mittelalterliche Stadtgesellschaft gilt uns dafür als Beispiel. Sie ist durch das Auftreten einer Vielzahl individueller Produzenten gekennzeichnet, von denen jeder einen festen Beruf ausübt und Besitzer seiner Produktionsmittel ist. Hier erscheint die Arbeitsteilung in Form einer Trennung der Berufe. In einer solchen Gesellschaft steht die Frage eines Produktionsplans völlig außer Betracht; nichtsdestoweniger gibt es eine übergeordnete Organisation der gesellschaftlichen Arbeit (die Zunft), in der sich die aus den Umständen geborene Produktionsstruktur mehr oder weniger kristallisiert. Diese Kristallisation ist im übrigen nicht (wie bei den Kasten) vollständig - auch die Veränderung der Produktionsbedingungen durch die Erfindung und das Auftreten neuer Bedürfnisse haben diese Struktur (die eine grobe Anpassung der Produktion an den Bedarf garantiert) allmählich modifiziert. Dennoch bricht diese Struktur zusammen, als - infolge des technischen Fortschritts und der Ausdehnung des Marktes - die individuelle Produktion der mittelalterlichen Handwerker durch eine neue Form der Produktion ersetzt wird;

durch die manufakturielle Produktion.

Mit der manufakturiellen Produktion nimmt die Arbeitsteilung eine neue Form an. Die Trennung der verschiedenen Handwerke, deren Produkte über den Markt vermittelt sind, gewinnt zweitrangige Bedeutung neben einer neuen Arbeitsteilung: der Arbeitsteilung innerhalb der Werkhale. Mit dem Auftreten der Manufaktur wird innerhalb der die Gesamtgesellschaft kennzeichnenden spontanen, planlosen Arbeitsteilung eine nach einem Plan verwirklichte Arbeitsteilung eingeführt, wie sie sich innerhalb jeder Manufaktur bildet. Neben der individuellen Produktion etabliert sich eine gewisse gesellschaftliche Produktion.

So erscheint, wie wir sehen, wieder ein Wirtschaftsplan, der aber auf die einzelne Manufaktur beschränkt ist. Innerhalb jeder Manufaktur ist die Arbeit nach einem Leitgedanken festgelegt und verteilt, die Zahl der in diesem oder jenem Teil der Manufaktur beschäftigten Arbeiter wird nicht mehr äußerlich vom Zufall bestimmt, sondern vom Stellenwert jeder Aufgabe und von der dazu benötigten Zeit. Diese neue geplante Produktion innerhalb einer für den Markt arbeitenden ökonomischen Einheit sollte einen mächtigen Aufschwung der Produktivkräfte nach sich ziehen und den Rahmen der mittelalterlichen Gesellschaft zerbrechen: Die Zünfte verschwanden. Der Planung innerhalb jedes Unternehmens kam mit dem Auftreten und der Entwicklung der maschinellen Produktion, auf die wir noch zurückkommen müssen, immer größere Bedeutung zu.

Wie dem auch sei: Die Entwicklung der Manufakturen sollte mit dem Zerbrechen der Zünfte die freie Konkurrenz hervorbringen. Dem Plan im Innern jedes Unternehmens sollte das vollständige Fehlen eines Planes in der Gesellschaft, dem Verschwinden einer gelenkten Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft sollte die entstehende gelenkte Arbeitsteilung innerhalb des Unternehmens entsprechen.

Wie läßt sich also in dieser Gesellschaft der freien Konkurrenz - wie sie der größte Teil des 19. Jahrhunderts gekannt hat - die Anpassung der Produktion an den Bedarf, d.h. eine Arbeitsteilung verwirklichen, durch die für jede Aufgabe die Zahl der Produzenten bestimmt wird, die dem Bedarf der Gesellschaft möglichst genau entspricht?

Diese Anpassung findet seitdem über die Konkurrenz selbst statt: Indem sie die Preise für in unzureichender Menge angebotene Produkte steigen läßt, zieht sie zusätzliche Arbeit und zusätzliches Kapital in die Produktion der betreffenden Produkte; indem sie die Preise für "im Überschuß" angebotene Produkte fallen läßt, zieht sie Kapital und Arbeit von der Herstellung dieser Produkte ab. Innerhalb der Gesellschaft bewirkt so die Konkurrenz

eine nachträgliche Anpassung durch die notwendigen ökonomischen Gesetze, die den Produzenten über die Marktschwankungen immanent und stumm auferlegt sind. Die unabhängigen Hersteller kennen daher keine andere übergeordnete Stelle als die Konkurrenz. Nur sie verwirklicht im groben die Anpassung der Produktion an den Bedarf. Das ist die charakteristische Situation der Manufakturgesellschaft und des Systems der kapitalistischen Produktion. Wir haben hier eine historische Situation, die weder natürlicher noch künstlicher ist als die früheren Situationen, in denen die Anpassung nicht nachträglich durch die Konkurrenz sondern von vornherein durch die Entwicklung eines mehr oder weniger ausführlichen Produktionsplans stattfand.

Aber mit der für ihn charakteristischen wirtschaftlichen Konzentration, mit dem Auftreten faktischer Monopole, mit der Entstehung der Trusts und Kartelle, d.h. mit dem Untergang des Wettbewerbs, hemmt die Entwicklung des Kapitalismus selbst diese nachträgliche Art der Anpassung, die wir soeben kurz beschrieben haben. Daher sieht man Versuche einer Anpassung ex ante, d.h. Versuche einer gesellschaftlichen Planung, wiederaufstehen. Wir werden noch auf diese Versuche zurückkommen; vorher müssen wir aber ein paar Worte zur Entwicklung der Planung innerhalb der Unternehmen sagen.

Wir haben gerade gesehen, daß in der Manufaktur und in der Fabrik eine Art Produktionsplan angewendet wird, der sich vor allem durch die bewußte, nicht mehr spontane Organisation der Arbeitsteilung auszeichnet. Jedoch bleibt diese Organisation lange Zeit empirisch. Erst mit der Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation (REFA-System) wird sie rational. Seitdem nennt man nicht nur jedem Arbeiter die Arbeit, die er tun soll, sondern - so Vincent in seinem Buch über Organisation - "die Methoden, die für jede Phase der Arbeit angewendet werden sollen, die Zeit, die dafür normalerweise zur Verfügung steht, und die Reihenfolge, in der die Arbeiten begonnen werden sollen" (wir stehen vor einem echten Plan). In den Großbetrieben sind eigene Abteilungen mit der wissenschaftlichen Untersuchung der Arbeitsbedingungen betraut; diese Aufgabe liegt bei "Stabsstellen", deren höchste exakte Planungsbüro heißt. Jedoch müssen wir, wie wir schon gesehen haben, aus Gründen der terminologischen Genauigkeit hier, im Rahmen des Unternehmens, eher von einem Programm als von einem Plan sprechen (wie übrigens auch Vincent auf S. 44 seines Buches).

Wenn wir uns jedoch von nahem ansehen, wie diese Unternehmensprogramme erstellt werden - durch die Methode der Vorausbudgetierung - so erkennen wir, daß sie vom Verkaufsbudget oder Einnahm budget ausgehen. Das Herstellungsprogramm und die verschiedenen Ausgaben- und Kapitalisierungsprogramme werden

von einer Vorhersage der Verkaufsmöglichkeiten aus erstellt. Solange also die Realisierung der Verkaufsprognosen von den Marktschwankungen abhängt, läuft alle "Programmierungsarbeit" innerhalb der Unternehmen Gefahr, sich als vergeblich herauszustellen.

Wir sehen hier einen Widerspruch zwischen Organisation ex ante der Produktion im Unternehmen und Regulierung ex post der Produktion im gesellschaftlichen Bereich. Und die Entwicklung der faktischen Monopole, die eine gewisse Kontrolle des Marktes anstreben, tendiert eben mehr oder weniger dazu, diesen Widerspruch zu überwinden. Und hier kehren wir wieder zu den Planungsversuchen zurück, welche die zeitgenössische Ökonomie kennzeichnen und mit denen wir den historischen Überblick beenden wollen.

Die ersten Versuche zur Regelung der Produktion im Rahmen eines ganzen Wirtschaftszweiges fanden Ende des 19. Jahrhunderts durch die ersten Trusts und Kartelle statt. Diese suchten auf die Produktion einzuwirken, um die Preise auf einer gewissen Höhe zu halten oder zu vergrößern. Das Ziel dieser Produktionspläne (Plan im weiten Sinn) war also nicht die Anpassung der Produktion an den Bedarf, sondern die Erzielung eines relativ hohen Gewinns. Es handelte sich hier um die Anpassung der Produktion an eine Nachfrage, die durch die Festsetzung der Preise auf einem höheren als dem Konkurrenzniveau selbst eingeschränkt war. Eben dieser Zug kennzeichnet im übrigen die "Planung" der Trusts und Kartelle, und das rechtfertigt auch die gegen sie gerichtete Anklage des ökonomischen Malthusianismus. Die Regulierung der Produktion durch die Privatmonopole drückt sich darin aus, daß diese Monopole - fast immer systematisch - eine Politik der Produktions- und Investitionsbeschränkung verfolgen. Daher zielen, wie sich leicht einsehen läßt, diese Versuche einer Teilplanung vor allem auf die Befriedigung der Interessen derer, die die Initiative haben; sie zielen, wie wir gesagt haben, auf die Anpassung der Produktion an eine eingeschränkte Nachfrage.

Wir können hier nicht alle Konsequenzen beschreiben, die das Verschwinden der Konkurrenz in den wichtigen Bereichen der Wirtschaft nach sich zieht. Dazu müßte man die Theorie des Monopolkapitalismus entwickeln, und das ist nicht unser Thema. Es muß jedoch betont werden, daß der Einschränkung der Produktion auf den wichtigen Sektoren des wirtschaftlichen Lebens und der Investitionsbeschränkung eine gewisse Lähmung der allgemeinen wirtschaftlichen Aktivität entspricht, welche einerseits chronische Arbeitslosigkeit, andererseits Akkumulation eines Geldkapitals schafft, das nicht produktiv investiert wird. Darüber hinaus macht das Verschwinden des ex post Regulators Konkurrenz die mehr oder weniger systematische Entwicklung von ex ante Regulatoren erforderlich. Die Entwicklung von Ver-

suchen gesellschaftlicher Planung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaften selbst ist der Existenz dieser Fakten zuzuschreiben. Bisher sind diese Versuche jedoch gestrandet. Die chronologische Arbeitslosigkeit konnte - außer durch die Kriegsaufträge (20) oder durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Kriege - in keiner Weise aufgesogen werden.

Die Hindernisse, unter denen eine Gesamtplanung der ökonomischen Aktivität in einem System des Privateigentums leidet, sind eng mit der Tatsache verknüpft, daß in einem solchen System die Produktion trotz ihres gesellschaftlichen Charakters eine private Aktivität bleibt, während Planung darauf abzielt, daraus eine unmittelbar gesellschaftliche, weil von der Gesellschaft geleitete Aktivität zu machen. Mit anderen Worten setzt Planung voraus, daß das Planungsorgan jeden Leiter eines Unternehmens wie einen einfachen Geschäftsführer eines öffentlichen Unternehmens behandeln kann. Das schließt aber praktisch aus, daß der Leiter eines Unternehmens sein Eigentümer oder Repräsentant einer Eigentumsgesellschaft ist - und zwar um so mehr, als die Konzentration dieses Eigentums denen, die es besitzen, beträchtliche wirtschaftliche Macht verleiht, die noch dadurch vergrößert wird, daß der Staat, der sie zu lenken vorgibt, in den meisten Fällen ihr Schuldner ist. So stellt sich gleichzeitig theoretisch und praktisch die Frage der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel als Prämisse einer wirklichen Planung des ökonomischen Lebens.

Eine solche Vergesellschaftung ging auch der Erstellung der Fünfjahrespläne voraus. Bei diesen werden wir verweilen, da sie ein vollständiges Beispiel für eine das gesamte ökonomische Leben umfassende Planung abgeben. Auch erfordert die induktive Methode, daß wir uns auf dieses Beispiel stützen und daraus alle verfügbaren theoretischen und praktischen Schlüsse ziehen. Aber vorher erscheint es unerlässlich, daß wir ein letztes Mal auf die Bedeutung einer gesellschaftlichen Planung und die Rolle des Geldes zurückkommen.

8.) Die Bedeutung einer gesellschaftlichen Planung und die Rolle des Geldes

Eine Untersuchung der Rolle des Geldes muß der Klärung der Bedeutung einer gesellschaftlichen Pla-

nung vorausgehen. Wenn das Geld nämlich zahlreiche Elementarfunktionen - als Wertmaßstab, Zirkulations- und Zahlungsmittel usw. - erfüllt, spielt es eine erstrangige ökonomische Rolle, die nicht immer erkannt wird.

Erst durch das Geld nimmt die private Tätigkeit der Individuen und der Unternehmen gesellschaftlichen Charakter an. Erst wenn die Produkte verkauft, d.h. gegen Geld ausgetauscht werden, sind sie in einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft nicht mehr nur das Ergebnis der individuellen Arbeit derer, die sie geschaffen haben, erst dann werden sie das Ergebnis gesellschaftlicher Arbeit.

Mehr noch: Erst über den Verkauf wird die individuelle zur gesellschaftlichen Arbeit. Ein Erzeugnis, das nicht verkauft (nicht gegen Geld ausgetauscht) wird, kann wohl das Produkt einer Arbeit sein - aber diese Arbeit bleibt individuell, wird nicht gesellschaftlich, da sie die Produzenten nicht in Beziehung zueinander setzt.

Das bedeutet, daß die Vergesellschaftung der individuellen Arbeit in einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft über den Tausch und damit über das Geld stattfindet. Erst die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, ein Produkt zu verkaufen, zeigt an, ob das Produkt gesellschaftlich nützlich oder nutzlos ist. Diese Rolle des Geldes erläutert zumindest teilweise die dominierende Stellung des Geldes; denn diese ist nichts anderes als die verschleierte Form der Steuerung der Produzenten durch die Gesellschaft - der besonderen, individuellen und konkreten Arbeit durch die allgemeine, gesellschaftliche und abstrakte Arbeit. Es ist aber eine Dominierung, die unbewußt, indirekt, ex post vermittelt, über ein Ding - aus Metall oder Papier - stattfindet, das so gesellschaftliche Macht erwirbt. Eben hier liegt die erste Quelle der sagenhaften Macht des Geldes, gegen die so viel protestiert wurde und wird, dieser Macht, die der konkrete Ausdruck der Notwendigkeit ist, der die scheinbar unabhängigen Unternehmer unterworfen sind.

Ende des 17. Jahrhunderts denunzierte Boisguilbert die Macht des Geldes, deren Bedeutung er nicht verstand, mit folgenden Worten: "Das Elend der Völker rührt nur daher, daß man aus einem Sklaven einen Meister oder vielmehr einen Tyrann gemacht hat." (22)

Diese reale Macht des Geldes manifestiert sich in den Geldkrisen, in deren Verlauf die Unternehmer ihre Produkte nicht verkaufen können und daher hinter dem Geld herlaufen, um ihre Schulden bezahlen zu können; so kommt es zum Ansteigen der Zinssätze und der Konkurse. Diese Macht manifestiert sich weiter in der Euphorie von Produktion und wirtschaftlichem Leben nach der Entdeckung neuer Goldvorkommen (z.B. im 19. Jahrhundert) und in Inflationszeiten (wenn kein Mangel an Produktionsmitteln herrscht). Diese Tatsachen enthüllen gleichzeitig, an welchem Punkt das Geld - Ausdruck der Herrschaft der Gesellschaft über die Produktion - eine in bestimmten Grenzen autonome

Macht erwirbt. Das Wissen um diese autonome Macht, nicht aber um ihre Grenzen, hat die Illusion entstehen lassen, man könne die Wirtschaft über das Geld lenken. Bei einer solchen Auffassung will man dem Geld seine ganze gesellschaftliche Macht lassen, wobei man vorgibt, aus dieser Macht ein Instrument des wirtschaftlichen Dirigismus zu machen. Mit einer systematischen Kritik läßt sich zeigen, was alles an Illusionen in einer solchen Auffassung steckt. (23) Auf einer zweiten Ebene wird die Macht des Geldes durch die Macht des Kapitals, das heißt vorerst des akkumulierten Geldes, repräsentiert. Mehr noch als das Geld erscheint das Kapital als autonome Kraft, die nach ihren eigenen Gesetzen wirkt. Insbesondere bestimmt das Gesetz des Profits die Tätigkeit des Kapitals. Wegen dieses Gesetzes findet die kapitalistische Produktion nicht mehr unmittelbar für die Konsumtion, sondern für den Profit statt. Die zyklischen Krisen sind Ausdruck dieser Spaltung von Produktion und Konsumtion sowie der daraus resultierenden Unterordnung der Konsumtion unter die Produktion. Eben dies erklärt, warum es in einem kapitalistischen System Überproduktion von Waren geben kann, während die Mengen an verfügbaren Produkten nicht ausreichen, um den bestehenden Bedarf zu decken. Eine solche Überproduktion beruht nicht auf der Sättigung des Bedarfs - im Gegenteil: sie fällt mit der Unterversorgung der Massen zusammen - sondern auf der Tatsache, daß sich unter den Krisenbedingungen die Waren nicht mehr gewinnbringend verkaufen lassen. Die Krise ist der akute Ausdruck des Gesetzes des Profits; sie markiert gleichzeitig Macht und Ohnmacht des Kapitals.

Die Thesen von Proudhon, Gray und Owen über Gratiskredit, Arbeitsgeld, Tauschbank usw. haben die Reaktion gegen die Allmacht des Geldes gemeinsam. In solchen Konzeptionen will man das Geld in einer untergeordnete Rolle bringen, wobei die produktive Tätigkeit aber ihren privaten, individuellen Charakter behält. Mit mehr oder weniger bedeutsamen Varianten konzentrieren sich diese Entwürfe auf die Idee, daß das Produkt irgendeiner Arbeit immer zu einem der benötigten Arbeitszeit proportionalen Preis verkauft werde und daß ein Organismus geschaffen werden müsse, der den Herstellern solche Verkäufe garantiert. Aber in allen diesen Konzeptionen vergißt man, daß die Waren, deren Absatz man so gewährleisten will, weiterhin das Produkt privater Arbeiten sind und daß man durch eine Verkaufsgarantie für jedes Produkt die Kontrolle unterdrückt, die das Geld automatisch auf die Art dieser Privatarbeiten ausübt, indem es die gesellschaftlich nutzlosen Arbeiten eliminiert und die Arbeiten, die gesellschaftlich nicht so nützlich sind wie andere, einschränkt. Man behandelt hier also private Arbeiten, als seien sie unmittelbar gesellschaftliche Arbeiten, als habe die Gesellschaft schon im voraus ihre Kontrolle ausgeübt. Mit anderen Worten vergißt man folgendes: Wenn man will, daß das Geld nicht mehr das Instrument ist, mit dem die Gesellschaft in-

direkt ihre Herrschaft über die Hersteller ausübt, muß die Gesellschaft ihre Herrschaft unmittelbar und bewußt ausüben - und zwar mit Hilfe eines Planes, dank dem die Arbeiten der Produzenten aufhören, private, individuelle Arbeiten zu sein (deren gesellschaftlicher Charakter erst im Tausch aufscheint), und unmittelbar gesellschaftliche Arbeiten werden.

So sind wir über die Analyse der Rolle des Geldes dazugekommen, die Bedeutung des Wirtschaftsplans aus größerer Nähe zu erfassen: Der Sinn des Wirtschaftsplans liegt in der Ersetzung der privaten Arbeiten durch unmittelbar gesellschaftliche Arbeiten. Mit dem Wirtschaftsplan diktiert die Gesellschaft den Produzenten unmittelbar, was sie liefern sollen, während das Geld es ihnen nur indirekt und nachträglich diktiert. Und hier treffen wir von neuem auf die Frage der Eigentumsformen, wenn wir die Verbindung zwischen Planung der Produktion und Planung der Verteilung untersuchen.

9.) Planung der Produktion und Planung der Verteilung

Zur Verwirklichung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion genügt es offensichtlich nicht, daß irgendein Organismus, der mit ausreichenden Vollmachten ausgestattet ist, einen Produktionsplan ausarbeitet und für seine Befolgung sorgt. Wenn die Verteilung nicht gratis erfolgt, muß der gleiche Organismus die Möglichkeit haben, den Verbrauchern und Unternehmen auch die Zahlungsmittel zukommen zu lassen, die sie zum Erwerb der so zustande gekommenen Produktion benötigen. Gewiß kann man sich vorstellen, daß sich der fragliche Organismus darauf beschränkt, ein Produktionsprogramm aufzustellen, das sich auf Konsumtionsvorhersagen stützt; aber nichts garantiert dann, daß eintritt, was wir als das wesentliche Ziel des Planes angesehen haben: die Anpassung der Produktion an den Bedarf und damit an die Konsumtion. Damit es sich anders verhält, muß der Planungsorganismus in der Lage sein, nicht nur einen Produktionsplan, sondern auch einen Verteilungsplan auszuarbeiten und anwenden zu lassen (wobei unter Verteilung nicht nur die der Produkte, sondern auch die des Nationaleinkommens (23 a) verstanden wird). Nur unter dieser Bedingung wird man sicher sein, daß - vorausgesetzt, der Plan ist richtig ausgearbeitet - ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion erzielt wird. Nur unter dieser Bedingung wird man vom Stadium der Programme zum Stadium des nationalen Wirtschaftsplanes gelangen. Man muß sich über die Bedeutung dieser Notwendigkeit, eine enge Verbindung zwischen Produktions- und Verteilungsplan zu schaffen, im klaren sein. Sie bedeutet, daß die Leiter der vom Plan verfaßten Unternehmen nicht mehr Herr der Entscheidung darüber sind, was sie produzieren oder nicht und, wenn ja, in welcher Menge. Das bedeutet auch,

daß die Entscheidungen über das Einstellen von Personal und über seine Löhne sowie die Entscheidungen über das Tempo der Abschreibungen, über die Bedeutung und über die Art der Investitionen nur nach den Bestimmungen des Planes getroffen werden dürfen. Es ist ja offensichtlich, daß die ersteren Entscheidungen den Absatz der Verbrauchsgegenstände und die letzteren den Absatz der Produktionsmittel bestimmen. Auch die Festsetzung der Preise muß in einem solchen System von der mit der Planungsarbeit betrauten Stelle abhängig sein.

Mit anderen Worten wird in einem solchen Fall die Rolle des Leiters eines Unternehmens (falls man diesen Ausdruck noch verwenden kann) auf die persönliche Leitung der inneren Betriebsorganisation, auf die technische Entscheidung eingeschränkt. Der Leiter eines Unternehmens würde nur noch wie ein Geschäftsführer handeln, der einer übergeordneten Behörde, an deren Entscheidungen er im übrigen mitwirken soll, so daß letzten Endes sein Tätigkeitsbereich erweitert wird. Unter diesen Bedingungen versteht man den Gedanken, daß der Leiter eines Unternehmens tatsächlich Geschäftsführer eines vergesellschafteten Unternehmens sein muß und nicht mehr Privateigentümer oder Repräsentant einer Privatgesellschaft sein darf. Privateigentum setzt nämlich die Verantwortung und Unabhängigkeit des Eigentümers voraus - mit dem Gehorsam gegenüber den Befehlen des Planes wäre es nicht in Einklang zu bringen. Abstrakter gesagt, entspricht der privaten Arbeit, deren Nutzen ex post durch das Geld bestätigt wird, das Privateigentum; der gesellschaftlichen Arbeit, deren Nutzen ex ante durch den Plan festgelegt wird, entspricht dagegen das gesellschaftliche Eigentum. Konkret heißt das, daß nach dem Wesen des Planes nicht mehr für den Profit, das Gesetz des Kapitals, sondern für die Konsumtion produziert wird. Diese Bemerkungen beziehen sich verständlicherweise auf die gesamtgesellschaftliche Planung und nicht auf die Teilpläne (oder genauer auf die Programme). Diese sind im Rahmen des Privateigentums vollkommen realisierbar und können hier in bestimmten Fällen sogar eine nützliche Rolle spielen.

I ZENTRALISIERTE ENTSCHEIDUNG ODER DEZENTRALISIERTE ENTSCHEIDUNG ?

Man kann die Autoren, die sich unter theoretischen Gesichtspunkten mit dem Problem befaßt haben, nach ihren Auffassungen vom Mechanismus der wirtschaftlichen Entscheidung in zwei Gruppen aufteilen: einerseits die Anhänger einer zentralisierten Entscheidung, andererseits die Anhänger einer dezentralisierten Entscheidung.

Die Existenz dieser beiden Standpunkte spiegelt im Bereich der Planung allgemein den Gegensatz zwischen den Verfechtern eines objektiven Wertbegriffs (Anhänger der zentralisierten Entscheidung) und denen eines subjektiven, psychologischen Wertbegriffs (Anhänger der dezentralisierten Entscheidung) wider.

Die sich aus den Marxschen Theorien entwickelnde sowjetische Planung bildet, wie wir gesehen haben, die konkrete, praktische Realisierung des ersten Entscheidungstypus.

Der Gedanke einer dezentralisierten Entscheidung blieb dagegen rein theoretisch; am systematischsten wurde er vor dem Krieg von Oskar Lange in "Economic Theory of Socialism" (24) und von F.M. Taylor verteidigt.

Was uns betrifft, so sind wir aus Gründen, die wir gleich noch näher erläutern werden, der Meinung, daß - unter ausreichenden Bedingungen - allein die zentralisierte Entscheidung eine wirkliche Planung verwirklichen läßt. Dennoch werden wir in Anbetracht des Einflusses, den die Konzeption der dezentralisierten Entscheidung in Frankreich, Großbritannien und den USA hat, ihr und der Kritik an ihr einige Seiten widmen, bevor wir uns der detaillierten Untersuchung der entgegengesetzten Auffassung zuwenden. (25)

1. Konzeption der dezentralisierten Entscheidung

Bevor wir den Mechanismus der von den Anhängern einer dezentralisierten Entscheidung vorgeschlagenen wirtschaftlichen Korrekturen untersuchen, müssen die ihnen zugrundeliegenden strukturellen Hypothesen präzisiert werden.

1.1 Strukturelle Hypothesen

Diese Autoren haben eine gründliche Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in einem sozialistischen Sinn im Auge. Sie sind der Auffassung, daß das von ihnen angepriesene System nur auf der Basis eines kollektiven Eigentums am größten Teil der Produktions- und Tauschmittel funktionieren könnte. In dieser Hinsicht dürfen die Entwürfe dieser Autoren

nicht mit denen einer "kapitalistischen Planung" verwechselt werden, wie sie die Verteidiger der "Vollbeschäftigungspläne" unter Beibehaltung des Privateigentums im Sinn haben. Diese dezentralisierte Planung wäre einerseits das Ergebnis der Entscheidungen eines zentralen Planungsbüros und andererseits das Ergebnis der Entscheidungen der öffentlichen Unternehmen und dessen, was von den Privatunternehmen übrigbleiben könnte. Eben durch die Natur dieser beiden Entscheidungskategorien und die Verbindung zwischen ihnen wird diese spezielle Theorie gekennzeichnet.

1.2 Anfallende Entscheidungen

1.2.1 Durch das zentrale Planungsbüro

Nach dieser Konzeption müßte das zentrale Planungsbüro dreierlei Entscheidungen treffen:

- a) Es würde für jeden Zeitraum den Gesamtbetrag der Investitionen festlegen, der in Geld ausgedrückt wird, falls die Beziehungen der Unternehmen untereinander und mit der Öffentlichkeit Geldabrechnungen (zur Verrechnung oder in bar) erfordern;
 - b) das Büro würde alle Preise für die Transaktion zwischen den öffentlichen Unternehmen festsetzen, während die Verbraucherpreise und die Löhne sich aus den üblichen Marktbedingungen entwickeln würden;
 - c) schließlich würde das Büro den Zinssatz (oder die Sätze für zeitlich verschieden befristete Darlehen) festsetzen.
- Einige dieser Preise sowie der Zinssatz könnten reine Verrechnungsgrößen sein, d.h. keinerlei effektive Zahlungen erfordern.

1.2.2 Durch die Unternehmen

- a) Ausgehend von den vom Zentralbüro festgesetzten Preisen und von den Verbraucherpreisen, hätten die Unternehmen über Art und Umfang ihrer laufenden Produktion zu entscheiden, wodurch Art und Umfang ihrer Käufe und ihrer Verkäufe bestimmt würden;
- b) ausgehend von ihrer Produktionskapazität, von den Preisen und vom Zinssatz, hätten die Unternehmen über den möglichen Umfang und die Art ihrer Investitionen zu entscheiden. Die Unternehmen könnten beliebig neue Investitionen vornehmen, und zwar sowohl zur Erweiterung bestehender wie zur Schaffung neuer Einrichtungen; zu diesem letzteren Zweck könnten sich möglicherweise mehrere Unternehmen zusammenschließen, eine diesbezügliche Entscheidung könnte aber auch von einem gemeinschaftlichen Organ für eine gesamte Industriebranche

getroffen werden. (26)

Es genügt jedoch nicht, Entscheidungszentren und die Art ihrer Entscheidungen zu konzipieren; darüber hinaus muß bestimmt werden, nach welchen Richtlinien diese Entscheidungen getroffen werden (denn je nach Art dieser Richtlinien wird der Wirtschaftablauf modifiziert werden).

1.3 Richtlinien für die Beschlüsse

1.3.1 Gesamtvolumen der Investitionen

Im Hinblick auf das Investitionsvolumen wird das Zentralbüro vom Willen bestimmt sein, die Vollbeschäftigung zu erreichen. Mit anderen Worten muß es von einer Schätzung des Beschäftigungsvolumens ausgehen, das durch die individuelle Konsumtion (gegen Zahlung oder gratis) garantiert ist, und von sich aus ein ausreichendes Investitionsvolumen vorsehen, das die zur Vermeidung jeglicher Arbeitslosigkeit nötige zusätzliche Beschäftigung garantiert.

1.3.2 Zinssatz

Die Höhe des Zinssatzes (oder besser der Zinssätze; es wäre nämlich nötig, für verschiedenfristige Darlehen verschiedene Sätze vorzusehen) würde vom Zentralbüro so festgesetzt werden, daß die Gesamtheit der Unternehmen gewillt wäre, nach den oben angedeuteten Normen eine Gesamtsumme für Investitionszwecke zu leihen, die dem vom Zentralbüro vorgesehenen Gesamtvolumen der Investitionen entspricht. Die Anhänger dieser Konzeption sind also folgender Auffassung: Wenn das tatsächliche Investitionsvolumen unter dem vorgesehenen liegt (daher Unterbeschäftigung), muß der Zinssatz gesenkt werden; liegt das Investitionsvolumen dagegen über dem vorgesehenen und entwickeln sich inflationistische Tendenzen, so muß der Zinssatz angehoben werden. Der Investitionsfonds, aus dem die Darlehen gewährt werden, wird aus den Gewinnen aller Unternehmen gebildet (unter anderem ist die Notwendigkeit eines solchen gemeinschaftlichen Finanzierungsfonds für die Anhänger dieser Konzeption ein Grund, sich für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel auszusprechen). Der nicht für Investitionszwecke verwendete Teil der Gewinne würde zur Zahlung einer "Sozialdividende" an die Arbeiter dienen.

1.3.3 Preise

Die Preise der verschiedenen Produkte (Rohstoffe, Maschinen usw.) müssen vom Zentralbüro auf einem Gleichgewichtsniveau festgesetzt werden, so daß für jedes Produkt das Angebot der Nachfrage entspricht.

Wenn also beobachtet wird, daß ein Produkt in (im Verhältnis zur Nachfrage) zu großen Mengen geliefert wird (was sich in der Akkumulation der Lagerbestände ausdrückt), wird das Zentralbüro eine Preissenkung beschließen (dadurch soll im Prinzip der Verkauf gesteigert und die Produktion entmutigt werden); wird ein Produkt dagegen in unzureichender Menge angeboten, so wird das Zentralbüro seinen Preis erhöhen. Das Büro spielt also die Rolle eines "künstlichen Marktes".

1.3.4 Produzierte Mengen

Wie wir gesagt haben, beruhen die produzierten Mengen auf den Entscheidungen der verschiedenen Unternehmen. Diese Entscheidungen müssen unter folgenden Bedingungen stattfinden: Jedes Unternehmen muß seine Produktion bis zu dem Punkt vorantreiben, bei dem die Kosten (oder kurzfristige oder primäre Kosten) der letzten zusätzlichen Produktionseinheit dem (zum laufenden Preis geschätzten) Wert dieser Produktionseinheit gleich sind.

Es werden also Unternehmen benötigt, die ihre "Grenzkosten" dem Preis (wie er vom Zentralbüro oder vom Markt festgesetzt ist) gleichstellen.

Diese Richtlinie soll eine intensive Nutzung der vorhandenen maschinellen Ausrüstung begünstigen; (26a) sie wurde von Autoren wie Lange oder Lerner (27) verteidigt. Andere Autoren wie Pigou (28) dagegen stellen den Grundsatz auf, daß jedes Unternehmen seine Produktion so festlegen soll, daß seine gesamten Einnahmen seinen gesamten Ausgaben gleich sind; das bedeutet insgesamt die Gleichsetzung der mittleren Kosten mit dem Preis.

Wenn die Grenzkosten eines Unternehmens unter seinen Durchschnittskosten liegen, wird die Gleichsetzung der Grenzkosten mit dem Preis natürlich die Folge haben, daß das Unternehmen ins Defizit gerät; solche Unternehmen müßten subventioniert werden. In so gelagerten Fällen arbeiten die Unternehmen nicht mehr auf Gewinn ausgerichtet; dies ist auch einer der Gründe, aus denen die meisten Anhänger dieses "Planungstyps" die Vergesellschaftung der Produktion fordern. (29)

Es muß gesagt werden, daß die hier ins Auge gefaßten Produktionsänderungen nur mit Hilfe der vorhandenen Ausrüstung erzielt werden sollen, wobei die jeder Produktionsebene entsprechenden mittleren Kosten prinzipiell die niedrigsten sein müssen, die das Unter-

nehmen mit dieser Ausstattung erzielen kann (unter Berücksichtigung der momentanen Höhe der Löhne und Preise).

1.3.5 Konkrete Investitionen

Schließlich muß jedes Unternehmen oder jede Industrie jedesmal Investitionen vornehmen, wenn (und nur in dem Maße, in dem) der Wert der durch diese Investition ermöglichten zusätzlichen Produktion, der zu den laufenden Preisen (oder auch, bei manchen Autoren, zu den Preisen, die wahrscheinlich nach Abschluß der Investitionen verlangt werden müssen) bewertet wird, einen Betrag darstellt, der den Gesamtkosten dieser Produktion einschließlich der Zinsen auf das in den Bau der neuen Ausrüstung eingegangene Kapital mindestens gleich ist.

Dies sind kurz zusammengefaßt die Richtlinien, die im Rahmen dieses "Planungs"systems gelten müßten.

Man sieht, in welchem Punkt dieses System auf einer Dezentralisierung der Entscheidungen beruht.

Die Autoren, die dieses Konzept verteidigen, halten es für das einzige, das eine wirtschaftlich rationelle Bestimmung von Produktionsstruktur und Produktionsvolumen ermöglicht. Ihrer Meinung nach hat dieses System den Vorteil, daß es den Individuen (als Endverbraucher und als Lohnempfänger) und den Unternehmen (als Einheiten der Produktion und Konsumtion von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Maschinen sowie der Produktion von Konsumgütern) überläßt, Wirtschaftlichkeitsberechnungen anzustellen. Ihrer Meinung nach vermeiden sie auch einerseits die grundsätzliche Schwierigkeit, die mit der Einführung einer Wert- und Rechnungseinheit auftaucht, da die Preise nur als einfache Parameter fungieren, und andererseits die Betrauung eines einzigen Organs mit einer großen Anzahl von Entscheidungen.

Auch wird man bemerken, daß das zentrale Planungsbüro eine rein passive Rolle spielt: Es wirkt auf die Produktion nicht unmittelbar, sondern nur über bestimmte veränderliche Größen (Preise und Zinssatz) ein, um Gleichgewichtsbedingungen herzustellen. Die Höhe, auf der dieses Organ Preise und Zinssätze festsetzt, wird durch tastende Versuche empirisch ermittelt, indem festgestellt wird, wie die verschiedenen Angebote und die verschiedenen Nachfragen auf die Preisänderungen reagieren. (30) Ebenso wird das Investitionsvolumen durch tastende Versuche festgesetzt, um - unter Berücksichtigung des Lohnniveaus und dessen, was die Keynesianer den "Hang zum Konsum" nennen - einen für die gesamte Nachfrage ausreichenden Betrag zu erhalten.

Als wesentlicher Punkt muß hier betont werden, daß ein solches System in keiner Weise das Bild einer wirklich geplanten und nicht ein-

mal einer koordinierten Wirtschaft bietet. Mit einem solchen System hätte die Gesellschaft die Entwicklung der Produktivkräfte keineswegs in der Hand. So wäre in Wirklichkeit nicht einmal sicher, ein bestimmtes wirtschaftliches Gleichgewicht zu erhalten. Eben das werden wir jetzt sehen, wenn wir die Einwände entwickeln, die eine solche Konzeption hervorruft.

2. Kritik der Konzeption der dezentralisierten Entscheidung

Gegen die Konzeption einer dezentralisierten Planung gibt es viele mögliche Einwände. Wir werden hier nur die wichtigsten aufführen.

2.1 Illusion einer Pseudokonkurrenz

Vor allem impliziert diese Konzeption natürlich, daß nicht eine Planwirtschaft, sondern eine Pseudokonkurrenzwirtschaft aufgebaut wird.

Dieser Einwand könnte so interpretiert werden, als beschränke er sich auf die Benennung der Natur dieser Wirtschaft und ließe die Möglichkeit oder Unmöglichkeit außer acht, daß ein Wirtschaftssystem dieser Art zufriedenstellend funktioniert. Eine solche Interpretation wäre unzutreffend.

Wenn nämlich wahr ist, daß dieses System eine Pseudokonkurrenz errichten will, dann ist auch wahr, daß es nicht so funktionieren kann, wie es sich die, die es vorgeschlagen haben, vorstellen.

Die Konkurrenz stellt nicht nur eine "ökonomische Technik" dar - sie ist der Ausfluß fester Produktionsverhältnisse. Sie setzt die Existenz sehr vieler voneinander unabhängiger Unternehmen voraus, die unter der verantwortlichen Leitung der an den Betriebsgewinnen und -risiken beteiligten Unternehmern arbeiten; sie setzt voraus, daß kein Unternehmen in der Lage ist, mit seinen Entscheidungen das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage (und damit die Preise) spürbar zu beeinflussen (denn in diesem System sind Preise und Mengen ja mechanisch mit diesem "Pseudomarkt" verknüpft, den das zentrale Planungsbüro darstellt).

Diese Bedingungen sind jedoch durch die vergesellschaftete Produktionsstruktur, die von den meisten Autoren, die sich für diese Form der Wirtschaftslenkung aussprechen, angenommen wird, noch weniger gegeben als durch die konzentrierte Struktur des gegenwärtigen Kapitalismus, in dem die monopolistischen Formen dominieren. (31)

Die dieser Konzeption entsprechende Arbeitsweise der Wirtschaft scheint also, von den Grundtendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung her gesehen, einer fernen Vergangenheit anzugehören, nicht aber der Gegenwart oder gar der Zukunft. Darüber hinaus widersprechen die strukturel-

len Prämissen dieses Modells, vor allem die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln, der Anwendung ökonomischer Korrekturinstrumente, die mehr oder weniger "Konkurrenz" charakter haben.

Andererseits enthielte ein solches System - selbst wenn man aus Gründen der Diskussion zugeben würde, daß es funktionieren könnte - die gleichen Schwächen und die gleichen wirtschaftlichen Nachteile wie der Kapitalismus selbst.

2.2 Nachträgliche Berichtigungen und Vergeudungen

Dieses System behält nämlich den für die Konkurrenzwirtschaft und den Kapitalismus charakteristischen Mechanismus der Berichtigungen ex post bei. Die Aufgabe der Voraussicht (und die Prognose ist in jedem System erforderlich, das nicht bloß statisch ist) wird nicht einem zentralen Organ anvertraut, das schon durch seine Position die verschiedenen kurz- und langfristigen Konsequenzen seiner Entscheidungen überblicken kann. Die Aufgabe der Voraussicht fällt weiterhin einer mehr oder weniger großen Anzahl von "Unternehmensleitern" zu, die nur unter Berücksichtigung der unmittelbarsten Konsequenzen ihrer Entscheidungen - nicht auf die Gesamtwirtschaft sondern auf das Funktionieren ihrer Unternehmen - handeln sollen. Ob ihre Entscheidungen richtig oder falsch sind - und das hängt in Wirklichkeit nicht von ihnen, sondern von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung ab, die das Ergebnis vielfältiger Entscheidungen der Unternehmen ist - wird ihnen erst hinterher klar, wenn sich in der Wirtschaft effektive Berichtigungen herausgebildet haben. Auch wenn eine Entscheidung (vom Standpunkt ihres Unternehmens aus) falsch ist, wissen sie es erst, wenn sich die nachteilhaften Folgen bemerkbar machen - und wenn sie daraufhin eine neue Entscheidung treffen müssen, werden sie von neuem mit mehr oder weniger beträchtlicher Verzögerung erfahren, ob sie richtig oder falsch war.

Anstatt die vorherige Lösung der vielfältigen Entscheidungs- und Gleichgewichtsprobleme, die im Wirtschaftsablauf auftreten, einem speziellen Organ (dem Planungsorgan) zu übertragen, läßt man in einem solchen System mit anderen Worten "Lösungen" sich weiterhin von selbst entwickeln. Diese "Lösungen" beruhen also auf tastenden Versuchen, die eine echte Vergeudung an Energie, Arbeit und Investitionen herbeiführen, da sich ja erst eine bestimmte Zeit nach einer Fehlentscheidung herausstellen kann, daß sie falsch war.

Die Anhänger dieses Systems glauben diese Unannehmlichkeiten durch zwei wichtige Argumente rechtfertigen zu können:

2.2.1 Argument: Reduktion der Aufwendungen für die Wirtschaftslenkung

Wenn man es der "Wirtschaft" selbst überlasse, die durch ihre eigene Entwicklung aufgeworfenen Probleme zu lösen, spare man – so wird angeführt – in erster Linie den beträchtlichen Energie- und Leistungsaufwand, der zur Lösung der gleichen Probleme ex ante erforderlich wäre. Dieses Argument hat zweifellos kein Gewicht: In jedem Fall erfordert die Lösung der aufgeworfenen Probleme den Aufwand von Energie und Leistung. Gewiß ist er augenscheinlicher, sichtbarer, wenn seine Last auf ein einziges Organ konzentriert wird; aber das Gewicht dieser Last ist unbestreitbar geringer, wenn der erforderliche Aufwand im wesentlichen in der Entlohnung eines ausreichend ausgestatteten Planungskörpers besteht, als wenn er sich gleichzeitig aus den durch die Berichtigungen ex post bedingten Zeitverlusten und aus den Verlusten an Arbeit, Material und Investitionen zusammensetzt, die aus der Verwirklichung vielfältiger Fehlentscheidungen resultieren und die erst nach kürzerer oder längerer Zeit als solche erkannt werden können.

2.2.2 Argument: Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung ex ante

In zweiter Linie behaupten die meisten Anhänger dieses Systems (und dieses Argument wäre, wenn es zuträfe, offensichtlich entscheidend), die Lösung der durch die Wirtschaftsentwicklung aufgeworfenen Probleme sei im voraus und zentral nicht möglich, da es keine objektive Skala der wirtschaftlichen Werte für eine Berechnung ex ante gebe. Für diese Autoren entspringen die wirtschaftlichen Werte keinem objektiven Prozeß (wie der zur Produktion aufgewendeten Arbeitszeit), der im voraus geschätzt werden könnte, sondern subjektiven individuellen Werteschätzungen, die erst nachträglich offenbar werden, wenn die potentiellen Verbraucher vor eine ihnen tatsächlich angebotene Produktion gestellt werden. (32)

Wie man sieht, bringt dieses Argument die Werttheorie ins Spiel. Auch lassen die Verfechter einer "dezentralisierten Planung" nicht zufällig im allgemeinen die subjektive Werttheorie, die Verfechter der zentralisierten Planung dagegen den objektiven Wertbegriff gelten.

Das Argument der Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung ex ante läßt sich auf zweierlei Art widerlegen: zum einen durch den Beweis, daß die subjektive Werttheorie unhaltbar ist, zum anderen, indem man nachweist, daß es, von einem objektiven Wertbegriff ausgehend, möglich ist, eine rationell geplante Wirtschaft aufzubauen. Diesen zweiten Nachweis werden wir vom nächsten Kapitel an zu führen versuchen.

Das System, von dem gerade die Rede ist, enthält nicht nur in bezug auf den nachträglichen Charakter der Berichtigungen und in bezug auf die da-

durch bedingten Vergeudungen die gleichen Nachteile wie der Kapitalismus – auch zwei weitere schwere Fehler hat es mit dem Kapitalismus gemein: die Irrationalität einer Reihe von Entscheidungen und den kumulativen Charakter der Wirtschaftsschwankungen, die sich hier entwickeln würden. Eben diese beiden Fragen wollen wir nun behandeln.

2.3 Irrationalität der Entscheidungen

Die Irrationalität der im Rahmen des zur Diskussion stehenden Systems getroffenen Entscheidungen ergibt sich aus einer Reihe von Erwägungen, von denen wir hier nur die wichtigsten anführen wollen.

2.3.1 Die Aufgabe eines Zinssatzes

Wie wir gesehen haben, würden die Entscheidungen über konkrete Investitionen (auf der Ebene der Unternehmen oder eines Produktionszweiges) nicht nur von den Verkaufspreisen der Waren, deren Produktion durch diese Investitionen ermöglicht würde, und von den Einkaufspreisen der Produktionsmittel, die für diese Investitionen erforderlich wären, sondern auch von der Höhe des Zinssatzes abhängen. Im Augenblick wollen wir uns bei diesem letzten Punkt aufhalten.

In dem von uns betrachteten System erscheint der Zinssatz als eine besonders instabile Veränderliche. Er würde, so haben wir gesagt, unter Berücksichtigung des zum Erreichen der Vollbeschäftigung erforderlichen Investitionsvolumens festgesetzt werden: Das "zentrale Planungsbüro" würde ihn also so senken oder erhöhen, daß das Volumen der tatsächlichen Investitionen dem Volumen der vorgesehenen Investitionen entspräche.

Jedoch müßten in Anbetracht des kumulativen Charakters der Wirtschaftsschwankungen in diesem System (auf diesen Punkt werden wir im nächsten Abschnitt noch zurückkommen) vielfache Korrekturen des Zinssatzes vorgenommen werden, um ein Investitionsvolumen zu erzielen, das Vollbeschäftigung schaffen könnte.

Für jede Höhe des Zinssatzes ist aber im Prinzip eine andere Art von Produktionskalkulation (oder von konkreter Investition) vorteilhaft: Bei niedrigem Zinssatz erscheinen große Investitionen vorteilhaft, auch wenn sie nur eine relativ geringe Senkung des laufenden Herstellungspreises erlauben; bei hohem Zinssatz werden dagegen allein Investitionen, die eine sehr starke Senkung des laufenden Herstellungspreises gestatten, vorteilhaft erscheinen, da die Einsparung durch diese Senkung größer sein muß als der durch die Zinsbelastung verursachte Aufwand.

Folglich werden die Leiter der Unternehmen je nach dem Spiel der Schwankungen des Zinssatzes dazu neigen (wie es übrigens auch im Rahmen des Kapitalismus geschieht), entweder eine Technik, die große In-

vestitionen erfordert, oder eine sehr viel bescheidenere Technik anzuwenden. Wenn die Investitionen aber erst einmal ausgeführt worden sind, bleiben sie lange Jahre am Leben, die aus rein konjunkturellen Gründen getroffenen Entscheidungen haben also Einfluß auf die Produktionsstruktur - und das ist im wahrsten Sinne irrational.

Ein Beispiel, das uns bei der weiteren Untersuchung helfen kann: Wir nehmen an, daß in einem bestimmten Augenblick die Bewegung der Nachfrage eine Steigerung der Elektrizitätsproduktion erfordert. Dies kann auf zwei Arten geschehen: Entweder werden Wasserkraftwerke errichtet - was den Bau kostspieliger Rohrleitungen, Talsperren usw. beinhaltet - oder man baut Heizkraftwerke.

Mit der ersten Lösung kann man den Strom zu einem empfindlichen niedrigeren Herstellungspreis liefern als mit der zweiten; jedoch sind viel höhere Investitionen erforderlich. Je nachdem, ob der Zinssatz in dem Augenblick, in dem entschieden wird, die Stromproduktion mit Hilfe neuer Investitionen zu steigern, niedrig oder hoch ist, wird man also für Wasser- oder für Heizkraftwerke stimmen. Wenn der Zinssatz beispielsweise augenblicklich hoch ist, wird man Heizkraftwerke bauen (die den Strom wegen des größeren Arbeitsaufwands zu einem höheren laufenden Herstellungspreis liefern), während man einige Monate später, bei niedrigerem Zinssatz, Wasserkraftwerke gebaut hätte. Man wird der Gesellschaft also aus nur momentanen Gründen Strom zu schlechteren Bedingungen liefern, als möglich gewesen wäre. Hier liegt eine Entscheidung von irrationalen Charakter vor. (33)

Man sieht also, wie die Anwendung eines Zinssatzes (sogar mit Rechnungscharakter), weit davon entfernt, ein sicherer Führer für Entscheidungen über Investitionen zu sein, sich als zusätzliche Quelle von Fehlern und von Vergeudung erweist.

2.3.2 Preisschwankungen

Was für die Zinsschwankungen gilt, gilt auch für die Preisschwankungen. Im fraglichen System werden die Preise nicht (wie in einem zentral geplanten System) auf der Grundlage der realen Produktionskosten, sondern auf einer Höhe festgesetzt, die in jedem Augenblick das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage gestattet. Auch werden die Preise - außer in einem relativ langen Zeitraum eines stabilen Gleichgewichts - in Wirklichkeit bald über, bald unter der Höhe liegen, die den realen Kosten entspricht. (34)

Auch hier wieder, auf der Basis dieser Preise, die momentane Bedeutung haben, sollen die "Leiter der Unternehmen" (wie in der kapitalistischen Wirtschaft) Entscheidungen treffen, deren Auswirkungen sich noch lange bemerkbar machen werden, nachdem die Situation, die sie geboren hat, schon vorüber ist.

Sehen wir uns nochmals unser Beispiel des Baues von Elektrizitätswerken an: Wenn in dem Augenblick, in dem beschlossen wird, die Produktionskapazität für Elektrizität zu steigern, der Zementpreis hoch ist (auf Grund einer augenblicklich starken Nachfrage), kann das ein Grund sein, die Heizkraftwerke den Wasserkraftwerken vorzuziehen; kurze Zeit darauf aber könnte man - ohne daß es zu irgendeiner grundlegenden Veränderung in der Wirtschaft gekommen wäre - die entgegengesetzte Entscheidung treffen müssen.

Auch bildet der augenblicklich hohe Zementpreis einen Anreiz, neue Zementwerke zu bauen, die Gefahr laufen, daß sie genau in dem Moment zu arbeiten beginnen, in dem die bislang parktizierten hohen Zementpreise dazu geführt haben, daß man in mehreren Bereichen zu Techniken mit geringem Zementverbrauch griff. (35)

Man begegnet hier wieder den charakteristischen Nachteilen des Kapitalismus, die vor allem zum inneren Ungleichgewicht des Kapitals und zur Hypertrophie der Konsumgüterbranche führen.

Ein wirklicher Plan muß dagegen die verschiedenen Produktionen koordinieren (Zementwerke, Talsperren, Elektrifizierung usw.), und zwar nicht nur kurzfristig (wie es der Preismechanismus mehr oder weniger tut), sondern für einen langen Zeitraum (wie es nur ein prognostischer und organisatorischer Aufwand leisten kann, der sich auf die gesamte Wirtschaft und auf eine große Zahl von Jahren bezieht).

2.3.3 Akkumulationstempo

Schließlich muß betont werden, daß in einem solchen System "das einzige Mittel zur Vermeidung einer starken Ausweitung der chronischen Arbeitslosigkeit zweifellos das wäre, daß die Investitionsrate auf einer gegebenen und 'willkürlichen' Höhe gehalten wird, auf einer Höhe, die von der durch andere Erwägungen diktierten stark abweichen würde". (36) Diesbezüglich ist es besonders wichtig zu betonen, daß die Höhe der Konsumtion in einer nach diesem Konzept organisierten Wirtschaft gleichzeitig von der Höhe der Beschäftigung und von der Höhe der Reallohn abhängt. Die Schwankungen der Nominallöhne und der Einzelhandelspreise werden also weiterhin von "Automatismen" geregelt. Unter diesen Bedingungen ist die einzige zentral getroffene bewußte Entscheidung (nämlich über das Investitionsvolumen) offensichtlich dazu bestimmt, die ungenügende Beschäftigungsrate zu kompensieren, die sich aus dem Spiel der "Automatismen" ergibt; diese "Entscheidung" ist in gewisser Hinsicht das Abfallprodukt dieser Automation.

So zeigt sich, daß dieses System nicht in der Lage ist, sich die Erhöhung des Lebensstandards und des Konsums zum Ziel zu setzen; denn diese Erhöhung ist von effektiven Fortschritten der Technik abhängig. Allererhöchstens kann es sich das Erreichen eines höheren Beschäftigungsstan-

des zum Ziel setzen. (37)

Und auch dieses Ziel scheint schwer erreichbar zu sein in einer Wirtschaft, die Fluktuationen mit kumulativem Charakter unterworfen wäre.

2.4 Kumulativer Charakter der Wirtschaftsschwankungen

Wir werden uns hier auf die von Maurice Dobb hervorragend entwickelte Argumentation beschränken.

Dieser Autor betont, wie illusorisch es ist, den Investitionsstrom durch die Handhabung des Zinssatzes steuern zu wollen. Die Nachfrage nach zu investierenden Geldern steigt nämlich mit der Investitionsrate selbst (38); wenn die Zentralbehörde aufgrund eines unzureichenden Investitionsvolumens den Zinssatz senkt, um eine Ausweitung des Investitionsvolumens zu bewirken, steigert diese Ausweitung ihrerseits die Nachfrage nach einer Reihe von Produkten; dies verursacht eine neue Investitionswelle und so fort. Mit anderen Worten hat die Investitionsrate, die man erreichen wollte, alle Aussicht überschritten zu werden. Eine Senkung des Zinssatzes würde jedoch nicht zu einer Stabilisierung der Investitionen, sondern zu einer ebenfalls kumulativen Schrumpfung führen.

Zu diesem Thema schreibt Dobb: "Wenn die Investitionsrate wächst (oder fällt), wird es sich mit dem Anreiz zu investieren genauso verhalten; es herrscht dann ein unstabiles Gleichgewicht (...)" (39) Man erhält hier also ein System, das an der gleichen Unstabilität wie der Kapitalismus (40) leidet - vielleicht auch an einer größeren. Insgesamt gesehen scheint uns ein System der "dezentralisierten Entscheidung" keine Möglichkeiten für eine rationelle Planung zu bieten; auch entspricht nur die "zentralisierte Entscheidung" einer echten Planung.

3. Kennzeichen der auf zentralen Entscheidungen beruhenden Planung

Zum Abschluß dieses Kapitels müssen wir noch einige Worte zu der auf zentralen Entscheidungen beruhenden Planung sagen. Es handelt sich nur um allgemeine Beobachtungen, da ja der Rest dieses Buches eigens der Untersuchung dieser Planung gewidmet ist.

3.1 Grenzen der Zentralisierung

Als erstes muß daran erinnert werden, daß, wenn von "zentralisierter Planung" gesprochen wird, keinesfalls - wie es das Beispiel der sow-

jetischen Planung zeigt - ein System gemeint ist, in dem alle Beschlüsse zentral getroffen würden. Niemand hat je an ein solches System gedacht, das bestimmt nicht zu realisieren wäre.

Von "zentralisierter Planung" kann man von dem Augenblick an sprechen, in dem die grundsätzlichen Beschlüsse zentral getroffen werden, wobei das, was unter "grundsätzlichen Beschlüssen" zu verstehen ist, im übrigen mit der Zeit und den Umständen variieren kann. Jedenfalls gehören in diese Beschlüßkategorie nicht nur die Entscheidungen über Preise und Investitionsvolumen, sondern auch über das Lohnvolumen und über die großen Linien der Produktions- und Investitionsprogramme. Dagegen bleiben die laufenden Beschlüsse oder solche, die sich auf Sonderfragen beziehen sollen, grundsätzlich außerhalb des Bereiches der zentralen Planung.

3.2 Vorschläge und Beschlüsse

Zweitens bedeutet die Tatsache, daß die grundsätzlichen Beschlüsse zentral gefaßt werden, keineswegs, daß die Entscheidungen, die diesen Beschlüssen zugrunde liegen, ohne Rücksprache mit den Unternehmen oder mit den wirtschaftlichen oder administrativen Einheiten, die die betreffenden Beschlüsse anwenden sollen, zustande kommen müßten. Im Gegenteil: Grundsätzlich ist es Aufgabe dieser Unternehmen oder dieser Einheiten, Alternativvorschläge zu formulieren und dabei die Implikationen und Konsequenzen dieser Vorschläge herauszustellen. Danach trifft die Zentralbehörde ihre Entscheidung, und zwar unter Berücksichtigung aller erforderlichen Beschlüsse, um doppelte Arbeiten, widersprüchliche Beschlüsse, Engpässe usw. zu vermeiden.

3.3 Zentralisierung der Entscheidungen, Vergesellschaftung der Beschlüsse

Auf allgemeinerer Ebene muß betont werden, daß nur die zentralisierte Planung der Struktur einer vergesellschafteten Wirtschaft angemessen ist; denn nur sie kann die Tatsache berücksichtigen, daß die getroffenen grundsätzlichen Beschlüsse notwendig Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft haben.

Einer der Widersprüche des kapitalistischen Systems - ein Widerspruch, der mit der Zeit immer stärker wird - ist es, daß der Ablauf der gesellschaftlichen Produktion auf individuellen Beschlüssen beruht; daher müssen sich die Konsequenzen der verschiedenen Beschlüsse unausweichlich widersprechen oder überlappen.

Nur eine zentralisierte Planung, die selbst auf einer wirklichen Verge-

sellschaftung der Produktionsmittel beruht, kann solchen Widersprüchen ein Ende bereiten. Die Autoren, die in ihren Vorschlägen einer dezentralisierten "Planung" bestimmte "Mechanismen" der kapitalistischen Wirtschaft beibehalten wollten, haben nicht erkannt, daß sie eben dadurch die wesentlichen Mängel des Kapitalismus beibehielten. (41)

3.4 Sozialstruktur und wirtschaftliche Berichtigungen

Noch allgemeiner muß man sehen, daß jeder wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur eine besondere Art der Berichtigung der verschiedenen ökonomischen Veränderlichen entspricht. (42)

Auch ist es absolut unnatürlich und gewiß unmöglich, in einer durch die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktions- und Tauschmitteln gekennzeichneten Struktur Korrekturmechanismen (Preis-, Lohn- und Zinssatzänderungen) beibehalten zu wollen, die einer durch das Privateigentum an den Produktions- und Tauschmitteln gekennzeichneten Struktur eigen sind; überdies sind diese "Mechanismen" an Klasseninteressen gebunden, die mit dem Kapitalismus selbst verschwinden.

So sehen wir, daß allein die auf zentralisierten Entscheidungen basierende Planung in der Lage ist, eine Summe von Beschlüssen, die notwendigerweise miteinander in Einklang gebracht werden müssen, im voraus - und nicht hinterher über mehr oder weniger heftige Wirtschaftsschwankungen mit ihrem mehr oder weniger beträchtlichen Kräfteverschleiß - zu koordinieren. Auch sehen wir, daß sie sich als einzige mit der Struktur einer vergesellschafteten Wirtschaft verträgt. Im folgenden werden wir uns mit der theoretischen Untersuchung des Ablaufs einer solchen Planung und zu allererst mit dem Problem der Entscheidung im Produktionsbereich befassen.

II DIE ENTSCHEIDUNG IM PRODUKTIONSBEREICH INNERHALB EINER PLANWIRTSCHAFT UND DAS WERTPROBLEM

Das Problem der ökonomischen Entscheidung stellt sich auf zwei Stufen: Einerseits geht es darum, was in welcher Menge produziert werden soll, und andererseits darum, wie es produziert werden soll. Zur Beantwortung der ersten Frage muß man vor allem wissen, was die Konsumenten wollen. Die zweite Frage impliziert eine Entscheidung für eine von mehreren technischen Produktionsweisen und ist daher eine Frage der Organisation der Produktion. Sie soll in diesem Kapitel besprochen werden.

1. Die Entscheidung im Produktionsbereich

Bei der Entscheidung über die Herstellung eines bestimmten Gegenstands oder das Herbeiführen eines bestimmten Ergebnisses können zwei Möglichkeiten vorliegen: Im ersten Fall ist für die Herstellung dieses Gegenstands oder das Herbeiführen dieses Ergebnisses nur ein einziges Verfahren technisch vorteilhaft; hier bestehen keine ökonomischen Entscheidungsprobleme. Im zweiten Fall sind mehrere Verfahren technisch gleichermaßen brauchbar; die Entscheidung für eines von ihnen stellt ein ökonomisches Problem.

1.1 Nur ein Verfahren ist technisch brauchbar

Für diese erste Möglichkeit gibt es nicht viele praktische Beispiele. Man könnte folgende anführen: Es wurde beschlossen, einen Kanal als Wasserverbindung zwischen zwei festen Punkten zu bauen; die Geländebeschaffenheit erfordert keine künstlichen Ausgänge (z.B. Schleusen), und als einzige Arbeit müssen Erdarbeiten durchgeführt werden. In einem solchen Fall gibt es nur eine technisch vorteilhafte Trassenführung, nämlich die, welche die Erdarbeiten auf ein Minimum reduziert. Ein anderes Beispiel: Man hat beschlossen, einen bestimmten Gegenstand herzustellen; dieser Gegenstand kann - bei gleicher Arbeit und gleichem Ergebnis (Festigkeit, Brauchbarkeit und ästhetischer Wert des Produkts) - unter Verwendung größerer oder geringerer Mengen eines gegebenen Metalls produziert werden. In solch einem angenommenen Fall ist nur ein einziges Herstellungsverfahren technisch vorteilhaft, nämlich das, bei dem die kleinste Menge Metall verwendet werden muß. Solche Fälle sind selten. Fast immer bietet die Technik mehrere Her-

stellungs- oder Fabrikationsverfahren an, für deren Wahl technische Gesichtspunkte nicht das einzige Kriterium sein können. Um entscheiden zu können, muß man die Sache unter ökonomischen Gesichtspunkten ansehen. Nehmen wir ein paar Beispiele.

1.2 Mehrere Verfahren sind technisch brauchbar

Wenn wir noch einmal zu dem hypothetischen Kanal als Wasserverbindung zwischen zwei festen Punkten zurückkehren, läßt sich vorstellen, daß die Technik mindestens zwei Möglichkeiten bietet: Eine Trasse reduziert die Erdarbeiten auf ein Minimum, führt aber durch sandiges Gelände und erfordert daher umfangreiche Betonierungsarbeiten. Eine andere Trasse kommt ohne irgendwelche Betonierungsarbeiten aus, erfordert aber größere Erdarbeiten. Für welche soll man sich entscheiden? In einer Wettbewerbswirtschaft wird im allgemeinen die einfache Befragung der auf den Marktpreisen basierenden Unternehmerrichtlinien eine Antwort anbieten. (43) Die Entscheidung wird zugunsten der billigeren Trasse fallen. Wie aber soll man in einer Planwirtschaft vorgehen - in der ja die Preise selbst aus dem Plan resultieren - um eine irrationale und ungewisse Entscheidung zu vermeiden?

In einem ersten Stadium der Analyse ist die ökonomisch günstigste Trasse die, welche den geringsten Arbeitsaufwand, die wenigsten Arbeitsstunden erfordert, "Rechnungseinheit" für die ökonomische Kalkulation ist also die Arbeitsstunde. Selbstverständlich muß man diesen Kalkulationen nicht nur die für die Erdarbeiten aufgebrauchten Arbeitsstunden zugrunde legen, sondern auch die Arbeitsstunden, die zur Produktion und zum Transport des Betons zur Baustelle benötigt wurden. Mit anderen Worten muß man nicht nur die aktuelle, gerade eben aufgewendete Arbeit, sondern auch die vergangene, zuvor in die verschiedenen Materialien und Werkzeuge eingegangene Arbeit berücksichtigen.

Ein anderes Beispiel: Ein Gegenstand kann mit dem gleichen Endergebnis hergestellt werden, wenn man wenig aktuelle Arbeit, aber eine relativ große Menge Metall - oder wenn man mehr Arbeit, aber weniger Metall verwendet (z.B. weil dann die Arbeit sorgfältiger und damit zeitraubender getan werden muß). Für welches Produktionsverfahren soll man sich entscheiden?

Auch hier wird man letzten Endes als wirtschaftlichstes Verfahren das wählen, welches insgesamt den geringsten Arbeitsaufwand repräsentiert. Man muß also ausrechnen, wieviel Arbeit zur Produktion des verwendeten Metalls benötigt wird, und diese Arbeit mit der bei der Herstellung des Gegenstands selbst geleisteten Arbeit addieren. Folglich wird das Verfahren, bei dem wenig Metall erforderlich ist, vorgezogen werden, wenn die Metallproduktion selbst viel Arbeit erfordert; umgekehrt wird das Verfahren, bei dem viel Metall erforderlich ist, vorge-

zogen werden, wenn die Metallproduktion wenig Arbeit erfordert. Auch hier wird die Rechnungseinheit von der Arbeitszeit gebildet.

Kurz: Jedesmal wenn zur Erzielung des gleichen Ergebnisses mehrere Verfahren oder mehrere Elemente eingesetzt werden können, entsteht ein ökonomisches Entscheidungsproblem. Diese Entscheidung kann nur dann rationell getroffen werden, wenn man mit Hilfe einer "Rechnungseinheit" kalkulieren kann, ob es günstiger ist, dieses Element bzw. dieses Verfahren oder ein anderes anzuwenden. In einem ersten Analysenstadium haben wir gesehen, daß diese Rechnungseinheit die Arbeitszeit sein muß. Im folgenden werden wir die Argumente zugunsten dieser Betrachtungsweise, die Kritik ihr gegenüber und die von dieser Kritik angeregten Beobachtungen untersuchen.

2. Die Arbeitszeit als "Rechnungseinheit" in einer Planwirtschaft

Vorweg muß gesagt werden, daß die gerade vorgeschlagene Lösung des Problems der ökonomischen Entscheidung mit der objektiven Konzeption des Wertes und, genauer, mit der Arbeitswerttheorie verknüpft ist. Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß das eben Gesagte weit davon entfernt ist, eine Antwort auf die komplexe Frage des Wertes in einer auf Privateigentum und Konkurrenz gegründeten Wirtschaft zu liefern. Im Augenblick haben wir es mit einem praktischen Teilaspekt des Wertbegriffs zu tun - wenn man so will, mit einem "Arbeitsbegriff" von Wert. Die Stellungnahme zugunsten dieses Arbeitsbegriffs beruht auf Gründen, die wir sofort untersuchen werden, und berührt noch nicht das zugrundeliegende Problem: Sie löst nicht - und das ist auch gar nicht beabsichtigt - die Frage der Relation zwischen subjektivem Nutzen und ökonomischem Wert.

Im folgenden sollen die Argumente untersucht werden, die zumindest im Bereich der Planung dafür sprechen, die ökonomischen Kalkulationen auf eine objektive Wertkonzeption, auf die Rechnungseinheit Arbeitszeit zu stützen.

2.1 Die sowjetische Erfahrung

Ein erstes Argument liefert die induktive Methode. Man stellt nämlich fest, daß sich der erste Versuch einer umfassenden Planung, wie ihn die sowjetische Planung darstellt, in zweifacher Hinsicht auf eine objektive Wertkonzeption stützt: Zum einen liegen die theoretischen Grundlagen der sowjetischen Planung im Marxismus; sie beruht also auf der Konzeption des Arbeitswerts. Zum anderen stützt sich die Praxis der sowjetischen Planung immer deutlicher auf die objektive Wertkonzeption; das drückt sich in der immer stärkeren Tendenz in der UdSSR während der Vorkriegszeit aus, die Großhandelspreise auf der Basis der Selbst-

kostenpreise zu planen.

2.2 Das Scheitern der subjektiven Wertkonzeption

Ein zweites Argument zugunsten der Arbeitszeit als Rechnungseinheit in einem planwirtschaftlichen System ist das Scheitern derjenigen, die von einer subjektiven Wertkonzeption her den Mechanismus einer Planwirtschaft zu analysieren versucht haben.

Hier kann man zwei Richtungen erkennen: Die eine, die der Planwirtschaft feindlich gegenübersteht, will die theoretische oder praktische Unmöglichkeit des Funktionierens einer solchen Wirtschaft nachweisen, während die andere eine spezielle Konzeption der Planwirtschaft bevorzugt, die den "dezentralisierten Entscheidungen" den meisten Platz einräumt.

Bei der ersten Richtung ist es recht bemerkenswert zu beobachten, wie sich ihre Argumentation mit der Zeit ändert. So behaupteten noch 1938 die meisten für diese Betrachtungsweise repräsentativen Autoren, es sei theoretisch unmöglich einzusehen, daß eine Planwirtschaft rationell funktionieren könne. Das beste Beispiel in diesem Sinne liefert die schon mehrmals zitierte Gemeinschaftsarbeit *L'économie dirigée en régime collectiviste*. Alle an diesem Buch beteiligten Autoren (mit Ausnahme von Enrico Barone, der sich als Anhänger der mathematischen Gleichgewichtstheorie nicht auf das gleiche Niveau begibt) und ganz besonders Hayek erklären eine rationelle Planwirtschaft für theoretisch unmöglich. Seitdem mußten sich jedoch die planwirtschaftsfeindlichen Autoren auf eine weniger kategorische Position zurückziehen: Heute akzeptieren die meisten, daß eine rationelle Planwirtschaft theoretisch möglich ist, führen aber an, es sei unmöglich, sie praktisch zu realisieren. (44) Es ist jedoch sehr bemerkenswert, daß sich alle beschworenen theoretischen oder praktischen Schwierigkeiten um Probleme einer ökonomischen Kalkulation a priori gruppieren, die diesen Autoren teils unmöglich, teils extrem schwierig erscheint. Aber alle diese "Schwierigkeiten" oder "Unmöglichkeiten" treten exakt nur auf, wenn auf die subjektive Wertkonzeption Bezug genommen wird; wenn man sich auf die objektive Grundlage des Wertes bezieht, würden sie verschwinden.

Die zweite Richtung haben wir in Kapitel II, 1. dieses Buches behandelt und dabei gesehen, daß hier letzten Endes nur ein planwirtschaftliches, aber Pseudowettbewerbs-System vorgeschlagen wird, das mit einer vergesellschafteten Wirtschaft unvereinbar und nicht in der Lage ist, einen Teil der Widersprüche und Schwächen des Kapitalismus zu beseitigen.

Auch hier führt die subjektive Wertkonzeption in eine Sackgasse. Auch hier ist die einzige brauchbare Konzeption die, welche sich auf die Arbeitszeit als Rechnungseinheit bezieht. Nur so kann man den Mechanis-

mus einer rationellen Planwirtschaft erfassen.

2.3 Gleichsetzung des Arbeitsaufwands mit dem Arbeitsopfer

Ein drittes Argument zugunsten der Arbeitszeit als "Rechnungseinheit" liefert der Gedanke einer rationell organisierten Wirtschaft selbst. Vom Standpunkt der Produktion her - erinnern wir uns, daß nur dieser Standpunkt zur Zeit zur Debatte steht - wird die ökonomische Rationalität nur dann befriedigt, wenn zur Produktion eines bestimmten Erzeugnisses das Verfahren gewählt wird, das den geringsten Aufwand und die geringsten Opfer erfordert (damit greifen wir eine Formulierung von Mossé in seinem Buch "*L'économie collectiviste*", besonders S. 91, auf). Also: Der einzige Aufwand, der hier zur Debatte stehen kann, ist der durch die menschliche Arbeit gebildete. Der durchschnittliche Maßstab für diesen Aufwand ist die **A r b e i t s z e i t**.

Was die "Opfer" angeht, so konnte hier noch am ehesten die Beibehaltung eines subjektivistischen Standpunkts gerechtfertigt erscheinen. Jedoch läßt sich auch hier der subjektivistische Standpunkt nicht auf die Planung anwenden. Wie soll man nämlich das Opfer (in Form von Konsumverzicht) messen, das zum Beispiel in der Verwendung der gleichen Menge eines anderen Metalls steckt? Eine unlösbare Aufgabe - und zwar nur deshalb, weil das Ausmaß dieses "Opfers" individuell und je nach den verfügbaren Metallmengen variiert. Dagegen kann der Begriff "Opfer" eine objektive Bedeutung erhalten, so daß man ihn mit dem gleichen Maß messen kann wie den Begriff "Aufwand": Das "Opfer", das die Verwendung eines Gegenstands darstellt, wird mit der Arbeit gleichgesetzt, die zur Herstellung dieses Gegenstands benötigt wird. Auch hier, bei den Begriffen Aufwand und Opfer, treffen wir wieder auf die Begriffe aktuelle und vergangene Arbeit, die auf alles angewendet werden müssen, damit die realen Kosten eines Produktionsverfahrens beurteilt werden können.

2.4 Die Kosten in Arbeitszeit als einzige reale Kosten

Letzten Endes kostet ja die Produktion nichts anderes als Arbeit. Auch besteht in einem ersten Stadium der Analyse die "wirtschaftlichste" Art und Weise, ein Ergebnis zu erzielen, darin, es mit dem geringsten Arbeitsaufwand zu erzielen. Arbeit ist das einzige, was den Menschen etwas "kostet". Die Produkte (Rohstoffe, Werkzeug, Maschinen), die er einsetzt, damit sie ihm bei seinen Aufgaben helfen, kosten ihn nur soviel, wie Arbeit in sie gesteckt werden mußte, um sie zu Produkten zu machen. Es nutzt nichts, wenn man hier die "Seltenheit" oder "Knappheit" bestimmter Produkte ins Spiel bringen will, um nachzuweisen, daß

ihr Gebrauch ein größeres "Opfer" darstellt als der Gebrauch anderer Produkte; denn diese "Knappheit" ist nichts als das Anzeichen der Schwierigkeit, zu diesem Produkt zu kommen - sie drückt nur die Arbeit aus, die zu seiner Produktion erforderlich ist.

Kein Gegenstand, der aus menschlicher Tätigkeit entspringen kann, ist "selten"; er ist nur dadurch "selten" oder "knapp", weil seine Erlangung Arbeit erfordert. Nur für einen Gegenstand, der nicht mehr produziert werden kann (ein Bild eines alten Meisters, ein Wein eines bestimmten Jahrgangs usw.), gibt es eine von der benötigten Arbeit unabhängige "Seltenheit"; alles andere ist nicht "selten", da es durch die Arbeit des Menschen vervielfältigt werden kann; was es relativ "selten" macht, ist die Arbeit selbst, die seine Produktion erfordert. Die "Seltenheit" oder "Knappheit" der Wirtschaftsgüter und damit ihr Wert wird durch die "Knappheit" der Arbeitszeit im Verhältnis zum Bedarf gebildet.

Wie Georg Halm schreibt, der übrigens diese Auffassung nicht teilt, kann selbst das Kapital in seiner realen Form, als "Kapitalgüter", als Maschinen und Ausrüstung, auf die Arbeit und ihre Knappheit zurückgeführt werden. Indem er die Meinung der Anhänger dieser These zusammenfaßt: "Wie sie erklären, können die Kapitalgüter in jedem beliebigen Augenblick und in jeder beliebigen Menge fabriziert werden; für ihre Produktion ist nämlich nichts anderes erforderlich als einerseits Arbeit und andererseits Rohstoffe, die entweder Geschenke der Natur oder aber selbst das Produkt von Arbeit sind. So wird deutlich, sagt man, daß der einzige Primärfaktor der Produktion die Arbeit ist; denn alle produzierten Produktionsmittel können auf die zu ihrer Produktion erforderliche Arbeit reduziert werden. Die einzige Knappheit, die man den Kapitalgütern zuerkennen kann, ist also die Knappheit der zu ihrer Produktion dienenden Arbeit." (G. Halm, "Réflexions complémentaires sur la possibilité d'un calcul économique adéquat dans une économie socialiste", *Economie dirigée en régime collectiviste*, S. 158 f.)

Mit anderen Worten erscheint bei diesem Standpunkt die Arbeit unter ihrem objektiven Aspekt als der einzige Bestandteil der Knappheit der Produkte und damit als der einzige Bestandteil, der, um so überlegt wie möglich angewendet zu werden, einer Wirtschaftlichkeitsberechnung unterworfen werden muß. Unter ihrem subjektiven Aspekt (Mühsal) erscheint die Arbeit gleichfalls als der einzige Bestandteil der realen Produktion unterworfen werden muß. Sowohl unter dem objektiven wie unter dem subjektiven Aspekt liegt der Maßstab für diese Knappheit und diese Kosten in der Arbeitszeit.

Auf diese Weise kann man, zumindest in einer Planwirtschaft, das Problem der Wirtschaftsrechnung angehen. Dennoch stieß auch in einer solchen Wirtschaft die Anwendung der Arbeitszeit als "Rechnungseinheit", als Instrument für die Entscheidung zwischen verschiedenen Produktions-

verfahren, auf Einwände, von denen einige zweifellos eine Überprüfung verdienen.

3. Kritiken der Anwendung der Arbeitszeit als Rechnungseinheit

Einige der gegen die Anwendung der Arbeitszeit als Rechnungseinheit gerichteten Kritiken sind in gewisser Hinsicht klassisch. Nichtsdestoweniger sind sie absolut wertlos. Von diesen "klassischen" Einwänden wollen wir drei festhalten:

3.1 Immanente Knappheit

Der erste besteht darin, daß Arbeit nicht der einzige Bestandteil von Knappheit sei und daß es eine jedem Produkt immanente Knappheit gebe, die man in einer rationellen Wirtschaftsrechnung berücksichtigen müsse. So könnten, wird angeführt, zwei Metalle wohl die gleiche Gewinnungsarbeit erfordern; nichtsdestoweniger sei es wirtschaftlich unrationell, das eine im gleichen Umfang zu verwenden wie das andere, wenn eines der beiden knapper ist.

3.2 Arbeit ist nicht homogen

Ein zweiter Einwand besteht darin, daß die Arbeitszeit keine qualitativ homogene Einheit darstelle, da es mehr oder weniger schwierig auszuführende Arbeiten gebe, Arbeiten, die eine mehr oder weniger große Qualifikation erfordern und die alle in der gleichen Art in Rechnung zu stellen wirtschaftliche unrationell wäre.

3.3 Arbeit ist kein unveränderlicher Faktor

Ein dritter Einwand besteht auf der Tatsache, daß die für die Produktion eines Gegenstands erforderliche Arbeitszeit kein unveränderlicher Faktor ist. Sie ist, sagt man, ihrem Wesen nach durchaus veränderlich, und zwar nicht nur von einem Unternehmen zum andern, sondern auch - je nach den technischen Änderungen und der Ausweitung der Produktion - innerhalb des gleichen Unternehmens. Vor allem betont man, daß der für eine gegebene Produktion erforderliche Arbeitsaufwand nach dem Gesetz der nicht proportionalen Leistungen je nach dem Produktionsvolumen schwankt. Von allen hier angeführten Einwänden verdient dieser gewiß am meisten unsere Beachtung.

Es gibt noch zwei weitere, weniger klassische Einwände, die dennoch untersucht werden sollten.

3.4 Qualität der nicht reproduzierbaren Güter

In erster Linie wird darauf hingewiesen, daß es Güter gibt, die im natürlichen Zustand keinerlei Arbeit erfordern, deren Qualität in einer rationell geplanten Wirtschaft aber dennoch berücksichtigt werden muß. Um diesen Einwand deutlicher zu machen, nehmen wir uns noch einmal das Beispiel des Kanals vor, der ausgebaggert werden soll, um zwei gegebene Punkte auf dem Wasserweg miteinander zu verbinden. Angenommen, man hätte die offensichtlich günstige Trassenführung bestimmt, nämlich die, die den geringsten Aufwand an aktueller und vergangener Arbeit erfordert; trotzdem kann, sagt man, diese Trassenführung in Wirklichkeit ohne weiteres nicht die günstigste sein. Es wäre ja möglich, daß diese Trasse durch besonders fruchtbares Land führt, das dann für die Bebauung verloren wäre, während man bei einer Trasse, die mehr aktuelle und vergangene Arbeit erfordert, wesentlich weniger fruchtbares Land durchqueren würde. Wozu soll man sich entschließen: Soll man die Trasse verlegen oder nicht?

Man ahnt, daß die Antwort vor allem von der Größe des Umwegs (zusätzlicher Arbeitsaufwand) und von den Qualitätsunterschieden des Bodens abhängt; aber man weiß nicht, wie man diesen Qualitätsunterschied messen soll. Die Rechnung in Arbeitszeit, die vom Prinzip der Arbeitseinsparung inspiriert ist, scheint hier nicht in der Lage, sofort eine Antwort auf diese Frage zu geben.

Ein anderes Beispiel: Es handelt sich um den Bau von Häusern mit einer bestimmten Zimmerzahl; wir nehmen an, daß der Arbeitsaufwand für den Bau dieser Häuser als Flachbauten geringer ist, als wenn man sie in die Höhe baut. Dagegen beansprucht dieser Bau landwirtschaftlich nutzbaren Grund und Boden. Berücksichtigte man nur die aufgewendete Arbeit, so müßte man sich für die Flachbauweise, d.h. für die Vergeudung beträchtlicher Bodenflächen entscheiden; wieder ahnt man, daß eine solche Lösung wirtschaftlich unrationell sein kann - aber auf Grund welcher Grundsätze soll eine Entscheidung getroffen werden? Anscheinend reichen hier das Prinzip der Arbeitseinsparung und die Rechnung in Arbeitszeit nicht aus. Wir stehen hier also vor einem Einwand, der sehr ernst zu sein scheint.

3.5 Arbeitseinsparung erfordert Vorarbeit

In zweiter Linie wird darauf hingewiesen, daß die Produktionsverfahren, die die größte Arbeitseinsparung erlauben, im allgemeinen auch die größten Investitionen, d.h. den größten Aufwand an vorheriger Arbeit erfordern. So kann man im allgemeinen einen Gegenstand entweder unmittelbar mit der Hand und einigen sehr einfachen Werkzeugen herstellen, wozu viel Arbeitszeit erforderlich ist, oder man kann ihn schneller herstellen, aber unter der Bedingung, daß man sich vorher

mit dem Bau komplizierter Maschinen und Ausrüstungen beschäftigt. Solange man jedoch diese Maschinen baut, verfügt man nicht über den Gegenstand, den man damit produzieren will. Mit anderen Worten: Je mehr Arbeit man einsparen will, desto mehr muß man vorher davon aufwenden; desto mehr muß man sich einer Anstrengung unterziehen, während der man konsumiert, ohne noch irgendetwas Konsumierbares zu produzieren.

Wenn man in einer Planwirtschaft in allen Bereichen die ausgefeiltesten Produktionsverfahren anwenden wollte, wäre man folglich im Namen des Prinzips der Arbeitseinsparung mehr oder weniger lange irgendwie dazu verdammt, auf jede Produktionssteigerung für Konsumgüter zu verzichten; vielleicht wäre man sogar gezwungen, diese Produktion einzuschränken. Die Gegner einer Rechnung in Arbeitszeit erklären das damit, daß diese Rechnung nicht die "Kosten" berücksichtigt, die der Verzicht auf sofortige Befriedigungen zugunsten zukünftiger Befriedigungen darstellt. Hier liegt, wie sie sagen, ein "Opfer" vor, das nicht verrechnet werden kann, während es in einer auf dem Privateigentum am Kapital basierenden Wirtschaft in Form des Zinses verrechnet werden könnte, der dem gezahlt werden muß, der die zum vorherigen Erwerb oder Bau der Maschinen oder Ausrüstungen benötigten Kapitalien vorschießt. Gerade weil die Unternehmer diesen Zins zahlen müssen, werden bestimmte Produktionsverfahren, die eine beträchtliche Arbeitseinsparung bringen würden, nicht angewendet, weil die Zinslast auf das investierte Kapital auf Grund der zur Anwendung dieser Verfahren nötigen großen Investitionen die erzielte Senkung der Herstellungskosten überschreiten würde.

3.5.1 "Kapitalkosten"

Die Gegner einer Rechnung in Arbeitszeit erklären also, durch die Einführung von "Kapitalkosten" (46) könne vermieden werden, daß für die Produktion von Produktionsgütern übertriebene Anstrengungen zum Nachteil der sofortigen Konsumgüterproduktion unternommen werden. Diese Theoretiker behaupten folglich, neben der Knappheit der Arbeit - die bei der Rechnung in Arbeitszeit berücksichtigt ist - gebe es eine Knappheit des "Kapitals", die sich in einem Zinssatz ausdrücken müsse. Ohne einen solchen Zinssatz, der im übrigen nur Buchführungsbedeutung haben könnte, käme man angeblich dahin, die Ausrüstung zum Schaden der Konsumgüterproduktion unabhässig zu perfektionieren, und zwar unter dem Vorwand, daß jede Erweiterung der Ausrüstung eine arbeitsbedingte Einsparung herbeiführt, während man auf Grund des technischen Fortschritts mit immer neuen Verbesserungen und damit mit einer zusätzlichen Nachfrage nach Ausrüstungen von Seiten der Industrie und der Landwirtschaft rechnen kann.

Eben dies drückt Georg Halm mit folgenden Worten aus, indem er den Ausdruck "Produktivität des Kapitals" benutzt, um die Arbeitseinsparung zu bezeichnen, welche die Entwicklung des Maschinenbaus ermöglicht: "(...) wenn die Produktivität des Kapitals die Nachfrage nach Kapitalgütern unersättlich macht; wenn Landwirtschaft und Industrie weiterhin ohne irgendwelche Beschränkungen immer mehr Kapital investieren könnten; wenn zahlreiche bereits vorliegende Erfindungen noch darauf warten angewendet zu werden, während jeden Tag neue Verbesserungen des Produktionsapparats erfunden werden; wenn es große Ausweitungsmöglichkeiten selbst für die bereits angewendeten Produktionsverfahren gibt - dann wird das Kapitalangebot im Vergleich zur ihm entsprechenden ungeheuren Nachfrage notwendigerweise immer sehr gering sein." Und Halm fügt hinzu: "Es wird immer so sein müssen, daß die Verfügungsgewalt über die Produktionsfaktoren zur Produktion von Kapitalgütern irgendwie eingeschränkt ist." (G. Halm, op.cit., S.161)

3.5.2 Zins als "Kapitalkosten"

Halm sieht keinen anderen Weg zur Einschränkung dieser Nachfrage als die Einführung eines Zinssatzes als "Kapitalkosten". Er zieht daraus übrigens nicht nur den Schluß, daß es unzureichend sei, nur die Kosten in Arbeitszeit zu berücksichtigen, sondern auch, daß jede rationelle Planung unmöglich sei, da man ja nach seiner Meinung bei der Abwesenheit eines Kapitalmarktes - der das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die freie Verfügung über sie voraussetzt - über keinerlei Mittel verfügt, einen Zinssatz anders als willkürlich und somit unrationell festzusetzen. Er schreibt: "Unglücklicherweise ist die sozialistische Planung nicht in der Lage, diesen Kapitalzins zu übernehmen, dessen Notwendigkeit von wirtschaftlichen Erwägungen so dringlich diktiert wird." Und weiter schreibt er: "Vielleicht haben wir hier den ernsthaftesten Einwand, den man gegen den Sozialismus vorbringen könnte." (ebd., S. 163) (47)

Zweifelloso stellt dies die wichtigste Kritik dar, die gegen die Rechnung in Arbeitszeit angeführt wurde. Sie wiegt um so schwerer, als sie den Mechanismus der Preisfestsetzung und folglich, wie wir sehen werden, die Beurteilung des Stellenwerts der Bedürfnisse ins Spiel bringt - und ohne diese Beurteilung ist Planung nicht rationell. Dies sind die wichtigsten Kritiken der Rechnung in Arbeitszeit. Wir wollen jetzt sehen, was dazu zu sagen ist.

4. Zu den obigen Kritiken

4.1 Kritik des Begriffs "immanente Knappheit"

Die ersten drei Kritiken werden unsere Aufmerksamkeit nicht lange in Anspruch nehmen.

Der Gedanke einer immanenten Knappheit von Gütern jeder Art hat keinen Bestand, wenn man berücksichtigt, daß sich diese Knappheit (die nur für Güter aus "natürlichen Vorkommen" wie beispielsweise Metalllager existiert) in der mehr oder weniger langen durchschnittlichen Dauer der Schürfarbeiten ausdrückt (wobei wir davon ausgehen, daß es kein Metall oder Nichtmetall in "beschränkten Mengen" gibt, so daß die zu einem gegebenen Zeitpunkt verfügbaren Mengen immer zu einem späteren Zeitpunkt durch Forschungs- und Schürfarbeiten vergrößert werden können). (48) Die Produkte unterscheiden sich nicht durch ihre "immanente Knappheit", sondern durch die für ihre Produktion erforderliche Arbeitsmenge, worunter wir den Gesamtbetrag der Schürfarbeit (deren Dauer in Abhängigkeit von der Seltenheit der Vorkommen schwankt) und der Gewinnungsarbeit verstehen. Dieser Gesamtbetrag kann in einer Wirtschaft, in der die Forschungs- und Gewinnungsarbeit durch das gleiche Organ zusammengefaßt werden, leicht errechnet werden.

4.2 Qualitative Heterogenität der Arbeitszeit

Der Einwand, daß die Arbeitszeit keine qualitativ homogene Einheit darstellt, hat volle Gültigkeit; er macht aber keine wirklichen Schwierigkeiten, da man in den Unterschieden zwischen den Löhnen - sofern diese Unterschiede nur ökonomischen Erwägungen entspringen - den Ausdruck für die jeweilige Qualität der verschiedenen Arbeiten sehen kann. Eine Stunde qualifizierte Arbeit, die beispielsweise zweimal so hoch entlohnt wird wie eine Stunde einfache Arbeit wird auch als Äquivalent für zwei Stunden einfache Arbeit berechnet. (49) Falls die Lohnunterschiede aus irgendeinem Grund nicht den qualitativen Unterschieden zwischen den verschiedenen Arbeiten entsprechen sollten, wird es immer möglich sein, diese Differenzen auf technischer Basis zu berücksichtigen.

4.3 Berücksichtigung der Variabilität der notwendigen Arbeitszeit

Bleibt als dritter der "klassischen" Einwände derjenige, der sich auf die Variabilität der zur Produktion eines Gegenstands notwendigen Arbeit bezieht. Wie wir gesehen haben, bewegt sich dieser Einwand auf drei Ebenen.

Erstens schwankt die notwendige Arbeitszeit von Unternehmen zu Unter-

nehmen.

Darauf läßt sich leicht erwidern, daß es ausreicht, das gewogene Mittel aus den verschiedenen notwendigen Produktionszeiten zu nehmen. Man erhält so die sogenannte "gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit"; z.B. orientiert man sich, wie wir schon erwähnt haben, in der UdSSR in bezug auf die Großhandelspreise an der Anwendung eines gewogenen Mittels.

Zweitens, wurde gesagt, müsse man die technischen Veränderungen berücksichtigen. Zum Beispiel kann ein Gegenstand, der vor einiger Zeit einen Monat Produktionszeit gekostet hat, jetzt in vierzehn Tagen produziert werden. Soll er zu den alten oder zu den neuen Kosten verrechnet werden? Vom Standpunkt der Wirtschaftsrechnung aus gewiß zu den neuen; was nämlich beim Gebrauch dieses Gegenstands "geopfert" wird, ist die Arbeitszeit, die zu seiner Reproduktion aufgewendet werden muß, denn seitdem wird er ja mit der neuen Technik und nicht mit der alten reproduziert.

Was die Verbindung betrifft, die auf Grund des Gesetzes der nicht proportionalen Leistungen zwischen den Produktionskosten und dem Produktionsvolumen eines Gegenstands besteht, so verursacht sie keinerlei Schwierigkeiten, sobald die Größenordnung einer in einem bestimmten Zeitraum zu liefernden Produktion durch den Wirtschaftsplan richtig festgelegt ist.

4.4 Kosten von Grund und Boden und Kapitalkosten

Wir kommen jetzt zu den beiden wichtigsten Kritiken, die sich auf den sogenannten Preis für Grund und Boden sowie auf die sogenannten Kapitalkosten beziehen. Auf den ersten Blick müssen wir die Frage, ob diese beiden Kriterien die Unmöglichkeit einer rationellen Wirtschaftsrechnung auf der Basis der Arbeitszeit beweisen, bejahen. Bei näherer Untersuchung der Frage erkennt man jedoch, daß es nicht so ist. Der Beweis dafür ist lang und schwierig: Er impliziert alle Probleme einer Wirtschaftsrechnung - in einem System, das weder Kauf und Verkauf von Grund und Boden noch einen Kapitalmarkt kennt - und somit alle Grundprobleme einer Planwirtschaft.

Wir werden diese Probleme im Lauf der späteren Kapitel untersuchen. Hier müssen wir aber die großen Linien der vorgeschlagenen Lösungen aufzeigen, um zu beweisen, daß diese Lösungen dem Prinzip einer Rechnung in Arbeitszeit und dem Prinzip der Arbeitseinsparung keineswegs widersprechen.

Nehmen wir das Problem des "Bodenpreises": In einer Planwirtschaft ist dieser Preis nur insofern sinnvoll, als er die Arbeitseinsparung ausdrückt, die durch die Verwendung eines bestimmten Terrains im Vergleich zu einem andern erzielt wird.

Das Problem der "Kapitalkosten" oder, genauer, der "Investitionskosten"

drückt in Wirklichkeit, wie wir sehen werden, etwas ganz anderes aus, als diejenigen glauben, die ihre Rechnung auf einen, - auch fiktiven - Zinssatz stützen wollen. Dieses Problem impliziert nicht wie das vorige Prinzip der Arbeitseinsparung, sondern seine Lösung verlangt, daß man die konkrete Bedeutung dieses Prinzips interpretieren kann. (50)

Wie schon gesagt, werden wir diesen Fragen mehrere Kapitel widmen; vor der Behandlung dieser Probleme müssen wir jedoch die Frage der Entscheidung im Bereich der Konsumtion darlegen.

III ÖKONOMISCHE ENTSCHEIDUNG UND BEDARFSBESTIMMUNG

Der Plan, so haben wir zu Beginn dieses Buches gesagt, zielt im wesentlichen auf die Schaffung eines Gleichgewichts zwischen der Produktion und dem gesellschaftlichen Bedarf ab. Wir haben gesehen, daß sich der gesellschaftliche Bedarf nicht nur auf Konsumgüter, sondern auch auf Produktionsmittel erstreckt. Andererseits hat der gesellschaftliche Bedarf fließenden Charakter, da er sich im Lauf der Zeit verändert; dennoch liegt er quantitativ fest. Das ist das entscheidende. Es ist ja relativ leicht, eine Liste der zur Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs notwendigen Produktionen zu erstellen; wesentlich schwieriger ist es, das Ausmaß jedes einzelnen Bedarfs zu bestimmen. Diese Bestimmung ist aber unerlässlich, wenn man einen Produktionsplan erstellen will, der dem realen Konsumtionsbedarf entspricht. Eben diesen Aspekt der Entscheidung zwischen den verschiedenen Produktionen, der Bestimmung ihres Stellenwerts in Abhängigkeit vom Bedarf, wollen wir jetzt untersuchen. Zuerst werden wir die Bestimmung des Bedarfs an Konsumgütern (unter 1.) und danach die Bestimmung des Bedarfs an Produktionsmitteln (unter 2.) behandeln.

1. Quantitative Bestimmung des Konsumtionsbedarfs

1.1 Gesellschaftlicher Bedarf und Arbeitseinsparung

Das Leitprinzip des Planes - rationelle Verwendung der Produktivkräfte und Arbeitseinsparung - verlangt, daß sich die Produktion jedes Zweiges in den Grenzen des gesellschaftlichen Bedarfs bewegt; anderenfalls würden bestimmte Produktivkräfte dazu vergeudet, Produkte über die benötigte Menge hinaus zu liefern.

Wie Marx schreibt, wird das Quantum des zu deckenden Bedarfs "ein wesentliches Moment, sobald das Produkt eines ganzen Produktionszweigs auf der einen Seite und das gesellschaftliche Bedürfnis auf der andern Seite steht" (Das Kapital, Bd. III, Kap. X, S. 210) Und er fügt hinzu, daß unter diesem Gesichtspunkt, "wenn die bestimmte Ware in einem das gesellschaftliche Bedürfnis (...) überschreitenden Maß produziert worden (ist), ein Teil der gesellschaftlichen Arbeitszeit vergeudet" ist, (ebd., S. 213)

Letzten Endes erscheinen die Beschränkung der Produktion jeder Güterkategorie auf den gesellschaftlichen Bedarf, den sie decken soll, und die Anwendung des Prinzips der Arbeitseinsparung als zwei gleichwertige

Ausdrücke, von denen der letztere den Vorteil aufweist, daß er präzise ist und eine Möglichkeit objektiver Messung bietet. Eine Schwierigkeit aber scheint zu bleiben: Wie kann man das Quantum jedes gesellschaftlichen Bedarfs messen?

1.2 Schätzung des Quantums des gesellschaftlichen Bedarfs, Freiheit der Konsumtion

Dieses Quantum kann empirisch und nur empirisch bestimmt werden. Und diese Empirie darf nicht nur durch den Rückgriff auf zurückliegende Bezugsgrößen gebildet werden - sie muß auch und vor allem eine gegenwärtige Erfahrung sein, da sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse weiterentwickeln. Diese experimentelle Kenntnis der gesellschaftlichen Bedürfnisse kann nur erhalten werden, wenn jedem Verbraucher die Freiheit gelassen wird, seine Bedürfnisse auszudrücken. Daher setzt eine rationelle Planung die Freiheit der Konsumtion voraus. Das heißt schließlich, daß es im Bereich der Konsumtion beim Konsumenten selbst liegt, seine Bedürfnisse anzumelden; bei ihm liegt es, die wirtschaftlichen Entscheidungen unter den Konsumgütern zu lenken. Der Planer dagegen muß diese Bedürfnisse rezensieren und die Produktion dementsprechend organisieren.

Wie kann der Verbraucher diese Bedürfnisse ausdrücken? Konkret ist das nur dadurch möglich, daß er die verschiedenen Konsumgüter verlangt. (51)

Hier muß man zwei Nachfragekategorien unterscheiden: einerseits die Nachfrage der individuellen Verbraucher, die die mehr oder weniger große Bedeutung ausdrückt, die sie ihren eigenen Bedürfnissen beilegen; und andererseits die Nachfrage von Kollektiven oder ihren Repräsentanten (die sowohl Körperschaften wie Individuen sein können); diese Nachfrage ist Ausdruck der mehr oder weniger großen Bedeutung, die diese Kollektive oder ihre Repräsentanten ihren gemeinsamen Bedürfnissen zumessen. So beruht die Zweckmäßigkeit, öffentliche Parks, Promenaden, Erholungszentren, Museen usw. einzurichten, auf der kollektiven, nicht auf einer individuellen Einschätzung der Bedürfnisse.

Die Planungsorgane müssen bei der Messung des Umfangs des jeweiligen Bedarfs natürlich sowohl die kollektiven wie die individuellen Bedürfnisse berücksichtigen. Es läßt sich sogar denken, daß die Erhöhung des Lebensstandards den kollektiven Bedürfnissen im Vergleich zu den individuellen Bedürfnissen immer mehr Raum gibt; (52) das heißt aber nicht, daß diese an absoluter Bedeutung abnehmen - eher im Gegenteil.

Sowohl die individuelle wie die kollektive Nachfrage können unter zwei unterschiedlichen Bedingungen wirken: Einerseits können sie sich auf Produkte oder Dienstleistungen richten, die den Individuen oder den Kollektiven gratis geliefert werden (die typischsten Beispiele hierfür

sind die kostenlose ärztliche Behandlung, die Gratisversorgung mit Arzneimitteln oder auch die kostenlose Lieferung verschiedener Dienstleistungen an die Kommunen, vor allem der Dienstleistungen des Volksschulunterrichts; andererseits können sie sich auf Produkte oder Dienstleistungen erstrecken, die zu einem bestimmten Preis verkauft werden.

Wenn die Nachfrage sich frei, ohne monetäre Beschränkungen ausdrückt, ergibt sie das absolute Ausmaß des entsprechenden gesellschaftlichen Bedarfs. In einer Gesellschaft, deren Produktivkräfte so weit entwickelt wären, daß sie es in allen Bereichen mit einer Nachfrage aufnehmen könnten, die so groß wie bei Gratislieferungen ist, würde wirklich nach den Bedürfnissen jedes einzelnen produziert werden, und es gälte die Formel der kommunistischen Gesellschaft "Jedem nach seinen Bedürfnissen". Man kann hinzufügen, daß die Verallgemeinerung der Gratislieferungen zweifellos voraussetzt, daß ein bestimmtes Niveau gesellschaftlicher Selbstdisziplin vorhanden ist.

Wenn die Nachfrage in Form von Käufen wirkt, ergibt sie den Stellenwert der verschiedenen Bedürfnisse. Wenn die Produktivkräfte nicht genügend entwickelt sind, kann nicht das absolute Quantum der Bedürfnisse befriedigt werden (wie man es bei Gratislieferung messen könnte), sondern nur das relative Quantum.

Damit dieses relative Quantum bestimmt werden kann, müssen die Preise (deren mehr oder weniger hoher Betrag dazu beiträgt, die Nachfrage auf ein im Verhältnis zum absoluten Ausmaß des gesellschaftlichen Bedarfs mehr oder weniger reduziertes Volumen einzuschränken) so weit wie möglich nach einer einheitlichen Methode festgesetzt werden; anderenfalls würde das mehr oder weniger große Ausmaß der Nachfrage nach verschiedenen Produkten nicht so sehr den Stellenwert der Bedürfnisse als vielmehr die Unterschiedlichkeit der Preisgestaltungsmethoden ausdrücken.

Angenommen, die individuelle Verteilung kann nicht nach der Formel "Jedem nach seinen Bedürfnissen" gewährleistet werden, so drängt sich folgender Verteilungsmodus auf: "Jedem nach seiner Arbeit"; das bedeutet, daß die Preise für die verschiedenen Produkte grundsätzlich nach der Menge der für ihre Produktion erforderlichen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit festgesetzt werden - d.h. nach ihrem Arbeitswert.

Unter diesen Bedingungen muß jeder mit Arbeit bezahlen (in Form des Geldes, das er für seine an die Gesellschaft entrichtete Arbeit erhalten hat), und zwar im Austausch für ein Produkt, das den absoluten Bedarf des individuellen Konsumenten in den Grenzen des relativen gesellschaftlichen Bedarfs, d.h. des Bedarfs, den die Gesellschaft erfüllen kann, befriedigt.

Es leuchtet im übrigen ein, daß dieses Gleichgewicht zwischen dem Anteil der Arbeit, den jeder der Gesellschaft liefert, und dem Anteil des Produkts der gesellschaftlichen Arbeit, den er erwerben kann, nur so

lange besteht, als es sich um Güter zum individuellen Verbrauch handelt, die zu einem bestimmten Preis an zur Zeit arbeitende Personen verkauft werden. Mit anderen Worten gilt das Prinzip "Jedem nach seiner Arbeit" natürlich weder für Kinder, die noch nicht arbeiten, noch für Kranke, Invalide, Alte, die nicht mehr arbeiten (53), noch für Kollektive (54).

Diese Bemerkung bedeutet nicht, daß man die Preise der für diese Verbraucher Kategorien bestimmten Gegenstände anders als auf der Grundlage des Arbeitswerts dieser Gegenstände festsetzen müßte. Auch in diesem Fall kann man nur durch die Festsetzung der Preise auf dieser Basis die Entscheidungen der Individuen und der Kollektive so steuern, daß jede Befriedigung ihrer Bedürfnisse mit einem Mindestaufwand an gesellschaftlicher Arbeit verbunden ist - und das ist nur unter der Bedingung möglich, daß jede Steigerung oder Senkung des Geldaufwands nur Ausdruck einer Steigerung oder Senkung der in die Produkte, denen dieser Aufwand gilt, eingegangenen Arbeitszeit ist. (Die Frage der Preise werden wir im Kapitel V noch behandeln.)

1.3 Die geopferte Arbeitszeit als Maßstab für den Bedarf

Der Stellenwert jeder Bedürfniskategorie, das Quantum jedes gesellschaftlichen Bedarfs, bemißt sich also aus der Arbeitsmenge, welche die Verbraucher jeweils für die Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse aufbringen müssen. Da man nicht von jedem Verbraucher verlangen kann, selbst die zur Produktion notwendige Arbeit aufzubringen - denn dies würde den Ausschluß der Nichtarbeitenden, welche die Gemeinschaft unterhalten muß (Kinder, Kranke, Alte, Invalide), sowie der Kollektive von der Konsumtion bedeuten - ist man gezwungen, unter die verschiedenen Verbraucher eine Kaufkraft zu verteilen, die, sofern es sich um Arbeitende handelt, der Quantität und Qualität ihrer Arbeit und, sofern es sich um Nichtarbeitende (Individuen oder Kollektive) handelt, dem Stellenwert ihrer Bedürfnisse (55) proportional ist. Andererseits ist man gezwungen, von jedem Verbraucher im Austausch für das Produkt, das er verlangt, die Erstattung einer Kaufkraft zu fordern, die der zur Produktion dieses Gegenstands erforderlichen Arbeitszeit proportional ist.

Darüber hinaus muß bemerkt werden, daß wir sowohl in Bezug auf die Bezahlung der Arbeit wie in Bezug auf die Bezahlung der Produkte von Kaufkraft reden, die der Arbeitszeit nicht gleich, sondern proportional ist; denn es muß notwendigerweise eine Differenz zwischen dem Wert, den jeder Arbeiter liefert, und dem Wert, den er in Form des Lohnes erhält, bestehen. Diese Differenz ist dazu bestimmt, einerseits den Notwendigkeiten der eigentlichen Akkumulation und andererseits dem Funktionieren der verschiedenen Dienstleistungen oder der keine Einnahmen produzierenden Zweige zu dienen (d.h. vor allem der Zwei-

ge, die ihre Produktion den Verbrauchern gratis zur Verfügung stellen). Die Bestimmung des Akkumulationstempas fällt in den Bereich der politischen Entscheidungen; ebenso verhält es sich mit der Bestimmung der Sektoren oder Zweige, die ihre Produktion kostenlos verteilen sollen. Wohlgermerkt kann es ohne weiteres sein, daß in bestimmten Zweigen das absolute Quantum des Bedarfs gedeckt werden soll, während man sich in anderen Zweigen die Befriedigung des relativen Quantums zum Ziel setzt.

Der politische Beschluß, der zugunsten der Befriedigung des absoluten Quantums getroffen wird, hängt von vielfältigen Faktoren ab: von der Abschätzung der Bedeutung bestimmter Bedürfnisse für den materiellen Wohlstand, für die Volksgesundheit, für den intellektuellen und moralischen Fortschritt usw., bestimmte Bedürfnisse, die folglich mit Vorrang und so vollständig wie möglich befriedigt werden müssen; von der materiellen Kapazität, so daß diese Bedürfnisse befriedigt werden können, ohne daß zu große Produktivkräfte dadurch stillgelegt werden, die anderswo fehlen würden; vom Grad der staatsbürgerlichen Erziehung und von der Art der gesellschaftlichen Kontrollen, durch die die Vergeudung der gratis gelieferten Produkte vermieden werden kann. Das absolute Quantum des Bedarfs ergibt sich aus der Nachfrage nach den gratis gelieferten Produkten, das relative Quantum aus der Nachfrage nach den zu ihrem Wert verkauften Produkten.

In beiden Fällen ist es Aufgabe der Planungsorgane, die Größe dieser Nachfrage so weit wie möglich vorauszubestimmen, um ein ihr entsprechendes Produktionsvolumen festzusetzen. Diese Prognosen über die Höhe der Nachfrage werden sich vor allem auf die Kenntnis der früheren Nachfrage, der demographischen Entwicklung und des Volumens der im Planungszeitraum verteilten Einkommen stützen.

Hier sind zwei weitere Bemerkungen erforderlich:

In erster Linie kann es aus politischen oder sozialen Gründen wünschenswert erscheinen, den Grad der Befriedigung bestimmter Bedürfnisse einzuschränken. Die Beobachtung zeigt nämlich, daß die Bedürfnisse zwar historischen Ursprungs sind, aber die Tendenz haben, die Umstände, denen sie entsprungen sind, zu überleben; wenn die politische Instanz das annimmt oder wenn sie zum Schluß kommt, daß im Augenblick bestimmte Bedürfnisse nicht ebenso hochgradig wie andere befriedigt werden sollten, besteht die Möglichkeit, die Preise für Produkte, nach denen die Nachfrage eingeschränkt werden soll, auf einer höheren Ebene festzusetzen, als ihrem Arbeitswert entspräche.

In zweiter Linie kann es wünschenswert erscheinen, den Grad der Befriedigung bestimmter Bedürfnisse über ihr relatives Quantum hinaus auszudehnen. Dies wird vor allem bei den Produkten oder Dienstleistungen der Fall sein, die vorrangige Bedeutung für den materiellen Wohlstand, die Volksgesundheit oder den intellektuellen oder moralischen Fortschritt haben, deren Produktion aber noch nicht genug entwickelt ist, um kostenlos zur Verfügung gestellt zu werden. In diesem Fall muß

der Preis für diese Produkte auf einer tieferen Ebene festgesetzt werden, als ihrem Arbeitswert entspräche. Wenn dies wünschenswert erscheint, kann man den Preis in dem Maß, in dem die Produktion wächst, immer mehr senken, bis er auf Null angelangt ist; die Nachfrage, die sich in diesem Augenblick äußert, entspricht dann dem absoluten Quantum des Bedarfs. (56)

Man kann jedoch annehmen, daß das Quantum der zu befriedigenden Bedürfnisse im Lauf der ersten Etappen der Entwicklung einer Planwirtschaft das ist, was sich als Nachfrage nach zu ihrem Wert verkauften Produkten äußert. Wir müssen also genauer darlegen, wie in einem solchen Fall die obengenannten Begriffe angewandt werden müssen.

1.4 Anwendung der obigen Begriffe

In der Praxis wird die Bedarfsbestimmung folgendermaßen vor sich gehen: Wenn ein bestimmter Produktionszweig während eines gegebenen Zeitraums nach Plan eine Produktion liefert, welche das Ergebnis von einer Million Arbeitsstunden darstellt, und wenn sich die Verbraucher dann bereit zeigen, für die gesamten Produkte dieses Zweiges eine Kaufkraft zu liefern, die 1.200.000 Stunden entspricht (57), bedeutet das, daß der Plan das Quantum des gesellschaftlichen Bedarfs, dem die Produktion dieses Zweiges entsprechen sollte, unterschätzt hat. Der Plan des folgenden Zeitraums wird diese Unterschätzung berücksichtigen und folglich einen anteiligen Transfer von Produktivkräften zugunsten dieses "defizitären" Zweiges vornehmen müssen. Dieser Transfer wird letzten Endes durch Abzug von Produktivkräften aus einem "überschüssigen" Zweig vor sich gehen.

Ein solcher "überschüssiger" Produktionszweig existiert bestimmt, da ja der für eine zahlende Konsumtion verfügbaren Produktion dank dem Plan eine äquivalente Kaufkraft entspricht. Wenn sich daher ein proportional zu starker Teil dieser Kaufkraft auf das Ergebnis der Produktion eines bestimmten Zweiges richtet, leuchtet ein, daß ein proportional zu schwacher Teil für den Erwerb der Produkte anderer Zweige zur Verfügung steht. Das äußert sich dann in der Tatsache, daß alle Verbraucher zusammen bereit sind, für die gesamten Produkte dieser Zweige nur eine Kaufkraft zur Verfügung zu stellen, die weniger Arbeitsstunden entspricht, als ihre Produktion enthält. Im Verlauf jedes Zeitraums werden Ad-hoc-Berichtigungen stattfinden müssen, um die unerläßlichen Gleichgewichte zu erhalten.

Wir werden diesen Aspekt der Frage im Verlauf der beiden nächsten Kapitel untersuchen müssen, die den Problemen des Wertes, des Geldes, der Preise und der Gewinne gewidmet sind. Zuvor müssen wir uns aber noch mit dem Problem der quantitativen Bestimmung des Bedarfs an Produktionsmitteln beschäftigen.

2. Quantitative Bestimmung des Produktionsbedarfs

2.1 Der Begriff "Produktionsbedarf"

Sobald der Konsumtionsbedarf bestimmt ist, das heißt konkret, sobald festgelegt worden ist, welche Mengen der verschiedenen Konsumgüter geliefert werden müssen, um die verschiedenen Bedürfnisse zu befriedigen, muß noch der Produktionsbedarf bestimmt werden, d.h. die Mengen an Handarbeit und an materiellen Produktionsmitteln (Rohstoffe, Hilfsstoffe, Werkzeug, Maschinen, Gebäude), die den verschiedenen Zweigen der Konsummittelproduktion und der Produktionsmittelproduktion zur Verfügung gestellt werden müssen, damit diese ihre jeweiligen Aufgaben erfüllen können. Diese Bestimmung kann im wesentlichen mit Hilfe der Anwendung von relativen Kennziffern, von technischen Koeffizienten, erfolgen.

2.2 Quantitative Bestimmung des Produktionsbedarfs

2.2.1 Rolle der technischen Koeffizienten

Mit Hilfe der Koeffizienten kann man vorerst auf der Basis eines gegebenen technischen Entwicklungsstandes (58) die Mengen an Handarbeit sowie an Roh- und Hilfsstoffen und an "instrumentellen Gütern" errechnen, die zur Produktion der verschiedenen Arten von Konsumgütern erforderlich sind. Sodann kann man mit Hilfe dieser Koeffizienten durch Hochrechnung die Mengen an Handarbeit sowie an Roh- und Hilfsstoffen und an instrumentellen Gütern errechnen, die für die Produktion der selbst wieder zur Produktion der Konsumgüter erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe sowie der instrumentellen Güter benötigt werden. Durch fortlaufende Hochrechnungen wird man so ermitteln, wie groß die produzierten Mengen an Roh- und Hilfsstoffen sein müssen und wie dieses Material sowie die Arbeitskräfte verteilt werden müssen, die für die Produktion sowohl der Konsumgüter wie der Produktionsmittel nötig sind. Außerdem müssen auf der Basis langfristiger Perspektiven (über fünf, zehn oder fünfzehn Jahre und darüber hinaus) für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bestimmte Produktionen unabhängig von den aktuellen Bedürfnissen vergrößert oder in die Wege geleitet werden. So wird man gezwungen sein, unter Berücksichtigung der Verbrauchshöhe von Elektrizität, Kohle, Stahl usw. in den wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen Gegenden langfristige Perspektiven im Bereich der Elektrifizierung und der Schwerindustrie zu entwickeln. Hier liegt ein Problem der langfristigen Bedarfsprognose, das wir hier aus Raumgründen nicht vertiefen können.

2.2.2 Rolle der vorhandenen Produktionsmittel

In der Praxis findet der Plan für einen bestimmten Zeitraum dank der Verwirklichung des Plans für die vorhergehende Periode die benötigten Produktionsmittel in voller Bereitschaft vor. Er muß nun selbst der kommenden Periode die Produktionsmittel "zur Verfügung stellen", von denen man durch die oben beschriebene Methode voraussieht, daß sie in der kommenden Periode benötigt werden. Das bedeutet, daß man nicht von einer Tabula rasa ausgeht, sondern im Gegenteil von Beständen und Reserven an verfügbaren Produktionsmitteln, von Beständen, von denen man das abzieht, was man benötigt, und die man um das vergrößert, was in einer künftigen Periode benötigt werden wird. Es wird also von einer konkreten Situation ausgegangen, die in Abhängigkeit vom Produktionsbedarf immer weiter modifiziert wird.

2.2.3 Rolle der Bilanzen

Die Bilanzen dienen dazu, für jede Produktkategorie zu prüfen, ob in den aufeinanderfolgenden Planungsperioden das Gleichgewicht zwischen den verfügbaren Produktionsmöglichkeiten und dem Bedarf erreicht werden kann. Wenn es scheint, daß dieses Gleichgewicht in der nächsten Planungsperiode nicht hergestellt werden kann, muß man einerseits, für den Augenblick, den Grad der für bestimmte Bedürfnisse vorgesehenen Befriedigung einschränken (wobei man sich vorzugsweise auf die weniger dringlichen oder auf solche Produktionen konzentriert, für die das Ungleichgewicht zwischen Bedarf und produzierten Mengen nicht so groß ist - die "Defizitprozente" liefern uns einen Maßstab für dieses Ungleichgewicht); andererseits muß man für die Zukunft dafür sorgen, daß die entsprechenden Produktionen in den kommenden Planungsperioden dementsprechend gesteigert werden. Außerdem muß in der Praxis der Außenhandel eine bedeutende Rolle für die Ausgeglichenheit des Systems spielen, da man mit seiner Hilfe, über den internationalen Güteraustausch, die Produkte der "überschüssigen" Zweige in Produkte der defizitären Zweige umwandeln kann, die man sich im Ausland beschafft. Die auf der Erfahrung basierende Kalkulation muß übrigens ermitteln lassen, in welchem Fall sich die definitive Anwendung dieser Lösung deshalb lohnt, weil sie die günstigste ist, indem sie eine maximale Arbeitseinsparung erlaubt. Bei der Behandlung der sowjetischen Außenhandelsplanung haben wir dazu schon ein paar Worte gesagt, und in einem späteren Kapitel werden wir nochmals darauf zurückkommen.

2.3 Variabilität der technischen Koeffizienten und das Entscheidungsproblem

Hier muß eine wichtige Beobachtung formuliert werden: Sie bezieht sich auf die relativen Kennziffern. Nimmt man stabile technische und wirtschaftliche Bedingungen an (also einen wirtschaftlichen Status, der in der marxistischen Terminologie mit "einfacher oder erweiterter extensiver Reproduktion" bezeichnet wird), so lassen sich die technischen Koeffizienten, wenn sie erst einmal auf empirischer Grundlage errechnet sind, leicht anwenden - da ja angenommen werden kann, daß immer die gleichen Koeffizienten anwendbar sind.

Nimmt man dagegen sich ändernde, in der Praxis fortschreitende technische und wirtschaftliche Bedingungen an (also einen wirtschaftlichen Status, der in der marxistischen Terminologie mit "einfacher oder erweiterter intensiver Reproduktion" bezeichnet wird), so wird die Anwendung der technischen Koeffizienten wesentlich komplizierter. In einer angenommenen dynamischen Wirtschaft ändern sich die technischen Koeffizienten nämlich, wenn den Arbeitern Maschinen zur Verfügung gestellt werden können, die sich von den bisherigen unterscheiden, wodurch Arbeitsbedingungen und Arbeitsergebnisse verändert werden. Daher muß die Entwicklung der technischen Koeffizienten in Rechnung gestellt werden. Diese Weiterentwicklung wird wiederum von den Entscheidungen bestimmt, die im Investitionsbereich getroffen werden müssen - ein Problem, mit dem wir uns unter dem Titel "Bestimmung der günstigsten Technik" befassen werden.

3. Die wirtschaftliche Entscheidung: Zentrales Problem der Planung

Im großen und ganzen kann man sagen, daß die Planung zwei Probleme aufwirft, die übrigens eng miteinander verknüpft sind: ein Problem der wirtschaftlichen Entscheidung und ein Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Dieses zweite Problem werden wir behandeln, wenn wir uns mit dem statischen und dem dynamischen Gleichgewicht befassen; im Augenblick wollen wir nur einige Bemerkungen zum ersten Problem vortragen.

3.1 Wirtschaftliche Entscheidung in einer kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft

In der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft werden die wirtschaftlichen Entscheidungen von einer Vielzahl von Individuen, von Verbrauchern und Unternehmern, getroffen. Die Entscheidungen der Verbraucher hängen ab vom Stellenwert, den sie ihren verschiedenen Bedürfnissen beimessen.

sen (59), von der Höhe der Preise der verschiedenen Produkte und von der Höhe der Einkommen. Durch diese im übrigen fast immer spontanen, unreflektierten Entscheidungen wirken sie auf die Preise der Konsumgüter ein. Die Unternehmer als Erwerber von Arbeitern und Produktionsgütern treffen ihrerseits ihre Entscheidung in Abhängigkeit einerseits von den jeweiligen Preisen für die verschiedenen Produktionsmittel, sowie von der Höhe der Löhne, vom Zinssatz und von der Profitrate, andererseits von den Verkaufspreisen der von ihnen fabrizierten Gegenstände. Auch sie beeinflussen durch ihre Entscheidungen die Preise sowohl für die Konsumgüter wie für die Produktionsmittel. Aus dieser Vielzahl von Entscheidungen - in denen die Unternehmer von den immanenten Gesetzen des Produktionssystems beherrscht werden - kristallisiert sich eine feste Struktur der Produktion und Konsumtion heraus, ein fester Rhythmus der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Tatsache, daß diese Entscheidungen nicht dem bewußten Entschluß eines einzelnen oder eines Organs, sondern fast immer dem spontanen Entschluß einer Vielzahl von Individuen entspringt, hat zur Folge, daß man sich der fundamentalen Rolle dieser Entscheidungen, die alle voneinander abhängen, nicht bewußt ist.

3.2 Wirtschaftliche Entscheidung in der Planwirtschaft

Anders in einer Planwirtschaft. Wohl treffen die Verbraucher weiterhin ihre Entscheidung zwischen den verschiedenen Konsumgütern; aber ihre Entscheidungen müssen als Grundlage für die Rezensierung der Bedürfnisse und für die zukünftigen Entscheidungen dienen, die zentral vom Planungsorgan getroffen werden. So schreibt Hayek: "Die Tatsache, daß eine Zentralbehörde das Problem der Verteilung eines begrenzten Quantums von Ressourcen unter eine praktisch unbegrenzte Anzahl konkurrierender Ziele (60) lösen soll, stellt das eigentliche Problem des Sozialismus als Methode dar." (Hayek, "L'économie dirigée en régime collectiviste", S. 26) Hayek ist im übrigen nicht der Meinung, daß dieses Problem gelöst werden könne.

3.3 Die beiden Aspekte der wirtschaftlichen Entscheidung

Wie wir gesehen haben, hat das Problem der wirtschaftlichen Entscheidung zwei Seiten. Es erscheint entweder als Entscheidung zwischen den zu befriedigenden Bedürfnissen (Entscheidung im Konsumtionsbereich) oder als Entscheidung zwischen den Mitteln zu ihrer Befriedigung (Entscheidung im Produktionsbereich). Das erste Problem besteht darin, daß mehrere Ziele um dieselben Mittel konkurrieren, das zweite darin, daß man unter mehreren Mitteln wählen kann, um das gleiche Ziel zu erreichen.

3.4 Ihre Interdependenz

In Wirklichkeit hängen beide Probleme eng zusammen; die Lösungen des einen beeinflussen unmittelbar die des andern. Sie können nur aus Gründen der zweckmäßigen Darstellung getrennt werden. So läßt sich auf den ersten Blick denken, daß die Bestimmung der Ziele, d.h. die quantitative Bestimmung der zu befriedigenden Bedürfnisse, letzten Endes dazu führt, die Produktionsstruktur, den Stellenwert der verschiedenen auf die Befriedigung der jeweiligen Bedürfnisse spezialisierten Produktionszweige, zu bestimmen und dadurch auch die Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Produktionszweige festzulegen. Umgekehrt könnte man annehmen, daß die Bestimmung der Mittel mit der Bestimmung der Kombinationen der Produktion oder der technischen Koeffizienten identisch ist.

In Wirklichkeit trifft diese Betrachtungsweise auf eine statische Wirtschaft zu, in der die Produktionskombinationen unveränderliche Fakten sind; falsch ist sie bei einer dynamischen Wirtschaft, in der sich die Produktionskombinationen verändern - denn jede Veränderung in diesen Kombinationen hat zwei unmittelbare Konsequenzen:

Erstens verändert sie die zur Produktion eines Gegenstands notwendige Arbeitszeit und damit das relative Ausmaß des Bedürfnisses, das dieser Gegenstand befriedigt. Im allgemeinen wird diese notwendige Arbeitszeit mit dem technischen Fortschritt abnehmen; folglich wird das relative Ausmaß des Bedarfs zunehmen (61), so daß die Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Produktionszweige geändert werden muß.

Zweitens beeinflusst die Veränderung der Kombinationen der Produktion den Bedarf jedes Zweiges an materiellen Produktionsmitteln sowie an Arbeitskraft, d.h. ebenfalls die Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Produktionszweige.

Diese Veränderungen in der Verteilung der Arbeitskräfte können ihrerseits wieder das Ausmaß der verschiedenen Bedürfnisse (ein Metallarbeiter hat nicht die gleichen Bedürfnisse wie ein landwirtschaftlicher Arbeiter) und folglich die Kombinationen der Produktion beeinflussen; denn man deckt einen Bedarf, je nachdem, ob er größer oder kleiner ist, nicht mit den gleichen Produktionskombinationen.

Bei der Ausarbeitung der Pläne müssen alle diese Elemente berücksichtigt werden.

3.5 Wirtschaftliche Entscheidung und wirtschaftliche Rationalität

Wir sehen also, wie eng die beiden Probleme der wirtschaftlichen Entscheidung miteinander verknüpft sind und wie stark sich die Wahl der Ziele und die Wahl der Mittel gegenseitig beeinflussen. So kann man sagen, daß das Problem der wirtschaftlichen Entscheidung das Zentralpro-

blem der Planung darstellt. Und zwar nicht nur, weil eine Planwirtschaft nur funktionieren kann, wenn diese Entscheidung rationell getroffen wird, sondern weil man sich immer weiter von der wirtschaftlichen Effizienz entfernt, je weniger diese Entscheidung rationell getroffen wird. So kann man zwar von Amts wegen beschließen, daß die oder die technischen Koeffizienten angewendet werden sollen, weil sie entweder "traditionell" sind oder in einem bestimmten Zweig als die günstigsten erscheinen - dabei aber entweder die zusätzlichen Möglichkeiten zur Bedarfsdeckung, die durch die Fortschritte der Technik geboten werden, oder die Tatsache vernachlässigen, daß die materiellen Mittel, die beispielsweise von diesen Koeffizienten verlangt werden, in einem anderen Wirtschaftszweig noch vorteilhafter eingesetzt werden könnten.

Auch kann man von Amts wegen die Produktionen der verschiedenen Zweige auf dieser oder jener Höhe festsetzen, so daß eine bestimmte Verteilung der Arbeitskräfte resultiert - und dabei die Tatsache vernachlässigen, daß man mit einer anderen Arbeitskräfteverteilung den gesellschaftlichen Bedarf noch effektiver befriedigen könnte.

Im einen wie im andern Fall (vor allem aber im ersten) ist es ohne weiteres möglich, daß das System funktioniert und daß das zweite Problem der Planung, das Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts, durchaus befriedigend gelöst wird; aber in keinem Fall wird das System optimal, d.h. wirklich rationell funktionieren, so daß aus einem relativen Minimum an Aufwand das historisch mögliche Maximum an Bedarfsdeckung resultiert. Es ist wie bei einem Motor, der mit verschiedenen Drehzahlen und Vergasereinstellungen arbeiten kann, und trotzdem gibt es nur eine Drehzahl und eine Einstellung, bei der er das Maximum an Kraft mit einem relativen Minimum an Treibstoffverbrauch liefert.

3.6 Stellenwert der Methode der sukzessiven Annäherung

In der Praxis können die Berichtigungen, die durch die gegenseitige Beeinflussung der verschiedenen Lösungen für die Probleme der Wahl der Ziele und der Wahl der Mittel erforderlich werden, nur durch die Methode der sukzessiven Annäherung erfolgen. Diese Annäherungen enthalten zwangsläufig ein Element der Schätzung ex ante. Vor allem muß im voraus abgeschätzt werden, welchen Veränderungen das Ausmaß der verschiedenen Bedürfnisse (das man durch das Ausmaß der aktuellen Nachfrage kennt) unterliegen wird, wenn die Arbeitszeit, die zur Produktion der zur Befriedigung dieser Bedürfnisse benötigten Produkte erforderlich ist, um eine bestimmte Größe modifiziert wird und wenn sich die Verbrauchergewohnheiten geändert haben. Diese Schätzung kann nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn man die Entwicklungsgesetze der gesellschaftlichen Bedürfnisse (62) und den Elastizitätskoeffizienten für die verschiedenen Bedürfnisse kennt, der zweifellos ein Näherungsmaß für

die Elastizität der Nachfrage darstellt. Nur empirisch wird man nachträglich prüfen können, in welchem Maß die dem Plan zugrundegelegten vorherigen Bedarfsschätzungen exakt waren. Das gleiche gilt für die vorgesehenen technischen Koeffizienten. Die Pläne für die folgenden Perioden werden unter Berücksichtigung der neuen empirischen Hinweise erstellt werden müssen. So wird man sich der wirtschaftlichen Rationalität immer mehr annähern können, ohne sie jedoch jemals zu erreichen; denn zwischen Prognose und Realisierung ist immer und zwangsläufig eine Kluft.

Es ist angebracht, hier noch zu erwähnen, daß in jeder Planwirtschaft, die sich in rascher Entwicklung befindet, wie es bei der Sowjetunion und den Volksrepubliken der Fall ist, den langfristigen Bedürfnissen großer Raum einzuräumen ist; d.h. man muß in großem Umfang den gesellschaftlichen Bedarf berücksichtigen, der erst in einer weiter entwickelten Gesellschaft als der heutigen zum Tragen kommt - denn die heutigen gesellschaftlichen Bedürfnisse werden sehr bald der Vergangenheit angehören. Würde man nicht so handeln, so liefe man Gefahr, Investitionen vorzunehmen, die schon bei ihrem ersten Einsatz nicht mehr der Art oder dem Umfang des effektiven Bedarfs entsprechen. Um die Fragen einer Wirtschaft, in der die Verteilung hauptsächlich nach dem Grundsatz "Jedem nach seiner Arbeit" erfolgt, einer Wirtschaft mit monetärem Charakter also, genauer zu fassen, müssen wir jetzt den Geld- und Preisproblemen einige Ausführungen widmen.

IV GELD UND RECHNUNG IN GELD

Als wir das Problem der wirtschaftlichen Entscheidung im Produktions- wie im Konsumtionsbereich aufwarfen, stellten wir die Notwendigkeit einer Wirtschaftsrechnung fest, und wir sahen, daß diese Rechnung nur dann möglich und gerechtfertigt ist, wenn sie sich auf eine objektive und meßbare Rechnungseinheit stützt. Weiter sahen wir, daß diese Rechnungseinheit trotz gewisser Schwierigkeiten, auf die wir noch zurückkommen werden, die zur Produktion der verschiedenen Güter notwendige Arbeitszeit ist. Wie wir schon sagten, lehnt sich diese Konzeption - die wir für die in einer rationell geplanten Wirtschaft einzig mögliche halten - an die objektive Werttheorie, an die Theorie des Arbeitswerts an.

In einer sich langsam entwickelnden Wirtschaft, in der die von den verschiedenen Produzenten gelieferte Arbeit zudem von homogener Qualität ist, bräuhete man keine von der Rechnung in Arbeitszeit unterschiedliche Rechnung in "Preisen".

Ganz anders in einer sich mehr oder weniger rasch entwickelnden Planwirtschaft, in der vor allem die sich beständig ändernde Produktivität, die Differenz zwischen Produktion und aktuellem Bedarf, der qualitativ nicht konstante Charakter der gelieferten Arbeit sowie die Unterschiedlichkeit der Akkumulations- und Investitionsprobleme (63) eine Rechnung in Preisen erfordern, die mehr oder weniger genau die Tauschwerte ausdrückt.

In einer solchen Wirtschaft muß das Geld noch wichtige Funktionen erfüllen; die Rechnung in Geld stellt hier eine absolute Notwendigkeit dar.

1. Funktion des Geldes

Wenn der Entwicklungsstand der Produktivkräfte nicht die Befriedigung des absoluten Quantums der Bedürfnisse erlaubt, setzt eine nicht autoritäre Verteilung der Konsumgüter unter die Verbraucher die vorherige Verteilung einer Kaufkraft unter die Verbraucher voraus, die dem Anteil jedes einzelnen an der Herstellung des für die Konsumtion verfügbaren Sozialprodukts proportional ist. Die konkrete Form dieser Verteilung von Kaufkraft ist die Geldform; sie wird durch das Geld als bares Geld gebildet. (64)

Andererseits setzt die nicht autoritäre Verteilung der Produktionsmittel unter die sie verwendenden Unternehmen (65) voraus, daß sich jedes Unternehmen bei irgendeinem anderen Unternehmen mit den benötigten Produktionsmitteln versorgen kann; das impliziert eine "Erstattung" durch das kaufende an das liefernde Unternehmen, die in einer Form stattfindet, die es dem liefernden Unternehmen gestattet, seinerseits andere

Produktionsmittel zu kaufen. Dies bedeutet die Zirkulation eines Zahlungsmittels unter den Unternehmen, eines Geldes, das eine Rechnungswährung, ein Buchgeld sein kann. Die Anwendung der Rechnungen in Buchgeld und seine mögliche Umwandlung in Bargeld (bzw. die entgegengesetzte Umwandlung) verlangt Organe, die mit diesen Operationen betraut sind, d.h. Bankorgane.

In einer Planwirtschaft hat das Geld, ob es sich um Bargeld oder Buchgeld handelt, extrem unterschiedliche Funktionen.

1.1 Als Wertmaßstab

Die wesentliche Funktion des Geldes ist es, als Wertmaßstab zu dienen. (66) Sie ist dann erfüllt, wenn die Verkaufspreise der verschiedenen produzierten Waren der für ihre Produktion aufgewendeten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit proportional sind. Wie wir im nächsten Kapitel sehen werden, ist diese Proportionalität nicht immer bindend; denn es kann durchaus im Interesse der Planwirtschaft liegen, daß Preis und Wert differieren. Nichtsdestoweniger bleibt aber die Proportionalität die Regel, ohne die die Rechnung in Geld jede Bedeutung verlieren würde. In seiner Eigenschaft als Wertmaßstab ohne eigenen Wert, wie es beim Papiergeld der Fall ist, stellt das Geld ein Wertzeichen, ein Wertsymbol dar. (67)

1.2 Als Zirkulations- und Zahlungsmittel

Die Verteilung des Sozialprodukts unter die Unternehmen oder Wirtschaftseinheiten findet mit Hilfe der Geldzirkulation statt: Während die Elemente des Sozialprodukts in der einen Richtung zirkulieren, läuft das Geld in der entgegengesetzten Richtung. Im allgemeinen wird das als Zirkulationsmittel zwischen den Unternehmen dienende Geld Buchgeld sein.

Ebenso wird die Verteilung des Teiles des Sozialprodukts, der dazu bestimmt ist, persönliches Eigentum des Arbeiters zu werden, und der in Abhängigkeit von der gelieferten Arbeit verteilt wird, durch die Geldzirkulation gewährleistet, deren letzte Etappe die Bezahlung der gekauften Konsumgüter durch den Arbeiter bildet. Im allgemeinen liegt das Geld in diesem Stadium als Bargeld vor.

Was unbedingt hervorgehoben werden muß, ist die untergeordnete Rolle, die das Geld in der Planwirtschaft spielt. Bei genauer Analyse wird die Art, wie das Sozialprodukt auf Produktion und Konsumtion, auf die verschiedenen Konsumtionskategorien und auf die verschiedenen Produktionszweige verteilt wird, vom Plan bestimmt. Die Größe der Geldmittel, die den verschiedenen Wirtschaftseinheiten zur Verfügung stehen, ist ebenfalls vom Plan festgelegt, der ebenso für die Bankorgane wie für die Pro-

duktions- und Handelsorgane gelten muß. Folglich ist das Geld keine unabhängige "Kraft" mehr; es wird eines der Instrumente, einer der Hebel zur Realisierung des Wirtschaftsplans.

1.3 Als Vergütungsmittel

Soweit das Geld das bequemste Mittel zur Vergütung der von jedem einzelnen gelieferten Arbeit ist, ist es ein Vergütungsmittel. Die Eigenschaften des Geldes, seine Homogenität und seine Teilbarkeit, erlauben die sehr feine Abstufung der Vergütung. Da das Geld gegen jeden verkäuflichen Konsumgegenstand getauscht werden kann, ist im Rahmen des Plans eine Entscheidungsfreiheit der Verbraucher gewährleistet, die bei einer Naturalvergütung natürlich nicht möglich wäre.

Die verschiedenen Umwandlungsmöglichkeiten der Vergütungen und die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher im Rahmen des Plans bilden wesentliche Anreize für die individuelle Leistung und folglich wichtige Mittel, die zur Hebung der Arbeitsproduktivität eingesetzt werden können.

1.4 Als Spar- und Akkumulationsmittel

Schließlich stellt das Geld ein Spar- und Akkumulationsmittel dar.

Ein Sparmittel ist es für diejenigen, die innerhalb einer Periode nicht ihre gesamten Einkünfte ausgeben können. Die so von den einzelnen gebildeten Rücklagen können in Form von Bargeld oder von Buchgeld (Spareinlagen) aufbewahrt werden. Außerdem ist die Zeichnung von Anleihen möglich, die nach einer bestimmten Zeit zurückzuzahlen sind.

Je nach dem Charakter einer bestimmten Planungsperiode kann es mehr oder weniger wünschenswert erscheinen, daß individuelle Rücklagen gebildet werden. In jedem Fall läßt sich ihre Größe im allgemeinen vorhersehen und durch die mehr oder weniger großen "Vorteile" (z.B. in Form des Zinses), die für Rücklagen gewährt werden, auch modifizieren. Der Wirtschaftsplan kann also die Bildung solcher Rücklagen und ihre Auswirkungen auf die Nachfrage nach Konsumgüter berücksichtigen und darüber hinaus mit ihrer Verwendung im Rahmen der Investitionsfinanzierungen rechnen.

In einer monetären Wirtschaft setzt nämlich die Entwicklung der Produktionsmittel als Bedingung für die Entfaltung der Produktivkräfte voraus, daß den Unternehmen Geldmittel zum Erwerb neuer Produktionsmittel zur Verfügung stehen. Damit diese Finanzierung der Investitionen ohne Inflation, d.h. ohne eine disproportionale Aufblähung des Geldvolumens, erfolgt, müssen die zu investierenden Summen zum größeren Teil von den vorhandenen flüssigen Geldern abgeschöpft werden; es muß also eine gewisse Geldakkumulation stattfinden. Dafür kommen verschiedene Quellen in Frage: Es kann sich um die im Rahmen der verschiedenen

Unternehmen realisierte Akkumulation, um das Steueraufkommen, um Zeichnungen öffentlicher Anleihen (d.h. um die Verwendung der individuellen Rücklagen) usw. handeln. (68)
In allen Fällen dient das Geld als Mittel des wirtschaftlichen Wachstums.

2. Rechnung in Geld

Das Geld erfüllt in einer Planwirtschaft nicht nur eine Reihe von Funktionen, sondern es erlaubt darüber hinaus auch, daß sich die Wirtschaftsrechnung auf eine leicht zu handhabende Rechnung in Geld stützt. Wir werden uns jetzt im einzelnen ansehen, warum die Rechnung in Geld in einer ersten Entwicklungsetappe der Planwirtschaft nicht zu entbehren ist und welche konkrete Aufgabe ihr zukommt.

2.1 Die Notwendigkeit der Rechnung in Geld

In einer Planwirtschaft, die auf dem kollektiven Eigentum an den Produktionsmitteln basiert, ist die Arbeit, die jeder liefert, unmittelbar gesellschaftliche Arbeit. Das Geld hat daher nicht mehr wie auf der Basis des Privateigentums die Aufgabe zu zeigen, in welchem Maße eine bestimmte Produktion gesellschaftlich nützlich ist. (69)
Unter diesen Umständen kann man sich fragen, warum es nötig ist, die Wirtschaftsrechnung in Geld zu entwickeln, und warum diese Rechnung nicht unmittelbar in Arbeitsstunden durchgeführt werden kann, wo doch alle aufgewendeten Arbeitsstunden gesellschaftlich nützlich sind. Diese Frage hat, vor allem unter den sowjetischen Nationalökonomern, zahlreiche Diskussionen entfacht. Daraus ging hervor, daß die Rechnung in Geld in einem ersten Entwicklungsstadium der Planwirtschaft deshalb unentbehrlich ist (70), weil die aufgewendete Arbeit in sich heterogen ist. So schreibt Ostrovitianow: "Eine solche Heterogenität führt dazu, daß die Arbeitsstunde eines Arbeiters nicht gleich der Arbeitsstunde eines anderen Arbeiters ist. Daher reicht die einfache Buchführung über die gesellschaftliche Arbeit unmittelbar in den Produktionseinheiten oder über die Arbeitszeit nicht aus, und daher kann auf die Beibehaltung einer Rechnung in Geld nicht verzichtet werden; denn sie bezieht die in sich heterogenen Aspekte der gesellschaftlichen Arbeit auf eine abstrakte einheitliche Arbeit." (71)

Die Heterogenität der Arbeit zeigt sich entweder in den Unterschieden zwischen qualifizierter und unqualifizierter sowie zwischen geistiger und körperlicher Arbeit oder in den Unterschieden in der Produktivität, die von den verschiedenen technischen Bedingungen herrühren, unter denen die gleiche Art von Arbeit ausgeführt werden kann (unterschiedliche Ausrüstung der Unternehmen desselben Produktionszweigs).

2.2 Die konkrete Rolle der Rechnung in Geld

Die konkrete Rolle der Rechnung in Geld äußert sich in der Berechnung der Selbstkostenpreise, in der Festsetzung der Verkaufspreise sowie im Verhältnis der durch eine bestimmte Produktion zustande gekommenen Ausgaben und Einnahmen. Auf diese Grundlagen stützt sich nicht nur die Buchhaltung der Betriebe, der Maßstab für ihre Effizienz, sondern auch die Kontrolle ihrer Tätigkeit und vor allem eine nationale Wirtschaftsrechnung.

Das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschaftsunternehmen kann sich so in der Tatsache äußern, daß die Geldeinnahmen dieser Unternehmen ihren Ausgaben gegenüber zumindest gleich, im allgemeinen aber höher sind. Das Auftreten eines Überschusses der Einnahmen gegenüber den Ausgaben geht mit dem Rentabilitätsprinzip konform, das ein wichtiges Mittel zur finanziellen Akkumulation darstellt. Da die Produktion jedoch, wie wir schon gesagt haben und wie wir bei anderer Gelegenheit nochmals ausführen werden, nicht mehr auf die Erzielung eines Profits abzielt, verträgt sich ein unrentables Arbeiten bestimmter Unternehmen ohne weiteres mit einer gesellschaftliche befriedigenden Verwendung der Produktivkräfte.

Auf anderer Ebene, in bezug auf die Konsumgüter, weist die Tatsache, daß die Verbraucher nicht bereit sind, für eine bestimmte Produktion eine Summe auszugeben, die den Herstellungskosten mindestens gleich ist, darauf hin, daß diese Produktion den von den Verbrauchern verspürten Bedürfnissen nicht entspricht. Wie wir schon gesagt haben, ist dies ein wichtiger Hinweis - aber er ist natürlich nicht der einzige, der bei der Produktionsplanung zu berücksichtigen ist. Dennoch gilt, daß sich der Konsumgüterproduktionsplan über die Käufe der Verbraucher mit den Verbraucherentscheidungen konfrontiert sieht, die auf deren Rechnungen in Geld basieren.

Die Beibehaltung der Geldfunktionen und der Rechnung in Geld während einer bestimmten Entwicklungsphase der Planwirtschaft bedeutet natürlich, daß sich das Wertgesetz innerhalb der Planwirtschaft weiterhin äußert und daß sich die Produkte als Kauf- und Verkaufsobjekte in Waren verwandeln. Es muß jedoch betont werden, daß das Wertgesetz selbst einer der Hebel der Planung wird und daß seine Hauptaufgabe nun darin besteht, die Berechnung der Arbeit in Geldform zu ermöglichen. Bei der Behandlung der Preise und Gewinne werden wir das genauer sehen.

V PREISE UND GEWINNE

In einer Planwirtschaft können die Spannen zwischen den Preisen und den Werten auf verschiedenen Ebenen auftreten: auf der Ebene der Produktion (Herstellungspreis), auf der Ebene des Austausches unter den Unternehmen (Großhandelspreis) und auf der Ebene des Verkaufs an die individuellen Konsumenten (Einzelhandelspreis).

1. Wert und Herstellungspreis

1.1 Definition

Der Herstellungspreis eines Gegenstands stellt die Summe der Ausgaben in Geld dar, die die Produktion dieses Gegenstands verursacht hat. Im allgemeinen liegt der mittlere Herstellungspreis eines Gegenstands unter seinem in Geld ausgedrückten Wert (d.h. dem Verkaufspreis). (72) Um die Gründe dafür zu verstehen, müssen wir die Elemente, die den Herstellungspreis bilden, näher untersuchen.

Im großen und ganzen kann man sagen, daß der Herstellungspreis einer Produktion vom Blickpunkt der Unternehmensbuchhaltung - und auf sie kommt es hier an - einerseits der Zahlung der Löhne entspricht, die für die Ausführung dieser Produktion vergütet werden mußten, und andererseits der Bezahlung der verschiedenen für diese Produktion notwendigen Käufe einschließlich des Kaufes der Ausrüstung und der Herstellungsmaschinen in Form von Abschreibungen.

Wenn daher eine Produktion eine Ausgabe von 100.000 Geldeinheiten für die Zahlung der Löhne und eine Ausgabe von 150.000 Geldeinheiten für die Zahlung der Rohstoffe, der Energie, der Hilfsstoffe sowie für die Abschreibungen erfordert hat, wird man sagen, daß sich der Herstellungspreis dieser Produktion auf 250.000 Geldeinheiten beläuft.

Die Differenz zwischen dem Wert und dem mittleren Herstellungspreis rührt folglich vom Spiel zweier Faktoren her:

a) Der Hauptfaktor für die Differenz zwischen Wert und Herstellungspreis ist, daß jede Gesellschaft, die sich entwickelt oder die einen (an Einnahmen) unproduktiven Sektor hat, jedem produktiven Arbeiter nur einen Lohn auszahlen kann, der einen niedrigeren Wert als den durch seine Arbeit geschaffenen Wert darstellt. Die Differenz zwischen dem durch die produktive Arbeit gelieferten und dem an den produktiv Arbeitenden bezahlten Wert dient zur Finanzierung der neuen Investitionen und der unproduktiven Ausgaben. Da diese Frage in den Kapiteln über das wirtschaftliche Gleichgewicht in allen Einzelheiten untersucht wird, wollen wir sie hier ausklammern.

b) Der zweite mögliche Grund für eine Differenz zwischen dem mittleren Herstellungspreis für eine Produktion und ihrem Wert ist die Tatsache, daß die Preise, die für die Rohstoffe, Hilfsstoffe, Ausrüstung usw. gezahlt werden, nicht dem in Geld ausgedrückten Wert dieser Produkte entsprechen können. Ein Grund dafür ist eben, daß der Preis in einer Planwirtschaft ein relativ stabiles Element der Planwirtschaft sein muß, während sich der Wert - der von der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit abhängt - in einer dynamischen Wirtschaft laufend ändert. So schreibt M.W. Brewjew: "Der Preis bleibt für relativ lange Zeiträume effektiv konstant, während sich der Wert unaufhörlich ändert." (73)

Wir wollen das am vorigen Beispiel veranschaulichen:

Wenn die lebendige Arbeit, die der Anlaß für die Zahlung der Löhne ist, einen Wert schafft, der 25 % über dem Betrag der Löhne liegt, bedeutet das, daß den 100.000 für die Löhne gezahlten Geldeinheiten die Schaffung eines Wertes entspricht, der 125.000 Geldeinheiten darstellt. Wenn andererseits die während der Produktion eingesetzten Roh- und anderen Materialien sowie die Abschreibung der Ausrüstung einen Wert von 140.000 Geldeinheiten darstellen (während der Kaufpreis 150.000 betrug), ergibt sich daraus, daß der Wert der betreffenden Produktion 125.000 plus 140.000 = 265.000 beträgt, während sich der Herstellungspreis auf 250.000 beläuft; die Differenz ist 15.000. Diese 15.000 bilden den Gewinn der herstellenden Unternehmen, wenn diese die Produktion zu ihrem Wert verkaufen und die entsprechenden Einkünfte vollzählig erhalten.

Da zwischen Wert und Herstellungspreis eine Differenz besteht, drückt der Herstellungspreis nicht die realen gesellschaftlichen Kosten einer Produktion (den gesamten Arbeitsaufwand für diese Produktion) aus, sondern nur ihre Kosten in Geld für ein oder für eine Gruppe von Unternehmen. Folglich kann die Berücksichtigung des Herstellungspreises an Stelle des Wertes keine Richtlinie für rationelle wirtschaftliche Entscheidungen abgeben.

1.2 Bewegung des Herstellungspreises und Wertbewegung

Es ist jetzt wesentlich klarer, daß sich der Herstellungspreis und der Wert eines Produktes mit der Zeit gänzlich verschieden oder sogar in entgegengesetzten Richtungen entwickeln können.

Dieser Unterschied in der Entwicklung wurzelt in den Eigentümlichkeiten der Bewegung der Arbeitsproduktivität einerseits und der Lohnbewegung andererseits. Diese Tatsache muß um so mehr betont werden, als sie einen Begriff von grundlegender theoretischer Bedeutung herausstellt: Wenn sich also der Herstellungspreis auf der Ebene der Produktion bewegt, spiegelt er nicht nur die Bedingungen der Produktion, sondern auch die der Verteilung wider; genauer gesagt drückt die Bewegung

des Herstellungspreises im Verhältnis zum Wert die Bedingungen der Verteilung des Nationaleinkommens auf die individuelle Konsumtion und die Akkumulation aus. Diese Umverteilung ist ihrerseits Ausdruck der Produktionsbedingungen auf gesellschaftlicher Ebene, nämlich der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Abteilungen I (Produktionsmittelproduktion) und II (Konsumgüterproduktion) der Wirtschaft. Das läuft darauf hinaus, daß die Bewegung der Herstellungspreise nicht nur von den Produktionsbedingungen innerhalb eines Unternehmens oder eines Produktionszweigs, sondern auch von den allgemeinen Produktionsbedingungen bestimmt wird.

Der gerade zitierte sowjetische Nationalökonom M.W. Brewjew hat diese Eigenschaft des Herstellungspreises nachdrücklich betont. Er zeigte, wie der Herstellungspreis gleichzeitig von der Bewegung der Produktivität (wie es beim Wert der Fall ist) und von der Lohnbewegung beeinflusst wird - wobei die Lohnbewegung in einer Planwirtschaft von der Bewegung der Konsumgüterproduktion und ihrer Preise auf der Ebene der Einzelhandelspreise abhängt.

So sah der zweite Fünfjahresplan eine Steigerung der Konsumgüterproduktion (zu Fixpreisen geschätzt) um 129,5 % des Lohnfonds um 71 %, der durchschnittlichen individuellen Löhne um 25 % und der Arbeitsproduktivität um 63 % vor. Allein unter dem Blickwinkel des Gleichgewichts zwischen der Konsumgüterproduktion und der Möglichkeit zur Konsumtion gesehen, hätte es legitim erscheinen können, den Lohnfonds um 129,5 %, d.h. den Durchschnittslohn um 68 % zu erhöhen. Aber dann hätten sich die Herstellungspreise erhöht, die Rentabilität bestimmter Unternehmen wäre bedroht gewesen, und die Bewegung des Herstellungspreises hätte keinesfalls mehr die der Produktivität widerspiegelt. Daher wurde beschlossen, den Durchschnittslohn nur um 25 % zu erhöhen, wobei der Absatz der Konsumgüterproduktion durch eine Preissenkung um 35 % gesichert wurde. Diese Planung erlaubte eine beträchtliche Reduktion der geplanten Herstellungskosten, und zwar um rund 30 %.

Das beweist, daß die Bewegung des Herstellungspreises zumindest für große Zeiträume keine Grundlage für rationale Entscheidungen im Bereich der Produktion liefert, da diese Bewegung von zu vielen anderen Faktoren als der Arbeitsproduktivität beeinflusst wird. Jedoch ist die Berücksichtigung des Herstellungspreises vom Standpunkt der Unternehmensbuchhaltung und sogar der kurzfristigen Wirtschaftsrechnung unerlässlich; vor allem da bei einem gegebenen Lohnniveau jede Senkung des Herstellungspreises ohne zusätzliche Investitionen (74) einen wirtschaftlichen Fortschritt darstellt und daher bei jeder sich bietenden Gelegenheit erreicht werden muß. Außerdem kann man durch den Vergleich der Herstellungskosten verschiedener Unternehmen des gleichen Produktionszweigs und ganz besonders durch die Spanne zwischen den effektiven und den im Plan vorgesehenen Herstellungspreisen die mehr oder weniger große Effizienz beurteilen, mit der diese Unternehmen arbeiten.

2. Wert und Großhandelspreis

2.1 Definition

Unter Großhandels- oder "Verkaufspreis" verstehen wir den Preis, der zwischen den Unternehmen und speziell zwischen den Staatsunternehmen praktiziert wird. Grundsätzlich muß dieser Preis so nahe wie möglich beim Geldäquivalent des Wertes liegen. Nur unter dieser Bedingung kann man nämlich mit der auf den Preisen basierenden Wirtschaftsrechnung die realen gesellschaftlichen Kosten der verschiedenen Produkte, d.h. letzten Endes die Kosten in gesellschaftlich notwendiger Arbeit, berücksichtigen.

Wenn gesagt wurde, daß der Verkaufspreis grundsätzlich das Geldäquivalent des Wertes darstellt, bedeutet das, daß der Verkaufspreis im allgemeinen über dem Herstellungspreis liegt. (75) Die Differenz zwischen Herstellungspreis und Verkaufspreis dient der "Finanzierung" der Akkumulation - wobei Akkumulation sich hier im umfassenden Sinn gleichzeitig auf die Investitionen in Ausrüstung oder in Lager sowie auf die verschiedenen zur Erhaltung und Erweiterung des gesellschaftlichen Produktionssystems notwendigen Ausgaben erstreckt.

Wie wir bereits angedeutet haben, wird der Verkaufspreis für einen kürzeren oder längeren Zeitraum festgesetzt, obwohl sich in einer Übergangswirtschaft der Wert unablässig ändert. Hier liegt eine der Hauptquellen für die Spanne zwischen Werten und Preisen, da der Wert jedes Produkts dazu tendiert, mit dem Fortschreiten der Arbeitsproduktivität im Verhältnis zum Preis immer geringer zu werden - und das ist eine zusätzliche Akkumulationsquelle, die aber nicht unendlich als solche beibehalten werden kann, da sonst die Wirtschaftsrechnung durch das Auftreten wachsender und je nach den Produktionszweigen unterschiedlich hoher Differenzen zwischen den Preisen und den Werten immer mehr verfälscht würde.

2.2 Ökonomische Rolle des Großhandelspreises

Die Bedeutung der Festsetzung der Preise auf der Basis der Werte besteht im wesentlichen darin, daß dadurch im Bereich der laufenden Organisation der Produktion rationale wirtschaftliche Entscheidungen möglich werden; denn dann ist gewährleistet, daß die Beschlüsse zur Senkung der Ausgaben für den Erwerb von Produkten, die für die Realisierung einer bestimmten Produktion benötigt werden, auf das Minimum mit einer Reduzierung der für den Erhalt dieser Produkte aufgewendeten Arbeitsmenge auf das Minimum zusammenfallen. Dagegen besteht in dem Maße, wie bestimmte Preise empfindlich von den Werten abweichen, die Gefahr, daß Entscheidungen getroffen werden, die eine Reduzierung der

Geldausgaben auf das Minimum ohne die gleichzeitige Reduzierung des Arbeitsaufwands auf das Minimum darstellen.

Es ist klar, daß die Größe des Bedarfs an verschiedenen Produktionsmitteln je nach den eingesetzten technischen Kombinationen und folglich in dem Maße schwankt, in dem diese technischen Kombinationen das Resultat von auf einem bestimmten Preistarif basierenden Entscheidungen sind. Auch die Struktur der Produktionsmittelproduktion - diese Struktur resultiert aus Wirtschaftsplänen, die sich am Bedarf orientieren - hängt teilweise vom Tarif der Großhandelspreise ab.

So wird aus einem bestehenden festen Verhältnis zwischen dem Preis pro Kilogramm Kohle und dem Preis pro Kilowatt Elektrizität (wenn die Wirtschaftsrechnungen auf der Basis der Preise ausgeführt werden) ein quantitativ fester Bedarf ergeben, der den Produktionszielen für Kohle und Strom entspricht. Ein anderes Preisverhältnis ergäbe einen anderen Umfang des jeweiligen Bedarfs an diesen Produktionen. Solange also die Anwendung bestimmter technischer Kombinationen auf einer von den Preisen und nicht von den Werten ausgehenden Wirtschaftsrechnung beruht, stellt die Planung der Großhandelspreise einen wichtigen Teil der allgemeinen Wirtschaftsplanung dar.

2.3 Bemerkungen zu einigen Sonderfragen

Hier sind einige ergänzende Bemerkungen erforderlich.

2.3.1 Entwicklung der Produktionsbedingungen

Erstens muß bemerkt werden, daß es in dem Maße, in dem die Preise als Grundlage für Wirtschaftsrechnungen dienen, die nicht nur die laufenden, sondern auch die langfristige Organisation der Produktion einbeziehen, absolut richtig sein kann, bestimmte Preise nicht nach den gegenwärtigen, sondern nach den zukünftigen Werten auszurichten. Wenn also ein Elektrifizierungsplan beschlossen wurde, nach dem die verfügbaren Mengen elektrischer Energie vergrößert und die realen Kosten pro produziertes Kilowatt gesenkt werden sollen, kann es gerechtfertigt sein, den Preis für elektrische Energie nicht auf ihrem jetzigen Wert, sondern auch einer Höhe festzusetzen, die mehr oder weniger nahe bei ihrem zukünftigen Wert liegt - wobei sich das "mehr" oder das "weniger" aus den konkreten Arbeitsbedingungen der Wirtschaft ergibt und nicht in einer allgemeingültigen Formulierung fixiert werden kann.

2.3.2 Diversifikation der Produkte

Zweitens darf folgendes nicht vergessen werden: Wenn ein einheitlicher,

aber komplexer Produktionsprozeß viele unterschiedliche Produkte hervorbringt (wie z.B. in der chemischen Industrie), bereitet die Berechnung des Wertes jeder Produktkategorie zahlreiche Schwierigkeiten. Es würde uns zu weit vom Thema abbringen, wenn wir hier in die Einzelheiten gingen. Daher deuten wir nur an, daß die Festsetzung des Preises auf der Basis des Wertes jedesmal, wenn ein Produktionsprozeß eine Vielzahl von Produkten hervorbringt, im wesentlichen heißen muß, daß der Preis, zu dem die gesamte Produktion verkauft wird, ihrem Wert entsprechen muß; dabei wird der Preis für jede Produktkategorie auf einem Niveau festgesetzt, das den Absatz der gesamten Produktion auf dem Markt garantiert.

2.3.3 Auftreten einer "Überkapazität"

Schließlich müssen wir an die Probleme erinnern, die durch das Bestehen einer - vorübergehenden oder periodischen - Produktions"überkapazität" aufgeworfen werden. (76)

a) Definition der "Überkapazität"

Schon der Begriff "Überkapazität" ist schwer zu definieren. Allgemein scheint man sagen zu können, daß in einem bestimmten Sektor dann Überkapazität besteht, wenn die optimale technische Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazität zu einem größeren Produktionsvolumen als demjenigen führt, wonach Bedarf besteht, wenn jede Produkteinheit zu einem einheitlichen, ihrem Wert entsprechenden Preis verkauft wird. Diese Definition der Überkapazität ist mit dem Begriff "optimale Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazität" verknüpft; dieses Optimum scheint wiederum als das definiert werden zu können, das einem Produktionsvolumen entspricht, bei dem der Herstellungspreis - und also auch der Wert - für eine Produkteinheit auf das Minimum reduziert wird.

b) Hypothetisches Beispiel

Wir wollen diese Frage mit einem Beispiel illustrieren. Angenommen, eine Ausrüstung kann eine bestimmte Produktion unter folgenden Bedingungen liefern: Bei einem täglichen Produktionsdurchschnitt von 1.500 Einheiten betragen die realen gesellschaftlichen Kosten für jede Einheit 15 (Arbeitsstunden oder Geldeinheiten). Diese Kosten entsprechen dem Optimum. Das bedeutet, daß die Kosten bei einer Steigerung der Produktion auf 1.600 Einheiten ebenso steigen werden wie bei einer Verringerung auf 1.400 oder 1.300, z.B. im ersten Fall (1.400 Einheiten) auf 16 und im zweiten Fall (1.300) auf 17.

Von einer Überkapazität wird man dann sprechen müssen, wenn bei der optimalen Ausnutzung der Ausrüstung, d.h. bei 1.500 Einheiten täglich, die Unternehmen, welche die Produkte zu ihren Kosten (d.h. zu 15) er-

werben, nur daran interessiert sind, weniger als 1.500, z.B. nur 1.400 Einheiten zu erwerben. In diesem Fall beträgt die Überkapazität 100.

c) Die Alternativen

Hier liegt folgendes Problem vor: Soll man den Preis unter den Wert (d.h. unter die realen gesellschaftlichen Kosten) senken, um den Absatz der gesamten Produktion zu sichern, oder soll man die Produktion so einschränken, daß sie vollständig abgesetzt werden kann, auch wenn der Preis pro Produkteinheit höher ist? Wenn man also das Produktionsvolumen auf 1.300 Einheiten täglich verringern und diese Produktion zu ihrem Wert verkaufen würde, könnte man den Absatz von 1.300 Einheiten sichern: Soll man dann die Produktion auf diese Höhe senken und so eine "Überkapazität" um 200 erscheinen lassen?

Die beiden eben genannten Alternativen scheinen uns auf einer dogmatischen und abstrakten Sicht des Problems sowie auf Konzeptionen zu beruhen, die den Horizont des Unternehmens oder des Produktionszweiges nicht überschreiten; in einer Planwirtschaft müssen die Probleme aber konkret und vom Standpunkt der Volkswirtschaft als ganzem untersucht werden.

d) Skizze einer Lösung

Von diesem Standpunkt aus scheint es, daß die Analyse folgendermaßen vorgehen muß: Man wird untersuchen müssen, welches Produktionsvolumen, das aus der betreffenden Ausrüstung stammt, das für die Volkswirtschaft insgesamt günstigste ist.

Hierbei darf man nicht die Tatsache vernachlässigen, daß man der Volkswirtschaft durch die Beschränkung der Produktion auf 1.300 Einheiten täglich an Stelle einer Ausgabe von (bei optimaler Ausnutzung der Ausrüstung) 15 pro produzierter Einheit eine Ausgabe von 17 aufbürdet, d.h. für die 1.300 Produkteinheiten eine zusätzliche Ausgabe von 2.600. Die Frage, die sich hier stellt, ist, ob man der Volkswirtschaft nicht durch die Erhöhung des aus dieser betreffenden Ausrüstung stammenden Produktionsvolumens von 1.300 auf 1.500 - d.h. indem man die Ausgabe, die der Volkswirtschaft durch diese Produktion entsteht, von 22.100 ($= 1.300 \times 17$) auf 22.500 ($= 1.500 \times 15$) erhöht - erlaubt, anderswo mehr als den Überschuß dieser Ausgaben einzusparen. Wenn ja, besteht Interesse daran, die Produktion so weit voranzutreiben, daß diese Einsparung erzielt wird - unbeschadet einer Anpassung der Preispolitik an die jeweiligen Erfordernisse.

Zum Beispiel soll es sich um eine elektrische Ausrüstung handeln. Wenn durch die Lieferung von 1.500 anstatt 1.300 Stromeinheiten eine Kohlenmenge eingespart werden kann, deren Produktion und Transport eine reale gesellschaftliche Ausgabe von 2.400 bedeutet hätten, während die Steigerung der Produktion von 1.300 auf 1.500 Stromeinheiten nur zusätzliche 400 kostet, wird man vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zweifellos einen Nettogewinn von 2.000 erzielen, wenn man die Produktion auf 1.500

Einheiten erhöht. Und jedesmal wenn eine analoge Situation vorliegt, jedesmal wenn die Möglichkeit besteht, eine reale Einsparung für die Volkswirtschaft zu erzielen, wird man es wohlweislich tun (in bestimmten Fällen wird es übrigens volkswirtschaftlich von Vorteil sein, den Ausnutzungsgrad einer Ausrüstung über das Optimum zu treiben). (77) Die bisherigen Ausführungen lassen die Frage außer acht, zu welchem Preis eine zu den hier angedeuteten Bedingungen erhaltene Produktion abgesetzt werden soll. Dabei besteht folgende Schwierigkeit: Wenn man die Produktion auf ihr optimales Volumen festsetzt und jede produzierte Einheit zu ihren wirklichen Kosten (d.h. zu den mittleren Kosten der Gesamtproduktion pro Einheit) absetzen will, wird man weniger als die Gesamtproduktion absetzen können; verteilt man diese Produktion dagegen zu einem niedrigeren Preis, so werden die Einnahmen nicht alle wirklichen Ausgaben decken.

Für dieses Problem scheint es mehrere Möglichkeiten zu geben; sie müssen unseres Erachtens jedoch alle auf dem gleichen Grundsatz beruhen, daß nämlich die gesamte Produktion unter solchen Bedingungen abgesetzt werden muß, daß die Einnahmen aus diesem Absatz die Gesamtheit der wirklichen Kosten (d.h. der gesellschaftlichen aufgewendeten Arbeitsstunden) deckt.

Mit anderen Worten muß der Preis für eine Produktion insgesamt ihrem Wert entsprechen; möglicherweise können aber bestimmte produzierte Einheiten zu einem Preis verkauft werden, der über ihrem Wert pro Einheit liegt, und zum Ausgleich dafür werden andere Produkteinheiten zu einem darunterliegenden Preis verkauft werden (das ist die notwendige Bedingung für den Absatz dieser Einheiten). (78)

e) Beispiel

Um diesen Punkt zu verdeutlichen und einige der technischen Mechanismen, die man hier anwenden kann, zu erläutern, können wir wieder das vorige Beispiel nehmen.

Als erstes könnte der Ausgleichsmechanismus ins Spiel gebracht werden, und zwar folgendermaßen: Wird das Produktionsvolumen nicht auf der Höhe festgesetzt, bei der die gesamte Produktion zu ihren mittleren Einheitskosten abgesetzt werden könnte, sondern auf dem Optimalwert, so fallen die Kosten (unserem Beispiel entsprechend) von 17 auf 15, während die Zahl der gelieferten Einheiten von 1.300 auf 1.500 steigt. Jede Einheit wird zu ihren mittleren Kosten verkauft, d.h. zu einem Preis, der ihrem Wert gleich ist: 15. Jedoch ist bei diesem Preis eine bestimmte Anzahl von Unternehmen nicht daran interessiert, diese Produktion zu kaufen; handelt es sich beispielsweise um eine Elektrizitätsproduktion, so haben sie kein Interesse daran, die Verwendung von Kohle durch die Verwendung elektrischen Stromes zu ersetzen. Denn dazu wäre mindestens erforderlich, daß die Anwendung des elektrischen Stroms nicht mehr kostet als die Verwendung von Kohle. Nach den Zahlen, die wir auf Seite 92 gegeben haben, sind diese Unternehmen nur dann am Kauf

der 200 zusätzlichen Stromeinheiten, die man ihnen liefern kann, interessiert, wenn er sie insgesamt nicht mehr als 2.400 kostet; das bedeutet eine mittlere Ausgabe von 12 pro Stromeinheit, während diese zu 15 verkauft wird. Wenn der Strompreis auf 15 festgesetzt ist, muß daher jede an diese Verbraucherkategorie verkaufte Stromeinheit im Durchschnitt mit 3 subventioniert werden. Diese Subvention kann durch eine Ausgleichstaxe zu Lasten derjenigen Unternehmen finanziert werden, die den Strom zu 17 gekauft hätten und jetzt, dank der optimalen Ausnutzung der Ausrüstung, dafür nur 15 zahlen. Wird die Ausgleichstaxe von dieser Verbraucherkategorie anteilmäßig nach ihrem Verbrauch bezahlt, so bedeutet das, daß die Subventionslast von 600 auf 1.300 aufgeteilt wird; pro Einheit also $\frac{600}{1.300} = 0,46$. Unter diesen Bedingungen beträgt der effektive Preis pro Einheit, den die Verbraucher der 1.300 Einheiten zahlen müssen, 15,46 - während die Verbraucher der 200 zusätzlichen Einheiten dafür praktisch 12 pro Einheit zahlen. Dank der Festsetzung eines optimalen Produktionsvolumens kann die erste Verbraucherkategorie also 2.000 einsparen, und das entspricht der effektiv von der Volkswirtschaft erzielten Einsparung. Es ist leicht einzusehen, daß man vom technischen Standpunkt aus dieses Ausgleichssystem ohne weiteres durch ein System der Preisdifferenzierung je nach Verbraucherkategorie, Verbrauchszeit usw. ersetzen kann. Das praktische Ergebnis ist das gleiche.

f) Mögliche Ursache der "Überkapazität"

Bevor wir mit den Problemen, die durch das Auftreten einer Überkapazität aufgeworfen werden, zum Ende kommen, müssen wir noch präzisieren, wie es in einer Planwirtschaft außer durch Zufall oder infolge prognostischer Fehler dazu kommen kann, daß sich Überkapazitätsercheinungen manifestieren.

Diese Überkapazitätsercheinungen können entweder vorübergehend oder periodisch auftreten.

Vorübergehend sind sie, wenn es aus irgendeinem Grund vorteilhaft erschien, eine Ausrüstung, die normalerweise erst nach einer bestimmten Zeit den vollen Ertrag liefert, sofort einzusetzen. Wenn also zwischen zwei Gebieten ein sehr hoher zukünftiger Eisenbahnverkehr vorgesehen ist, die Verkehrsmöglichkeiten aber auch sofort entwickelt werden müssen, ist es angebracht, die Verkehrsverbindungen sofort den Anforderungen anzupassen, die sich in einigen Jahren stellen werden, und so eine vorübergehende Überkapazität zu schaffen. Solange diese besteht, muß erwogen werden, diese auszunutzen, wenn daraus ein Nutzeffekt für die Volkswirtschaft insgesamt resultiert. So kann es in dieser Zeit vorteilhaft sein, die verfügbare Transportkapazität dazu zu verwenden, daß man schwere Maschinen aus dem einen Gebiet in das andere transportiert, die man sonst eher aus einer dritten Region hätte kommen lassen.

Die Erscheinungen einer periodischen Überkapazität sind zweifellos gra-

vierender. Das klassische Beispiel bildet die Elektrizitätsindustrie. Sie muß zur Deckung des Bedarfs in den Spitzenzeiten gerüstet sein und verfügt daher in den übrigen Stunden über einen Kapazitäts"überschuß"; das kann möglicherweise besondere Probleme für die Festsetzung der Preise aufwerfen.

Insgesamt scheint es uns - um auf das Problem der Festsetzung der Preise zurückzukommen, zu denen die Käufe und Verkäufe zwischen den Staatsunternehmen abgewickelt werden - daß die zu Beginn dieses Abschnitts zitierte Regel (nach der die Höhe des Großhandelspreises dem Geldäquivalent des Wertes möglichst nahe kommen muß) allgemeine Geltung hat. Die Beachtung dieser Regel gewährleistet, daß die Wirtschaftsrechnung zu Festpreisen, die unter diesen Bedingungen abgewickelt wird, einen Sinn hat. Vor allem bildet die Anwendung dieser Regel die Garantie dafür, daß die von den verschiedenen Unternehmen getroffenen Entscheidungen über die Reduzierung der Ausgaben zur Beschaffung von Rohmaterial, Energie, Kraftstoff usw. auch mit der Reduzierung der für eine bestimmte Produktion erforderlichen Arbeitszeit auf ein Minimum zusammenfallen.

Dennoch können, wie wir gesehen haben, einige Abweichungen von dieser Regel gerechtfertigt sein, und zwar besonders wenn sich die Produktionsbedingungen rasch weiterentwickeln, wenn man es mit einer komplexen Produktion zu tun hat oder auch wenn eine gewisse Produktionsüberkapazität vorliegt. In den beiden letzteren Fällen erscheint es, wie gesagt, dennoch angebracht, daß die Gesamtproduktion zu einem Preis abgesetzt wird, der ihrem Wert, d.h. ihren realen gesellschaftlichen Kosten, möglichst nahe kommt. (79)

3. Wert und Einzelhandelspreis

3.1 Definition des Einzelhandelspreises

Im Gegensatz zum Großhandelspreis, der zwischen den Unternehmen und besonders zwischen den Staatsunternehmen praktiziert wird, bezeichnen wir als Einzelhandelspreis, den Preis, der beim Verkauf an den Verbraucher - als Individuum oder als Kollektiv - angewendet wird.

3.2 Allgemeines Prinzip

Wie wir schon gesagt haben, ist es im allgemeinen angebracht, daß der Einzelhandelspreis eines Produkts auf einem dessen Wert entsprechenden Niveau festgesetzt wird. Dies bildet gleichzeitig die Basis für eine rationelle Wirtschaftsrechnung (da jede Reduktion des Geldaufwands ei-

ner Reduktion des Arbeitsaufwands entspricht und umgekehrt) sowie die Bedingung dafür, daß das Prinzip "Jedem nach seiner Arbeit" in seiner ureigenen Sphäre angewendet werden kann. Darüber hinaus haben wir gesagt, daß man praktisch nur von der Nachfrage nach den zu ihrem Wert verkauften Produkten aus das relative Quantum des Konsumtionsbedarfs schätzen kann.

Die Anwendung dieses Grundsatzes für die Festsetzung der Einzelhandelspreise bedeutet, daß die Distributionsbetriebe die Produkte, für deren Absatz sie sorgen sollen, zu den Preisen verkaufen müssen, zu denen sie sie gekauft haben (soweit dieser Preis dem Wert entspricht) - plus dem Äquivalent für den zur Distribution dieser Produkte gesellschaftliche notwendigen Arbeitsaufwand. Es ist natürlich Aufgabe der zentralen Wirtschaftsinstanzen, die Größe dieses Arbeitsaufwands festzusetzen.

Jedoch kennt dieses allgemeine Prinzip wichtige Ausnahmen.

3.3 Ungleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage

Wenn für einen bestimmten Verbrauchsgegenstand ein Ungleichgewicht zwischen der Produktion und der Nachfrage herrscht, wenn das Produkt zu seinem Wert verkauft wird, stellt sich das Problem einer Preisänderung: (79a) Reicht die Produktion nicht aus, so wird der Preis über den Wert steigen; herrscht Überflußproduktion, so wird er unter den Wert sinken. Die Notwendigkeit, den Einzelhandelspreis von dem Niveau, das der Menge der in ein Produkt eingegangenen Arbeitsmenge entspricht, abweichen zu lassen, um sein Absatztempo mit einem Produktionstempo gleichzuschalten, ist eines der relevanten Anzeichen für ein besonderes Ungleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf. Die Richtung und die Größe dieses Ungleichgewichts erhellen aus der Richtung und Größe der Abweichung der Preise unter Berücksichtigung der mehr oder weniger großen Elastizität der Nachfrage. Im übrigen ist die Abweichung der Preise von der Höhe, die der mittleren Arbeitszeit entsprechen würde, nicht immer identisch mit einer Abweichung von der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die ja gerade als die für die Produktion einer Ware innerhalb der Grenzen des gesellschaftlichen Bedarfs notwendige Arbeitszeit definiert ist. (80)

Ferner muß betont werden, daß der Preis nur in Sonderfällen von der Höhe, die der mittleren Arbeitszeit entsprechen würde, abweichen kann: Solche Fälle sind:

3.3.1 Sonderfall verderblicher Güter

Erscheinen auf dem Markt verderbliche Güter in einer Menge, welche

vermutlich in der Zeit, in der diese Güter haltbar sind, die sich äussernde Nachfrage überschreiten, so muß der Einzelhandelspreis für die betreffenden Güter so weit gesenkt werden, daß die gesamte verfügbare Menge rechtzeitig abgesetzt werden kann.

Wie wir bereits betont haben, arbeitet eine vergesellschaftete und geplante Wirtschaft nicht für den Profit. Daher muß sie nicht auf die kapitalistischen Praktiken zurückgreifen und einen Teil der Vorräte (d. h. einen Teil der gesellschaftlichen Arbeit) zerstören, um die verbleibenden Bestände mit Gewinn zu verkaufen. Das Auftreten eines möglichen Verlustes in Geld läßt sich nicht mit der Zerstörung realer Reichtümer vergleichen. Wenn es erforderlich ist, läßt sich das finanzielle Problem des "Verlusts" auf verschiedene Arten regeln: entweder durch bestimmte Abweichungen der Preise für das gleiche Produkt in umgekehrter Richtung, wenn von diesem Produkt einmal besonders wenig eingeht, oder durch einen Ausgleichsmechanismus mit anderen Distributionszweigen, deren verfügbare Bestände nicht so hoch sind, daß damit die bei einem dem Wert entsprechenden Preis bestehende Nachfrage gedeckt werden könnte, und für die man daher einen höheren Preis festsetzen muß, um eine offene Verknappung zu vermeiden.

3.3.2 Dauerndes Ungleichgewicht

Einen zweiten Fall bildet das Bestehen eines dauernden Ungleichgewichts zwischen Produktion und Nachfrage nach einem Produkt - so wie sich diese Nachfrage äußern würde, wenn der Preis weiterhin auf der Höhe des Arbeitswerts dieses Produkts festgesetzt wäre. (81) Ein solches Ungleichgewicht würde entweder zum Schwund der Bestände (bei ungenügender Produktion) oder zum übertriebenen Aufblähen der Bestände (bei zu großer Überschussproduktion) führen. Im ersten Fall muß der Preis für das Produkt so weit erhöht und im zweiten Fall so weit gesenkt werden, daß die Bestände dem laufenden Bedarf der Wirtschaft entsprechen können.

Es läßt sich leicht verstehen, daß man (außer in Bezug auf die verderblichen Güter) nur dann zur Preismanipulation greifen darf, wenn sich ein dauerndes Ungleichgewicht im Angebot einer Ware manifestiert. Denn wenn das Produktionsvolumen dieser Ware leicht geändert werden kann, ist es im allgemeinen angebracht, dieses Volumen vorrangig zu beeinflussen, da das Bestehen eines Ungleichgewichts ja ein Beweis dafür ist, daß die Höhe der Produktion nicht dem Quantum des gesellschaftlichen Bedarfs entspricht.

Man kann sich fragen, welche Faktoren denn in einer Planwirtschaft das Auftreten eines dauernden Ungleichgewichts zwischen Produktion und Nachfrage eines Produkts provozieren können. Hier kommen zwei wichtige Faktoren in Frage:

a) Einfluß eines anfänglichen Fehlers

Als erstes kann ein anfänglicher Fehler bei der Schätzung des Bedarfs an einem bestimmten Produkt eine Rolle spielen, sofern er relativ lange anhaltende Folgen hat. Solange dieser Fehler in Kraft ist, kann eine Überkapazität oder eine Unterkapazität der Produktion vorliegen.

Im Fall einer Überkapazität ist es oft möglich, die Ausrüstung auf langsame Touren drehen zu lassen. In bestimmten Fällen bringt das aber mehr Nachteile als Vorteile, so daß die Ausnutzung der Ausrüstung auf einer höheren als der für das Gleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage erforderlichen Rate ins Auge gefaßt werden muß. In diesem Fall kann eine Abweichung des Einzelhandelspreises nach unten unerlässlich sein.

Im Fall einer Unterkapazität ist eine im Verhältnis zur Nachfrage ungenügende Produktion unvermeidlich, solange nicht die Produktionskapazität gesteigert wird. Hier wird man um eine Abweichung des Einzelhandelspreises nach oben nicht herumkommen.

b) Kollektive Bewertung

Einen zweiten Faktor von größerer theoretischer und praktischer Bedeutung bildet der erklärte Wille der politischen und wirtschaftlichen Instanzen, bestimmte Konsumtionen weiterzuentwickeln oder zu drosseln. Wenn diese Instanzen es beispielsweise für wünschenswert halten, daß die Konsumtion einer bestimmten Produktkategorie über das Niveau steigt, das erreicht worden wäre, wenn die Produkte zu einem wertäquivalenten Preis verkauft worden wären (d.h. wenn diese Instanzen erklärtermaßen eine Ausweitung der Nachfrage (82) über das Niveau hinaus provozieren wollen, das sie erreicht hätten, wenn der Preis auf dem Wertäquivalent festgesetzt worden wäre), ist es notwendig, eine Abweichung des Preises nach unten in die Wege zu leiten. Wenn es die Instanzen dagegen für wünschenswert halten, daß die Konsumtion einer Produktkategorie unter das Niveau fällt, das erreicht worden wäre, wenn diese Produktkategorie zu einem wertäquivalenten Preis verkauft worden wäre, ist es notwendig, eine Abweichung des Preises nach unten in die Wege zu leiten. Einige werden solche Beschlüsse gewiß als "willkürlich" bezeichnen. In Wirklichkeit sind diese Beschlüsse nur Ausdruck einer Divergenz zwischen der kollektiven Bewertung des gesellschaftlichen Nutzens bestimmter Konsumtionen und damit des zu liefernden Quantums der Produktion einerseits und des relativen Quantums des gesellschaftlichen Bedarfs andererseits, wie er sich als Summe der individuellen und kollektiven Nachfragen äußert. Diese Divergenz kann vielerlei Ursachen haben: die Kluft zwischen öffentlicher Meinung (die z.B. den Alkoholismus verdammt) und privatem Verhalten; die Berücksichtigung der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten von Produktion und Konsumtion auf kollektiver Ebene (83); die politische, moralische oder kulturelle Notwendigkeit, die Entwicklung bestimmter Konsumtionen für den Augenblick (84) oder für immer (85) voranzutreiben und die anderer Konsumtionen zu bremsen.

Man müßte sich auf einen ganz und gar unhistorischen Standpunkt stellen, wenn man die kollektiven Bewertungen für willkürlich halten und erklären wollte, nur die individuellen Bewertungen seien nicht willkürlich. In Wirklichkeit kommt den kollektiven Bewertungen in den verschiedenen Wirtschaftssystemen immer ein beträchtlicher Stellenwert zu; nur die Methoden, mit denen sie sich bemerkbar machen, können sehr unterschiedlich sein. (86)

3.4 Bewegung der Bestände

Wenn der Einzelhandelspreis für ein Produkt auf einer bestimmten Höhe festgesetzt ist und wenn beschlossen wurde, die sich bei diesem Preis äußernde Nachfrage zu befriedigen, haben die Wirtschaftsbehörden jederzeit die Möglichkeit, das Ausmaß dieser Nachfrage präzise zu bestimmen, indem sie die Bewegung der Bestände dieses Produkts beobachten. Diese Beobachtung wird durch den vergesellschafteten und geplanten Charakter der Wirtschaft wesentlich erleichtert, dank dem die Bewegung der Bestände auf gesellschaftlicher Ebene regelmäßig und rasch verfolgt werden kann. Es versteht sich von selbst, daß man bei der Interpretation dieser Bewegung den Einfluß jahreszeitlicher oder auch sporadischer Faktoren mitberücksichtigen muß.

3.5 Einzelhandelspreis und Großhandelspreis

Man wird bemerkt haben, daß sich die Probleme bei der Festsetzung der Einzelhandelspreise von denen bei der Festsetzung der Großhandelspreise empfindlich unterscheiden.

Der Einzelhandelspreis ist nämlich dadurch charakterisiert, daß er einerseits Element der allgemeinen Wirtschaftsrechnung sein muß (und in dieser Eigenschaft den Wert der verschiedenen Produkte möglichst vollständig ausdrücken muß) und daß er andererseits möglicherweise zur Orientierung der Kalkulationen der individuellen und kollektiven Verbraucher in einem Sinn dienen kann, der mit dem Willen (87) der politischen und ökonomischen Zentralinstanzen konform geht (und in diesem Fall muß er mehr oder weniger von der Höhe abweichen, die dem Wert der Produkte entsprechen hätte).

Diese zweite Aufgabe des Einzelhandelspreises hängt mit der "Freiheit der Konsumtion" zusammen, d.h. mit der Tatsache, daß die individuellen und kollektiven Verbraucher - falls kein wirtschaftliches oder monetäres Ungleichgewicht die Anwendung autoritärer Konsumnormen erzwingt - in ihrer Wahl zwischen den verschiedenen Konsumgütern nicht durch Verteilungs- und Rationierungsreglementierungen eingeschränkt sind, sondern diese Wahl einzig und allein nach ihrem verfügbaren Geld, nach ihren Präferenzen und nach der Höhe der Preise für die zur Aus-

wahl stehenden Produkte treffen.

Diese Freiheit der Konsumtion zwingt dazu, für bestimmte Produkte Einzelhandelspreise anzuwenden, die mehr oder weniger vom Wert dieser Produkte abweichen, damit sich die Gesamtnachfrage mit der verfügbaren Produktion deckt.

Ganz anders ist die Situation bei den Großhandelspreisen, d.h. vor allem bei den zwischen den Staatsunternehmen gehandhabten Preisen. Hier gibt es genaugenommen keine "Freiheit der Konsumtion". Art und Umfang der Produktionen der verschiedenen Unternehmen und folglich Art und Umfang ihrer Käufe sind durch den Wirtschaftsplan festgelegt, und Preisschwankungen dürfen die Produktions-, Kauf- und Verkaufspläne der Unternehmen nicht ändern können.

Diese Pläne selbst sind das Ergebnis von Wirtschaftsrechnungen, die vor der laufenden Planungsperiode durchgeführt wurden. Sie sind in gewisser Hinsicht die Synthese aus den Vorschlägen der verschiedenen Unternehmen (unter Anwendung der Direktiven der zentralen Planungsorgane). Die Vorschläge der Unternehmen sind das Ergebnis von Wirtschaftsrechnungen innerhalb der Betriebe unter Berücksichtigung der ihnen gesteckten Ziele und der Preise, zu denen sie die verschiedenen Produkte, die ihnen als Produktionsmittel dienen, erwerben können. Wie wir gesagt haben, haben diese Kalkulationen nur unter der Bedingung wirkliche Bedeutung, daß die Preise, auf denen sie beruhen, Ausdruck der realen gesellschaftlichen Kosten der Produktionsmittel sind.

Die Synthese aus den Vorschlägen der Unternehmen ist Aufgabe der Planungsorgane, die diese Vorschläge unter Berücksichtigung der Produktions- und Konsumtionsbilanzen abändern und die Produktions-, Kauf- und Verkaufspläne der verschiedenen Produktionszweige festlegen. Mit Hilfe dieser Pläne wird die Nachfrage nach den verschiedenen Produkten den verfügbaren Beständen ex ante angepaßt - und diese Anpassung ex ante schließt jede Abweichung des Preises vom Wert aus. Stellt sich heraus, daß die vorgesehene Anpassung ex ante nicht zu verwirklichen ist, so steht es grundsätzlich nur den Planungsorganen zu, die den Unternehmen durch den Plan auferlegten Verpflichtungen in der Folge zu modifizieren (88); aber diese Modifikationen gehen wieder von Wirtschaftsrechnungen aus, die auf den weiterhin die realen gesellschaftlichen Kosten ausdrückenden Preisen und nicht auf Preisen beruhen, die mehr oder weniger von den Werten abweichen. Gerade weil die Großhandelspreise als Grundlage für rationelle Wirtschaftsrechnungen dienen müssen, darf nicht zugelassen werden, daß sie Schwankungen infolge einer im Augenblick größeren oder kleineren Nachfrage unterworfen sind.

Aus den obigen Bemerkungen kann man mit Recht folgern, daß sich in dem Maße, in dem bestimmte Unternehmen (z.B. bestimmte Kooperativen) den Planbefehlen weniger strikt unterworfen sind, das Problem der Festsetzung der an sie verkauften Produktpreise in der gleichen Weise stellt wie das der Festsetzung der Einzelhandelspreise, wenn man Einfluß auf die Schlußfolgerungen nehmen will, die diese Unternehmen

aus ihren eigenen Wirtschaftsrechnungen ziehen. Jedoch ist es wegen der Anforderungen einer rationellen allgemeinen Wirtschaftsrechnung natürlich unerlässlich, daß die Zahl der Fälle, in denen die Großhandelspreise nicht mehr Ausdruck der realen gesellschaftlichen Kosten der verschiedenen Produkte wären, so weit wie möglich eingeschränkt werden.

Die vorigen Erläuterungen haben zweifellos den Stellenwert der Preiskalkulation sowie die Unterschiede zwischen den verschiedenen Arten von Preisen und dem einfachen Ausdruck des Wertes in Geld klargestellt. Aus der Verschiedenheit der Preise und besonders aus dem Unterschied zwischen Herstellungspreis und Verkaufspreis erwächst das Problem des Gewinns, das wir nun untersuchen müssen.

4. Der Gewinn

Im Rahmen jedes Unternehmens wird der Gewinn aus der Differenz zwischen den Einnahmen des Unternehmens durch den Absatz einer bestimmten Warenmenge und den Geldkosten dieser Waren für das betreffende Unternehmen gebildet.

4.1 Akkumulationsfonds

Die Summe der Gewinne der Gesamtheit der Unternehmen abzüglich der Abschöpfungen von diesen Gewinnen zur Finanzierung des individuellen Konsumtionsaufwands (z.B. in Form von Prämien für die Arbeiter der Unternehmen) bildet eines der Elemente des gesellschaftlichen Akkumulationsfonds. Die übrigen Bestandteile dieses Gewinns können vor allem durch die unmittelbar vom Staat beim Verkauf der Produkte (z.B. in Form einer Umsatzsteuer) abgeschöpften Summen, durch die Einnahmen aus den Steuern auf die Einkommen der Bevölkerung und durch die Zeichnung öffentlicher Anleihen durch die Bevölkerung gebildet werden.

Zur einfacheren Argumentation werden wir im Verlauf dieser Ausführungen annehmen, daß der Akkumulationsfonds, aus dem alle Investitionen und der Fonds für die kollektive Konsumtion sowie die einnahmensenkenden Ausgaben finanziert werden, aus der Summe der Gewinne und der vom Staat beim Verkauf der Produkte erhobenen Steuern gebildet wird. Unter diesen Bedingungen stellen der Akkumulationsfonds und der Fonds für die kollektive Konsumtion, wenn die gesamte Produktion einer bestimmten Periode zu ihrem Wert verkauft wird, die Differenz zwischen diesem Wert und den Kosten der Produktion in Geld dar.

Bei einer Produktion, deren Wert 250 Millionen und deren Herstellungspreis insgesamt 200 Millionen beträgt, werden sich der Akkumulationsfonds und der Fonds für die kollektive Konsumtion auf 50 Millionen belaufen.

Die Gesamtproduktion eines bestimmten Zeitraums kann im übrigen folgendermaßen aufgliedert werden: Ein Teil dient zur Reproduktion der im Arbeitsprozeß verbrauchten Produktionsmittel, während der andere Teil das Nettoprodukt des Zeitraums bildet. Ein Teil dieses Nettoprodukts dient zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse der Arbeiter; das ist der Fonds zur persönlichen Konsumtion. Der andere Teil bildet das Mehrprodukt, das für die Zuwendung an den Akkumulationsfonds und an den Fonds für die kollektive Konsumtion bestimmt ist. Die Verteilung des Nettoprodukts auf die verschiedenen Anwendungszwecke hängt vom erreichten Stand der Produktivkräfte und von den konkreten, durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung gestellten Aufgaben ab.

Wenn der Betrag der Konsumtion gegeben ist, kann der Akkumulationsfonds nur durch die Vergrößerung des Mehrprodukts, d. h. des Nettoprodukts vermehrt werden. Wäre dagegen das letztere gegeben, so könnte man die Größe des Mehrprodukts nur dadurch ändern, daß man die Konsumtion beeinflusst.

In der Praxis wird man auf den Herstellungspreis der Produktion und auf den Fonds für die persönliche Konsumtion dadurch einwirken, daß man das Verhältnis zwischen dem von den Arbeitern produzierten Wert und dem Wert, den sie als Einkommen erhalten, verändert. Wenn der Wert der Produktion beispielsweise 250 Millionen beträgt, von denen 150 Millionen aus der im Lauf der betreffenden Periode aufgewendeten lebendigen Arbeit stammen und 100 Millionen das Äquivalent des Wertes (in Form von Rohstoffen, Maschinen usw.) verbrauchten kristallisierten Arbeit darstellen, beträgt das Mehrprodukt 50 Millionen, wenn sich der Fonds für die persönliche Konsumtion auf 100 Millionen beläuft; es wird auf 60 Millionen steigen, wenn sich der Fonds für die persönliche Akkumulation auf 90 Millionen beläuft, usw. (89)

Der Betrag des Mehrprodukts kann natürlich nicht durch eine Änderung der Preise, zu denen die Unternehmen ihre Produktionen untereinander verkaufen, beeinflusst werden; denn das, was ein Unternehmen dabei "gewinnt", "verliert" ein anderes. Änderungen dieser Preise beeinflussen die "Lokalisation" des Mehrprodukts, nicht aber seinen Betrag.

Im Lauf der folgenden Kapitel werden wir sehen, welche wichtigen Probleme durch die Festsetzung des Akkumulationsfonds als Teil des Mehrprodukts aufgeworfen werden; im Augenblick müssen wir uns aber ansehen, wie der Teil des Akkumulationsfonds bestimmt wird, den die Gewinne der Unternehmen bilden.

Dieser Anteil hängt ab von der Differenz zwischen dem durch die lebendige Arbeit produzierten Wert und dem von ihr erhaltenen Wert sowie vom Betrag der Steuern auf die Einnahmen der Unternehmen. Dieser letztere Betrag muß notwendigerweise bedeutend sein, weil die Ausgaben für die Akkumulation das ganze Jahr über sichtbar sind, während die Gewinne der Unternehmen nur am Jahresende in Erscheinung treten. Diese Gewinne können im übrigen zur Verfügung der Unternehmen bleiben, in de-

nen sie gebildet wurden, oder aber in Form einer Gewinnabschöpfung in die Steuereinnahmen eingehen. Es muß noch hinzugefügt werden, daß in einer Planwirtschaft auch der Gewinnanteil, der zur Verfügung der Unternehmen verbleibt, nicht nach ihrem Belieben verwendet werden kann. Auch diese Verwendung muß vom Wirtschaftsplan festgelegt werden.

4.2 Gewinn in einem Produktionszweig

Theoretisch kann man auf der Ebene eines Produktionszweigs zwei Arten von Gewinnen, die von den Unternehmen erzielt werden, unterscheiden: einen "produzierten Gewinn" und einen "erzielten Gewinn". Der "produzierte Gewinn" entspricht der Differenz zwischen dem Herstellungspreis der Produktion und ihrem Verkaufspreis, wenn sie zum Geldäquivalent ihres Wertes verkauft wird. Der "erzielte Gewinn" (oder "erzielte Verlust") wird aus den Mehr- (oder Minder-) Einnahmen gebildet, die von der Festsetzung des Preises oberhalb (oder unterhalb) des Wertes herrühren. Es ist klar, daß die "erzielten Gewinne" oder "Verluste" nicht die Höhe des Akkumulationsfonds, sondern nur seine Verteilung unter den Zweigen, in denen er gebildet wird, verändert. (90) Finden keine fiskalischen Abschöpfungen auf die Einnahmen statt, so hängt der Betrag des von einem Produktionszweig zu verzeichnenden "produzierten Gewinns" ab von der Zahl der in diesem Zweigbeschäftigten Arbeiter und von der durchschnittlichen Differenz zwischen dem Wert, den jeder Arbeiter liefert, und dem Wert, den er in Form seines Einkommens in Geld erhält. Folglich hätte jeder Zweig im allgemeinen einen um so größeren Gewinn zu verzeichnen, je größer der Anteil des Wertes seiner Produktion ist, der aus der lebendigen Arbeit stammt. Eine der möglichen Aufgaben der steuerlichen Abschöpfungen auf die Unternehmensgewinne kann gerade sein, unter den Gewinnen, die von den verschiedenen Zweigen zu verzeichnen sind, eine gewisse Gleichheit einzuführen, so daß in einer geplanten und vergesellschafteten Wirtschaft auch die Höhes des Gewinns, der in diesem oder jenem Zweig erzielt wird, keinerlei Rolle spielt - weder für die Festlegung des Arbeitsvolumens dieses Zweigs noch für den Anteil des Investitionsbetrags, den er erhalten muß.

4.3 Gewinn im Unternehmen

Innerhalb des gleichen Produktionszweigs hängt der von einem Unternehmen verzeichnete Gewinn - wenn für die Produktion der gesamten Branche ein einheitlicher Verkaufspreis angewendet wird - ab von der Höhe des Herstellungspreises des Unternehmens im Verhältnis zum durchschnittlichen Herstellungspreis des Zweiges. Für jede produzierte Einheit ist der verzeichnete Gewinn um so höher (oder geringer), je niedriger (oder höher) der Herstellungspreis des Unternehmens im Verhältnis zum durch-

schnittlichen Herstellungspreis des Zweigs ist. Die Höhe des von den verschiedenen Unternehmen verzeichneten Gewinns pro Einheit kann weder ein Kriterium für den Nutzen der Produktion noch für die Effizienz der Unternehmensleitung sein.

Die Produktion eines Unternehmens ist von dem Augenblick an gesellschaftlich nützlich, wo seine Produktion zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs, wie er vom Plan festgelegt wird, notwendig ist. Das heißt, daß ein Unternehmen, auch wenn es mit Verlust arbeitet (weil sein Herstellungspreis über dem Verkaufspreis liegt), von dem Augenblick an, wo man seine Produktion benötigt, auf dem Markt erhalten bleiben muß. Die Frage, ob man es durch ein neues Unternehmen ersetzen soll, das zu einem niedrigeren Herstellungspreis arbeitet, kann nicht allein nach dem Kriterium Rentabilität entschieden werden, wie es im Kapitalismus der Fall ist. Die Ersetzung eines alten Unternehmens durch ein neues stellt ein Investitionsproblem dar, und dieses Problem kann nur mit Hilfe der für die Bestimmung der größeren oder geringeren Effizienz der Investitionen geeigneten Kriterien gelöst werden, die wir im nächsten Kapitel untersuchen werden.

Wie man sieht, beeinträchtigt die Tatsache, daß bestimmte Unternehmen mit Verlust arbeiten, die Höhe des Akkumulationsfonds in keiner Weise, da ihre schwache Produktivität ja vom Plan vorgesehen ist. Je geringer nämlich die Produktivität bestimmter Unternehmen im Verhältnis zur Durchschnittsproduktivität des Zweigs ist, um so höher ist zwangsläufig die Produktivität anderer Unternehmen im Verhältnis zum Durchschnitt. Diese Unternehmen werden also einen um so höheren Gewinn zu verzeichnen haben, je größer der Verlust anderer Unternehmen derselben Branche ist, und der Gesamtgewinn des Produktionszweigs wird davon nicht berührt werden. (91)

Die Tatsache, daß bestimmte Unternehmen mit Verlust arbeiten, wirkt nichtsdestoweniger Organisationsprobleme auf; besonders wenn diese Unternehmen ihre Betriebskosten nicht durch ihre Einnahmen decken können, wird es nötig sein, sie zu subventionieren. Je nach Fall kann diese Subvention von den anderen Unternehmen des Zweigs (Schaffung eines Ausgleichssystems) oder aus dem Zentralbudget kommen. Es steht außer Frage, daß die Tatsache, daß bestimmte Unternehmen regelmäßig auf Subventionen zurückgreifen, vom praktischen Standpunkt aus nicht ohne Nachteile sein kann, vor allem da die Gefahr besteht, daß die Bemühungen der Leiter dieser Unternehmen, ihren Herstellungspreis so weit wie möglich zu senken, nachlassen.

Man kann hinzufügen, daß bestimmte Produktionszweige insgesamt mit "Verlust" arbeiten können, wenn der Verkaufspreis für ihre Produktion aus irgendeinem Grund nicht nur unter dem Wert, sondern auch unter dem Herstellungspreis festgesetzt wurde. Zu einer solchen Entscheidung kann es vor allem dann kommen, wenn der Herstellungspreis eines Zweiges momentan und ausnahmsweise sehr hoch liegt und wenn die Höhe der Herstellungspreise einer großen Anzahl anderer Zweige ausüben kann. In

einem solchen Fall kann es besser sein, die fragliche Branche mit Verlust arbeiten zu lassen, als die Struktur vieler Herstellungspreise in Unordnung zu bringen.

Wie wir gesagt haben, kann die Effizienz, mit der ein Unternehmen geleitet wird, nicht nach der Höhe des von ihm erzielten Gewinns bewertet werden; denn dieser Gewinn ist zu einem großen Maß von den technischen Umständen abhängig, vor die sich das Unternehmen gestellt sieht. Die Effizienz, mit der ein bestimmtes Unternehmen geleitet wird, läßt sich zutreffend nur durch das Verhältnis zwischen dem geplanten Herstellungspreis dieses Unternehmens und seinem effektiven Herstellungspreis beurteilen – unter der Voraussetzung, daß der Herstellungspreis korrekt geplant wurde. Und jede Senkung des effektiven Herstellungspreises unter den geplanten bildet einen realen Beitrag zur Vermehrung des Akkumulationsfonds.

4.4 Sonderfall Handelsunternehmen

Die von den Handelsunternehmen verzeichneten Gewinne werfen verschiedene Probleme auf, und zwar besonders auf Grund der geringen Gewinnspanne, die im allgemeinen von den Handelsunternehmen zu verzeichnen ist (92), und auf Grund der spezifischen Rolle der Einzelhandelspreise. Auf diesen Punkt wollen wir nun näher eingehen.

Die Festsetzung der Einzelhandelspreise und ihre Auswirkungen auf die Gesamthöhe der Gewinne bilden folgendes Problem: In den Käufen und Verkäufen unter den Unternehmen ändern die Abweichungen der Preise von den Werten den Gesamtbetrag der von den Unternehmen insgesamt verzeichneten Gewinne nicht – aber nur unter der Bedingung, daß die Konsumgüter bei ihrem Verkauf an die Verbraucher zu einem Preis erworben werden, der insgesamt ihrem Wert entspricht.

Das bedeutet, daß die von bestimmten Handelsunternehmen verzeichneten "erzielten Gewinne" (93) auf der Ebene des Verkaufs an die Verbraucher durch "erzielte Verluste" von gleichwertiger Höhe kompensiert werden müssen, weil sonst die Gesamtproduktion letzten Endes nicht zu ihrem Wert verkauft wird.

Damit kann es zu einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht kommen, da ja eine der Grundlagen für ein wirtschaftliches Gleichgewicht im Rahmen einer Planwirtschaft die Äquivalenz des Wertes der zum Verkauf bestimmten Konsumgüter und des verteilten Einkommensbetrags ist, der dazu bestimmt ist, die persönlichen Bedürfnisse der Empfänger zu befriedigen. Um die Natur des Ungleichgewichts zu verstehen, das auftreten würde, wenn die Konsumgüter nicht insgesamt zu ihrem Wert verkauft würden, können wir folgendes Beispiel annehmen: Eine Produktion von zum Verkauf bestimmten Konsumgütern hat einen Wert von 100 Millionen, und das Volumen der verteilten Einkommen, die dazu bestimmt sind, zur Deckung des persönlichen Bedarfs der Empfänger ausgegeben zu werden, beläuft

sich ebenfalls auf 100 Millionen. Unter diesen Bedingungen ist formal ein Gleichgewicht erreicht.

Werden jedoch bestimmte Konsumgüter nicht in ausreichender Menge produziert, um die Nachfrage, die sich äußern würde, wenn sie zu ihrem Wert verkauft würden, zu decken, so müssen sie zu einem höheren Preis verkauft werden. Der Wert dieser Konsumgüter soll beispielsweise 30 Millionen und der Gesamtpreis, zu dem sie verkauft werden müssen, damit keine ungesättigte Nachfrage verbleibt, 40 Millionen betragen. Bei diesem Preis von 40 Millionen verzeichnen die Handelsunternehmen einen "erzielten Gewinn" von 10 Millionen (unter der Voraussetzung, daß die so erhaltene zusätzliche Einnahme nicht unmittelbar durch eine Steuer aufgesogen wird); aber andererseits verfügt die Bevölkerung für ihre übrigen Käufe nur noch über 60 Millionen, während der Wert der restlichen Konsumgüter weiterhin 70 Millionen beträgt. Folglich muß man die restlichen Konsumgüter entweder mit einem "erzielten Verlust" von 10 Millionen verkaufen oder aber zusehen, wie sich ein Ungleichgewicht dadurch äußert, daß eine bestimmte Anzahl von Konsumgütern mit einem Wert von 10 Millionen nicht verkauft werden.

Das beweist, daß nicht die erzielten, sondern nur die produzierten Gewinne zur Bildung des Akkumulationsfonds beitragen können. Im übrigen leuchtet es ein, daß die Verkäufe an die Bevölkerung niemals einen höheren Einnahmenbetrag als den Betrag der an die Bevölkerung verteilten Einkommen erbringen kann.

Dagegen besteht die Gefahr, daß eine Differenz zwischen den Ausgaben der Bevölkerung und ihren Einkommen besteht, so daß weniger ausgegeben wird, als eingenommen wird; so kann es zu einer Aufblähung der verfügbaren Geldmengen der Bevölkerung kommen. (94) Diese Gefahr entsteht vor allem dann, wenn ein Teil der Konsumgüter unter ihrem Wert verkauft wird, so daß im Durchschnitt ein "erzielter Verlust" resultiert. Hier muß man, um eine Aufblähung der Zirkulation zu vermeiden, einen anderen Teil der Konsumgüter zu einem höheren Preis verkaufen, als ihrem Wert entspricht, so daß der "erzielte Verlust" durch einen gleichwertigen Gewinn kompensiert wird. (95)

Abschließend können wir sagen, daß das geplante wirtschaftliche Gleichgewicht dadurch gekennzeichnet ist, daß es nur den "produzierten Gewinnen" Raum läßt, die nicht in Geld, sondern in einem Mehrprodukt erzielt werden. Im folgenden werden wir genauer untersuchen müssen, wie man das Auftreten eines solchen Mehrprodukts anstreben kann, ohne eine Mehrproduktion zu erzielen. Dazu müssen wir das allgemeine Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts behandeln; zuvor aber müssen wir zwei wichtige Fragen untersuchen: die Bestimmung der günstigsten Technik und die Verwendung der natürlichen Reichtümer.

VI BESTIMMUNG DER GÜNSTIGSTEN TECHNIK

Bei unseren bisherigen Ausführungen haben wir die technischen Verfahren, die eingesetzt werden müssen, um ein bestimmtes Volumen und eine bestimmte Qualität der Produktion zu erreichen, als gegeben angenommen. In jedem Augenblick stammt nämlich der größte Teil der Produktion aus einer bereits vorhandenen Ausrüstung mit gegebenen technischen Merkmalen; dadurch läßt sich effektiv berechnen, welche Mengen an Rohstoffen, Energie und Handarbeit erforderlich sind, um eine bestimmte Produktion zu erhalten.

Nichtsdestoweniger muß in einer dynamischen Wirtschaft die vorhandene Ausrüstung fortwährend verändert werden, und zwar entweder durch die Angliederung einer zusätzlichen Ausrüstung, durch die Veränderung dieser oder jener Technik oder durch die Aufgabe dieser oder jener veralteten Ausrüstung und ihre Ersetzung durch eine andere.

Die Veränderungen, die an der Ausrüstung vorgenommen werden sollen, werfen wichtige Fragen auf: In welcher konkreten Form soll die zusätzliche Ausrüstung vorliegen, die zum Erreichen einer bestimmten Produktion dienen soll? In welchen Fällen bringt es wirtschaftliche Vorteile, eine vorhandene Ausrüstung zu ändern oder zu ersetzen? Wo soll man eine neue Produktion installieren? (...)

Will man diese Fragen beantworten, so muß man nach der im jeweiligen Augenblick günstigen Technik suchen, die eingesetzt werden kann, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen, dessen Art und Umfang schon im voraus durch eine Reihe früherer Entscheidungen festgelegt sind. Dieses Problem wird dadurch kompliziert, daß es in jedem Augenblick wirtschaftlich nicht möglich ist, mehr als eine beschränkte Anzahl technischer Änderungen zu verwirklichen. Der Plan muß nämlich im voraus den Anteil am Nationaleinkommen, der in die Konsumtion geht, und den Anteil, der in die Produktion geht, festlegen. Diese Verteilung ist das Ergebnis zentral getroffener Beschlüsse auf der Grundlage wirtschaftlicher Gleichgewichtserwägungen und unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Entwicklungstempos, das erreicht werden muß (dies ist ein Problem, das wir im Lauf späterer Kapitel untersuchen werden). Ebenso wird die Verteilung der Investitionen auf den produktiven und auf den unproduktiven Sektor (94) (Wohnungswesen, Erziehung, Medizin usw.) vom Plan auf der Basis globaler Schätzungen des Bedarfs und der Dringlichkeitsstufe festgelegt.

Folglich ist die Produktionsmittelproduktion in jeder Periode auf ein bestimmtes Volumen beschränkt; das schließt in den meisten Fällen die Möglichkeit aus, alle abstrakt wünschenswerten technischen Änderungen und Neuerungen gleichzeitig durchzuführen, und zwingt dazu, jedesmal nur auf die "effizientesten" davon zurückzugreifen.

1. Grundbegriffe

1.1 Das Prinzip der Arbeitseinsparung

Das Prinzip, das mit Sicherheit die Entscheidung unter den verschiedenen Techniken leiten muß, falls sie nicht durch allgemeine gesellschaftliche oder politische Gründe vorbestimmt ist, ist das Prinzip der Arbeitseinsparung.

Wenn sich also mehrere mögliche Techniken zur Erzielung bestimmter Ergebnisse anbieten, wird man - außer wenn ein politisches oder gesellschaftliches Motiv dagegen spricht (95) - diejenige wählen, mit deren Hilfe man diese Ergebnisse mit dem geringsten Arbeitsaufwand erreicht. (95b) Die wirklichen Schwierigkeiten beginnen jedoch erst, wenn dieses allgemeine Prinzip konkret angewendet werden soll.

1.2 Der "technische" Gesichtspunkt

Eine bestimmte Interpretation des Prinzips der Arbeitseinsparung - und die Techniker der verschiedenen Produktionszweige orientieren sich gern an dieser Interpretation - besteht in der Auffassung, die günstigsten Investitionen seien diejenigen, mit deren Hilfe man ein bestimmtes Ergebnis bei dem geringsten Arbeitsaufwand in dem eigenen Zweig erzielen kann.

Wenn also die jährliche Elektrizitätsproduktion um mehrere hunderttausend Kilowatt erhöht werden muß und man zwischen verschiedenen Techniken wählen kann, durch die man diese Produktion unter Zuhilfenahme eines mehr oder weniger großen Arbeitsaufwands erzielen kann, wird man zur Auffassung neigen, daß die günstigste Technik die ist, welche die Erzielung des gewünschten Ergebnisses unter Zuhilfenahme des geringsten Arbeitsaufwands unabhängig vom Betrag der dazu erforderlichen Investitionen ermöglicht.

Angenommen, wir können, um eine Produktion von 100 Produkteinheiten (z.B. Kilowatt oder tausend Kilowatt Elektrizität) zu erzielen, zwischen verschiedenen Techniken oder "Varianten" mit folgenden Merkmalen wählen (95c):

Variante	Betrag der Investition (in Arbeitseinheiten (95d))	Abnutzungszeit (in Jahren)	Produktion (in Produkteinheiten)	Jährliche Bruttokosten (in Arbeitseinheiten)			Kosten pro Produkteinheit	Jährliche Einsparung für Variante II u. III im Verhältnis zur Variante I
				Abnutzung	Andere Kosten	Gesamt		
I	1.000	20	100	50	670	720	7,2	--
II	2.000	25	100	80	580	660	6,6	60
III	3.000	30	100	100	480	580	5,8	140

Unter diesen Bedingungen würde eine enge Interpretation des Prinzips der Arbeitseinsparung dazu führen, daß unter allen Umständen die Variante III genommen wird, die unter Verwendung des geringsten jährlichen Arbeitsaufwands (laufende Arbeit, in die ursprüngliche Ausrüstung sowie in Rohstoffe, Kraftstoffe usw. eingegangene Arbeit) die Erreichung der gewünschten Zahl von Produkteinheiten ermöglicht.

Jedoch kann diese Interpretation des Prinzips der Arbeitseinsparung von Grund auf falsch sein. Wenn man in die betreffende Produktion - in die Stromerzeugung - nämlich 3.000 Arbeitseinheiten, d.h. 2.000 mehr als das unvermeidliche Minimum (eine Investition von 1.000 ist unvermeidlich, da die objektiven Planziele ja eine Steigerung der Jahresproduktion um 100 Einheiten vorschreiben) investiert, kann man dadurch gezwungen werden, eine andere, noch vorteilhaftere Investition nicht vorzunehmen. Man kann sich vorstellen, daß eine solche günstigere, effizientere Investition möglich ist, wenn die 2.000, durch die in der Stromerzeugung jährlich 140 Arbeitseinheiten eingespart werden, bei Investitionen in einen anderen Zweig noch mehr Arbeit pro Jahr einsparen würden.

1.3 Effizienz der Investitionen

Man sieht also, daß das Anstreben einer maximalen Arbeitseinsparung in einem Zweig ohne weiteres im Widerspruch zur maximalen Arbeitseinsparung in der Gesamtwirtschaft stehen kann. In einer Planwirtschaft muß aber das für die Wirtschaft insgesamt und nicht nur für einen speziellen Zweig befriedigende Ergebnis angestrebt werden.

Gerade weil die Investitionsmöglichkeiten zu jedem Zeitpunkt durch die Höhe des Akkumulationsfonds beschränkt sind, ist es nicht möglich, die

Arbeitsproduktivität in jedem einzelnen Zweig auf das technisch mögliche Höchniveau voranzutreiben, ohne zu riskieren, daß man die wirtschaftlich mögliche maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität auf gesamtgesellschaftlicher Ebene verhindert. Werden nämlich in bestimmten Zweigen Varianten angestrebt, die "übertriebene" Investitionen erfordern, so müssen andere Zweige auf der Basis "zu geringer" Investitionen arbeiten, so daß man vom Standpunkt der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität Gefahr läuft, in diesen Zweigen mehr zu verlieren, als in den ersteren gewonnen werden kann.

Das wirkliche Problem besteht darin, daß in jedem Zweig die Variante oder die Varianten gewählt werden müssen, die es im Verein mit den in den anderen Zweigen angewendeten Varianten ermöglichen, die Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft auf das Maximum - unter Berücksichtigung der Größe des gesellschaftlichen Investitionsfonds - zu steigern.

Daher können wir sagen, daß die Effizienz einer Investition von ihrem Beitrag zur Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität abhängt. Wenn diese Definition allgemein akzeptiert ist, fragt es sich weiter, wie der Beitrag einer bestimmten Investition zur Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität gemessen werden kann.

Und eben über dieses Problem haben sich, besonders bei den sowjetischen Ökonomen, sehr unterschiedliche Standpunkte ausgebildet, die sich bald als bestimmte ökonomische Praktiken, bald als systematisch entwickelte theoretische Konzepte geäußert haben. (96) Es würde uns zu weit führen, jeden dieser Standpunkte oder jedes dieser Konzepte zu untersuchen. Wir wollen hier nur die wesentlichen Gedanken resümieren und versuchen zu zeigen, in welcher Richtung sich eine Lösung abzuzeichnen scheint. Es erscheint uns nämlich zu früh, eine endgültige Lösung vorzuschlagen, solange die Diskussion über dieses wichtige Thema in der Sowjetunion noch im Gange ist, in dem Land also, in dem die theoretischen und praktischen Untersuchungen dieser Frage am weitesten fortgeschritten sind.

Unter den wichtigsten Standpunkten, die unserer Meinung nach eine Untersuchung verdienen - entweder weil sie abgelehnt werden müssen oder weil sie die Grundlage für eine mögliche Lösung des Problems liefern können - werden wir den Rentabilitäts- und den Arbeitszeiteinsparungsstandpunkt sowie die Konzepte von Stroumilin, Tschernomordik und Mstislawski (97) herausgreifen.

2. Das Kriterium Rentabilität

2.1 Rentabilität und Effizienz

Angesichts der Schwierigkeiten, welche die Messung der Effizienz der In-

vestitionen bereitet, haben einige Praktiker der Wirtschaftsplanung es für möglich gehalten, als praktisches Kriterium für diese Effizienz die "Rentabilität" der Investitionen anzuwenden, indem sie so das kapitalistische Gewinnkriterium in einen neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmen transponieren - ein Kriterium, das seitdem auf die Entscheidung zwischen verschiedenen Techniken mit Ausnahme der Entscheidung, ob Produktionszweige weiterentwickelt werden sollen oder nicht, beschränkt ist.

Die Einsetzung des Rentabilitätskriteriums ließe sich aus manchen Erwägungen heraus rechtfertigen. Besonders wenn man einen "Mindestbetrag" für jede Investition fordert, wird man scheinbar die Investitionen ausklammern müssen, die im Verhältnis zu ihren Vorteilen "übertriebene" Beträge erfordern. Darüber hinaus wird man sich vergewissern, ob die von der Gesamtwirtschaft eines Produktionszweigs "vorgeschossenen", zu Investitionszwecken bestimmten Summen in einer "vernünftigen" Zeit "zurückerstattet" werden können. Eben darum haben unter den sowjetischen Praktikern, die mit der Bestimmung der vorteilhaftesten Investitionsvarianten betraut sind, die Begriffe "Ertragsnorm" und "Wiedererlangungszeit" festen Fuß gefaßt.

Um das zu veranschaulichen, greifen wir nochmals auf das Beispiel der vorigen Tabelle (S. 110) zurück. Wendet man auf die Investitionen eine bestimmte "Ertragsnorm" an, z. B. 10 % pro Jahr, so wird man die Variante nehmen müssen, mit der sich unter Berücksichtigung dieses "fiktiven Zinssatzes" die geringsten "Kosten" erzielen lassen. So erhielte man folgende Kosten pro Einheit (98):

Variante I	7,2 + 1 = 8,2
Variante II	6,6 + 2 = 8,6
Variante III	5,8 + 3 = 8,8

Als wirtschaftlich günstige Variante würde man also Variante I erhalten. Der Begriff "Wiedererlangungszeit" setzt einerseits den Preis, zu dem die Produktion verkauft wird und der im allgemeinen den realen gesellschaftlichen Kosten entspricht, und andererseits die Kosten in Geld oder den Herstellungspreis dieser Produktion als bekannt voraus. Die Kosten in Geld sind niedriger als die Kosten in Arbeit, weil die für eine Produktion aufgewendete lebendige Arbeit durch einen Lohn vergütet wird, der notwendig unter dem produzierten Wert liegen muß, damit sich ein Akkumulationsfonds bilden kann. Wenn man also annimmt, daß für die Varianten I, II und III jährlich 300, 250 und 200 Einheiten lebendiger Arbeit aufgewendet werden müssen, um eine Produktion von 100 zu erhalten, und daß diese lebendige Arbeit in Geld mit 225, 187,5 und 150 vergütet wird (99), erhält man für die Jahresproduktion folgende Kosten in Geld (100):

Variante I	645
Variante II	597,5
Variante III	530

Beträgt der Preis, zu dem diese Produktion abgesetzt werden kann, 750, so wird jährlich folgender Gewinn erzielt:

Variante I	105
Variante II	152,5
Variante III	220

Das ergibt folgende "Wiedererlangungszeiten":

Variante I	$\frac{1.000}{105} = 9,5$	Jahre
Variante II	$\frac{2.000}{152,5} = 13,2$	Jahre
Variante III	$\frac{3.000}{220} = 13,6$	Jahre

Folglich wäre auch hier Variante I diejenige, die sich am schnellsten "selbst zurückerstattet".

2.2 Kritik des Kriteriums Rentabilität

Die Anwendung des Kriteriums Rentabilität als Mittel zur Bewertung der Effizienz einer Variante hat zahlreiche, gewiß berechtigte Kritiken hervorgerufen. Wir können hier nicht alle wiederholen, sondern nur die wichtigsten davon zusammenfassen.

2.2.1 Keine objektive Basis für die Einführung einer Mindestrentabilitätsnorm

Akzeptiert man die Vorstellung, daß durch die Anwendung eines "fiktiven Zinssatzes" die im Verhältnis zu ihren Vorteilen "übertriebenen" Investitionen eliminiert werden können, so muß man sich fragen, auf welcher Rate diese Mindestrentabilitätsnorm festgelegt werden soll: auf 5 %, auf 10 % oder auf einer anderen Zahl?

Im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft hat die Existenz eines Kapital- und eines Geldmarktes automatisch die Bildung einer Profitrate und eines Zinssatzes zur Folge, auf deren Basis die Kapitalisten ihre Rentabilitätsberechnungen durchführen; eine zentral geplante sozialistische Gesellschaft kennt aber nichts Vergleichbares, und daher ist die angewendete "Rentabilitätsnorm" (oder die "Wiedererlangungszeit", die nicht überschritten werden darf) absolut willkürlich und ohne jede objektive Bedeutung. (101)

Versuche, den angewendeten Normen eine objektive Basis zu geben: Es stimmt, daß versucht wurde, solchen Normen eine objektive Basis zu geben. Genau das haben wir versucht, als wir bei der ersten Auflage dieses Buches vorschlugen, eine "mittlere Gewinnrate" (in Form eines Verhältnisses zwischen laufender und bereits realisierter Akkumulation) zu berechnen, die der sich im Rahmen des Kapitalismus spontan bildenden

analog wäre, und jedesmal, wenn zur Erzielung eines bestimmten Ergebnisses mehrere Investitionstypen in Betracht kommen, denjenigen zu wählen, durch den der niedrigste "Produktionspreis" erzielt werden kann (wobei sich dieser Produktionspreis aus dem Herstellungspreis plus einem fiktiven Zinssatz errechnet, der sich aus der Anwendung der mittleren Profitrate ergibt). Wir glaubten damals, eine objektive, die realen Produktions- und Akkumulationsbedingungen widerspiegelnde Basis für die Errechnung einer Mindestrentabilitätsnorm gefunden zu haben.

Ebenso schlugen verschiedene sowjetische Autoren vor, vom Verhältnis zwischen Akkumulation und Sozialprodukt oder zwischen Akkumulation und Nationaleinkommen ausgehend Effizienzkoeffizienten zu errechnen. (102) Auch wurde vom sowjetischen Nationalökonom Tschernomordik vorgeschlagen, bei der Entscheidung zwischen verschiedenen Varianten hilfsweise (103) einen fiktiven Zinssatz anzuwenden, der sich dadurch errechnet, daß die Steigerung der Akkumulation des laufenden Jahres mit der Summe der Investitionen des Vorjahres in ein Verhältnis gebracht wird. (104) Der Autor weist darauf hin, daß auf dieser Grundlage durchgeführte ungefähre Berechnungen für das Jahr 1932 einen "Effizienzkoeffizienten" der industriellen Investitionen von ca. 20 % und für die Jahre 1932 - 37 sogar einen noch höheren Prozentsatz ergeben haben. Indem er eben diesen fiktiven Zinssatz einerseits auf die Mehrinvestitionen für die aufwendigsten Varianten und andererseits auf die durch diese Varianten erzielten Einsparungen in den Betriebskosten anwendet, berechnet Tschernomordik die für jede Variante charakteristische "Wiedererlangungszeit"; das läßt ansonsten die Frage offen, welches die "optimale Wiedererlangungszeit" ist.

Kritik der Versuche:

Diese verschiedenen Versuche, für eine Mindestrentabilitätsnorm eine objektive Basis zu finden, scheinen uns zum Scheitern verurteilt zu sein: einerseits deshalb, weil es in einer Planwirtschaft keine "Raten" oder "Koeffizienten" oder "Fristen" mit "objektiver" Bedeutung gibt; andererseits und vor allem deshalb, weil es, wie wir im vorigen Absatz sahen, keine Beziehung zwischen der "Rentabilität" einer Investition und ihrer Effizienz vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus gibt. Alle Bemühungen, eine "objektive Rentabilitätsnorm" zu berechnen, laufen nur darauf hinaus, bestimmte auf volkswirtschaftlicher Ebene festgestellte Verhältnisse - zwischen der Höhe der laufenden Investitionen oder der laufenden Akkumulation und der vergangenen Akkumulation oder dem Nationaleinkommen oder der Steigerung der Akkumulation usw. - herauszustellen. Hier gibt es aber zwei Möglichkeiten: Entweder sind diese Verhältnisse die des laufenden Planes, und folglich ist ihre Größe von der Art der Varianten selbst bestimmt, so daß man sich im Kreis bewegt, wenn man von diesen Verhältnisse ausgehend bestimmen will, welche Variante adoptiert werden soll; oder diese Verhältnisse wurden in der Vergangenheit, im Lauf einer schon abgelaufenen Periode, registriert -

und dann sind sie einerseits das Ergebnis der früheren Anwendung von Varianten, bei denen verifiziert werden mußte, ob sie die potentiell effizientesten waren, und andererseits gehören sie einer abgelaufenen Periode, der Vergangenheit an, und nichts garantiert, daß ihnen unter den neuen Bedingungen der Gegenwart und der Zukunft die gleiche Bedeutung zukommt.

Der wichtigste Einwand gegen eine Einsetzung einer "Rentabilitätsnorm" ist jedoch, wie wir schon gesagt haben, daß diese nach willkürlichen "objektiven Gegebenheiten" festgesetzt wird, d.h. daß es zwischen der "Rentabilität" und der Effizienz einer Investition für die Gesamtwirtschaft keinen notwendigen Zusammenhang gibt.

2.2.2 Unterschiede zwischen "Rentabilität" und Effizienz

Im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft hat die Rentabilität eine sehr genaue Bedeutung: sie zeigt an, in welchem Maße ein Kapitalist sich mit Hilfe eines bestimmten investierten Kapitals den durch die Lohnarbeit gelieferten Mehrwert aneignen kann. Sie dient dem Kapitalisten als Maßstab für die "Effizienz" seines Kapitals, wobei diese Effizienz in der Befähigung eines Kapitals besteht, Profit zu erbringen. Aber diese "Effizienz" hat nichts gemeinsam mit der Effizienz einer Investition für die gesamte Volkswirtschaft.

Wenn, wie wir anfangs sagten, die Effizienz einer Investition in ihrem Beitrag zur Steigerung der Arbeitsproduktivität besteht, dann ist leicht einzusehen, daß Rentabilität und Effizienz sehr wohl divergieren können. (105) Bei einer gegebenen Variante ist nämlich der Betrag, den eine nach dieser Variante vorgenommene Investition zur Arbeitsproduktivität darstellen kann, eine feste Größe, während die Rentabilität eine von der Arbeitsproduktivität unabhängige Größe bildet.

Am Beispiel der Tabelle 1 (S. 110) stellt man fest, daß bei Variante III durch die hier erforderliche Mehrinvestition von 2.000 die Arbeitsproduktivität um 25 % gesteigert werden kann, während die für Variante II erforderliche Mehrinvestition von 1.000 nur dazu beiträgt, die Arbeitsproduktivität um wenig mehr als 9 % zu erhöhen. Es ist möglich, daß je nach den Umständen diese 25 % oder diese 9 % für ausreichend erachtet werden (auf diesen Punkt müssen wir später noch zurückkommen); aber nichtsdestoweniger handelt es sich um durch die jeweiligen Eigenschaften der verschiedenen Varianten bestimmte Größen. Ganz anders verhält es sich mit der "Rentabilität" jeder Variante.

Um mit dem Begriff "Wiedererlangungszeit" zu beginnen, wie wir ihn oben erläutert haben: Wir sahen, daß diese "Wiedererlangungszeit" bei einem Verkaufspreis von 750 für die gesamte Jahresproduktion für Variante I mit 9,5 Jahren am kürzesten und für Variante III mit 13,6 Jahren am längsten war. Dadurch erscheint Variante I als 1,6 mal "rentabler" als Variante III.

Aber wenn der Verkaufspreis nur ein wenig geringer ist, z.B. 690, kommt man zu gänzlich anderen Schlussfolgerungen. Dann fällt der mit Variante I erzielte Gewinn pro Jahr auf 45 und der mit Variante III erzielte auf 160, so daß sich für Variante I eine Wiedererlangungszeit von 22,2 Jahren, für Variante III dagegen von 18,7 Jahren ergibt. Mit anderen Worten erscheint die Variante III bei diesem neuen Preis als 1,2 mal rentabler als die Variante I.

So verändern schon geringe Preisänderungen die Rentabilitätsstruktur, die damit offensichtlich ohne Beziehung zur Effizienz der Investitionen ist, völlig. Dieser Rentabilitätsbegriff kann im übrigen nicht für Investitionen in Tätigkeitszweigen angewendet werden, die ihre Produkte oder ihre Dienstleistungen nicht zu einem bestimmten Preis verkaufen (kulturelle oder soziale Investitionen), während ein Effizienzkriterium auch für diese Zweige unerlässlich ist.

Wird die "Rentabilität" nach einem fiktiven Zinssatz berechnet, so läßt sich leicht zeigen, daß je nach dem angewendeten Satz bald die eine, bald eine andere Variante vorteilhafter erscheint: Im Beispiel von Seite 112 erschien bei einem Zinssatz von 10 % die Variante I mit einem "Kosten"punkt von 8,2 gegenüber 8,8 günstiger als die Variante III. Bei einem Zinssatz von 5,5 aber ergibt die Variante I Kosten von 7,7 und Variante III dagegen nur von 7,3. In diesem Fall wäre Variante III vorteilhafter als Variante I.

2.2.3 Schlussfolgerungen über das Kriterium Rentabilität

Alles in allem ist das Kriterium der Rentabilität einer Investition in einer Planwirtschaft keineswegs mit dem ihrer Effizienz identisch. Das Rentabilitätskriterium ist sinnvoll für den individuellen Kapitalisten, der einzig und allein den Profit im Auge hat, den er durch eine Investition erzielen kann. In der Planwirtschaft liegt ein völlig anderes Problem vor: Hier muß die "Rentabilität" auf gesamtwirtschaftlicher Ebene bestimmt werden, die den einzelnen Kapitalisten absolut nicht berührt. (106) Wie der sowjetische Hochschullehrer Stroumilin sagt, lehnt sich der Begriff einer investitionsimmanenten Rentabilität an "die falsche Vorstellung eines Eigenwachstums des Wertes der investierten Gelder" (107) an - an eine Vorstellung also, die Ausdruck der Tatsache ist, daß die Eigentümer der Produktionsmittel in einer kapitalistischen Gesellschaft die Möglichkeit haben, einen Anteil an dem durch die lebendige Arbeit geschaffenen Nationaleinkommen als ihren Profit abzuschöpfen - und diesen Anteil sehen sie aufgrund der Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft als Produkt nicht der lebendigen, sondern der toten, in den Produktionsmitteln kristallisierten Arbeit an.

Die kapitalistische Rentabilitätsberechnung ist Ausdruck der Sorge der Eigentümer an den Produktionsmitteln, sich für den Wert ihres Kapitals den größtmöglichen Anteil am Nationaleinkommen anzueignen. Das steht

in keinerlei Beziehung zu einer Berechnung, welche die Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf das höchste Niveau erreichen will. Aus diesen Bemerkungen darf man natürlich nicht schließen, daß für den Rentabilitätsbegriff in einer Planwirtschaft überhaupt kein Platz sei. Einerseits kann man nämlich nach den Worten von Tschernomordik die Effizienz der Investitionen als ihre "Rentabilität" auf volkswirtschaftlicher Ebene auffassen. Andererseits hat der Rentabilitätsbegriff auf der Ebene der verschiedenen Produktionszweige einen präzisen Sinn: Er bedeutet, daß die meisten Produktionszweige "rentabel" sein müssen, d. h. daß sie bei der Bildung des gesellschaftlichen Akkumulationsfonds - aber das ist ein Problem der Planung der Verkaufs- und der Herstellungspreise - und nicht bei der Entscheidung zwischen verschiedenen Techniken konkurrieren müssen.

Der Rentabilitätsbegriff hat auch weiterhin Bedeutung, wenn die laufende Leitung der verschiedenen Unternehmen zahlenmäßig bewertet werden soll. Aber dies liegt auf dem Gebiet der Ausführung der Pläne sowie der Kontrolle der Ausführung und nicht auf dem Gebiet der Planausarbeitung. Das auf Unternehmensebene angewendete Rentabilitätsprinzip wirft jedoch noch eine wichtige Frage auf: Inwieweit soll man ein defizitäres, d. h. unrentables Unternehmen weiterarbeiten lassen, falls das von diesem Unternehmen verzeichnete Defizit nicht auf eine schlechte Geschäftsführung zurückgeht, sondern auf technische Gründe, die so beschaffen sind, daß ihre Ausschaltung der Ersetzung des vorhandenen Unternehmens durch ein neues gleichkäme? Wir stehen hier vor einer Entscheidung zwischen zwei Varianten: Die eine stellt das vorhandene Unternehmen dar, die andere ein neues Unternehmen (108), und das Problem besteht zumindest vordergründig aus der "Unrentabilität" des vorhandenen Unternehmens. Wie soll man dieses Problem lösen? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir einerseits die Ursache für das Defizit und andererseits die Folgen der Schließung des defizitären Unternehmens und seines Ersatzes durch ein anderes Unternehmen untersuchen.

Das Defizit eines Unternehmens kann entweder von der finanziellen Situation, in der das Unternehmen arbeitet, oder von technischem Umständen (oder natürlich von einer Kombination beider Faktoren) herrühren. Die geldlichen Umstände spielen vor allem dann eine Rolle, wenn der Verkaufspreis für eine Produktion unter ihrem Wert festgesetzt wird (109); es leuchtet ein, daß das Erscheinen eines Defizits in einem solchen Fall absolut nichts mit der Effizienz des betreffenden Unternehmens zu tun hat und an sich kein Grund sein darf, das Unternehmen zu schließen und es durch ein anderes zu ersetzen. (110)

Der Einfluß technischer Umstände ist komplexer: Ihm liegt im wesentlichen die Tatsache zugrunde, daß die Arbeitsproduktivität im defizitären Unternehmen empfindlich unter der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität des Produktionszweigs, dem das Unternehmen angehört, liegt (111), so daß das betreffende Unternehmen auch dann, wenn es seine Produktion zu ihrem gesellschaftlichen Wert verkauft, seine Betriebskosten nicht

deckt und ein Defizit verzeichnet. In den am wenigsten produktiven Unternehmen erscheint ein Defizit also aufgrund einer gewissen Streuung der in den verschiedenen Unternehmen erzielten Arbeitsproduktivitäten im Vergleich zur durchschnittlichen Produktivität des Zweiges. Daraus können wir schließen:

- a) Das Auftreten eines Defizits, das von der Streuung der Produktivitäten herrührt (insofern, als diese Streuung der Produktivitäten auf technischen Gründen beruht und also bei der Planung der Herstellungs- und der Verkaufspreise vorgesehen werden konnte), beeinflusst die in dem Produktionszweig, dem das Unternehmen angehört, erzielte Akkumulation keineswegs unmittelbar negativ. Die "niedrige" Produktivität dieses Unternehmens ist nur ein anderer Aspekt der "hohen" Produktivität eines oder mehrerer anderer Unternehmen desselben Produktionszweigs, und folglich findet das "Defizit" seine Entsprechung in den höheren Gewinnen der produktivsten Unternehmen. (112) Hier erkennen wir ein Ausgleichsphänomen, das in einer vergesellschafteten Wirtschaft zum Tragen kommt, in einer auf dem Privateigentum basierenden Wirtschaft aber bedeutungslos ist.
- b) Das Auftreten eines Defizits ist an sich kein ausreichender Grund, das betreffende Unternehmen zu schließen und durch ein anderes zu ersetzen. (113) Ein entscheidender Grund kann die Streuung der Produktivitäten, nicht aber das Auftreten eines Defizits sein. Diese Unterscheidung ist nicht nur formal: Sie bedeutet, daß es unter bestimmten Umständen wirtschaftlich nicht gerechtfertigt wäre, das defizitäre Unternehmen zu schließen, während unter anderen Umständen die Schließung auch eines "mit Gewinn arbeitenden" Unternehmens, dessen Produktivität weit unter dem Durchschnitt liegt, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus berechtigt sein kann.

Grundsätzlich kann man sagen, daß die Schließung und Ersetzung eines Unternehmens nicht aufgrund einer formalen und mechanischen Regel erfolgen darf (114), sondern nur insofern, als Schließung und Ersetzung eine bestimmte Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität gewährleisten. In einem späteren Absatz werden wir sehen, wie diese Messung konkret stattfinden kann. (115)

Alles in allem aber kann die Rentabilität nicht als Kriterium für die Wahl zwischen verschiedenen Investitionsvarianten gelten, da sich diese Entscheidung auf den mehr oder weniger großen Beitrag der Investitionen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität stützen muß. Anders scheint es sich mit dem Begriff der Einsparungsrate zu verhalten, den wir nun untersuchen werden und der eines der Elemente bildet, die zur Entscheidung zwischen mehreren Investitionsvarianten herangezogen werden müssen.

3. Das Kriterium der Einsparungsrate

3.1 Definition

Die Einsparungsrate ist das Verhältnis zwischen der durch eine Investition erzielten Arbeitszeiteinsparung und der Höhe dieser Investition. Grundsätzlich läßt sich damit der Beitrag dieser Investition zur Steigerung der Arbeitsproduktivität messen - in welchem Ausmaß, das werden wir jetzt zu zeigen versuchen. Dazu müssen wir zuerst unsere Definition mit Hilfe einiger Zahlenbeispiele veranschaulichen. (116) Nehmen wir wieder die Zahlen der Tabelle 1 (S.110), so sehen wir, daß die für Variante II im Vergleich zu Variante I erforderliche Mehrinvestition von 1.000 eine Einsparung von 60 Arbeitseinheiten pro Jahr gestattet. Wir können also sagen, daß die durch Anwendung der Variante II erzielte Einsparungsrate 60 pro 1.000 oder 6 % beträgt. Durch Variante III wiederum werden im Vergleich zu Variante I jährlich 140 Arbeitseinheiten bei einer Mehrinvestition von 2.000 eingespart; das ist eine Einsparungsrate von 7 %. (117) Wenn wir darüber hinaus die Effizienz einer Variante IV zu beurteilen hätten, die zur Erzielung von 550 jährlichen Kosten eine Investition von 4.000 erfordert, so könnten wir sagen, daß aus dieser Variante im Vergleich zu Variante I eine Einsparungsrate von 170 zu 3.000 oder von 5,66 % resultiert. Unter diesen Bedingungen liefert Variante III die höchste Einsparungsrate, gefolgt von den Varianten II und IV.

Welche Schlußfolgerungen können wir nun aus der Berücksichtigung dieser Einsparungsraten in bezug auf die Effizienz der verschiedenen Varianten ziehen?

Noch recht beschränkte. Und zwar aus mehreren Gründen; die wichtigsten sind:

- a) Eine gültige Entscheidung kann nur unter Berücksichtigung des gesellschaftlich für Investitionen verfügbaren Betrags einerseits und der in den verschiedenen Wirtschaftszweigen möglichen Einsparungsraten andererseits getroffen werden.
- b) Die Einsparungsraten haben nur dann wirkliche Bedeutung, wenn bei ihrer Berechnung die Bewegung der Arbeitsproduktivität in der Zeit berücksichtigt wird.
- c) Die Effizienz der Investitionen auf volkswirtschaftlicher Ebene läßt sich nur dann berechnen, wenn weder von der mehr oder weniger langen Zeit, die zwischen dem Investitionszeitpunkt und dem Augenblick der Inbetriebnahme vergeht (Bauzeit), noch von der mehr oder weniger langen Dauer abstrahiert wird, während der die in ein Unternehmen investierten Mittel dort stillliegen. Dieses letztere Problem ist besonders komplex; denn es ist immanent mit dem Begriff der Stilllegungs- oder Amortisationsdauer, der Veralterung bestimmter Techniken, der technischen und

ökonomischen Mobilität der verschiedenen Produktionsmittel verknüpft. d) Bei der Bewertung der Effizienz bestimmter Varianten muß man auch die mehr oder weniger hohen indirekten Investitionen berücksichtigen, die mit der einen oder anderen Variante zusammenhängen.

Diese Andeutungen zeigen, wie komplex das Problem ist, das wir gerade untersuchen. Wir können jedem der eben aufgeführten Punkte nur beschränkte Ausführungen widmen, die vor allem die wichtigsten Aspekte des zur Diskussion stehenden Problems und die Methoden, von denen man sich eine Lösung erwarten kann, erläutern sollen. Dagegen wollen diese Ausführungen, wie schon zu Beginn des Kapitels gesagt wurde, keine fertige Antwort auf eine Frage liefern, die noch Gegenstand wichtiger Untersuchungen ist.

3.2 Die untergeordnete Stellung der Einsparungsrate

Um gleichzeitig die Bedeutung der Einsparungsraten und den untergeordneten Stellenwert zu verstehen, den sie bei der Beurteilung der volkswirtschaftlichen Effizienz der verschiedenen technischen Varianten einnehmen - und zwar unabhängig von den möglichen Verfeinerungen bei der Berechnung dieser Raten (118) - müssen wir uns daran erinnern, daß die Entscheidung zwischen verschiedenen technischen Varianten in letzter Instanz vom Prinzip der maximalen Einsparung gesellschaftlicher Arbeit bestimmt werden muß.

Das bedeutet in der Praxis, daß man zur Bestimmung der Effizienz einer Variante die allgemeinen Investitionsmöglichkeiten (119) ebenso berücksichtigen muß wie die Einsparungsraten, die in den verschiedenen Bereichen erzielt werden können.

Folglich wäre es nicht gerechtfertigt, systematisch diejenigen technischen Varianten aufzugreifen, aus denen die höchsten Einsparungsraten resultieren; denn dadurch würde man sehr oft eine Verschwendung gesellschaftlicher Arbeit riskieren.

Nehmen wir noch einmal das Zahlenbeispiel von Seite 110: Die Suche nach der maximalen Einsparungsrate würde zur Anwendung von Variante III führen, die für die erwünschte Produktion einen jährlichen Gesamtarbeitsaufwand von 580 erfordert; dagegen würde man nicht Variante IV wählen (S.119), aus der die geringste Einsparungsrate, nämlich 5,66 % (gegenüber 7 % bei Variante III), hervorgeht. Dennoch kann diese Entscheidung, vom obersten Grundsatz der Arbeitseinsparung her gesehen, nicht gerechtfertigt sein.

Verfügt man nämlich über die zur Einsetzung von Variante IV erforderlichen 4.000 (und das darf nicht nur heißen, daß sich der Fonds zur Finanzierung der erweiterten Reproduktion auf eine größere Summe beläuft, als zur Einsetzung der produktivsten Variante erforderlich ist, sondern es muß auch und vor allem heißen, daß es auf gesellschaftlicher Ebene keine produktivere Verwendung für den Investitionsfonds gibt) und lehnt man

es trotzdem ab, diese Variante zu nehmen, so führt das zu einer jährlichen Vergeudung von $580 - 550 = 30$ Arbeitseinheiten. Es leuchtet ein, daß die Wiederholung einer analogen Vergeudung bei den Tausenden jährlich vorgenommenen Investitionen in einen echten Verlust gesellschaftlicher Arbeit münden würde.

Das bedeutet, daß man die Einsparungsraten nur zu Vergleichszwecken benutzen kann, und zwar nicht im engen Rahmen eines einzelnen Produktionszweigs, sondern im gesamtwirtschaftlichen Rahmen. Durch die vergleichende Anwendung der Einsparungsraten läßt sich prüfen, ob die Mittel, die für die Anwendung einer anscheinend besonders effizienten Variante in einem Zweig benötigt werden, bei Investition in einen anderen Zweig nicht einen noch größeren Beitrag zur Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität leisten würden.

Kann man beispielsweise durch die Konzentration der großen Investitionen auf einen bestimmten Zweig eine Einsparungsrate von 20 % erzielen, so ist es angebracht, die Investitionen in den Zweigen, in denen das nicht möglich ist, weitestgehend einzuschränken (unter Einhaltung der vorgeschriebenen Produktionsziele!), indem man zuerst denjenigen Zweigen die Investition streicht, welche die geringsten Einsparungsraten erbringen. So kann es in dem Zweig, in dem man vor der Entscheidung zwischen den Varianten I bis IV steht, angebracht sein, nur 1.000 (Variante I) statt 4.000 (Variante IV) zu investieren; denn dadurch opfert man eine Einsparungsrate von 5,66 %, um (wenn die so "freigesetzte" Summe zusammen mit den in anderen Zweigen "freigesetzten" Summen dazu ausreicht) eine Einsparungsrate von 20 % zu erzielen. Und wenn in einem bestimmten Zweig eine mögliche Investition nur eine Einsparungsrate von 4 % erbringen würde, müßte man eher diese Investition opfern (wenn dadurch eine ausreichende Summe freigesetzt werden könnte, ohne den vorgegebenen Zielen der Produktion zu schaden) als die Variante, die eine Einsparungsrate von 5,66 % garantiert.

Unter diesem Gesichtspunkt kann man die allgemeine Regel folgendermaßen formulieren: Grundsätzlich müssen die produktivsten Varianten angewendet werden (d.h. diejenigen, aus denen der geringste laufende Aufwand an lebendiger und kristallisierter Arbeit resultiert); aber immer wenn die verfügbaren Investitionsmittel nicht ausreichen, um diese Varianten gleichzeitig durchzuführen, müssen zuerst die Varianten entfallen, die die geringsten Einsparungsraten erbringen (im Verhältnis zu den vom Standpunkt der Produktivität aus unmittelbar davorstehenden Varianten). (120)

Natürlich kann diese vergleichende Benutzung der Einsparungsrate nicht auf der Ebene jedes einzelnen Zweiges stattfinden; diese Rate kann nur von einem Zentralorgan benutzt werden, das über alle für die Volkswirtschaft bedeutsamen Fakten verfügt. Dieses Organ muß notwendigerweise das zentrale Planungsorgan sein. (121)

Es mag scheinen, daß die Durchführung der obengenannten Rechnungen und Vergleiche eine erdrückende Arbeitssumme bildet. Das hieße die Sa-

che vereinfachen.

Die Frage ist (auch hier) nur, ob es sich lohnt, diese Arbeitssumme aufzuwenden oder nicht - d.h. ob dadurch mehr Arbeit eingespart werden kann, als sie selbst darstellt.

In den Untersuchungs- und Forschungsbüros weiß man wohl, daß es Zeit braucht, um die Berechnungen sehr weit zu treiben, bevor man eine Fabrikation in Gang setzt, die beträchtliche Investitionen absorbieren wird. Aber man weiß auch, daß bei bestimmten Details die aus einer zusätzlichen Forschung resultierende Arbeitseinsparung nicht die Mühe dieser Forschung aufwiegen würde.

Auch in bezug auf die Entscheidungen zwischen unterschiedlichen Varianten und verschiedenen Zweigen ist es klar, daß diese Entscheidungen nur dann Gegenstand langwieriger und mühsamer Forschungen sein dürfen, wenn sie größere Mengen gesellschaftlicher Arbeit betreffen und wahrscheinlich in größere Einsparungen münden werden; das schließt eine große Zahl von Projekten oder Varianten, die geringe Summen betreffen, von der zentralen Untersuchung aus. Die Entscheidung zwischen diesen Varianten kann auf Branchenebene auf der Grundlage vereinfachter Kriterien getroffen werden, z.B. indem man eine Mindesteinsparungsrate festsetzt, die nicht unterschritten werden darf.

Die Berechnungen selbst können beträchtlich abgekürzt werden, wenn eine bestimmte Anzahl von Koeffizienten, welche die Kosten der wichtigsten Maschinen und die dadurch ermöglichten Arbeitszeiteinsparungen ausdrücken, von den Unternehmen, die diese Maschinen bauen oder liefern müßten, im voraus errechnet und den Unternehmen und Organisationen, die dafür optieren, mitgeteilt werden. (122)

Schließlich muß betont werden, daß die Zahl der Varianten, zwischen denen man in der Praxis wählen kann, viel geringer ist, als man sich vom theoretischen Standpunkt aus vorstellt. Eine ganze Reihe von Varianten muß nämlich aus Gründen, die von der Berücksichtigung der Einsparungsraten unabhängig sind, ausscheiden. Dazu zählen diejenigen, welche im Verhältnis zu den vom Plan (aufgrund der Dringlichkeit bestimmter Bedürfnisse oder der gegenseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Produktionen) vorgeschriebenen Fristen eine zu lange Aufstellungszeit erfordern; diejenigen, die nur für ein Produktionsvolumen nutzbringend arbeiten können, das zu weit vom benötigten entfernt ist; diejenigen, deren Einsatz sich mit irgendeinem Engpaß stoßen würde; diejenigen, die aus politischen oder gesellschaftlichen Gründen ausscheiden, usw.

Auch ist für jeden Planungszeitraum die Zahl der Varianten, die bedeutend genug sind, die alle konkreten Eigenschaften für ihre Ausführung haben und bei denen man zögert, bevor man sich für eine entscheidet, gewiß ziemlich beschränkt.

Wir werden jedoch sehen, daß einerseits die Berücksichtigung der ganzen unterschiedlichen Elemente die Entscheidungen nicht immer erleichtern muß und daß andererseits bestimmte Berechnungsmethoden vorgeschlagen wurde, die, wenn sie wirklich aussagekräftige Bewertungen ge-

statten, die Lösung der untersuchten Probleme beträchtlich erleichtern würden.

Im vorhergehenden haben wir zu zeigen versucht, wie sich das Problem der Effizienz der Investitionen in einer sozialistischen Planwirtschaft schon ihrer Natur nach von dem Problem der kapitalistischen Rentabilität unterscheidet und wie man einen neuen Begriff auftauchen sieht: den der "Rentabilität" auf volkswirtschaftlicher Ebene, der nicht nach den erzielten Profiten, den akkumulierten Tauschwerten, sondern nach den unter den wirtschaftlichsten Bedingungen produzierten Gebrauchswerten bemessen wird.

Jedoch war die obige Analyse der aufgeworfenen Fragen aus Gründen der klareren Darbietung vereinfacht. Unsere Erörterungen taten so, als entwickelte sich die Technik im Lauf der Zeit nicht weiter oder als könnte man diese Entwicklung nicht voraussehen (was in einer Planwirtschaft nicht stimmt) und als könnte oder müßte man folglich bei der Entscheidung zwischen mehreren Varianten davon abstrahieren. Das stimmt natürlich nicht mit der Wirklichkeit überein. In Wirklichkeit entwickelt sich die Technik weiter, verändert sich die Arbeitsproduktivität, und das ist ein Faktor, den man bei der Bewertung der Effizienz einer Investition auf volkswirtschaftlicher Ebene berücksichtigen muß. So erklärte J. Stalin 1933: "Die Rentabilität darf nicht vom kaufmännischen Standpunkt des Ladenbesitzers, vom Standpunkt des jeweiligen Augenblicks her gesehen werden. Die Rentabilität muß vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft in der Perspektive mehrerer Jahre gesehen werden." (123) Genau darum müssen wir uns nun ansehen, wie es möglich ist, in die Wirtschaftsrechnung "die Perspektive mehrerer Jahre" einzuführen.

4. Die Bewegung der Arbeitsproduktivität

Die Berücksichtigung nicht nur der vorliegenden, sondern auch der künftigen Fakten ist eine unerläßliche Aufgabe der Wirtschaftsrechnung, die aber vielfältige Schwierigkeiten bereitet.

Diese Schwierigkeiten liegen nicht so sehr auf dem ungewissen Charakter jeder Vorhersage - denn in einer Planwirtschaft verschwinden die Unsicherheitsfaktoren zwar nicht, aber sie sind auf ein Mindestmaß eingeschränkt - als auf der Unterschiedlichkeit der Fragen, die man beantworten muß, wenn man sich auf eine mehrjährige Perspektive einstellt. Einige dieser Fragen beziehen sich auf das Verwertungstempo der natürlichen Reichtümer; sie werden wir im nächsten Kapitel untersuchen. Andere betreffen die relativen Bewegungen der Kosten in der Zeit, die mehr oder minder rasche Veralterung, die bestimmte Investitionen zu treffen droht, und den "Verlust", der daraus der Wirtschaft entsteht, den künftigen Betrag der zur Akkumulation verfügbaren Mittel usw.

Im vorliegenden Kapitel wollen wir versuchen, so kurz wie möglich die Art und Weise darzustellen, in der die beiden ersten obengenannten Fra-

gen (124) sich unserer Meinung nach im gegenwärtigen Stand der diesbezüglichen Diskussion präsentieren. Unser Ausgangspunkt sind die Auffassungen, die Stroumilin in seinem Artikel "Der Zeitfaktor in der Planung der Grundinvestitionen" (125) entwickelt hat. Wir sind ansonsten weit davon entfernt, alle Ansichten des Autors in diesem Artikel zu teilen (126); aber Stroumilin hat das Verdienst, herausgestellt zu haben, woraus die beiden wichtigsten Aspekte des untersuchten Problems bestehen, nämlich die Bewegung der Kosten und die Veralterung der Ausrüstung.

4.1 Kostenbewegung

Im vorhergehenden Abschnitt haben wir unsere Überlegungen über die Grundlage der Arbeitskosten des "ersten Jahres" des Einsatzes der verschiedenen Varianten entwickelt und dabei einen gewissen Begriff von der Arbeitseinsparungsrate erhalten.

Die Kosten in Arbeit für die verschiedenen Varianten entwickeln sich aber zwangsläufig im Lauf der Zeit weiter, und zwar für die einzelnen Varianten unterschiedlich, was deren jeweilige Effizienz in einer mehrjährigen Perspektive modifizieren kann.

Erfahrungsgemäß wächst in einer fortschreitenden Wirtschaft die Arbeitsproduktivität mit der Zeit (127); aber die verschiedenen Varianten können nicht alle in gleichem Maße von den Fortschritten der Arbeitsproduktivität - die auch zwischen den Produktionszweigen schwanken - profitieren.

Bekanntlich liegt, allgemein gesprochen, der zur Erzielung einer bestimmten Produktion erforderliche Arbeitsaufwand in dreierlei Form vor:

- a) Als Amortisation der ursprünglichen Investition: Die Höhe dieser Amortisation pro Produkteinheit hängt ab von dem in diese Investition eingegangenen Arbeitsaufwand (der ein- für allemal festliegt, der sich nicht im Lauf der Zeit verändert und der damit nicht von den späteren Fortschritten der Arbeitsproduktivität profitieren kann) (128), von der Zahl der Jahre, in denen diese Investition gebracht werden kann, (129) und von der Zahl der Produkteinheiten, die dank dieser Investition jedes Jahr geliefert werden. Der Arbeitsaufwand, der dieser Amortisation entspricht, liegt ein- für allemal fest und kann sich nicht mit dem Fortschreiten der Arbeitsproduktivität ändern. (137)
- b) Als in die Grundstoffe, Treibstoffe, Hilfsstoffe, Werkzeuge usw., die für die laufende Produktion und für die Instandhaltung der ursprünglichen Ausrüstung benötigt werden, eingegangene Arbeit; die Arbeitsmenge, die diesen verschiedenen Aufwendungen entspricht, nimmt in dem Maße ab, wie die Arbeitsproduktivität zunimmt.
- c) Als lebendige, unmittelbar im Produktionsprozeß aufgewendete Arbeit, um die materiellen Produktionsmittel, die der ursprünglichen Investition entsprechen, in Gang zu bringen (unter dieser Rubrik muß auch die zur lau-

fenden Instandhaltung des Produktionsapparates aufgewendete lebendige Arbeit aufgeführt werden); diese Art des Arbeitsaufwands für die Produktionseinheit bleibt die gleiche, solange die gewählte Investitionsvariante unverändert bleibt; sie bildet eines der Kennzeichen dieser Variante. (131) Von diesen Unterscheidungen ausgehend sehen wir, daß das Verhältnis zwischen den Arbeitsaufwendungen, die von den verschiedenen Varianten im Lauf des "ersten Jahres" erfordert werden, nur sehr unvollständig das Verhältnis zwischen den Aufwendungen wiedergibt, wie es sich aus dem Einsatz dieser Varianten während der ganzen Zeit, in denen sie gebraucht werden, ergeben würde.

Allgemein gesehen weisen die Varianten, in denen der Arbeitsaufwand proportional zum Fortschreiten der Zeit gesenkt werden kann, gegenüber den übrigen Varianten eine Überlegenheit auf, die nicht aus einer sich auf das "erste Jahr" beschränkenden Berechnung herrührt und die berücksichtigt werden muß.

Um zu verdeutlichen, wie die Berücksichtigung der Entwicklung des Arbeitsaufwands in der Zeit die für eine Investition charakteristische Einsparungsrate verändern kann, wollen wir ein Zahlenbeispiel nehmen. Die Varianten III und IV sollen für das "erste Jahr" folgende Kennzeichen haben:

Var.	Höhe d. Invest.	Gebrauchsdauer (Jahre)	Jährliche Kosten (in Arbeitseinh.)			Zahl d. prod. Einh.
			Gebrauch	Andere Kosten	Gesamt	
III	3.000	30	100	480	580	100
IV	4.000	30	133	417	550	100

Auf dieser Basis erbringt Variante IV eine geringere Einsparungsrate als Variante III, nämlich 3 % und riskiert dadurch, in zahlreichen Fällen aus-
geschieden zu werden.

Völlig anders kann sich die Situation zeigen, wenn man den Einfluß der Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf bestimmte Kostenelemente mit berücksichtigt. Man wird dann bei den übrigen Aufwendungen außer der Amortisation unterscheiden zwischen solchen, die "nicht variabel" sind (d.h. von der Produktivitätsentwicklung nicht beeinflußt werden), und solchen, die "variabel" sind. Zum Beispiel können in Variante III die 480 aus 400 "nicht variablen" und 80 "variablen" bestehen, während sich in Variante IV die 417 in 100 "nicht variable" und 317 "variable" aufgliedern würden.

Darüber hinaus kann das mittlere Progressionstempo der Produktivität,

von dem die beiden Varianten profitieren, verschieden sein (z.B. wenn eine Variante hauptsächlich Produkte aus Industrien verwendet, für die eine rasche technische Entwicklung vorgesehen ist, während die andere Produkte aus Industrien verwendet, in denen die technische Weiterentwicklung langsamer vonstatten gehen wird).

Wenn wir für die Senkung der "variablen" Aufwendungen der Variante III eine mittlere Geschwindigkeit von 3% und für die Senkung der "variablen" Aufwendungen der Variante IV von 6% annehmen, erhalten wir für die gesamte Gebrauchsdauer jeder Variante folgende Gesamt-Arbeitsaufwendungen:

Var.	Invest.- Aufwand	"nicht var." Kosten (132)	"var." Kosten (133)	Gesamt-Arbeitsaufwand
III	3.000	12.000	740	15.740
IV	4.000	3.000	2.630	9.630

Hier zeigt sich, daß die Variante IV bei einer Mehrinvestition von 1.000 eine Einsparung von 6.110 Arbeitseinheiten erlaubt. Da diese Einsparung in 30 Jahren erzielt wird, entspricht sie einer mittleren jährlichen Einsparung von 200, d.h. der hohen Einsparungsrate von 20% (während das erste Jahr nur die niedrigste Rate von 3% erbringen würde).

Es leuchtet ein, daß unser Beispiel eine sehr viel größere Differenz zwischen der Einsparungsrate des ersten Jahres und der Gesamteinsparungsrate ergibt, wenn die Gebrauchsdauer sehr lang (30 Jahre) ist. Wir haben ein solches Beispiel aus Gründen der klareren Beweisführung gewählt. In der Praxis wird es im allgemeinen schwierig sein, solide Prognosen über die Bewegung der Produktivität über einen Zeitraum von 5 - 15 Jahren hinaus zu erstellen. Aber der Beschränkung der Berechnungen auf die ersten 5 oder 10 Jahre steht nichts im Weg, und diese Berechnungen werden gewiß aussagekräftiger sein als die, die sich nur auf ein erstes Jahr beziehen.

Es muß angemerkt werden, daß auch die Annahme, beide Varianten hätten die gleiche Gebrauchsdauer, aus Gründen der vereinfachten Argumentation erfolgte. Wenn die Aufbrauchzeiten verschieden sind, muß man entweder die Gesamtaufwendungen auf eine Jahresbasis zurückrechnen oder die Berechnungen auf eine gemeinsame Gebrauchsdauer beziehen, die kürzer als die Gesamt-Gebrauchsdauer ist.

In den vorigen Ausführungen haben wir die jeder Variante eigene Gebrauchsdauer als gegeben angenommen. Dieser Zeitraum liegt aber nur dann fest, wenn er mit der materiellen Abnutzung (die sich technisch vorhersehen läßt) zusammenfällt; in zahlreichen Fällen aber wird eine Investition bereits veraltet sein, bevor sie durch Gebrauch abgenutzt ist. Daher müssen wir nun das Problem der Veralterung der Ausrüstung untersuchen, die

sich aus dem Fortschreiten der Produktivität ergibt.

4.2 Problem der Veraltung der Ausrüstung

Das Problem der Veraltung kann unter zwei Aspekten untersucht werden: unter dem der bereits bestehenden Veraltung und unter dem der vorhergesehenen Veraltung. Zuerst muß natürlich präzisiert werden, unter welchen Bedingungen eine Ausrüstung als bereits veraltet gelten kann, bevor bestimmt werden kann, unter welchen Bedingungen die künftige Veraltung einer Ausrüstung vorauszusehen ist.

4.2.1 Bereits veraltete Ausrüstung

Das Problem, ob eine bestimmte Ausrüstung oder ein bestimmtes Unternehmen bereits veraltet ist, zu untersuchen, heißt nichts anderes, als folgende Frage unter ihrem allgemeinsten Gesichtspunkt zu untersuchen: Von welchem Augenblick an empfiehlt es sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt, ein bestehendes Unternehmen zu schließen und durch ein Unternehmen mit besserer Ausrüstung zu ersetzen? Wir haben dieses Problem bereits bei der Behandlung des Rentabilitätskriteriums behandelt. Dabei sahen wir, daß die Tatsache, daß ein Unternehmen nicht rentabel arbeitet, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus kein Kriterium für die Veraltung dieses Unternehmens sein kann, sondern nur Ausdruck der Tatsache ist, daß die Produktivitäten unter den verschiedenen Unternehmen, die das gleiche Produkt liefern, so gestreut sind, daß die Unternehmen (oder das Unternehmen), die am Ende der Produktivitätsskala stehen, ihre Kosten in Geld nicht mehr durch den Verkauf ihrer Produktion zum gesellschaftlichen Wert decken können.

Wie wir sagten, führt eben diese Streuung der Produktivitäten zur Veraltung der Ausrüstungen, die nur die geringsten Produktivitäten liefern können, und zwar auch dann, wenn diese Aufteilung unter bestimmten Bedingungen nicht dazu führt, daß in der Buchführung der Unternehmen ein Defizit erscheint. (134)

Entscheidend ist, daß bei einer gegebenen Streuung der Produktivitäten die Schließung und Ersetzung der Unternehmen mit der schwächsten Produktivität eine der effizientesten Verwendungsmöglichkeiten des Akkumulations- und Erneuerungsfonds darstellen kann. Dies kann im übrigen seinerseits zur Vermehrung des Akkumulationsfonds führen - nicht indem zusätzliche Gewinne erzielt werden, sondern durch die Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität, wodurch nach einer gewissen Zeit mehr Produkte erzeugt werden können.

Unter welchen Bedingungen führt die Streuung der Produktivitäten zur Veraltung bestimmter Ausrüstungen?

Wir wollen nun untersuchen, unter welchen Bedingungen eine bestimmte

Streuung der Produktivitäten als bestimmender Faktor für die Veraltung einer Ausrüstung angesehen werden kann. Wie es scheint, sind dazu zwei Voraussetzungen erforderlich:

a) Es muß **technisch** möglich sein, die von dem Unternehmen mit niedrigem Ertrag gelieferte Produktion durch die Produktion eines neuen Unternehmens (das im übrigen geographisch wie juristisch das alte, aber renovierte Unternehmen sein kann) zu ersetzen, in dem die Arbeit produktiver wäre. (135)

Diese Bedingung kann nicht immer erfüllt werden. So haben beispielsweise im Steinkohlenbergbau bestimmte Minen einen sehr kleinen Ertrag, andere dagegen einen viel größeren, so daß die Streuung der Produktivitäten beträchtlich sein kann. (136) Wenn es jedoch technisch unmöglich ist, neue ertragreiche Minen zu öffnen oder die Produktion der ertragreichen Minen noch zu steigern, ist die Produktion der Minen, deren Arbeit nicht so produktiv ist, technisch nicht zu ersetzen; diese Minen müssen solange weiter in Dienst bleiben, wie dies zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs erforderlich ist. (137)

b) Es muß **wirtschaftlich vorteilhaft** sein, die Produktion der Unternehmen mit niedrigem Ertrag durch die Produktion von Unternehmen mit höherem Ertrag zu ersetzen. Aber wann kann man annehmen, daß das der Fall ist?

Auf diese Frage scheint folgende Antwort möglich: Es ist der Fall, wenn das Verhältnis zwischen der so erzielten Arbeitseinsparung und der Höhe der dazu erforderlichen Investition hoch genug ist, d.h. wenn die so erhaltene Einsparungsrate ausreichend ist (wobei, wie wir gesagt haben, die Einsparungsraten, die anderswo erzielt werden können, und die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel berücksichtigt werden müssen).

Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, kann man sagen, daß eine Ausrüstung dann veraltet ist, wenn ihr Ersatz durch eine Ausrüstung, die einen besseren Ertrag bringt, vorteilhaft ist.

Besonderer Charakter des Problems:

Eine der Besonderheiten des vorliegenden Problems besteht darin, daß die sofortige Beendigung der Verwendung einer alten Ausrüstung, die von der technischen Seite noch einige Zeit arbeiten könnte, als Verlust für die Volkswirtschaft erscheinen kann. Jedoch muß gesagt werden, daß dieser Verlust, wenn er wirklich existiert, seine Ursache nicht im aktuellen Aufgeben der Ausrüstung hat, sondern in der ehemaligen Entscheidung, eine Investition vorzunehmen, die zu rasch veraltete. (138)

Außerdem: Wenn die Abschaffung der veralteten Ausrüstung als wirtschaftlich vorteilhaft erscheint, so deshalb, weil der Verlust, der aus dieser Abschaffung entsteht, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus niedriger ist als der Verlust, der durch die Anwendung einer veralteten Ausrüstung entstände. Eben das muß die Wirtschaftsrechnung ergeben. Berechnung der Arbeitseinsparung aus dem Ersatz einer veralteten Ausrüstung:

Erstens errechnet man die Kosten für die mit der alten Ausrüstung noch mögliche Produktion auf der Basis der Betriebskosten, d.h. indem man die Amortisationslast der Ausrüstung, die abgeschafft würde, eliminiert. Zur Veranschaulichung: Die im Lauf der nächsten drei Jahre erhaltene Produktion soll 1.800 Arbeitseinheiten kosten, in denen die für diese Produktion aufgewendete lebendige Arbeit sowie die in die für die Produktion ebenfalls benötigten Grundstoffe, Treibstoffe usw. eingegangene Arbeit enthalten sind.

Zweitens errechnet man, wieviel im gleichen Zeitraum - und diesmal einschließlich der Amortisation - die gleiche Produktion mit einer neuen, effizienteren Ausrüstung kosten würde.

Nur wenn die Zahl der in diesem Fall aufgewendeten Arbeitseinheiten niedriger ist als die der mit der alten Ausrüstung aufgewendeten, kann der Ersatz der Ausrüstung möglicherweise Vorteile bringen.

Wir nehmen an, daß diese Zahl 1.200 beträgt.

Drittens bestimmt man die Kosten der Ersatz-ausrüstung in Arbeitseinheiten und errechnet aus diesen drei Daten die Einsparungsrate, die aus dem Ersatz der alten durch die neue Ausrüstung entsteht.

Wenn wir die vorigen Zahlen betrachten und annehmen, daß die Kosten für die neue Ausrüstung 2.000 Arbeitseinheiten betragen, sehen wir, daß durch die Investition dieser 2.000 Arbeitseinheiten innerhalb von drei Jahren eine Arbeitseinsparung von 600, d.h. im Durchschnitt von 200 pro Jahr, erzielt werden kann, woraus sich eine Einsparungsrate von 10% ergibt; diese Rate muß mit den durch andere Investitionen möglichen Einsparungsraten verglichen werden. Wenn in den Grenzen der für Investitionen verfügbaren Mittel der Ersatz der alten Ausrüstung als wirtschaftlich vorteilhaft erscheint, kann man diese für veraltet ansehen.

Diese Darlegung beruht auf einer absichtlich vereinfachten Annahme.

Wir wollen rasch einige wichtige Elemente andeuten, die möglicherweise zu berücksichtigen sind:

- a) Die vorhandene Ausrüstung kann nur teilweise abgeschafft werden. In diesem Fall eliminiert man in der ersten Rechnung nur die Amortisationslast für den Teil der Ausrüstung, der eventuell aufgegeben werden muß.
- b) Die Ausrüstung, die aus der Produktion, für die sie ursprünglich bestimmt war, ausgeschieden werden mußte, muß deshalb nicht verlorengehen. Sie kann beispielsweise im Rahmen einer anderen Produktion nutzvoll eingesetzt werden und stellt dadurch eine gewisse Investitionseinsparung dar (z.B. kann ein Teil der in den Bergwerken aufgrund der Mechanisierung der Arbeit nutzlos gewordenen Ausrüstung noch eine Zeitlang in Steinbrüchen verwendet werden).

In diesem Fall muß man von den Kosten der neuen Investition die Kosten derjenigen Investitionen abziehen, die durch sie und durch die Tatsache der Freisetzung eines Teils der alten Ausrüstung (139) anderswo eingespart werden. Das bedeutet, daß die Kosten der neuen Investition netto und nicht brutto errechnet werden müssen. Wenn im vorigen Bei-

spiel die durch die Investition von 2.000 "freigesetzte" Ausrüstung anderswo die Einsparung einer Investition von 1.000 ermöglicht, betragen die Nettokosten der Investition 1.000, und die Einsparungsrate beträgt 20% und nicht 10%.

c) Wegen der Bewegung der Produktivität in der Zeit können die in einer bestimmten Periode durch eine Neuinvestition erzielten Einsparungen von einem Jahr zum andern differieren. Das kann oft eintreten; in diesem Fall muß die durch die Erneuerung der vorhandenen Ausrüstung mögliche Arbeitseinsparung für jedes Jahr einzeln errechnet werden. Dabei stellt man möglicherweise fest, daß es unter Berücksichtigung der vorauszu sehenden Produktivitätsentwicklung in den verschiedenen Zweigen, welche die Rohstoffe, Treibstoffe usw. liefern müssen, angebracht wäre, die Erneuerung der betreffenden Ausrüstung erst von dem Augenblick an vorzunehmen, in dem der wirtschaftliche Vorteil wirklich groß genug wird. (140)

Natürlich muß auch untersucht werden, ob die Kostenentwicklung mit der Zeit bei sofortiger oder späterer Erneuerung die gleiche ist. Darüber hinaus muß man die Entwicklung der Kosten für die Investition selbst berücksichtigen. Wenn beispielsweise die Ausrüstung, die heute 2.000 Arbeitseinheiten repräsentiert, ein Jahr später, nach der Eröffnung einer neuen Fabrik, für nur 1.000 geliefert werden kann, mag es angebracht erscheinen, die alte Ausrüstung erst nach einem Jahr zu erneuern (aber dieser Schluß trifft nicht für alle Fälle zu; insbesondere muß man die Tatsache berücksichtigen, daß infolge der Senkung der Kosten für eine Ausrüstung eine ganze Reihe von Einsparungsraten steigen werden; auch muß in Rechnung gestellt werden, daß die Investitionseinsparung, die durch den Einsatz der alten Ausrüstung in einem neuen Werk gebildet wird, gleichzeitig mit dem Altern dieser Ausrüstung und mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Produktionsmittelindustrie abnimmt, so daß im allgemeinen die Netto-Investitionskosten weniger rasch sinken als die Bruttokosten).

Erscheinungsformen der Streuung der Produktivitäten:

Bis jetzt haben wir so argumentiert, als sei allein die Streuung der Produktivitäten innerhalb desselben Produktionszweigs in der Lage, die Veralterung einer Ausrüstung hervorzurufen. Diese Argumentation ist natürlich allzu vereinfacht. Auch die Streuung der Produktivitäten unter den verschiedenen Zweigen kann die Veralterung der Ausrüstung derjenigen Branchen, in denen die Arbeitsproduktivität zu gering ist, hervorrufen, wenn neue Investitionen die Produktivität dieser Zweige empfindlich steigern können.

Wenn also in einer Branche alle Unternehmen praktisch auf dem gleichen technischen Niveau arbeiten, herrscht innerhalb dieses Produktionszweigs keine Streuung der Produktivitäten; dennoch kann die Technik dieses Zweigs veraltet sein. (141)

Das ist der Fall, wenn die Differenz zwischen dem technischen Niveau dieses Zweigs und dem technischen Niveau, das er durch die Erneuerung

seiner Ausrüstung erreichen könnte, so groß ist, daß diese Erneuerung im Verhältnis zu den dazu erforderlichen Investitionen eine größere Steigerung der Arbeitsproduktivität mit sich bringen würde, als in den meisten anderen Zweigen erreichbar wäre.

Mit anderen Worten kann die Ausrüstung einer ganzen Branche veraltet sein, wenn die Spanne zwischen der effektiven und der technisch möglichen Produktivität hier relativ größer als in den meisten anderen Zweigen ist. Dies ist eine auf die gesamte Wirtschaft anwendbare Sonderbedeutung der Streuung der Produktivitäten.

So wird man durch die Erneuerung der Ausrüstung von Branchen, in denen die Arbeitsproduktivität im Vergleich zur möglichen Produktivität besonders gering ist, höhere Einsparungsraten erzielen - und das trotz der Tatsache, daß die Kosten der aus einer noch nicht materiell abgenutzten Anlage erhaltenen Produktion aus Vergleichsgründen unter Vernachlässigung der Amortisation der veralteten Anlage kalkuliert werden. Die vorangehenden Ausführungen machen deutlich, wie komplex das Problem der Veraltungsschätzung einer vorhandenen Ausrüstung ist - und damit das Problem der Effizienzberechnung von Investitionen zur Erneuerung dieser Ausrüstung vor ihrer physischen Abnutzung. Dennoch lassen sich die Probleme vollständig lösen; und jedesmal wenn sich fällige Beschlüsse auf große Investitionen beziehen, müssen diese Probleme wissenschaftlich gelöst werden.

4.2.2 Vorhersage der künftigen Veraltung und Dauer der Kapitalfestlegung

Damit die künftige Veraltung - z.B. nach einer Frist von fünf Jahren - vorhergesehen werden kann, muß im Prinzip bekannt sein, wie die Faktoren, die zur Berechnung der bereits eingetretenen Veraltung notwendig sind, nach diesen fünf Jahren aussehen werden.

In einer nicht geplanten Wirtschaft ist eine solche Voraussicht unmöglich; in einer Planwirtschaft ist sie natürlich schwierig, aber in einer bestimmten Zahl von Fällen doch möglich; und dann muß sie in jedem Fall durchgeführt werden, um die verschiedenen Wirtschaftsrechnungen entsprechend zu berichtigen.

Die Voraussicht der künftigen Veraltung der verschiedenen Investitionsvarianten ist besonders wichtig im Hinblick auf die Bestimmung der jeweiligen optimalen Festlegungsdauer.

Die Frage der Effizienz der Investitionen muß nämlich vor allem deshalb in der Perspektive mehrerer Jahre geprüft werden, weil man nicht zu große Arbeitsmengen in Investitionen binden darf, die heute vielleicht sehr effizient zu sein scheinen, aber schon lange vor ihrer Abnutzung veraltet sind, ohne inzwischen genügend zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beigetragen zu haben.

Betrachtet man die Dinge in mehrjähriger Perspektive, so stellt man

auch fest, daß es in einer Wirtschaft mit raschem technischem Fortschritt angebracht ist, den Akkumulationsfonds, über den man verfügt, nicht zu lange in Form rasch veraltender Ausrüstungen zu binden, sondern statt dessen möglicherweise Varianten zu bevorzugen, die dank einer kürzeren Bindungsdauer die zu einem bestimmten Zeitpunkt investierten Mittel rasch genug wieder freisetzen, damit diese auf höherer technischer Basis wieder investiert werden können. Hier liegt ein Problem der optimalen Umlaufgeschwindigkeit der gebundenen Mittel vor, und dieses Problem muß unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gelöst werden.

Um zu veranschaulichen, wie man dieses Problem unter Anwendung des Begriffs der Arbeitseinsparung offensichtlich lösen kann, nehmen wir folgendes Beispiel: Mit einer Variante A, die eine Investition von 20.000 erfordert, lassen sich 5 Jahre lang jährlich 100 Produktionseinheiten zu 170 Kosten pro Einheit produzieren, wobei sich diese Kosten aus 40 durch die Amortisierung der ursprünglichen Investition und 130 durch die übrigen Arbeitsaufwendungen zusammensetzen (142); dagegen kann man mit einer Variante B, die eine Investition von 40.000 erfordert, zehn Jahre lang jährlich 100 Einheiten zu 150 Kosten pro Einheit produzieren, wobei sich diese Kosten aus 40 durch die Amortisation der ursprünglichen Investition und 110 durch die übrigen Arbeitsaufwendungen zusammensetzen. (143)

Aus den obigen Überlegungen geht hervor, daß die Variante B die Arbeitsproduktivität in einem solchen Verhältnis steigert, daß mit der erforderlichen zusätzlichen Investition von 20.000 jährlich 2.000 eingespart werden können; das ergibt eine jährliche Einsparungsrate von 10%. Diese Schlussfolgerungen müssen aber geändert werden, wenn sich aus Elementen der Prognose schließen läßt, daß sich Technik und Arbeitsproduktivität in 5 Jahren so sehr entwickelt haben werden, daß die Variante B dann veraltet ist. In diesem Fall führt nämlich die Bindung von 40.000 für 10 Jahre anstatt von 20.000 für 5 Jahre zu einer Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit und verhindert eine rasche Anpassung an den technischen Fortschritt - und zwar aufgrund einer zu langsamen Umlaufgeschwindigkeit des festgelegten Kapitals.

Natürlich muß man in einem solchen Fall, d.h. wenn die Veraltung vorhergesehen wird, ein Amortisationstempo des gebundenen Kapitals annehmen, das eine Funktion der abstrakten, nicht der physischen Abnutzung der Ausrüstung ist. Und auf dieser Basis lassen sich die durch verschiedene Varianten ermöglichten effektiven Einsparungsraten berechnen.

Wenn wir also das vorige Beispiel wieder aufnehmen, enthält die Variante B, sofern sie sich in 5 Jahren amortisiert, 80 Amortisationskosten pro Einheit (143); daraus ergibt sich, daß eine Produkteinheit $80 + 110 = 190$ kostet, also 20 mehr als bei Variante A, bei der weniger investiert werden muß. In einem solchen Fall ist also Variante A überlegen, und zwar deshalb, weil sie bei fünfjähriger Amortisation geringere Kosten verur-

sacht als Variante B, wenn sich diese ebenfalls in 5 Jahren amortisieren muß.

Es ist leicht einzusehen, daß wieder eine andere Situation vorläge, wenn die Arbeitsproduktivität im Rahmen der Variante A niedriger, d.h. wenn Variante A nicht so effizient wäre. Würden die aus Variante A resultierenden Kosten z.B. 210 betragen, so ergäbe die Variante B selbst bei fünfjähriger Amortisation eine Einsparungsrate von 10% und würde daher in Betracht kommen, falls unter Berücksichtigung der verschiedenen durchzuführenden Investitionen eine 10%ige Einsparungsrate als ausreichend erscheint.

So könnten unseres Erachtens einige der Grundlagen für die ökonomische Kalkulation der jeweiligen Vorteile verschiedener Investitionsvarianten aussehen. Auf diesen Grundlagen müssen die Entscheidungen zwischen verschiedenen Techniken getroffen werden - falls sie grundsätzlich von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt werden, was nicht immer der Fall sein muß. Die Beherrschung der Produktivkräfte als Kennzeichen der Planwirtschaft drückt sich nämlich auch in der Möglichkeit aus, Entscheidungen auf weiterer als allein wirtschaftlicher Grundlage zu treffen. Um uns jedoch an die Wirtschaftsrechnung zu halten: Ohne Zweifel wurden in den obigen Ausführungen verschiedene Fragen, die bei der Entscheidung zwischen verschiedenen Techniken auftauchen, außer acht gelassen.

Vor allem stellt sich die Frage, wie man die möglicherweise sehr großen wirtschaftlichen Auswirkungen der von unterschiedlichen Varianten erforderten kürzeren oder längeren Anlaufzeiten, der größeren oder geringeren Beweglichkeit der mit verschiedenen Techniken eingesetzten konkreten Bestandteile und schließlich der Höhe der möglicherweise mit dieser oder jener Entscheidung verknüpften indirekten Investitionen in Rechnung stellen kann. Diese Probleme wollen wir nun untersuchen.

5. Die Dauer der Anlaufzeit

Wenn zur Erzielung eines bestimmten Ergebnisses mehrere Varianten in Frage kommen und Gründe zur Unschlüssigkeit vorliegen, welche man nehmen soll, dürfen nicht ausschließlich die Höhe der dazu erforderlichen Investitionen und die dadurch mögliche Arbeitsproduktivität in Rechnung gestellt werden; ebenso muß man die jeder Variante eigene Anlaufzeit berücksichtigen, d.h. die mehr oder weniger lange Zeit, die zwischen dem Zeitpunkt, in dem die ersten Gelder für eine bestimmte Variante investiert werden, und dem Augenblick verstreicht, in dem die Produktion, die man aus dieser Investition erhalten will, effektiv zur Verfügung steht. Natürlich ist die Frage, ob man über eine bestimmte Produktion schon nach sechs Monaten oder erst nach zwei Jahren verfügt, keine unwesentliche Sache. Auch ist es klar, daß man nur dann dazu gebracht werden kann, zwei Jahre an Stelle von sechs Monaten zu warten, wenn daraus ei-

ne höhere Arbeitsproduktivität resultiert. Aber welches Verhältnis muß zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Verlängerung der Anlaufzeit bestehen, damit es sich lohnt, die Verlängerung ins Auge zu fassen?

Die Frage der Anlaufzeit kann auch anders gestellt werden: Dieselbe technische Variante kann mehr oder weniger kosten, je nachdem ob zu ihrer Verwirklichung eine längere oder kürzere Zeit vorgesehen ist. So kann der Bau eines Betriebs unter bestimmten Umständen drei Jahre, bei Anwendung einer ausgefeilteren Technik und bei größerer Mechanisierung der Arbeit aber auch nur zwei Jahre erfordern. In welchem Maß sollen zusätzlich Mittel zur Verkürzung der Bauzeit eingesetzt werden? Diese Frage beinhaltet, daß die Verkürzung der Bauzeit mit einer niedrigeren Arbeitsproduktivität verknüpft ist, was sich durch die höheren Baukosten ausdrückt (ginge nämlich die kürzeste Bauzeit mit den geringsten Baukosten einher, so gäbe es keine Frage). Auch ist es klar, daß der fertiggestellte Betrieb weder mehr noch weniger effizient arbeitet, weil er in zwei statt in drei Jahren gebaut würde. Das Problem lautet also: Worin besteht der Vorteil einer kürzeren Bauzeit, und bis zu welchem Punkt ist dieser Vorteil wert, daß dafür Baukosten gezahlt werden?

Die wirtschaftliche Bedeutung der Länge der Anlaufzeit hängt mit sehr vielen Erwägungen zusammen: Diese Länge ist ein Aspekt der Umlaufgeschwindigkeit der gebundenen Mittel (jede Verkürzung der Anlaufzeit bedeutet eine Beschleunigung dieses Umlaufs); sie kann die mehr oder weniger frühe Veraltung einer Investition beeinflussen (144); sie kann eine Störungsquelle für die ökonomischen Gleichgewichte sein, da die Verlängerung der Anlaufzeit bedeutet, daß gesellschaftliche Mittel ohne gesellschaftlich nützliche Auswirkungen gebunden werden; und sie kann die wirtschaftliche Effizienz eines gegebenen Investitionsvolumens verringern.

Wegen des Umfangs der hier aufgeworfenen Fragen können wir hier nicht jedes Problem getrennt behandeln; wir werden uns daher auf einige Hinweise und auf eine rasche Untersuchung einiger möglicher Lösungen beschränken.

5.1 Anlaufzeit und Gefahr eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts

Die mit der Verlängerung der Anlaufzeit verbundenen Risiken eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts haben zwei grundlegende Aspekte:

a) Auf allgemeiner Ebene kann die Tatsache, daß Arbeitskräfte und Produktionsmittel für eine mehr oder weniger lange Zeit an Tätigkeiten gebunden werden, die keinen unmittelbaren gesellschaftlichen Nutzeffekt haben, die Ursache eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts sein, wenn man in den Zweigen, die ihre Produkte nach einer kurzen Arbeitsperiode liefern, nicht genügend Arbeitskräfte und Produktionsmittel beibehält.

Hier handelt es sich um ein Problem des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts der Verteilung der Arbeitskräfte auf die Abteilungen I und II der Produktion und, innerhalb dieser Abteilungen, auf die Aktivitäten, die mehr oder weniger lange Zeiträume beanspruchen. Dieses Problem muß im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsplanung gelöst werden (wir werden es bei der Behandlung der Fragen des wirtschaftlichen Gleichgewichts untersuchen). Es stellt kein unmittelbar investitionsbezogenes Entscheidungsproblem dar; im Gegenteil: Die unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Gleichgewichts angewendeten Lösungen begrenzen durch die Festsetzung des für jede Periode verfügbaren Akkumulationsfonds selbst den Umfang der Bauarbeiten, die zur gleichen Zeit vorgenommen werden können. (145)

b) Im besonderen wird das Problem der Anlaufzeit davon bestimmt, wie die verschiedenen Produktionszweige voneinander abhängig sind: So sind die für die Automobilindustrie getroffenen Entscheidungen für die Zeitbestimmend, in der die Metallindustrie, die Gummiindustrie usw. bereit sein müssen, ihre Erzeugnisse an die Automobilindustrie zu liefern. Umgekehrt hängt die Zeit, in der ein neues Automobilwerk arbeitsbereit sein kann, zum Teil von der Zeit ab, in der es über die benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate verfügen kann: Wird es zu früh gebaut, so ist es nutzlos; wird es zu spät gebaut, so ist es wirtschaftlich nachteilig, da ein Teil der Produktionskapazität der Zulieferindustrien nicht ausgenutzt wird. Diese Beobachtung zeigt, daß die Entscheidungsfreiheit zwischen Varianten mit kürzerer oder längerer Anlaufzeit ziemlich eingeschränkt ist. Die konkreten Arbeitsbedingungen der Wirtschaft geben oft feste Termine vor. Aber wenn auch der Zeitpunkt festliegt, an dem bestimmte Arbeiten fertiggestellt sein müssen, wird dennoch die Frage der Anlaufzeit den Termin des *B e g i n n s* der Arbeit bestimmen. Das werden wir sogleich nochmals untersuchen.

5.2 Anlaufzeit und wirtschaftliche Effizienz

Die Verlängerung der Anlaufzeit kann der wirtschaftlichen Effizienz des Akkumulationsfonds auf verschiedene Art und Weise schaden. Verlängerung der Anlaufzeit bedeutet, daß festgelegtes Kapital, das zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beigetragen hätte, wenn es bereits in einer Produktion verwendet worden wäre, noch nicht zu einer solchen Steigerung beiträgt; das verringert auf nationaler Ebene das Verhältnis zwischen der Erhöhung der Investitionen und der Produktivitätssteigerung. Umgekehrt werden durch eine Verkürzung der Anlaufzeit Produktionsmittel, die sonst gebunden wären, freigesetzt; außerdem kann dadurch entweder die Arbeitsproduktivität oder die Produktion, insgesamt also die wirtschaftliche Effizienz des Akkumulationsfonds gesteigert werden. Letzten Endes läuft die Frage darauf hinaus, wie man den Beitrag einer bestimmten Verkürzung der Anlaufzeit und des damit verbundenen

M e h r a u f w a n d s an Arbeit zur Steigerung der Effizienz des Akkumulationsfonds messen kann. Mit diesem Problem wollen wir uns jetzt befassen.

5.3 Versuch der Messung des Einflusses der Anlaufzeit auf die wirtschaftliche Effizienz

Zur richtigen Fragestellung müssen wir uns daran erinnern, daß der Punkt, der unbedingt untersucht werden muß, die Erzielung der größtmöglichen wirtschaftlichen Effizienz in einer bestimmten Zeit ist. Zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse müssen im Lauf einer bestimmten Periode jeweils ausreichende Produktmengen verfügbar sein. Folglich scheiden die Varianten aus, die theoretisch zwar am effizientesten wären, aber Anlaufzeiten mit sich bringen, die den Anforderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nicht genügen. (146)

Wie soll man sich aber zwischen zwei Varianten mit unterschiedlicher Anlaufzeit entscheiden, die beide die vom Plan vorgeschriebene Zeit erfüllen?

Zwei Arten der Wirtschaftsrechnung scheinen hier in Betracht zu kommen: Die eine basiert auf der Einsparungsrate, die andere auf der Effizienz des durch die Verkürzung der Anlaufzeit freigesetzten Akkumulationsfonds.

5.3.1 Arbeitseinsparung und Anlaufzeit

Als Prototypen können zwei Fälle vorliegen (wobei die anderen Fälle eine Kombination dieser beiden darstellen): die Verkürzung der Anlaufzeit führt entweder zu einer Kostensteigerung oder zu einer Verringerung der Investitionseffizienz (indem sie z. B. die Haltbarkeitsdauer der Investition verkürzt oder später höhere Instandhaltungskosten erforderlich macht). Wenn beispielsweise eine Anlaufzeitverkürzung von drei auf zwei Jahre eine Erhöhung der Kosten der Variante mit sich bringt, ist die Frage, welchen wirklichen wirtschaftlichen Vorteil man aus der Verkürzung ziehen kann. Grundsätzlich besteht nämlich dieser Vorteil nicht darin, daß der Betrieb, den man bauen will, früher zu arbeiten beginnt; denn wenn man diesen Betrieb in drei Jahren benötigt, ist es im allgemeinen nutzlos, wenn er schon in zwei Jahren fertig ist (und zwar um so mehr, als man auch die Anlaufzeiten der Unternehmen, die diesen Betrieb mit Rohstoffen, Maschinen usw. beliefern sollen, verkürzen müßte). Der Vorteil liegt vielmehr darin, daß man mit dem Bau später beginnen und bis dahin über die Mittel verfügen kann, die sonst in eine laufende Bauarbeit gebunden werden müßten. Diesen Vorteil muß man errechnen.

Ein Beispiel (147):

Für den Bau eines Betriebs stehen zwei Varianten zur Auswahl, die, von der Effizienz her gesehen, die gleichen Merkmale haben, von denen die eine aber in drei Jahren realisiert wird und 300 kostet, während die andere zwei Jahre dauert und 350 kostet. Wir wollen folgende Reihenfolge der Investitionsaufwendungen annehmen:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr
Variante I	100	100	100	300
Variante II	-	175	175	350
Differenz zugunsten von Variante II	+ 100	- 75	- 75	- 50

Wie man sieht, muß man für Variante II insgesamt 50 mehr aufwenden; aber wieviel hat man anderswo eingespart? Das hängt von der Verwendung der 100, die im ersten Jahr verfügbar bleiben, sowie der 25, die im zweiten Jahr verfügbar bleiben, ab. Wenn darüber hinaus die Arbeitsproduktivität mit der Zeit zunimmt, lassen sich durch die Verschiebung des Baubeginns die Baukosten senken. Unter Berücksichtigung dieses Punkts schlägt P. Mstislawski vor, das vorige Beispiel folgendermaßen abzuwandeln:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr
Variante I	100	90	80	270
Variante II	-	157,5	140	297,5
Differenz zugunsten von Variante II	+ 100	- 67,5	- 60	- 27,5

In diesem Fall sind bei Variante II im ersten Jahr 100 und im zweiten Jahr 32,5 verfügbar. Wenn man in dieser Zeit die so erübrigten Mittel anderswo investiert und dabei (wegen der durch diese Investitionen ermöglichten Produktivitätssteigerung) eine Arbeitseinsparung erzielt, die genauso hoch oder höher als die Mehraufwendungen für Variante II sind, ist diese die günstigste; wenn nicht, ist es Variante I. Wenn man beispielsweise mit den durch die Anwendung von Variante II freigesetzten 100 in einem anderen Bereich eine Einsparung von 20 erzielen kann, die 20 im zweiten Jahr wieder investiert und damit von neuem zusammen mit den noch freien 32,5 eine Einsparung von 10,5 erzielt, hat man in

diesen zwei Jahren insgesamt $20 + 10,5 = 30,5$ eingespart; dieser Betrag übertrifft die Mehraufwendungen für Variante II. Beträgt die anderswo erzielbare Einsparungsrate dagegen nur 10% des investierten Betrags, so wäre der Variante I der Vorzug zu geben.

Nehmen wir nun an, die Anlaufzeitverkürzung würde nicht zu einer Kostensteigerung, sondern zu einer Verringerung der Effizienz der Investition führen. Die Entscheidung zwischen der Variante mit der längsten und der mit der kürzesten Anlaufzeit wird einerseits vom Effizienzverlust durch die zweite Variante, andererseits von der Arbeitseinsparung bestimmt, die auf volkswirtschaftlicher Ebene durch die Verwendung der bei der zweiten Variante momentan freigesetzten Fonds erzielt werden kann. Die Kalkulation wird hier genauso ablaufen wie im vorigen Fall.

5.3.2 Auswirkung einer Verkürzung der Anlaufzeit auf das Nationaleinkommen

P. Mstislawski, von dem das obige Zahlenbeispiel stammt, geht bei seinen Überlegungen anders vor: Er untersucht das Verhältnis zwischen dem Akkumulationsfonds, der durch eine bestimmte Variante frei wird, und dem Wachstum des Nationaleinkommens.

So schreibt er, indem er an die im ersten Jahr durch Variante II erzielte Einsparung von 100 denkt:

"Die wirtschaftliche Effizienz dieser 100 Millionen Rubel, die aufgrund der Variante II eingespart werden, drückt sich in einem zusätzlichen Sozialprodukt und einer Zunahme des Nationaleinkommens aus - und damit in einer zusätzlichen Akkumulation aufgrund der zusätzlichen erweiterten Reproduktion, die durch die Investition der 100 Millionen Rubel erzielt wird." (148) Bei dieser Rechnungsart handelt es sich letzten Endes darum, den Einfluß der Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität, die mit den durch die Anlaufzeitverkürzung möglich gewordenen Investitionen einhergeht, auf das Nationaleinkommen zu messen. Die Schwierigkeit scheint in der Messung dieses Einflusses zu liegen. Mstislawski nimmt folgendes an: "Diese wirtschaftliche Effizienz ist berechenbar; denn sowohl die Höhe der Akkumulation wie das Nationaleinkommen und das Sozialprodukt sind vom nationalen Wirtschaftsplan vorgeschrieben. So lag der Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen während der Zeit des Fünfjahresplans bei rund 26 %, während sich das Nationaleinkommen durchschnittlich um 17 % (pro Jahr) erhöhen sollte. Das bedeutet, daß je 26 akkumulierte Rubel eine Steigerung des Nationaleinkommens um 17 Rubel verursachen, so daß unter diesen Bedingungen 100 akkumulierte Millionen zu einer Erhöhung des Nationaleinkommens um 65,5 Millionen führen. Berücksichtigt man, daß von diesen 65,5 Millionen Rubel 26 % = 17 Millionen Rubel erneut akkumuliert werden, so bedeutet das, daß sich für je 100 gesellschaftlich akkumulierte Rubel eine zusätzliche Akkumulation von 17 Rubel ergibt. Dieser Betrag wird seinerseits im folgenden Jahr zu einer neuerlichen

Zunahme des Nationaleinkommens um 11,1 (17 x 0,655) Millionen Rubel führen. Auf diese Art und Weise nimmt das zusätzliche Nationaleinkommen von Jahr zu Jahr weiter zu."

Indem er die fortlaufenden Steigerungen des Nationaleinkommens berechnet, die sich in jedem der drei Jahre aus den durch jede Variante ermöglichten, anderweitig investierten relativen Einsparungen ergeben, kommt Mstislawski zu folgender, auf den oben angeführten Proportionen basierender Tabelle:

Zusätzliches Nationaleinkommen (in Millionen Rubel)

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr
Variante I	-	44,0	91,0	135,0
Variante II	65,5	76,6	89,9	232,0
Différenz zugunsten von Variante II	+ 65,6	+ 32,6	- 1,1	+ 97,0

Mstislawski schließt daraus, daß Variante II das Nationaleinkommen in den betreffenden drei Jahren um fast 100 Millionen Rubel erhöht und daher unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten am effizientesten ist. Was man diesen Überlegungen vorwerfen kann, ist ihr abstrakter Charakter. Wenn die vom Plan vorgesehenen Investitionen das Nationaleinkommen um den 0,65 fachen Betrag der Investition wachsen lassen (148a), muß irgendeine zusätzliche Investition noch lange nicht zwangsläufig die gleiche Effizienz aufweisen. Hat der Plan vorgesehen, daß die effizientesten Investitionen ausgeführt werden, so werden die zusätzlichen Investitionen in Wirklichkeit zweifellos eine geringere als die vom Plan vorgesehene durchschnittliche Effizienz haben, und diese Effizienz muß konkret, nach der aus Mehrinvestitionen möglicherweise resultierenden Steigerung der Arbeitsproduktivität, errechnet werden (148b, 148c).

5.4 Der Faktor Zeit und die Produktionskapazität

Die durch die Entscheidung zwischen kürzeren und längeren Anlaufzeiten sowie durch die Bewegung der Arbeitsproduktivität in der Zeit aufgeworfenen Probleme bilden die wesentlichen Aspekte des von den Sowjetikern so genannten "Einflusses des Faktors Zeit". Ein weiterer Aspekt dieses Einflusses ergibt sich, wenn man sich folgendes Problem stellt: "Von zwei Varianten, mit denen man ein bestimmtes Produkt oder eine bestimmte Dienstleistung erzielen kann, entspricht die eine der gegenwärtig benötigten Produktionskapazität, während die andere eine höhere als die zur Zeit benötigte Produktionskapazität mit sich bringt. Für welche soll man sich entscheiden?"

Das Problem einer Entscheidung zwischen diesen beiden Varianten tritt natürlich nur unter zwei Bedingungen auf:

- Man sieht im voraus, daß nach einer bestimmten Zeit der durch die zweite Variante gelieferte Kapazitätsüberschuß benötigt werden wird.
- Der für die zweite Variante erforderliche Arbeitsaufwand ist geringer als die Summe der Arbeitsaufwendungen, die zuerst für die Durchführung der ersten Variante und dann, einige Jahre später, für die zusätzliche Investition zur neuerlichen Steigerung der Produktionskapazität benötigt würden. Es ist klar, daß sich dieses Problem in enger Nachbarschaft zu dem der unterschiedlichen Anlaufzeiten befindet. Es handelt sich darum, welche Vor- und Nachteile sich aus einer mehr oder weniger frühen Akkumulationsmittelbindung ergeben können.

Wir wollen das an einem Beispiel erläutern (149): Zwei Städte sollen durch eine Eisenbahnlinie verbunden werden. Es bieten sich zwei Möglichkeiten dafür an:

- Man baut einen einzigen Schienenstrang, der für den während der nächsten fünf Jahre vorgesehenen Verkehr ausreicht und pro Streckenkilometer 500.000 Rubel kostet; ein zweites, parallel zum ersten verlaufendes Gleis wird erst nach fünf Jahren (wenn die Zunahme des Verkehrs diese Mehrkapazität erfordert) angelegt und wird dann, dank der vorgesehenen Steigerung der Arbeitsproduktivität, 400.000 Rubel pro Kilometer kosten, so daß sich für einen zweigleisigen Kilometer 900.000 Rubel Kosten ergeben.

- Man baut sofort eine zweigleisige Strecke, wodurch sich die Kosten dank der Arbeitsvereinfachung auf 800.000 Rubel pro Kilometer ermäßigen.

Die zweite Variante bietet also den Vorteil, daß sie die Kosten pro zweigleisigen Kilometer um 100.000 Rubel senkt; sie hat den Nachteil, daß fünf Jahre lang 300.000 Rubel pro Streckenkilometer nutzlos (Überkapazität) gebunden werden. Welche Lösung soll angewendet werden?

Das ganze hängt natürlich von der möglichen Verwendung ab, die sich während der fünf Jahre für die 300.000 Rubel pro Kilometer, die bei Variante II sofort investiert werden müßten, anbietet. Können diese 300.000 Rubel in fünf Jahren bei anderweitiger Investition einen größeren Arbeitsaufwand einsparen, als 100.000 Rubel entspricht (das zentrale Planungsorgan kann das erfahren, indem es die technischen Entwicklungsprojekte berücksichtigt, die durch diese zusätzlichen Mittel ermöglicht würden), oder können - was auf dasselbe hinausläuft - diese 300.000 Rubel bei anderweitiger Investition das Nationaleinkommen um mehr als 100.000 Rubel steigern, so ist es natürlich angebracht, sich für Variante I zu entscheiden; anderenfalls ist Variante II zu wählen. (150)

Dieses Beispiel ist relativ einfach, weil hier die Schaffung einer momentanen Überkapazität nicht die späteren Herstellungskosten (hier die Transportkosten pro Tonne und Kilometer) ändert. (151) Sehr häufig jedoch ergeben sich, wenn man ein Unternehmen mit höherer Kapazität ausstattet, niedrigere Herstellungskosten, und diesen Punkt muß man dann in Rechnung

stellen.

Wenn unsere obigen Zahlen also für den Bau von Elektrizitätswerken gelten würden, hätte man die Wahl zwischen: a) dem Bau eines Werkes, das 50 Millionen kostet, und fünf Jahre später eines zweiten Werkes für 40 Millionen, wobei jedes Werk den Strom für 100 Kosten pro Einheit liefert, und b) dem Bau eines einzigen Werkes mit doppelter Kapazität, dessen Baukosten 80 Millionen betragen und das den Strom für 90 pro Einheit liefert.

In einem solchen Fall sind die gleichen Überlegungen wie im vorigen Beispiel anzustellen; nur muß man von den Arbeitseinsparungen durch die Investitionen, die dank der für fünf Jahre freigewordenen 30 Millionen ausgeführt werden können, den Verlust abziehen, der aus der Stromerzeugung zu höheren Kosten pro Einheit entsteht und der errechnet wird, indem man die Kostendifferenz pro Einheit (im vorliegenden Fall 10) mit der Zahl der bei Vorliegen beider Werke erzeugten Stromeinheiten multipliziert. Nur wenn die durch Variante I erzielten Arbeitseinsparungen trotz dieses Abzugs größer sind als die Differenz der Baukosten, ist Variante I am vorteilhaftesten. (152)

Im übrigen ist es klar, daß diese Berechnungen nur dann durchgeführt werden müssen, wenn die Wahl zwischen den verschiedenen Varianten konkret besteht, d.h. wenn es z.B. in der Praxis möglich ist, unverzüglich die zum sofortigen Bau einer zweigleisigen Strecke benötigten Schienen oder das zum Bau des Stromwerks mit der größten Kapazität benötigte Material zu beschaffen.

6. Beweglichkeit der Produktionsmittel

Wie gesagt, sind nicht immer die Varianten, mit denen sich in der jeweiligen Branche die größte Arbeitsproduktivität erzielen läßt, auch die wirtschaftlich günstigsten; das rührt einerseits daher, daß die Ausführung dieser Varianten anderen Wirtschaftsbereichen Investitionsfonds entzieht, die in diesen Bereichen noch effizienter eingesetzt werden könnten, und andererseits daher, daß diese Varianten eine zu lange Bindung der investierten Fonds mit sich bringen können.

Unter den Nachteilen einer zu langen Bindungsdauer ist die Veraltung nicht der geringste. Ob diese Veraltung nun aus dem Fortschreiten der Technik und der Arbeitsproduktivität oder aber daraus entsteht, daß eine bestimmte Variante ab einem gewissen Moment den gesellschaftlichen Bedarf nicht mehr decken kann – immer hat sie zur Folge, daß Produktionsmittel, die noch eine Zeitlang hätten arbeiten können, nun nicht mehr wirtschaftlich anzuwenden sind, zumindest für ihren ursprünglichen Bestimmungszweck.

Wie wir gesehen haben, muß man bei der Berechnung der Veraltung einer Investition von den Kosten der Neuinvestition (Ersatzinvestition) die Einsparung abziehen, die durch den anderweitigen Einsatz der alten,

durch die Investition "freigewordenen" Produktionsmittel erzielt werden kann. Die mehr oder weniger große Möglichkeit, die Verwendung einer Ausrüstung zu ändern, macht den Grad ihrer wirtschaftlichen Beweglichkeit aus.

Je größer die wirtschaftliche Beweglichkeit einer Ausrüstung ist, um so leichter kann man sie natürlich durch eine neue Ausrüstung ersetzen, d.h. den technischen Fortschritt beschleunigen, ohne daß der Wirtschaft große Verluste entstehen.

Wenn man also zwischen mehreren Varianten mit unterschiedlicher Veraltungsgeschwindigkeit zu entscheiden hat, muß die jeweilige wirtschaftliche Beweglichkeit der konkreten Produktionsmittel mitberücksichtigt werden.

Wenn es z.B. in einer größeren Stadt nötig wird, der Bevölkerung eine bestimmte Verkehrskapazität in Form öffentlicher Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen, hat man theoretisch die Wahl zwischen Omnibus- (153), Straßenbahn- und U-Bahnlinien. Abstrakt unterscheiden sich diese "Varianten" durch ihre Investitionskosten, durch ihre Betriebskosten, durch die Zeit bis zu ihrem Einsatz, durch die materielle Haltbarkeitsdauer der Investitionen, durch ihre "abstrakte" Haltbarkeitsdauer und durch die wirtschaftliche Beweglichkeit ihrer Bestandteile. Konkret enthalten diese Varianten darüber hinaus eine ganze Reihe von Merkmalen, die dazu führen können, daß bestimmte Varianten trotz ihrer theoretischen Vorzüge nicht ausgeführt werden: z.B. benötigt ein bestimmtes Transportmittel in Anbetracht des Stahlbedarfs der laufenden Periode und der gegenwärtigen Produktionskapazität der Stahlwerke zu große Mengen an Stahl; oder die Verkehrsverstopfung der Stadt wird an der Oberfläche bald so groß sein, daß die Verwendung von Straßenbahnen oder Autobussen ausscheidet, usw.

Nehmen wir an, man ist beim Abwägen der verschiedenen Bewertungsselemente zum Schluß gekommen, daß die U-Bahn das wirtschaftlich günstigste öffentliche Verkehrsmittel darstellt, daß man es aber erst nach fünf Jahren nutzbringend einsetzen kann, während der gesteigerte Bedarf der Bevölkerung an Verkehrsmitteln aber schon in einer kürzeren Zeit gedeckt werden muß: Was soll man dann tun?

Soll man den Bau einer U-Bahn ablehnen, weil er zu lange dauert? Bestimmt nicht. Die wirtschaftlichen Probleme müssen in langfristiger Perspektive und nicht nach der aktuellen Situation gelöst werden.

Inzwischen muß man der Bevölkerung jedoch die Verkehrsmittel anbieten, die sie benötigt. Folglich müssen, zum Teil vorübergehend, Omnibus- und Straßenbahnlinien eingerichtet werden. Und hier, bei der Entscheidung zwischen diesen zwei Varianten, stellt sich die Frage der wirtschaftlichen Beweglichkeit konkret. Es kann nämlich sein, daß für eine lange bestehende Einrichtung die Straßenbahn dem Autobus wirtschaftlich überlegen ist (154); die Straßenbahnlinien bringen aber feste Installationen mit sich, die für Omnibuslinien nicht erforderlich sind. Wenn die meisten Linien nach fünf Jahren abgeschafft werden sollen, sind also die Busse vor-

zuziehen; sie können danach in anderen Städten eingesetzt werden, weil sie also eine größere wirtschaftliche Beweglichkeit auf. Wie groß dieser Vorteil ist, läßt sich leicht errechnen.

7. Direkte und indirekte Investitionen

Die Frage, die man sich bei der Untersuchung des Problems der Entscheidung zwischen mehreren technischen Varianten stellen muß, lautet, wie man sehen konnte, folgendermaßen: Welche Variante trägt am meisten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität auf gesellschaftlicher Ebene bei?

Eben weil es notwendig ist, sich über den begrenzten Standpunkt eines Einzelunternehmens zu erheben, darf man sich nicht damit begnügen, diejenige Variante zu wählen, welche die größte Arbeitsproduktivität im Rahmen eines Unternehmens ergäbe, wenn die Anwendung dieser Variante aufgrund der dafür erforderlichen Investitionsfonds die Investitionsmöglichkeiten in anderen Bereichen, in denen die Arbeitsproduktivität noch mehr gesteigert werden könnte, verringern würde.

Und weil es andererseits notwendig ist, sich auf den Standpunkt der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität und nicht auf den des "Ertrags" dieser oder jener Investition zu stellen, darf man sich nicht damit begnügen, diejenigen Varianten zu wählen, welche die höchste Einsparungsrate ergeben.

Mit anderen Worten, die Wirtschaftlichkeitsberechnung darf weder vom merkantilen (155) noch vom Standpunkt eines Unternehmens oder eines Produktionszweigs aus durchgeführt werden, sondern sie muß auf die maximale gesellschaftliche Effizienz in der Perspektive mehrerer Jahre abzielen.

Übrigens ist die Entscheidung zwischen mehreren Varianten gerade deshalb so komplex, weil sie sich nach der maximalen gesellschaftlichen Effizienz richten muß.

Genauer gesagt, kann man sich fragen, ob die auf den vorigen Seiten dargestellte Art der Wirtschaftlichkeitsberechnung die eben aufgezählten Anforderungen völlig erfüllt.

7.1 Die verschiedenen Investitionsarten

Bisher nämlich blieb ein Punkt unklar: die Tatsache, daß für die Ausführung der verschiedenen Varianten nicht nur direkte Investitionen (die wir bis jetzt behandelt haben), sondern auch mehr oder weniger große indirekte Investitionen erforderlich sind.

Diese indirekten Investitionen müssen vor allem das Produktionspotential derjenigen Zweige vergrößern, die den neuen Unternehmen (oder den neuen Abteilungen der alten Unternehmen) Rohstoffe, Energie, Halbfabri-

kate usw. liefern sollen. In einer Planwirtschaft sind diese indirekten Investitionen deshalb fast immer unerläßlich, weil die Produktionskapazität der verschiedenen Zweige grundsätzlich voll ausgenutzt wird. Wenn man also mehr Produkte dieser Zweige konsumieren will, muß man auch ihre Produktionskapazität erhöhen - und dazu sind zusätzliche Investitionen nötig.

Es ist leicht verständlich, daß der Betrag der erforderlichen indirekten Investitionen je nach den im Rahmen der verschiedenen Varianten verbrauchten Mengen an Rohstoffen, Energie, Halbfabrikaten usw. schwanken kann. Die Höhe der indirekten Investitionen hängt nicht allein von den konsumierten Mengen, sondern auch von dem ab, was man mit dem Sowjetökonomem Mstislawski als "Kapitalintensität" der verschiedenen Produktionszweige bezeichnen kann. (155 a)

Unter den indirekten Investitionen nehmen diejenigen eine bedeutende Stelle ein, die nötig sind, um in bestimmten Wirtschaftszweigen Arbeitskräfte "freizusetzen", die den neu geschaffenen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden können.

In einer Vollbeschäftigungswirtschaft gibt es nämlich (von der natürlichen Vergrößerung der arbeitenden Bevölkerung abgesehen) keine Masse von Arbeitslosen, keine industrielle Reservearmee, aus der man jedesmal schöpfen könnte, wenn sich die Produktion erweitern soll.

Damit die für den Betrieb eines neuen Unternehmens benötigten Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, muß folglich die Arbeitsproduktivität in bestimmten Wirtschaftszweigen so gesteigert werden, daß die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter ohne Beeinträchtigung der Produktion eingeschränkt werden kann. (156) Diese Steigerung der Arbeitsproduktivität erfordert ebenfalls indirekte Investitionen ("indirekt" in bezug auf die Varianten, die sie erforderlich gemacht haben). Die Höhe dieser Investitionen hängt ab von den Mengen an Arbeitern, die im Rahmen einer Variante beschäftigt werden müssen, und von der "Kapitalintensität" der Zweige, in denen die Arbeitsproduktivität erhöht werden muß (dabei wird es sich in aller Regel um Zweige mit niedriger Kapitalintensität handeln, so daß man mit relativ geringen Investitionen eine relativ große Zahl von Arbeitern "freisetzen" kann). Zu den Investitionen, die zur Bereitstellung der für neue Unternehmen benötigten Arbeitskräfte erforderlich werden, zählen auch die Aufwendungen zur beruflichen Ausbildung dieser Arbeiter. (157)

Anders ausgedrückt: Während es möglich wäre, die Produktion genau im Verhältnis zum Anwachsen der werktätigen Bevölkerung ohne technischen Fortschritt zu steigern (aufgrund einfacher oder erweiterter extensiver Investitionen), erfordert jede Steigerung des Lebensstandards eine Kombination der unterschiedlichen Investitionsformen: einfach extensiv (158), einfach intensiv (159), erweitert extensiv (160), erweitert intensiv (161). Einer der Aspekte bei der Entscheidung zwischen verschiedenen Varianten

ten besteht darin, im Rahmen eines gegebenen Tempos der erweiterten intensiven Reproduktion (162) den Stellenwert für jeden dieser Investitionstypen festzulegen.

7.2 Wie können die Verbindungen zwischen den verschiedenen Investitionen aufgedeckt werden?

Dieser Aspekt des Investitionsproblems ist so komplex, weil zu seiner Lösung die Verbindungen zwischen den verschiedenen Investitionsarten sichtbar gemacht werden müsse. Wie kann man diese Zusammenhänge aufdecken?

In seinem Artikel "Der Nutzeffekt der Investitionen in der sowjetischen Wirtschaft" schlägt Mstislawski eine Methode vor, die es erlauben soll, den Gesamtbetrag der für verschiedene Investitionsvarianten erforderlichen (direkten und indirekten) Investitionen zu berechnen. Aus dieser Rechenmethode glaubt er auch eine Entscheidungsmethode für die Varianten ableiten zu können; aber das ist ein zweiter Schritt, den wir besprechen wollen, nachdem wir die Rechenmethode von Mstislawski dargestellt haben.

Diese Methode besteht darin, daß man von den für jede Variante charakteristischen Betriebskosten zum Betrag der von ihr benötigten indirekten Investitionen gelangt. Um das zu veranschaulichen, ist es am einfachsten, wenn wir ein Beispiel von Mstislawski selbst wählen.

Zwei Varianten, mit denen dieselbe Produktionskapazität erzielt werden kann, sollen folgende Merkmale haben:

	Investitionskosten (in Mio. Rubel)	Jährliche Betriebskosten für eine bestimmte Produktion (in Mio. Rubel)
Variante I	360	180
Variante II	240	195

Nach den bisherigen Überlegungen könnte man sagen, daß sich aus der Mehrinvestition von 120 eine jährliche Einsparung von 15 (163) oder eine Einsparungsrate von 12,5 % ergibt.

Einer solchen Rechnung wirft Mstislawski unter anderem vor, daß sie dem Rahmen eines einzelnen Unternehmens noch zu sehr verhaftet ist, und fährt fort:

"Versuchen wir, den Rahmen eines einzelnen Unternehmens zu verlassen, so müssen wir fragen: Welche Auswirkungen haben die jährlichen

Produktions- und Zirkulationskosten eines bestimmten Unternehmens auf die Gesamtwirtschaft?"

Um diese Frage zu beantworten, zerlegt Mstislawski die Betriebskosten in ihre konkreten Bestandteile, um zu sehen, welchen Investitionen diese Kosten entsprechen.

So ergibt sich im vorigen Beispiel:

Art der Kosten	Variante I Art des Aufwands	Summe (in Mio. Rubel)	Variante II Art des Aufwands	Summe (in Mio. Rubel)
Rohstoff A	Chem. Produkte	30	Landwirtschaftl. Produkte	40
Rohstoff B	Nichteisenhaltige Metalle	20	Eisenerzeugn.	30
Einrichtung	Holz	20	Holz	10
Brennstoff	Kohle	20	Kohle	10
Elektr. Energie	Wasserkraft	10	Heizkraftwerk	20
Löhne		15		30
Abschreibungen und Reparaturen der Ausrüstung		20		25
Abschreibungen und Reparaturen der Gebäude und der Einrichtungen		10		15
Transportkosten	Eisenbahn	35	Schiffahrt	15
Gesamtkosten		180		195

Um von den so aufgegliederten Betriebskosten zu den entsprechenden Investitionskosten zu kommen, muß man wissen, wieviel Investitionen erforderlich sind, um für 20 Millionen Rubel Kohle, für 30 Millionen Rubel chemische Produkte usw. zu produzieren. Das setzt voraus, daß die "Kapitalintensität" der verschiedenen Produktionen bekannt ist, d.h. daß man weiß, wieviel Rubel (direkt oder indirekt) investiert werden müssen, um von diesem oder jenem Produkt eine Jahresproduktion im Wert von 1 Rubel zu erhalten.

Ebenso muß bekannt sein, wieviel investiert werden muß, damit dem be-

treffenden Unternehmen die benötigten Arbeitskräfte (mit der gewünschten Qualifikation) zur Verfügung stehen.

So schätzt Mstislawski, daß pro Rubel Jahreslohn 3 Rubel investiert werden müssen, um nicht qualifizierte Arbeitskräfte aus den Zweigen mit geringer Kapitalintensität (mit Hilfe einfacher intensiver Investitionen) abzu ziehen, und daß zum Freisetzen und zur Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte pro Rubel Jahreslohn 4,5 Rubel investiert werden müssen.

Übrigens ergibt eine Kostenanalyse der Holzproduktion, daß eine Holzproduktion im Wert von 1 Rubel direkte und indirekte Investitionen von 3,1 Rubel erfordert. Zur Produktion von Eisenerz im Wert von 1 Rubel müssen einschließlich Transport 6,54 Rubel direkt und indirekt investiert werden usw.

Es leuchtet ein, daß nur eine sehr weit entwickelte gesellschaftliche Rechnungsführung so zahlreiche, sich mit der Zeit ändernde Daten vereinen kann.

Von solchen Daten ausgehend, gelangt man von der Kenntnis der Betriebskosten zur Errechnung der ihnen entsprechenden indirekten Investitionen. So erhält man beispielsweise nebenstehende Tabelle, die der Analyse von Mstislawski entspricht (sie basiert auf Näherungswerten, die je nach den konkreten nationalen Bedingungen nach oben oder unten abweichen können und dann gesellschaftliche Durchschnittswerte werden). (164)

Aus dieser Tabelle ersieht man, daß die indirekten Investitionen für Variante I 1.205 Millionen, für Variante II 984,5 Millionen Rubel betragen. Die für jede Variante insgesamt erforderlichen Investitionen belaufen sich also auf:

Variante I: $360 + 1.205 = 1.565$ Mio.

Variante II: $240 + 984,5 = 1.224,5$ Mio.

Unter diesen Umständen können mit Variante I für ca. 340 Millionen Rubel zusätzliche Investitionen nur noch 15 Millionen jährlich eingespart werden; das bedeutet eine jährliche Einsparungsrate von 4,7 %.

Wie man sieht, ist die Einsparungsrate jetzt also viel niedriger, als wenn man nur die direkten Investitionen berücksichtigt (in unserem Beispiel liegt sie dann bei 12,5 %); das kann die fällige Entscheidung ernsthaft beeinflussen. Wenn jedoch alle Entscheidungen unter Berücksichtigung der direkten und indirekten Investitionen getroffen werden, sinken alle Einsparungsraten, so daß eine Rate von 4,7 % nicht unbedingt sehr niedrig sein muß.

Damit diese Rechnungsmethode nicht zum bloßen Zahlenspiel wird, sondern die konkreten Bedingungen, unter denen die Investitionen ausgeführt werden, widerspiegelt, ist natürlich der Einsatz zahlreicher Faktoren erforderlich; im besonderen erfüllt sie nur dann vollständig ihren Sinn, wenn sie nicht auf den durchschnittlichen, sondern auf den effektiven "Kapitalintensitäts"-Koeffizienten basiert.

Darüber hinaus scheint es in bezug auf die Arbeitseinsparung, die durch

Art der Kosten	Variante I			Variante II		
	Betriebskosten (in Mio. Rubel)	Kapitalintensität der Produktion	Entsprechende in- direkte Investition- en (in Mio. Rubel)	Betriebskosten (in Mio. Rubel)	Kapitalintensität der Produktion	Entsprechende in- direkte Investition- en (in Mio. Rubel)
Rohstoff A	30	5,3	159	40	3,1	124
Rohstoff B	20	8,2	164	30	5,6	168
Einrichtung	20	3,1	62	10	3,1	31
Brennstoff	20	4,0	80	10	4,0	40
Elektr. Energie	10	8,5	85	20	12,5	250
Löhne: für hoch qualifiz. Arb. u. Angest. für die übrigen Arbeiter	5 10	4,5 3,0	22,5 30	10 20	4,5 3,0	45 60
Abschreibungen und Reparaturen der Ausrüstung	20	6,2	124	25	6,2	155
Abschreibungen und Reparaturen der Gebäude und der Einrichtungen	10	4,1	41	15	4,1	61,5
Transportkosten	35	12,5	437,5	15	10,0	150,0
Gesamtkosten	180		1.205,0	195		984,5

die verschiedenen Varianten möglich wird, daß man, um in der Logik dieser Methode zu bleiben, nicht nur die direkte, sondern ebenso die indirekte Einsparung berücksichtigen müßte. Vor allem dürfte man in den Investitionen, die in den Zweigen mit der geringsten "Kapitalintensität" zur Steigerung der Arbeitsproduktivität vorgenommen werden, damit Arbeitskräfte entbehrt werden können, nicht nur eine "Belastung" sehen, da eben dadurch ja große Arbeitseinsparungen möglich werden, die man zum Vorteil der zugrundeliegenden Variante hinzurechnen müßte. Hier liegt ohne jeden Zweifel ein Problem, das vertieft werden müßte und das Mstislawski nicht erwähnt.

Ganz allgemein untersucht Mstislawski die durch eine Variante ermög-

lichte Arbeitseinsparung auch sonst nicht, weil er annimmt, er könne aus seiner Rechnungsmethode ein neues Entscheidungskriterium für die Investitionsvarianten entwickeln.

7.3 Das Kriterium Investitionseinsparung

Dieses neue Kriterium bestünde in der Investitionseinsparung. Seine Anwendung würde (zumindest in bezug auf die zentral ausgeführten erweiterten intensiven Investitionen in den Produktionsbetrieben der wirtschaftlich fortgeschrittenen Regionen (165)) bedeuten, daß man sich, wenn mehrere Varianten zur Auswahl stehen, für diejenige entscheidet, die ein Minimum an Investitionen einschließlich der indirekten erfordert. Zugunsten des neuen Kriteriums führt Mstislawski folgende Argumente an:

a) Seiner Ansicht nach ist es nicht möglich, einen sofort vorzunehmenden Investitionsaufwand mit Einsparungen zu vergleichen, die im Lauf von 5 oder 10 Jahren erzielt werden (weil man, wie er sagt, nicht "den Spatz in der Hand mit der Taube auf dem Dach vergleichen" kann). Vergleichen lassen sich seiner Meinung nach nur die Investitionen eines bestimmten Zeitraums mit den im gleichen Zeitraum zu tragenden Betriebskosten.

Uns erscheint dieses Argument nicht stichhaltig: Verglichen wird immer der Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit, und eben dieser Aufwand für eine bestimmte Produktion muß auf ein Minimum reduziert werden – und zwar nicht vom gegenwärtigen Standpunkt aus, sondern in der Perspektive mehrerer Jahre, d.h. unter Berücksichtigung der Fortschritte der Arbeitsproduktivität und der Technik, der Anlaufzeit, der Kapitalfestlegungsdauer usw. Übrigens sahen wir, daß Mstislawski bei der Berechnung der Vor- und Nachteile verschiedener Bauzeiten gezwungen ist, die wirtschaftliche Effizienz einer sofort ausgeführten mit der einer später ausgeführten Investition zu vergleichen; und dieser Vergleich basiert auf dem Wachstum der Arbeitsproduktivität (die eine Vermehrung des Nationaleinkommens und der Akkumulation ermöglicht).

b) Den Kritikern, die dem von ihm vorgeschlagenen Kriterium Einseitigkeit vorwerfen (weil es nur die Investitionen berücksichtigt und die Betriebskosten beiseite läßt), glaubt Mstislawski dadurch begegnen zu können, daß der Betrag der Investitionen, so wie er ihn errechnet, ja auch die Höhe der Betriebskosten widerspiegelt.

Im besonderen betont er, daß aus dieser Rechnungsart die wirtschaftliche Bedeutung der Senkung der Aufwendungen für Roh- und Brennstoffe oder für qualifizierte Arbeit hervorgeht, denn eben diese Aufwendungen sind mit großen Investitionen verknüpft.

c) Anschließend argumentiert Mstislawski, daß nach dem Vorliegen der vom Plan vorgeschriebenen Produktionen, die mit dem geringsten Investitionsaufwand hervorgebracht wurden, entsprechend mehr Mittel für

den gesellschaftlichen Akkumulationsfonds (der vom Plan festgesetzt ist und nicht verringert werden darf) verbleiben, um durch intensive Investitionen in denjenigen Zweigen, in denen die Produktivität am leichtesten gesteigert werden kann, das Tempo der erweiterten Produktion zu beschleunigen.

Zu diesen beiden letzten Punkten läßt sich folgendes bemerken:

Einerseits scheint es nicht möglich, alle Betriebsaufwendungen unabhängig von ihrer Geltungsdauer auf einen gemeinsamen Nenner mit den ihnen entsprechenden indirekten Investitionen zu bringen (wenn dem so wäre, könnte man die Betriebsaufwendungen sehr einfach mit den Investitionsaufwendungen vergleichen). Im besonderen hängt die Effizienz einer Investition auch davon ab, ob diese Investition voraussichtlich 5 oder 10 Jahre in Kraft ist; verwendete man das von Mstislawski vorgeschlagene Kriterium, so würde man diese Seite des Problems aus dem Blick verlieren.

Andererseits glaubt Mstislawski, daß das von ihm vorgeschlagene Kriterium zwei wesentliche Vorteile hat:

a) Man soll damit auf zentral durchgeführte Rechnungen und Vergleiche (wie sie bei Vergleich der Einsparungsraten in verschiedenen Zweigen nötig sind) verzichten können, weil man jetzt die Entscheidungen auf der Ebene des einzelnen Unternehmens oder aller Unternehmen zusammen treffen könnte, indem man sich unter verschiedenen Varianten für die entscheidet, welche die geringsten direkten und indirekten Investitionen erfordert.

b) Indem man bei den Investitionen in den Sektoren, deren Produktion gesteigert werden soll, eine größtmögliche Einsparung erzielt, soll man ein Maximum an Mitteln zur Steigerung der Arbeitsproduktivität für diejenigen Zweige zurückbehalten können, in denen sich die Produktion am leichtesten steigern läßt – und dadurch soll letzten Endes die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität auf einen Höchstwert entwickelt werden.

In Wirklichkeit sind diese Vorteile illusorisch.

Eine zentral geplante Wirtschaft ist anderen Wirtschaftsformen unter anderem dadurch überlegen, daß die verschiedenen Verwendungszwecke des Akkumulationsfonds miteinander verglichen werden können, und es ist nicht recht einzusehen, weshalb der Verzicht auf die Nutzung dieser Möglichkeit ein Vorteil sein soll.

Darüber hinaus wird man gerade durch zentrale Vergleiche ermitteln können, auf welche Art und Weise man die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität am meisten erhöht. Nur durch solche Vergleiche wird man nämlich beispielsweise eine Variante mit zu niedriger Einsparungsrate ablehnen können, wenn in Produktionszweigen mit noch relativ geringer Produktivität höhere Einsparungsraten erzielt werden können.

Insgesamt ist, wie der Sowjetökonom A. Prit (166) betont hat, theoretisch keineswegs erwiesen, daß das von Mstislawski vorgeschlagene Kriterium der entscheidenden ökonomischen Forderung genügt: der maximalen Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Dabei bleibt die Frage offen, ob dieses Kriterium nicht in einer bestimmten Zahl von Fällen eine Näherungslösung liefert, so daß es für Investitionen relativ geringer Summen angewendet werden könnte; dadurch könnten auch die Zentralinstanzen von der Last zweitrangiger Entscheidungen befreit werden. Aber diese Frage läßt sich nicht theoretisch beantworten; nur durch eine Reihe von Versuchen ließe sich erkennen, inwieweit Entscheidungen, die aufgrund des Kriteriums der geringsten direkten und indirekten Investitionen getroffen würden, von den Entscheidungen abweichen, die auf der unmittelbaren Untersuchung der maximalen Steigerung der Arbeitsproduktivität durch den Vergleich der Einsparungsraten basieren.

Überblick über das Problem der Investitionen:

Aus der obigen Analyse ergibt sich insgesamt, daß das Problem der Investitionen so konkret wie nur irgend möglich und unter Berücksichtigung aller Merkmale der verschiedenen Varianten sowie ihrer direkten und indirekten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft untersucht werden muß.

7.3.1 Stellung des Kriteriums Wirtschaftlichkeit für Investitionen

Ferner muß betont werden, daß das wirtschaftliche Kriterium Effizienz bei weitem nicht das einzige ist, das in Betracht kommen muß. Wenn die Ausführung unterschiedlicher Varianten unterschiedliche politische und gesellschaftliche Konsequenzen hat, darf keinesfalls von diesen Unterschieden abstrahiert werden, auch wenn sie sich nicht wirtschaftlich messen lassen. Sie können im Gegenteil dazu führen, daß bestimmte Varianten von vornherein ausscheiden, wenn sie nicht die gewünschte gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben. (167) Auch wenn gesellschaftliche oder politische Erwägungen bestimmte Varianten nicht von vornherein ausschließen, können sie doch zur Bevorzugung dieser oder jener Variante führen, wenn deutlich wird, daß der daraus entstehende rein wirtschaftliche "Verlust" im Verhältnis zu den damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Vorteilen minimal ist.

Mit anderen Worten, das Problem der Investitionen läßt sich nicht aus dem politischen Rahmen isolieren, in den es notwendig gestellt ist. Investitionen bilden einen der wichtigsten Hebel des politischen Handelns. Nur mit Hilfe spezifischer Investitionen konnte in der UdSSR erreicht werden, daß die Kollektivformen in der Landwirtschaft siegten, daß die Vorherrschaft und Weiterentwicklung des sozialistischen Eigentums gesichert wurde, daß die Gegensätze von Stadt und Land allmählich verschwinden usw. (168) Ebenso dürfen bei der Anwendung des Kriteriums "Steigerung der Arbeitsproduktivität" nicht die gesellschaftlichen Bedingungen dieser Steigerung vernachlässigt werden; denn die gesellschaftlichen Bedingungen wirken letzten Endes wiederum auf die wirtschaftliche Entwicklung ein. Als bel-

spielsweise in der Sowjetunion die Produktivität der Landwirtschaft gesteigert werden sollte, dürfte die Entwicklung der kapitalistischen Betriebe nicht mit der der Kolchosen auf eine Stufe gestellt werden - auch wenn die ersteren im Augenblick produktiver waren. Politisch war nämlich dem sozialistischen Sektor der Vorrang zu geben (169), und schließlich sind die Entwicklungsmöglichkeiten der Produktivität im Rahmen kapitalistischer Betriebe notwendig ziemlich begrenzt.

7.3.2 Die konkreten Kennzeichen jeder Wirtschaftsperiode

Aus den obigen Überlegungen geht natürlich hervor, daß je nach den konkreten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Merkmalen jeder Periode das Problem der Entscheidung zwischen mehreren Varianten nicht immer in dieselbe Lösung münden wird.

In einer bestimmten Periode sind nämlich die politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten nicht die gleichen wie in der vorhergehenden; es herrschen andere Dringlichkeitsordnungen; die Höhe des Akkumulationsfonds schwankt im Lauf der Zeit; die Möglichkeiten zur Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität in den verschiedenen Zweigen ändern sich mit dem Umfang der in diesen Zweigen bereits durchgeführten Investitionen und mit der Entwicklung der Technik usw.

In dieser Hinsicht muß ein Punkt besonders hervorgehoben werden: Je nachdem, ob die Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte bereits erzielt ist oder erst noch erreicht werden muß, wird das Problem der Investitionen zwangsläufig anders entschieden werden.

Wenn noch Arbeitskraftreserven vorhanden sind, kann der optimale Investitionsertrag anscheinend in aller Regel nur dann erzielt werden, wenn den erweiterten extensiven Investitionen (170) (durch welche die Beschäftigung parallel zur Zahl der investierten Arbeitseinheiten erhöht werden kann) im Verhältnis zu den intensiven Investitionen (die durch die Verringerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zu den investierten Arbeitseinheiten gekennzeichnet ist) ein ausreichender Stellenwert eingeräumt wird. Anderenfalls werden nämlich nicht alle Arbeitskräfte in die Produktion integriert, so daß insgesamt das Verhältnis Produktion / Investitionen möglicherweise nicht so günstig ist, wie wenn die Arbeitsproduktivität weniger rasch gesteigert, dafür aber die Gesamtheit der Arbeitskräfte beschäftigt worden wäre. (171)

Das muß jedoch nicht immer eintreten, da das Sozialprodukt durch intensive Investitionen mehr wachsen kann als durch extensive. In diesem Fall muß der Stellenwert der verschiedenen Investitionsarten zugleich von politischen wie von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt werden. Besonders muß dabei die Tatsache berücksichtigt werden, daß die rasche Steigerung des Sozialprodukts dank intensiver Investitionen im Laufe einer ersten Periode in der nächsten ein Investitionsvolumen ermöglicht, das

so groß ist, daß dann die Arbeitskräfte unter den bestmöglichen Bedingungen beschäftigt werden können. (172)

Wenn man also versuchen will, das Verhältnis Produktion/Investition optimal zu gestalten, darf der Maßstab nicht kurzfristig, sondern er muß in mehrjähriger Perspektive festgelegt werden. Nur in einer solchen Perspektive lassen sich gleichzeitig die volle Verwendung der vorhandenen Produktionsreserven und die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität erreichen.

Wenn jedoch die Vollbeschäftigung erzielt ist, muß der Stellenwert der intensiven und der extensiven Investitionen so festgelegt werden, daß auf der Basis des für die erweiterte Reproduktion festgesetzten Tempos alle Arbeitskräfte nutzbringend beschäftigt werden.

7.3.3 Die verschiedenen Investitionsarten

Um das Problem der Investitionen abzuschließen, muß noch betont werden, daß sich die meisten der obigen Schlußfolgerungen nur auf die zentral ausgeführten, großen laufenden Investitionen im produktiven Sektor der Wirtschaft beziehen.

Einerseits muß unterschieden werden zwischen den Investitionen, die im produktiven Sektor und denen, die im unproduktiven Sektor (173) der Wirtschaft ausgeführt werden (z.B. Wohnungsbau, Bau von Handelsunternehmen, Krankenhäusern, Schulen und anderen öffentlichen Institutionen im unproduktiven Sektor). Hier spielt das Kriterium Arbeitseinsparung nur eine untergeordnete Rolle (174), da der wesentliche Maßstab die Befriedigung der jeweiligen Bedürfnisse ist. Andererseits muß bei den produktiven Investitionen zwischen den zentralen und den dezentralen Investitionen unterschieden werden. Im Interesse der Gesamtwirtschaft muß nämlich bestimmten Unternehmen mehr oder weniger große Autonomie und folglich die Möglichkeit belassen werden, ihre Investitionen relativ autonom (aber im Rahmen des Plans) auszuführen. Diese Dezentralisierung kann übrigens mit einem besonderen Eigentumssystem verknüpft sein (z.B. das Kolchoseneigentum). Natürlich können sich die dezentralisierten Entscheidungen nicht nach denselben Kriterien ausrichten wie die zentral getroffenen; bei ihnen liegt das vorherrschende Kriterium (außer bei ausdrücklichem Verbot durch die Zentrale) darin, daß im Rahmen des autonomen Unternehmens (z.B. der Kolchosa) und nicht der Gesamtgesellschaft eine maximale Effizienz erzielt wird. Im übrigen steht in dem Maß, wie das autonome (oder relativ autonome) Unternehmen sozialistischen Charakter hat, die Effizienz im Rahmen dieses Unternehmens nicht unbedingt im Widerspruch zur Effizienz auf volkswirtschaftlicher Ebene. (175)

Bei den zentralen Investitionen muß man wiederum unterscheiden zwischen solchen, die kleine, und solchen, die große Summen enthalten (wobei klein und groß je nach der konkret vorliegenden Situation definiert

werden muß). Wie wir bereits sagten, erfordern nur die letzteren eine genaue Untersuchung ihrer Effizienz; für die übrigen kann eine annähernde Schätzung ausreichen, da sonst die Gefahr besteht, daß die zur Untersuchung aufgewendete Zeit größer ist als der erzielte Effizienzgewinn. Schließlich lassen sich die Wirtschaftlichkeitsrechnungen, deren Grundsätze wir hier untersucht haben, nur auf "laufende" Investitionen, deren Auswirkungen mit einer gewissen Genauigkeit abzusehen sind (176), und nicht auf die sogenannten "Pionierinvestitionen" (Mstislawski) anwenden. Als Beispiel für solche Investitionen nennt Mstislawski die Aufwendungen im Bereich der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung, vor allem in der Atomphysik. Das besondere Merkmal dieser Investitionen ist, daß ihre wirtschaftliche Effizienz nicht im voraus bekannt ist und sich erst nach einigen Jahren herausstellt.

Auch die Effizienz von Investitionen in wirtschaftlich noch unterentwickelten Gebieten, vor allem als Straßen und Eisenbahnlinien, läßt sich ex ante nicht vollständig abschätzen. Auch sie stellen Pionierinvestitionen dar. Mit diesem Investitionstyp kommen wir zum Problem der Verwendung der natürlichen Ressourcen, zu denen wir nun einige Worte sagen müssen. (176 a)

VII DIE NATÜRLICHEN REICHTÜMER UND DIE WIRTSCHAFTLICHKEITSBERECHNUNG

Wie wir schon andeuteten, ist es nach Ansicht einiger Theoretiker und namentlich von G. Hall unmöglich, eine rationell geplante Wirtschaft aufzubauen, und zwar aus dem Grund, weil sie über keinen "Kapitalmarkt" und damit über keinen Zinssatz verfügt und folglich ihren "Bedarf" an neuen Produktionsmitteln angeblich nicht rationell einschränken kann. Auf den vorangehenden Seiten versuchten wir zu zeigen, daß dieser Einwand gegen die Wirtschaftsplanung nicht stimmt, wenn man die Effizienz der Investitionen und der Kapitalfestlegungen in Rechnung stellt. Für die produzierten Produktionsmittel also haben wir diesen Einwand beseitigt; aber besteht nicht die Gefahr, daß er für die natürlichen Produktionsmittel wieder auftaucht? Und wiegt er hier nicht noch schwerer? Denn wenn man auch auf der Grundlage eines objektiven Wertbegriffs den Wert der produzierten Produktionsmittel berechnen kann - für die Berechnung des Wertes der natürlichen Produktionsmittel hat man keinerlei Werkzeug. Und zwar einfach deshalb nicht, weil diese Produktionsmittel, solange sie ein "Geschenk der Natur" sind, im Rahmen dieses Wertbegriffs keinen immanenten Wert haben.

Um diese Frage zumindest kurz zu beantworten (zu einer ausführlicheren Beantwortung wären zu lange Erörterungen erforderlich), müssen die verschiedenen zu lösenden Probleme isoliert werden, damit aus ihrer Untersuchung das Prinzip der anzuwendenden Lösungen hervorgeht. (177) Allgemein gesehen, kann man zwischen zwei grundsätzlichen Problemkategorien unterscheiden: einerseits die mit der Nutzungsgeschwindigkeit der natürlichen Reichtümer und andererseits die mit der Lokalisation der wirtschaftlichen Tätigkeiten zusammenhängenden Probleme. Die erste Problemkategorie bildet einen speziellen Aspekt des Faktors Zeit, die zweite des Faktors Raum, wobei diese beiden Begriffe, wie wir sehen werden, in einem konkreten Sinn und nicht als abstrakte, inhaltsleere Begriffe verstanden werden müssen.

1. Problem der Nutzungsgeschwindigkeit

Im Rahmen einer Planwirtschaft, in der die verschiedenen Probleme unter gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten und in mehrjähriger Perspektive angegangen werden können, hat das Problem, mit welcher Geschwindigkeit die natürlichen Reichtümer genutzt werden sollen, grundsätzlich zwei Seiten: a) Mit welcher Geschwindigkeit soll diese oder je-

ne Art (Kohle, Erz, Fruchtbarkeit des Bodens usw.) genutzt werden? b) Mit welcher Geschwindigkeit soll dieser oder jener Teil (diese Mine, dieser Wald usw.) genutzt werden?

Auf diese Frage scheint eine Antwort in folgender Richtung möglich:

1.1 Für die verschiedenen Kategorien natürlicher Reichtümer

Allgemein läßt sich sagen, daß sich die Geschwindigkeit, mit der die verschiedenen Kategorien natürlicher Reichtümer genutzt werden, daran orientieren muß, daß deren Bestand maximal verlängert wird, solange sich das mit dem gegenwärtigen Bedarf der Gesellschaft verträgt. Zweifelloso ist diese Formel unbestimmt; aber nur sie ist allgemein genug. Sie läßt sich nur präzisieren, wenn nach der jeweiligen Art der natürlichen Reichtümer und nach der jeweiligen konkreten Situation unterschieden wird.

Bei den Arten der natürlichen Reichtümer kann man unterscheiden zwischen solchen, die unter bestimmten Bedingungen immer verfügbar bleiben ("sich erneuernde"), und solchen, deren verfügbare Menge mit der Zeit abnimmt ("sich nicht erneuernde natürliche Reichtümer"). Der Unterschied zwischen diesen beiden Kategorien ist quantitativ bestimmbar und hat oft praktische Bedeutung.

1.1.1 "Sich erneuernde" natürliche Reichtümer

Als natürliche Reichtümer, die sich unter bestimmten Bedingungen erneuern können, deren jetzige Nutzung also die zukünftige nicht aufs Spiel setzt, kann man vor allem die Nutzung der Antriebskraft von Wasserfällen, die Waldwirtschaft, die Fruchtbarkeit des Bodens anführen. Diese kurze Aufzählung zeigt bereits, wie relativ der Begriff "sich erneuernde natürliche Reichtümer" ist. (178) Die meisten dieser natürlichen Reichtümer können sich nur unter bestimmten historischen und gesellschaftlichen Bedingungen erneuern. Gewiß: Die Antriebskraft der Wasserfälle erneuert sich von selbst, ohne gesellschaftlichen Aufwand, und ihre Nutzung wirft im wesentlichen nur das Problem der dafür erforderlichen vorherigen Investitionen auf (179); aber das ist ein Grenzfall. Damit dagegen die Wälder, die Fruchtbarkeit des Bodens usw. unendlich (vom Standpunkt der menschlichen Gesellschaft aus) zur Verfügung stehen, bedarf es eines konstanten, kalkulierten und immer erneuten gesellschaftlichen Aufwands. Das Abholzen von Wäldern muß durch gleichwertiges Wiederaufforsten ausgeglichen werden; der landwirtschaftliche Anbau, der die Fruchtbarkeit des Bodens mindert, muß durch die Bemühung kompensiert werden, diese Fruchtbarkeit zu erneuern und evtl. zu steigern. Grundsätzlich muß sich die Geschwindigkeit der Nutzung derjenigen natürlichen Reichtümer, zu deren Erneuerung ein gesellschaftlicher Auf-

wand erforderlich ist, danach richten, daß diese Reichtümer bei Dekkung des aktuellen Bedarfs auf ihrem Stand gehalten werden.

Im Verhältnis zu den verfügbaren gesellschaftlichen Mitteln und zu den übrigen Bedürfnissen, die durch sie befriedigt werden sollen, darf diese Geschwindigkeit also keinen übertriebenen Erneuerungsaufwand erfordern.

Der Plan wird also in der Regel ein Nutzungstempo der sich erneuernden natürlichen Reichtümer festlegen, das ihre Aufrechterhaltung und evtl. ihre Expansion (wenn diese Expansion voraussichtlich zur Deckung des künftigen Bedarfs nötig ist) garantiert.

Die Kosten für die Erneuerung der Naturkräfte bilden einen Bestandteil der gesellschaftlichen Kosten derjenigen Gegenstände, zu deren Produktion diese "Kräfte" benutzt werden; grundsätzlich müssen diese Kosten in den Preis für den betreffenden Gegenstand eingehen. Und eben dadurch wird der entsprechende gesellschaftliche Bedarf verringert, da sich darin die Last der Nutzung dieses oder jenes natürlichen Reichtums für die Gesellschaft ausdrückt. (180)

Die systematische Bestimmung kommender Bedürfnisse und die regelmäßige Bemühung, ihre Befriedigung zu gewährleisten, entstammen der für die Planwirtschaft geltenden Forderung, eine gesamtwirtschaftliche "Rentabilität" in mehrjähriger Perspektive anzustreben. Auch hierin steht die Planwirtschaft im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft, die für den individuellen Profit und ohne langfristige Perspektive arbeitet. (181)

Wie wir schon weiter oben sagten, muß der Plan dafür sorgen, daß in einem gegebenen Zeitpunkt nur so viel zur Erneuerung der Naturkräfte aufgewendet wird, wie mit dem gegenwärtigen Bedarf der Gesellschaft vereinbar ist.

1.1.2 "Sich nicht erneuernde" natürliche Reichtümer

Auch hier muß hervorgehoben werden, wie relativ die Unterscheidung zwischen "sich erneuernden" und "sich nicht erneuernden" natürlichen Reichtümern ist. Theoretisch könnte man nämlich alle Erzvorkommen als sich nicht erneuernde natürliche Reichtümer ansehen, da die Ausbeutung dieser Vorkommen zu ihrer Erschöpfung führt. In der Praxis jedoch können die Stoffe, die nicht "selten" sind (die man also nach den vorliegenden oder voraussichtlichen geologischen Kenntnissen über mehrere Generationen im Tempo des Bedarfs gewinnen kann, ohne daß abzusehen ist, daß sich die Vorkommen erschöpfen), wie sich erneuernde natürliche Reichtümer genutzt werden. Das bedeutet, daß man parallel zur Gewinnung dieser Substanzen systematisch nach neuen Vorkommen forschen und neue Schürfstätten in Betrieb nehmen muß. Darüber hinaus bedeutet das, daß die Kosten für die Forschung und die Investitionskosten für die neuen Schürfstätten in den Preis der laufenden Produkte eingehen müssen, um den danach bestehenden gesellschaftlichen Bedarf einzuschränken.

Falls die Gewinnungskosten rasch ansteigen, wird man auch das bei der Festsetzung des jetzigen Preises berücksichtigen können.

Das Nutzungstempo der "seltenen" Stoffe, d.h. der Stoffe, bei denen sich absehen läßt, daß die beim gegenwärtigen Stand der Technik praktisch ausbeutbaren Vorkommen demnächst erschöpft sind, muß niedriger gehalten werden, als es der laufenden Bedarfsdeckung entspricht; diese Nutzung ist so lange hinauszuziehen, bis Ersatzprodukte geliefert werden können. Die eingeschränkte Nutzung dieser "seltenen" Substanzen muß vom Plan festgelegt werden, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Fälle, in denen sie am effizientesten sind, d.h. eine maximale Arbeitseinsparung ermöglichen.

1.2 Für die verschiedenen Teilbestände eines gegebenen natürlichen Reichtums

Wir treffen hier auf ein Problem mit sehr unterschiedlichen Aspekten. Es läßt sich sehr häufig nur unter Einbeziehung zahlreicher technischer Überlegungen lösen; wir werden uns also auf allgemeine Hinweise beschränken.

Vor allem ändern muß versucht werden, die durchschnittlichen Nutzungskosten einer bestimmten Art von Naturschätzen durch geeignete Kombination der verschiedenen Quellen für diese Substanz langfristig möglichst niedrig zu halten. Das bedeutet beispielsweise für die Ausbeutung von Erzlagern, daß es wirtschaftlich nicht günstig sein kann, sich auf die "produktivsten" Lager zu konzentrieren; dadurch ergäben sich zweifellos die niedrigsten momentanen Kosten, die aber später rasch steigen würden. Es erscheint hier vorteilhaft, den Stellenwert der ausgebeuteten gegen denjenigen Vorkommen abzuwägen, die in jedem Fall in einem kommenden Zeitraum genutzt werden müssen. (182)

Dieser Grundsatz hat natürlich nur allgemeine Bedeutung. Besteht also Grund zur Annahme, daß die Technik nach einer bestimmten Zeit so weit fortgeschritten ist, daß der heute noch unrationelle Abbau eines Erzlagers dann Vorteile bringt, so ist es angebracht, die Nutzung dieses Vorkommens für einen späteren Zeitpunkt zurückzustellen. Und wenn in der jetzigen Periode ein Höchstmaß an Arbeitskräften und Investitionsfonds eingesetzt werden muß, um z.B. eine große Industriebasis aufzubauen, muß man während dieser Bauzeit mit Vorrang die produktivsten Erzvorkommen nutzen. Hier muß das Problem der Entwicklungszeiten mit seiner politischen Bedeutung in den Vordergrund gestellt werden.

Wenn aber für die verschiedenen Naturschätze festgelegt ist, auf welche einzelnen Quellen man zurückgreift, z.B. welche Erzvorkommen man ausbeutet, muß noch die Nutzungsgeschwindigkeit für dieses Vorkommen festgesetzt werden.

Die Lösung dieses zweiten Problems hängt einerseits vom Umfang des

zu deckenden Bedarfs und andererseits von der rationellen Nutzung der mit der Ausbeutung jedes einzelnen Vorkommens verknüpften (direkten und indirekten) Investitionen ab. Einerseits muß das Schürftempo so festgesetzt werden, daß damit auf der Grundlage der angewandten Technik die geringsten Förderkosten erzielt werden. Andererseits muß die Art der ausgeführten Investitionen es ermöglichen, daß die wirtschaftlich mögliche Nutzungsdauer der eingesetzten Produktionsmittel so weit wie möglich mit dem Zeitraum zusammenfällt, in dem das Erzvorkommen abgebaut werden wird (183) - außer es ist eine anderweitige spätere Verwendung dieser Produktionsmittel vorgesehen.

2. Das Standortproblem (184)

Die Verteilung der wirtschaftlichen Tätigkeiten im Raum wirft so viele und so komplexe Probleme auf, daß wir hier nur einige besonders wichtige Einzelaspekte untersuchen können.

2.1 Bebaubarer Boden

Betrachten wir zuerst das Problem des bebaubaren Bodens; Hier muß im Rahmen einer Planwirtschaft nach derjenigen Nutzung gesucht werden, durch die sich die gesamte gewünschte landwirtschaftliche Produktion mit dem - insgesamt - geringsten Arbeitsaufwand unter Berücksichtigung der verfügbaren Produktionsmittel erhalten läßt.

Dieser Grundsatz bedeutet: Es muß angestrebt werden, jeden Grund und Boden der Nutzung zuzuführen, für die er relativ am günstigsten liegt. Dabei müssen natürlich die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Wechselwirtschaft, die zur Erhaltung der Fruchtbarkeit der Böden nötig ist, respektiert werden.

So wird man den gesamten bebaubaren Grund und Boden (185) nach der Gesamtzahl der (direkten oder indirekten) Arbeitseinheiten (186) einteilen, die auf ihm angewendet werden müssen, um eine bestimmte Menge des jeweiligen Produkts zu erhalten; und jede Bodeneinheit wird der Nutzung zugeführt, für die sie - unter Berücksichtigung der kombinierten Wirkung der verschiedenen Nutzungen (187) - am besten geeignet ist. (188) Das Problem der Einteilung der Ländereien nach ihren technischen und wirtschaftlichen Merkmalen (Entfernungen dieser Ländereien vom Gebrauchsort ihrer Produkte) und das Problem ihrer optimalen Nutzung sind übrigens in der UdSSR und in den Volksdemokratien Gegenstand einer neuen, sich rasch entwickelnden wissenschaftlichen Disziplin, der Geonomie.

Natürlich kann man sich zu Anfang damit begnügen, das Problem der optimalen Landnutzung durch große Landwirtschaftsregionen zu lösen: Die Mengen der verschiedenen Produkte, die jede Region zu liefern hat, wer-

den festgesetzt; aber es bleibt den Betriebseinheiten jeder Region überlassen, die Verwendung der Ländereien, deren Nutzung ihnen zukommt, so aufzuteilen, daß die Produkte, die jede von ihnen laut Plan liefern muß, mit dem geringstmöglichen Arbeitsaufwand erhalten werden. (189)

2.2 Konkurrierende Nutzung des gleichen Bodens

Die Frage der optimalen Nutzung der bebaubaren Ländereien führt zum Problem der konkurrierenden Nutzung desselben Bodens. Aber dabei handelt es sich noch um einen relativ einfachen Aspekt dieses Problems: Die unterschiedlichen landwirtschaftlichen Verwendungen desselben Bodens drücken sich im wesentlichen als Unterschiede zwischen den laufenden Arbeitsaufwendungen und nicht grundsätzlich als mehr oder weniger großer Investitionsaufwand aus, wie er beim allgemeinen Problem der möglichen unterschiedlichen (landwirtschaftlichen oder nicht landwirtschaftlichen) Nutzungen desselben Bodens auftritt.

Nehmen wir ein Beispiel. Es soll ein Kanal gebaut werden, der eine landwirtschaftliche Region durchqueren muß, für den aber zwei Trassen in Frage kommen: die eine, kürzere, führt über gutes Land, während die andere, längere, über Ländereien von schlechterer Qualität führt. Welche der beiden Trassen soll gewählt werden?

Zur Beantwortung dieser Frage muß man natürlich einerseits die unterschiedlichen Betriebskosten für beide Trassen aufgrund des Längenunterschieds in Rechnung stellen; sie lassen sich auf der Grundlage von Vorausschätzungen des Verkehrs, für den der Kanal bestimmt ist, berechnen. Andererseits muß man die voraussichtliche Differenz der landwirtschaftlichen Betriebskosten in Rechnung stellen, die aus folgender Tatsache resultiert: Wenn für den Kanal gute Ländereien aufgegeben werden und der landwirtschaftliche Ertrag, den sie hätten erbringen können, jetzt von anderen, weniger fruchtbaren Ländereien geliefert werden muß, ist dafür ein größerer Arbeitsaufwand erforderlich. Aus der Differenz zwischen den verschiedenen Mehraufwendungen ergibt sich, welcher Kanalverlauf günstiger ist.

Läßt man also den Kanal über die längere Strecke laufen, so ergibt sich beispielsweise

Beispiel 1: ein jährlicher zusätzlicher Betriebsaufwand für den Kanal (Transport und Instandhaltung) von 10.000, während die durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der besseren Böden (die bei der längeren Trasse ja für die Landwirtschaft erhalten bleiben) erzielte jährliche Einsparung nur 5.000 beträgt. In diesem Beispiel führt der längere Kanal zu einem jährlichen Nettoverlust von 5.000; er muß abgelehnt werden, weil er durch eine größere Länge größere Investitionskosten verursacht, ohne insgesamt Gewinn zu bringen.

Beispiel 2: Der längere Kanalverlauf wird gewählt, und die jährlichen zusätzlichen Betriebsaufwendungen für den Kanal sind geringer als

die jährliche Einsparung, die dadurch erzielt wird, daß der bessere Boden für die Landwirtschaft erhalten bleibt. Zum Beispiel beträgt der Mehraufwand 5.000, während aufgrund der landwirtschaftlichen Nutzung der besseren Ländereien eine jährliche Einsparung von 10.000 möglich ist. In diesem Fall kann man die Wahl der längeren Trasse ins Auge fassen, da man damit auf die Gesamtsumme der jährlichen Betriebskosten eine Nettoeinsparung von 5.000 erzielen kann. Jedoch darf eine solche Entscheidung nur getroffen werden, wenn der zusätzliche Investitionsaufwand für den längeren Kanal nicht die übrigen Investitionsziele beeinträchtigt und wenn mit dem erforderlichen Betrag nicht bei anderweitiger Investition eine größere Einsparung als 5.000 pro Jahr erzielt werden kann. Das bedeutet, daß die längere Trasse nur dann von Vorteil ist, wenn die Einsparungsrate, die aus der für diese Trasse erforderlichen Mehrinvestition entsteht, groß genug ist.

Das hier vorliegende Problem ist also letzten Endes das der Entscheidung zwischen mehreren Investitionsvarianten. Es ist im übrigen klar, daß ein Problem dieser Art nur in sehr langfristiger Perspektive untersucht werden darf. Es reicht daher nicht aus, die landwirtschaftlichen Betriebskosten und Transportkosten, wie sie in den ersten zwei oder drei Jahren nach Inbetriebnahme des Kanals vorliegen werden, zu schätzen; vielmehr muß versucht werden, die langfristige Entwicklung dieser Kosten zu schätzen, denn es besteht die Möglichkeit, daß das kurzfristige Vorteilhafte langfristig nachteilhaft ist. So wächst der jährliche Mehraufwand für den Transport parallel zum Umfang des Verkehrs, während sich die Arbeitseinsparung, die durch die besseren Ländereien ermöglicht wird, evtl. mit dem Wachstum der Arbeitsproduktivität verringert. In diesem Fall kann der jährliche Nettogewinn durch einen jährlichen Nettoverlust abgelöst werden, so daß die Mehrinvestition für eine längere Trasse letzten Endes wirtschaftlich nachteilig sein kann.

Die eben angedeuteten Überlegungen können für alle möglichen Verwendungszwecke von Grund und Boden gelten: für Straßenbau, Häuserbau, Flughäfen usw.

2.3 Standortprobleme der Unternehmen

Das Problem des Standorts der Unternehmen ist zweifellos zugleich eines der am schwersten zu lösenden und eines, daß im Kapitalismus wirtschaftlich und menschlich am schlechtesten gelöst ist.

Zu Anfang muß zwischen zwei Extremfällen unterschieden werden, nämlich zwischen der Erschließung eines dünnbevölkerten und schlecht ausgestatteten Gebiets und der Entwicklung eines schon bevölkerten und ausgerüsteten Gebiets.

Im ersten Fall muß untersucht werden, welche Produktionen dieses Gebiet unter den günstigsten Bedingungen liefern kann und wie diese Produktionen verteilt werden müssen, damit die Arbeitskosten möglichst niedrig

liegen. Wie die Unternehmen und folglich die Bevölkerung zu verteilen sind, hängt zugleich von der Lage der Naturschätze und von den geographischen sowie klimatischen Gegebenheiten ab. Die nicht unmittelbar bodengebundene Aktivitäten können in den Teilen des Gebiets angesiedelt werden, in denen es sich am besten wohnen läßt. Das gesamte Transportnetz muß in Abhängigkeit von dieser Bevölkerungsverteilung entwickelt werden.

Im zweiten Fall geht man von der gegebenen Verteilung der Bevölkerung und Ausrüstung aus; hier sind zwei Arten von Aufgaben zu lösen: Zuerst muß – nicht nur auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, sondern auch im Rahmen jeder Region – eine Vollbeschäftigungsstruktur aufgebaut werden. Das bedeutet, daß man die Ansiedlung von Unternehmen aufgrund "natürlicher" Faktoren (Bodenschätze, Art der Böden und des Ackerbaus, Klima usw.) mit der Ansiedlung aufgrund der historischen und gesellschaftlichen Faktoren – jeweilige Bevölkerungsstruktur, Verbindungswege usw. – in den verschiedenen Regionen kombinieren muß. Hier spielen die eigentlichen politischen Erwägungen eine wichtige Rolle, und zwar vor allem bei der Industrialisierung der landwirtschaftlichen oder – im Falle einer kapitalistischen Einkreisung – der strategisch geschützten Regionen.

Im allgemeinen müssen in den verschiedenen Regionen diejenigen Aktivitäten gefördert werden, für die die Regionen relativ am günstigsten liegen, so daß das Sozialprodukt insgesamt mit den geringsten Arbeitskosten erhalten werden kann.

Nach der ersten Aufgabe oder parallel dazu muß erforderlichenfalls eine geographische Umverteilung der Aktivitäten und der Bevölkerung eingeleitet werden, die unter wirtschaftlichen, politischen und menschlichen Gesichtspunkten mehr befriedigt als die bestehende Verteilung. Hier stellen sich die verschiedensten Probleme: allmähliche Verringerung der Bevölkerung in den überbevölkerten Städten, Umgruppierungen der Bevölkerung von Ortschaften, die zu klein sind, um in den Genuß der Vorzüge des Stadtlebens zu kommen, Neubevölkerung bestimmter Regionen, die klimatische Vorteile aufweisen und deren wirtschaftliche Möglichkeiten ausgebaut werden könnten, usw.

Natürlich müssen bei der Festlegung der Aktivitäten jeder Region oder jedes Ortes diejenigen ausgesucht werden, welche am meisten zur Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität beitragen.

Wenn die Effizienz einer Investition nach dem Ort, an dem sie ausgeführt werden soll, bewertet wird, ist es besonders wichtig, die mit den verschiedenen Investitionen verknüpften indirekten Ausgaben in Rechnung zu stellen; im Kapitalismus ist das nicht der Fall.

So könnte es vorteilhaft erscheinen, ein bestimmtes Unternehmen an einem bestimmten Ort zu errichten, weil es dann mit besonders niedrigen Betriebskosten arbeiten würde (und diese Überlegung könnte im kapitalistischen Rahmen entscheidend sein). Würde man jedoch die zusätzlichen Arbeitskräfte berücksichtigen, die an diesem Ort ansässig werden müs-

ten, damit das Unternehmen arbeiten kann, d.h. würde man auch in Rechnung stellen, daß zusätzliche Summen investiert werden müssen, um diese Arbeitskräfte und ihre Familien unterzubringen, um ihnen die öffentlichen Dienstleistungen wie Schulen, Krankenhäuser, Kinos, Theater usw. zur Verfügung zu stellen, die an einem anderen Ort schon vorhanden sind oder weniger stark hätten ausgebaut werden müssen – so würde man nur zu oft sehen, daß die Kostensenkung durch die Wahl eines bestimmten Ortes in keinem Verhältnis zu den gesamten Mehrinvestitionen steht.

Auch hier sehen wir deutlich, wie das Problem der Verwertung der Naturkräfte und der Lokalisation der Unternehmen im Rahmen einer Planwirtschaft unter gesellschaftlichen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen und menschlichen Auswirkungen der verschiedenen Entscheidungen betrachtet werden muß.

Beim allgemeinen Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts werden wir sehen, wie nötig es ist, diese Frage auf der Ebene des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens insgesamt aufzuwerfen.

VIII DAS PROBLEM DES ÖKONOMISCHEN GLEICHGEWICHTS ALLGEMEIN

Das Problem eines geplanten Gleichgewichts von Produktion und Konsumtion wird in einem theoretischen Bezugsrahmen erörtert werden, dessen wesentliche Merkmale wir zunächst darstellen wollen.

1. Der Bezugsrahmen, in dem sich das Problem eines geplanten ökonomischen Gleichgewichts stellt

Das Problem, dessen Lösung wir in diesem wie in den nächsten Kapiteln suchen werden, ist das des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts, wobei wir annehmen, daß die Fragen der Preisplanung und Bedarfsbestimmung in Übereinstimmung mit den Hinweisen der vorigen Kapitel gelöst sind.

Wie die wirtschaftliche Analyse zeigt, setzt die Lösung des Gleichgewichtsproblems voraus, daß das für jede Periode charakteristische Volumen der Einkommen sowie das Volumen der Produktionsmittelproduktion und das der Konsumgüterproduktion in Erwägung gezogen werden. Die sowjetischen Planungstheoretiker haben die Notwendigkeit hervorgehoben, bei der Lösung des allgemeinen Problems des wirtschaftlichen Gleichgewichts auf die von Marx im "Kapital" entwickelten ökonomischen Schemata zurückzugreifen. Es zeigt sich nämlich, daß sich die Fakten des allgemeinen Problems des wirtschaftlichen Gleichgewichts im Rahmen dieser Schemata am besten fassen lassen.

Die Schemata basieren auf einer Anzahl von Grundbegriffen, ohne die eine Lösung des Problems des allgemeinen Gleichgewichts (190) unmöglich erscheint; wir werden dazu einige Worte sagen.

1.1 Die beiden Produktionsabteilungen

Der erste dieser Begriffe betrifft die Unterscheidung zwischen den zwei Abteilungen der Produktion: der Produktionsmittelproduktion (Abteilung I) und der Konsumgüterproduktion (Abteilung II). Diese Unterscheidung beruht nicht auf der Natur der Produkte, sondern auf ihrem Verwendungszweck. So produziert der Steinkohlenbergbau einerseits – für den Prozentsatz seiner Produktion, der für die Verwendung durch andere Unternehmen bestimmt ist – Produktionsmittel und andererseits – für den Prozentsatz seiner Produktion, der für die unmittelbare individuelle Konsumtion bestimmt ist – Konsumgüter. Die Unterscheidung

zwischen den beiden Abteilungen bildet die Grundlage der sowjetischen Planungstheorie und Planungspraxis. Ergänzend können wir bemerken, daß die meisten modernen Wirtschaftstheorien bei der Behandlung des Gleichgewichtsproblems diese Unterscheidung berücksichtigen müssen; das trifft ganz besonders auf die Krisentheorien zu.

1.2 Die Produktionsperiode

Einen zweiten Begriff bildet die Produktionsperiode. Die Berechnungen von Produktion und Konsumtion müssen nämlich in einen zeitlichen Rahmen gestellt werden. Bei solchen Rechnungen handelt es sich immer um in einem bestimmten Zeitraum verwirklichte Produktionen und Konsumtionen; während dieses Zeitraums oder dieser Periode muß, statisch gesehen, das wirtschaftliche Gleichgewicht erhalten bleiben, und an seinem Ende müssen die Bedingungen für ein neues Gleichgewicht – in einer neuen Periode – gegeben sein. In einer Planwirtschaft bildet eine solche Produktionsperiode eine Planungsperiode. In der Praxis mußte, wie wir gesehen haben, in der UdSSR eine Art "Überlagerung" von Planungsperioden angesetzt werden – die längsten sind die Fünfjahresperioden, die kürzesten (in den nationalen Wirtschaftsplänen) die Vierteljahresperioden, die mittleren, die von grundlegender Bedeutung sind, die Jahresperioden.

Die Produktionsperiode ist wohlgemerkt immer der abstrakte Zeitraum, in dem eine bestimmte Produktion in einer im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft verbraucht werden kann. Das typische Beispiel für eine Produktionsperiode liefert die Landwirtschaft. In der Landwirtschaft ist die Produktionsperiode das Jahr, da die Produzenten ein Jahr lang von der Ernte der vorhergehenden Periode leben müssen, bevor sie über die Ergebnisse ihrer Arbeit im laufenden Jahr verfügen können. In der Industrie sind die Produktionsperioden entweder kürzer oder länger. Auch kennt die Wirklichkeit nur ein Wirrwar von Produktionsperioden. Und um die unüberwindlichen Schwierigkeiten zu vermeiden, auf die man stoßen würde, wollte man diesen Wirrwar in Rechnung stellen, muß man die Planungsperioden sich überlagern lassen. Vor allem bei der dynamischen Betrachtung werden wir die Bedeutung dieser Handlungsweise erfassen. Es ist bezeichnend, daß die moderne bürgerliche Theorie, auch wenn sie sich überhaupt nicht mit Planung befaßt, die Bedeutung des Begriffs Wirtschaftsperiode (191) (der zahlreichen Krisentheorien zugrunde liegt) hervorheben müssen. So müssen die modernen Theoretiker vor allem von "Umlaufperiode" (dieser Begriff wurde von Keynes und Robertson in bezug auf das Geld entwickelt) (192), von "Transaktionszeit" (193) usw. sprechen. Der Begriff Produktionsperiode wurde vor allem von Alf Johanson in seinem Buch "Lönentvecklingen och arbetslösheten", Stockholm 1931, präzisiert, dessen Auffassung ansonsten von der unseren abweicht. Um auf den Begriff Produktionsperiode im Rahmen der Planung zurückzu-

kommen, muß einerseits die Bedeutung des Jahres als Produktionsperiode (aufgrund der Rolle, die die Landwirtschaft immer spielt) und andererseits die Tatsache hervorgehoben werden, daß die Planungsperiode vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus auch die Umlaufperiode der fertigen Produkte umfaßt, da die Produkte ja erst am Ende der Umlaufzeit effektiv der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Der Begriff Produktionsperiode erscheint als ein Aspekt der Berücksichtigung des Faktors Zeit in der Planungsarbeit.

1.3 Grundlagen der gesellschaftlichen Rechnungsführung

Ein dritter, äußerst wichtiger Punkt bezieht sich auf die Rechnungsführung über Produktion und Konsumtion im Rahmen der Schemata, die wir untersuchen müssen. Aus den bereits dargelegten Gründen muß sich diese Rechnungsführung auf einen objektiven Wertbegriff stützen. Die Praxis zeigt in Gestalt der sowjetischen Erfahrung, daß das Gosplan bei seiner Planungsarbeit die Preisschwankungen auf dem realen Markt ausklammern mußte. Das zeigte sich in der sowjetischen Rechnungsführung und in Statistiken, die von 1926 bis 1927 in *Festpreisen* erstellt wurden.

Die nähere Betrachtung offenbart, daß sich Produktion und Konsumtion – vor allem für eine längere Periode – nur berechnen lassen, wenn man die Preisschwankungen nicht berücksichtigt. Die künstliche Vernachlässigung von Schwankungen durch eine Rechnungsführung in "Festpreisen" hat jedoch den Nachteil, daß sich die Rechnung auf Preisverhältnisse bezieht, die nur für einen bestimmten Augenblick und danach nicht mehr Geltung haben. Dieser Nachteil wiegt besonders schwer angesichts größerer Veränderungen der Arbeitsproduktivität (da diese Veränderungen den jeweiligen Wert der verschiedenen Produkte beeinflussen können). Die rationellste Methode stellt die direkte Berechnung in Wert, daß heißt in gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit dar; solange das aber nicht praktikabel ist, kann man sie durch eine Berechnung in Festpreisen ersetzen.

Das ist der Bezugsrahmen, in den sich das Problem eines geplanten wirtschaftlichen Gleichgewichts stellen läßt. Wir müssen nun mit einigen Worten sagen, wie sich das Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts in seinem allgemeinsten Aspekt darbietet.

2. Allgemeine Darstellung des Problems des ökonomischen Gleichgewichts

Das Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts liegt auf zwei Ebenen vor:

Erstens unter dem Aspekt des Gleichgewichts zwischen Produktion und

Konsumtion. Hier sieht man bei näherer Betrachtung übrigens, daß dieser Aspekt je nachdem verschieden ist, ob man ihn statisch oder in der Bewegung betrachtet. Ferner erkennt man, daß dies nicht der wichtigere Aspekt des Problems des wirtschaftlichen Gleichgewichts ist. Der wichtigere Aspekt tritt auf einer zweiten Ebene auf, bei der Betrachtung des Gleichgewichts zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf. In einer Planwirtschaft kann nämlich ebenso wie in jeder anderen Wirtschaftsform ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion vorliegen, ohne daß damit auch das Gleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf hergestellt ist. Und zwar auch dann, wenn die verschiedenen Produkte zu ihrem Wert verkauft werden. Um das zu verstehen, muß man sich nur vorstellen, daß nicht alle Produktionskräfte, die genutzt werden könnten, auch effektiv genutzt werden. Unter seinem allgemeinsten Aspekt beruht das Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts also auf dem der vollständigen Verwendung der Produktionskräfte.

Ist diese nicht verwirklicht, so kann der gesellschaftliche Bedarf nicht gedeckt werden; denn der gesellschaftliche Bedarf ist per definitionem der, den die Gesellschaft decken kann, und es leuchtet ein, daß die Wirtschaft bei ungenutzten Produktivkräften den Bedarf nur zu einem geringeren Ausmaß decken kann, als es die Produktionsmöglichkeiten gestatten würden. Die vollständige Verwendung der Produktionskräfte ist also nicht nur die Bedingung für ein wirtschaftliches Gleichgewicht auf der Produktionsseite, sie ist auch die Bedingung für ein wirtschaftliches Gleichgewicht in seiner tiefsten Bedeutung; daher müssen wir diesen Aspekt zuerst, noch vor dem Problem des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion, untersuchen.

3. Optimale Verwendung, Gleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf

Auf den ersten Blick trifft das Problem der vollständigen Verwendung für alle "Produktionsfaktoren" zu: für die Arbeitskraft, die produzierten Produktionsmittel, die Naturkräfte und -schätze. Das ist jedoch nur scheinbar so. Dies läßt sich besonders klar sehen, wenn wir die Naturkräfte und -schätze betrachten.

3.1 Das Problem der optimalen Verwendung der Naturkräfte und der natürlichen Reichtümer

Eine vollständige Verwendung der Naturkräfte und -schätze kann es nicht geben, da ihr Vorkommen ja praktisch unbegrenzt ist, während ihre Verwendung immer durch die in einem bestimmten Zeitpunkt verfügbare Menge an Arbeitskraft und Arbeitsmitteln begrenzt ist (dies übrigens ist ein

besonders wichtiger Aspekt der "Knappheit" der Arbeit).

3.1.1 Naturkräfte

Betrachten wir die vom Menschen nutzbaren Naturkräfte, d.h. die Energiequellen näher, so sehen wir, daß sie letzten Endes von dreierlei Art sind: Sonnenenergie, Schwerkraft und Atomenergie. Die **S o n n e n e n e r g i e** läßt sich entweder dank der Chlorophyll-Assimilation, durch die der Kohlenstoffzyklus geschlossen und Kohlenstoffatome aus Kohlendioxyd wiedergebildet werden können, oder dank der durch sie hervorgerufenen meteorologischen Erscheinungen wirtschaftlich nutzen. Die Chlorophyll-Assimilation ergibt zwei Energiequellen: die Energie, die sich jährlich durch die Vegetation erneuert und entweder in Form von Holz oder in Form verschiedener Produkte wie pflanzliche Öle, Zucker, Alkohol usw. vorliegt; und dann die "gespelcherte" Energie in Mineralvorkommen, die in früheren geologischen Zeitaltern durch den Zerfall organischer Substanzen entstanden (Steinkohle, Braunkohle, Erdöl usw.). Die meteorologischen Erscheinungen sind entweder direkt wie beim Wind (Windmühlen, Windmotoren) oder indirekt durch die dadurch hervorgerufenen Wasserbewegungen (Regen und Wasserfälle) nutzbar; am wichtigsten ist zur Zeit die indirekte Nutzung.

Die **S c h w e r k r a f t** manifestiert sich in den Gezeiten, und bekanntlich werden Versuche unternommen, Ebbe und Flut zur Erzeugung elektrischer Energie zu nutzen.

Als letztes scheint die **A t o m e n e r g i e** eine in Zukunft besonders wichtige Energiequelle zu sein. Leider sind ihre friedlichen Anwendungsmöglichkeiten noch sehr begrenzt. Die Sowjetunion hat jedoch bereits einen Weg zu einer solchen Nutzung gewiesen, indem sie sich der Gewalt der Atomexplosion bediente, um den Lauf einiger Flüsse zu verändern und dadurch wüstenähnliche Landstriche bebaubar und bewohnbar zu machen.

3.1.2 Verwertung der Naturkräfte und natürlichen Reichtümer, Arbeitsaufwand

Die Nutzung der Energiequellen setzt immer einen Arbeitsaufwand voraus. Er findet einerseits vor der Nutzung dieser Quellen (Bohrungen, Bau von Dämmen und Turbinen, Herstellung von Werkzeug und andererseits parallel dazu statt (Schürf-, Feld-, Instandhaltungsarbeiten usw.). Mit anderen Worten: Welcher Naturkräfte man sich auch bedienen will - ihre Nutzung ist immer durch die verfügbare Arbeitsmenge begrenzt. Für die sogenannten "Naturschätze" (Qualität der Böden, Erzvorkommen usw.) gilt die gleiche Überlegung.

3.1.3 Engerer Sinn des Begriffs "optimale Verwendung der Naturkräfte und der natürlichen Reichtümer"

Daher ist der Gedanke einer vollständigen Verwertung der Naturkräfte und -schätze absolut sinnlos; der einzig sinnvolle Gedanke ist, sie rationell zu verwerten. Dies ist ein kleineres, teils technisches, teils wirtschaftliches Problem. Es handelt sich dabei um einen besonderen Aspekt der Anwendung von Produktionskennziffern im Einklang mit der ökonomischen Rationalität; aber wie immer auch diese Kennziffern aussehen mögen – es leuchtet ein, daß es immer ungenutzte Naturkräfte und -schätze geben wird.

3.2 Das Problem der optimalen Verwendung der produzierten Produktionsmittel

Das Problem der vollständigen Verwendung der produzierten Produktionsmittel weist zugleich Analogien und Unterschiede zum vorigen Problem auf.

3.2.1 Analoges zum vorigen Problem

Auch die Verwendung der verfügbaren materiellen Arbeitsmittel ist durch die verfügbaren Mengen an Arbeitskraft begrenzt. Jenseits der Grenze der Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte können die noch verfügbaren Arbeitsmittel nicht mehr ausgenutzt werden. So kann es vorkommen, daß Ausrüstung und Maschinen stillstehen, weil es an Arbeitskräften zu ihrer Bedienung fehlt. Unter diesem Gesichtspunkt hat das Problem der vollständigen Verwendung der materiellen Arbeitsmittel nur eine Bedeutung, die auf die Vollbeschäftigung und auf die Wahl von Produktionskennziffern im Einklang mit der ökonomischen Realität beschränkt ist. Jedoch deckt sich das Problem der vollständigen Verwendung der materiellen Produktionsmittel, wie wir sagten, nicht völlig mit dem der vollständigen Verwendung der Naturkräfte und -schätze.

3.2.2 Unterschiede zum vorigen Problem

Die materiellen Produktionsmittel sind nämlich durch Arbeit produzierte Mittel. Und wenn wir nicht von den in einem bestimmten Moment, sondern in einem bestimmten Zeitraum verfügbaren Produktionsmitteln ausgehen, läßt sich leicht erkennen, daß es immer möglich ist, die Produktionsmittelproduktion an die Mengen von Arbeitskräften, die sie in Gang setzen können, anzupassen. So gesehen hat das Problem der vollständigen Verwendung der materiellen Arbeitsmittel praktische Bedeutung;

und zwar für die Anpassung der Produktionsmittelproduktion an das, was die Gesellschaft verwenden oder verbrauchen kann. Das hier vorliegende Problem ist das eines Gleichgewichts zwischen der Produktionsmittelproduktion und der produktiven Konsumtion, einer rationalen Verteilung der Arbeitskräfte auf die Abteilungen I (Produktionsmittel) und II (Konsumgüter). Ohne eine solche rationelle Verteilung kann es zu Überproduktion und dazu kommen, daß ein Teil zumindest momentan nicht verwendet werden kann.

3.3 Die optimale Verwendung der Arbeitskraft

Schließlich sehen wir, daß von all diesen Problemen nur das der Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte reale Bedeutung hat. Diese Behauptung rechtfertigt die Anwendung einer Rechnungsführung, die auf der Arbeitszeit basiert – entsprechend dem Gedanken, daß Arbeit das einzige "Knappheits" ökonomische Element ist. Beginnt man jedoch, sich mit dieser Frage zu befassen, so kann man anfangs den Eindruck haben, hier läge nur ein Scheinproblem vor.

3.3.1 Unbestimmtheit der "Menge der verfügbaren Arbeit"

Nichts scheint nämlich in höherem Ausmaß unbestimmt zu sein als die verfügbare Arbeitsmenge, und zwar aus zwei Gründen: Erstens schwankt selbst bei gleichbleibender Bevölkerung die Zahl der Arbeiter beiderlei Geschlechts je nach der Dauer des Berufslebens, das (wenn man vom Arbeitsausfall durch Unfälle oder Krankheiten absieht) eine Funktion des Alters, in dem der einzelne anfängt zu arbeiten, und des Alters, in dem er aufhört zu arbeiten, ist. Zweitens schwankt auch bei einer gegebenen Arbeitskräftezahl die Menge der verfügbaren Arbeit je nach der (täglichen oder wöchentlichen) Arbeitsdauer. So wäre die Menge der verfügbaren Arbeit auf den ersten Blick extrem variabel, und es ließe sich immer – bei jedem Stand der Wirtschaftsaktivität – eine Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte erreichen, indem im Notfall einfach die Dauer des Berufslebens und die Arbeitsdauer verkürzt werden. Das Problem der Vollbeschäftigung würde sich so zum einfachen Problem der Anpassung von Berufslebensdauer und Arbeitszeit umwandeln. Eben auf diese Art und Weise wurde das Problem am Vorabend der Krise 1929 zu lösen versucht.

3.3.2 Oberflächlicher Charakter dieser Unbestimmtheit

Treibt man die Untersuchung dieser Frage weiter voran, so erkennt man, daß diese Betrachtungsweise oberflächlich ist. Die Dauer des Berufslebens ist nämlich nicht willkürlich. In einer gegebenen Gesellschaft hängt

sie ab vom Stand der Technik und vom Stand der Zivilisation. (194) Und wenn man wirtschaftliche Aktivitäten gewaltsam eliminiert, indem man - unter dem Vorwand, Vollbeschäftigung herzustellen - die Altersgrenzen der Männer oder Frauen, die in Wirklichkeit arbeiten können und wollen, herabsetzt, so verändert man nur die Form der Arbeitslosigkeit und senkt dadurch letzten Endes die Produktion auf einen niedrigeren Stand, als sonst möglich wäre. Es trifft also nicht zu, daß die Zahl der potentiellen Arbeiter eine unbestimmte Größe ist; sie ist im Gegenteil eine bestimmte und erfassbare Größe. Mit einer Statistik der Beschäftigung und der Stellengesuche läßt sich leicht die Zahl der arbeitswilligen Personen erfassen, und die arbeitsunfähigen können evtl. über eine ärztliche Untersuchung ausgeschieden werden. Die Zahl der Arbeitswilligen ist zwar eine bestimmte, aber keine unveränderliche Größe.

3.3.3 Variabler Charakter des "Drangs zur Arbeit"

Der "Drang zur Arbeit" ist im Gegenteil äußerst variabel. Er schwankt vor allem je nach den Lebensbedingungen, die für die nicht arbeitende Bevölkerung geschaffen werden (z. B. die Höhe der Renten, die Vergütungen für die verheirateten, nicht berufstätigen Frauen usw.). Er schwankt ferner je nach den Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung (absolute Höhe der Löhne, tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit, konkrete und abstrakte Arbeitsbedingungen, Differenz zwischen Löhnen und Renten, verschiedene Zuwendungen usw.). Er schwankt schließlich je nach den individuellen Bedürfnissen. (195) Allein der letzte Punkt würde lange Ausführungen erfordern; hier wollen wir einige Hinweise geben.

Grob gesehen, werden oft zwei antagonistische Bedürfniskategorien (196) angenommen: die Konsumtionsbedürfnisse und die Bedürfnisse nach Muße oder Ruhe. Je größer die Konsumtionsbedürfnisse sind, um so größere Abstriche muß man dafür (beim gegebenen Stand der Technik) vom Bedürfnis nach Muße machen.

Der "Drang zur Arbeit" schwankt je nach dem Stellenwert dieser beiden Bedürfniskategorien. (197) Dennoch bleibt das Arbeitskräfteangebot in einem bestimmten Moment - bei den jeweiligen Bedürfnissen und bei den jeweiligen Lebensbedingungen für die arbeitende und nichtarbeitende Bevölkerung (die in einer Planwirtschaft durch die Erfordernisse des wirtschaftlichen Gleichgewichts, die Verbrauchergewohnheiten und die vorherrschenden Gesellschaftsauffassungen festgelegt werden) - eine bestimmte, statistisch erfassbare Größe.

3.3.4 Bestimmung der Arbeitsdauer

Aber nicht nur das Arbeitskräfteangebot, auch die Arbeitsdauer bildet unter bestimmten Umständen eine feste Größe. Liegt die effektive Arbeitsdauer nämlich unter der, die für das Gleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf erforderlich ist, so wird man feststellen, daß ein mehr oder weniger großer Teil der Arbeiter entweder Überstunden machen oder eine Zweitarbeit annehmen will (das ist möglich, wenn der Arbeitstag besonders kurz ist); diese Erscheinung, die man gelegentlich in der UdSSR beobachtet hat (198), ist ein Hinweis darauf, daß die geltende Arbeitsdauer in Anbetracht der durch sie ermöglichten Lohnhöhe nicht ausreicht, um bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen.

Liegt die Arbeitsdauer dagegen über der, die für das Gleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf erforderlich ist, so wird es entweder zu häufigem Fehlen von der Arbeit oder aber, wenn eine gewisse Sättigung der Bedürfnisse erreicht ist, zur Anhäufung privater Vermögen kommen; beides stört das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion und macht eine Verkürzung der Arbeitsdauer notwendig (wenn man das Gleichgewicht wiederherstellen will).

In einer bestimmten Wirtschaft mit einem bestimmten Stand der Bedürfnisse, in der (zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts) ein bestimmter Stundenlohnsatz praktiziert werden muß (199), gibt es also eine "normale Arbeitsdauer", die einerseits durch das Mindestmaß von Zweitarbeit und Überstunden und andererseits durch das Mindestmaß an Fehltagen und privater Vermögensanhäufung gekennzeichnet ist. Die "Normaldauer" ist diejenige, die dem Gleichgewichtsstand zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf entspricht.

Wenn Arbeitskräfteangebot und Arbeitsdauer bestimmte Größen sind, von denen die eine statistisch und die andere durch laufende Schätzungen erfassbar ist, ist es evident, daß die Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte ein Begriff mit praktischer Bedeutung ist. Ferner leuchtet ein, daß das Gleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf nur hergestellt werden kann, wenn der Plan die Menge der verfügbaren Arbeitskräfte als gegeben betrachtet und sie vollständig nutzen will. Nur unter diesen Umständen tritt die "gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit" (hier in einer dritten Bedeutung) und nichts als diese Arbeit in Kraft.

Damit sind wir am Ende unserer Untersuchung des Problems des wirtschaftlichen Gleichgewichts in seiner allgemeinsten Form angelangt. Nun müssen wir uns ansehen, wie sich das Problem des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion darstellt und wie es sich lösen läßt.

Detaillierter muß dieses Problem zuerst in der Statik und danach in der Bewegung untersucht werden.

IX GLEICHGEWICHT ZWISCHEN PRODUKTION UND KONSUMTION BEI EINER STATISCHEN WIRTSCHAFT

1. Kennzeichen einer statischen Wirtschaft

Eine statische Wirtschaft (die nur einem rein theoretischen Begriff entspricht) ist dadurch gekennzeichnet, daß die Wirtschaft am Ende jeder Produktionsperiode die gleichen Bedingungen vorfindet wie am Anfang dieser Produktionsperiode. Die Gesellschaft verfügt also am Anfang und Ende jeder Periode über den gleichen Wert an Konsumgüterbeständen und Produktionsmittelmengen. Ein statischer Zustand der Wirtschaft setzt voraus, daß der gesamte Wert der in einer Periode gelieferten Produkte im Lauf dieser Periode verbraucht wird.

Das impliziert wiederum zwei Dinge: Erstens muß der Betrag der in einer Periode verteilten Einkommen gleich dem Wert der in dieser Periode gesellschaftlich verfügbaren Konsumgüter sein; zweitens muß der Wert der im Lauf einer Periode gelieferten Produktionsmittel gleich dem Wert der in dieser Periode verbrauchten Produktionsmittel sein. Darüber hinaus ist zu bemerken, daß die Statik eine gleichbleibende Bevölkerung voraussetzt. Wenn die Bevölkerung nämlich immer weiter wächst, so bedarf es zusätzlicher Konsumgüter- und Produktionsmittelmengen (die nur in der Dynamik auftreten), um die Bedürfnisse einer größer gewordenen Bevölkerung zu befriedigen und Arbeit für die neu hinzugekommenen Arbeitskräfte zu schaffen. Können diese zusätzlichen Produktionsmengen nicht geliefert werden, so entfernt man sich immer weiter vom Gleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf, da die Produktion ja gleichbleibt, während die Bedürfnisse und die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zunehmen. Daher nehmen wir im Lauf der weiteren Erörterungen und in bezug auf die Statik an, daß die Bevölkerung gleichbleibt. (200)

2. Die beiden Probleme des stationären Zustands

Wie wir betont haben, treten hier unverzüglich zwei Probleme auf: das des Gleichgewichts zwischen Konsumgüterproduktion und Konsumgüterkonsumtion sowie das zwischen Produktionsmittelproduktion und Produktionsmittelkonsumtion.

Das erste Problem ist das der Konsumtion im herkömmlichen Sinn oder das der destruktiven Konsumtion, das zweite ist das der produktiven Konsumtion.

2.1 Amortisationsprinzip

Die produktive Konsumtion ist durch die Tatsache gekennzeichnet, daß der Wert des produktiv gebrauchten Produktionsmittels (Rohstoff, Werkzeug, Maschine usw.) in den Wert des Produktes eingeht, und zwar proportional zum Gebrauch, der vom Produktionsmittel gemacht werden kann. Kann dieses nur zu einem einzigen Produktionsvorgang dienen, so geht sein Wert gänzlich in das Produkt dieses Vorgangs ein. Kann es dagegen zu mehreren Produktionsvorgängen oder zur Produktion mehrerer Gegenstände dienen, so geht sein Wert anteilig in diese Gegenstände ein. Wenn man mit einer Maschine also durchschnittlich 10.000 Gegenstände herstellen kann, muß man zur Wertkalkulation für jeden Gegenstand jeweils 1/10.000 dazuschlagen (abzüglich des Schrottwerts der nicht genutzten Maschine). Nur bei Berücksichtigung dieses Amortisationsprinzips kann, sobald ein Produktionsmittel einmal gebraucht wird, seine "Reproduktion" beginnen, ohne daß das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion gestört wird. Der einzige heikle Punkt ist die Bestimmung der Anzahl der Gegenstände, die mit einem bestimmten Produktionsmittel hergestellt werden können. Unter statischen Produktionsbedingungen geschieht diese Bestimmung rein empirisch; sie muß durch die Erfahrung ausgewiesen werden; also ein materieller Faktor.

2.2 Fakten zum Problem des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion

Wie stellt sich demnach das Problem des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion dar? Die Fakten des Problems sind: die verfügbaren Produktivkräftemengen (die zum Teil, hinsichtlich der Arbeitskräfte, vom Umfang des gesellschaftlichen Bedarfs bestimmt sind); die Konsumgüter, die im Lauf der Produktionsperiode zur Verfügung stehen, und die Bedingungen ihres Gebrauchs; die Produktionsmittel, die zur Reproduktion dieser Konsumgüter benötigt werden und die folglich ebenfalls "reproduziert" werden müssen, um die gesellschaftliche Produktionskapazität - Grundbedingung der Statik - auf gleicher Höhe zu halten. Angesichts dieser Fakten ist schließlich die Frage der richtigen Verteilung der Arbeitskräfte und Produktionsmittel auf die Abteilungen I und II der Wirtschaft (201) zu lösen.

Zur näheren Betrachtung wollen wir einige abstrakte Zahlenbeispiele erörtern. Zuerst werden wir das Beispiel eines "rein wirtschaftlichen" statischen Gleichgewichts erörtern, in dem die Gesellschaft nur produktive Ausgaben kennt (202); anschließend werden wir das Beispiel eines statischen Gleichgewichts erörtern, in dem die Gesellschaft die Last einer bestimmten Anzahl unproduktiver Ausgaben auf sich nimmt.

3. Hypothese eines "rein wirtschaftlichen" statischen Gleichgewichts

3.1 Lohn und Wert des Produkts

Angenommen, der Gesellschaft stehen im Lauf einer eben beginnenden Produktionsperiode 60 Milliarden Arbeitsstunden zur Verfügung. Da sie in unserem "rein wirtschaftlichen" Beispiel keine einzige unproduktive Ausgabe zu tragen hat, kann der durchschnittliche Lohn für eine Arbeitsstunde gleich dem durch eine Arbeitsstunde produzierten Wert sein. Um das in Geldbegriffen zu veranschaulichen: Definiert man das Produkt einer Arbeitsstunde mit 200 Fr., so kann und muß der Stundenlohn 200 Fr. betragen. Definiert man das Produkt einer Arbeitsstunde dagegen mit einer Geldeinheit, so kann und darf der Stundenlohn nur eine einzige Geldeinheit betragen. Wenn die Masse der verteilten Löhne unter diesen Umständen 60 Milliarden Geldeinheiten beträgt, muß sich der Wert der produzierten Konsumgüter ebenfalls auf diesen Betrag belaufen; dann ist das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion hergestellt (jedenfalls unter der Bedingung, daß die produzierten Konsumgüter die Bedürfnisse der Verbraucher hinlänglich erfüllen).

3.2 Verteilung der Arbeitskräfte

Diese Verteilung ist in der Statik völlig vom Wert der in der Abteilung II konsumierten Produktionsmittel (d.h. von den Produktionsformeln) bestimmt, da es sich ja nur darum handelt, diesen Wert zu reproduzieren.

a) Erstes Zahlenbeispiel

Wir nehmen an, daß die Gesellschaft insgesamt über 60 Milliarden Arbeitsstunden verfügt. Falls sowohl in der Abteilung I wie in der Abteilung II jede "aktuelle" Arbeit das Produkt einer Arbeitsmenge, die ebenso groß wie sie selbst ist, in Form von Produktionsmitteln in Bewegung setzt und konsumiert - je nach den angewendeten Produktionsformeln (die ja nur deshalb angewendet worden sind, weil die Produktionsmittel, deren Verwendung sie implizieren, vorhanden waren) - stellt sich das Schema des so erzielten statischen Gleichgewichts folgendermaßen dar:

Schema 1

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne (in Milliarden Arbeitsstunden oder in 1 Arbeitsstunde entsprechenden Geldeinheiten)	Wert der Produkte
Abteilung I	30	30	60
Abteilung II	30	30	60
Summe	60	60	120

Was zeigt dieses Schema?

Aus diesem Schema geht hervor: a) daß die Masse der verteilten Löhne gleich dem Wert der produzierten Konsumgüter (Produktion der Abteilung II) ist, wodurch das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion ermöglicht wird; b) daß der Wert der verbrauchten Produktionsmittel gleich dem Wert der produzierten Produktionsmittel (Produktion der Abteilung I) ist.

Dies sind die beiden Bedingungen für ein statisches Gleichgewicht. Es ist vollständig, wenn die 60 Milliarden Arbeitsstunden die gesamte gesellschaftlich verfügbare Arbeitskraft repräsentieren; wenn dem nicht so wäre, müßte das Schema dementsprechend geändert werden (darauf kommen wir noch zurück).

Unterscheidung zwischen verbrauchtem Wert und verwendetem Wert:

Zum Abschluß dieses Zahlenbeispiels müssen wir daran erinnern, daß der Wert der verbrauchten Produktionsmittel nicht mit dem Wert der verwendeten Produktionsmittel verwechselt werden darf. Dieser ist im Verhältnis zu jenem um so größer, je länger der Produktionszeitraum und je langsamer die Umlaufgeschwindigkeit der Produktionsmittel ist. Wenn eine Maschine zehn Jahre hält, kann sie zwar vollständig verwendet werden; trotzdem wird sie jedes Jahr nur für ein Zehntel ihres Wertes verbraucht. Hier treffen wir wieder auf das, was wir in bezug auf die Amortisation gesagt haben (203).

b) Zweites Zahlenbeispiel

Das folgende Schema liefert ein anderes Beispiel für ein "rein wirtschaftliches" statisches Gleichgewicht, das auf einer anderen Produktionsformel als das vorige und auf der Annahme basiert, daß die Arbeitsmenge, die im Verlauf einer Periode geliefert werden kann, nur 30 Milliarden Stunden beträgt.

Schema 1a

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne (in Milliarden Arbeitsstunden oder in 1 Arbeitsstunde entsprechenden Geldeinheiten)	Wert der Produkte
Abteilung I	40	20	60
Abteilung II	20	10	30
Summe	60	30	90

Auch hier liegen die Bedingungen für das statische Gleichgewicht vor: Wert-Äquivalenz der verteilten Löhne und der produzierten Konsumgüter, Wert-Äquivalenz der verbrauchten und der produzierten Produktionsmittel.

Änderung der Produktionsformel:

Wie man feststellt, ist die Produktionsformel des zweiten Beispiels nicht die gleiche wie im Schema 1: Die gesamten verteilten Löhne stehen zum Wert der verbrauchten Produktionsmittel nicht mehr im Verhältnis 1 : 1, sondern 1 : 2. Eine solche Änderung kann im übrigen auch stattfinden, ohne daß sich das Verhältnis zwischen dem Wert der verwendeten Produktionsmittel und der Masse der verteilten Löhne (d.h. das Verhältnis zwischen "aktueller" und "vergänger" Arbeit) ändert, und zwar vor allem dann, wenn die Umlaufgeschwindigkeit der Produktionsmittel doppelt so hoch ist wie im Schema 1.

Verteilung der Arbeitskräfte und Produktionsformeln:

Außerdem bemerkt man, daß sich die Verteilung der Arbeitskräfte auf die Abteilungen I und II unmittelbar aus dem bestehenden Verhältnis zwischen den verbrauchten (in Arbeitszeit verrechneten) Produktionsmitteln und den gelieferten Stunden "aktueller" Arbeit ergibt.

Der Übergang vom Schema des "rein wirtschaftlichen" zu dem des statischen Gleichgewichts mit Finanzierung unproduktiver Ausgaben ist nicht schwierig.

4. Hypothese eines statischen Gleichgewichts mit Finanzierung unproduktiver Aufwendungen (204)

4.1 Bedingungen für die Erhaltung des Gleichgewichts

Aus allem, was bisher gesagt wurde, geht hervor (und die folgenden Ausführungen werden das noch deutlicher machen), daß unproduktive oder nicht unmittelbar produktive Ausgaben (Rentenzahlungen, Einrichtungskostenloser ärztlicher Dienste, Zahlungen zugunsten des kostenlosen Unterrichts, Bezahlung der Beamten im außerökonomischen Bereich, Waffenkäufe usw.) nur dann unter Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts finanziert werden können, wenn der den Produzenten ausgezahlte Lohn niedriger ist als der Wert der von ihnen gelieferten Arbeit, so daß die Differenz entweder den Empfängern der unproduktiven Ausgaben (Pensionäre, Rentner usw.) oder den Lieferanten der unproduktiven Dienstleistungen oder Produkte (Beamte im außerökonomischen Bereich, in Krankenhäusern Arbeitende usw.) überwiesen wird. Nur unter dieser Bedingung ist ein Gleichgewicht zwischen der Masse der verteilten Einkünfte (Löhne der produktiv Arbeitenden, Löhne der nicht produktiv Arbeitenden, Pensionen, Renten usw.) und dem Wert der verfügbaren Konsumgüter möglich.

4.2 Verfahren der "Lohnsenkung"

Im übrigen spielt es nur eine geringe Rolle, mit welchem Verfahren die Löhne gesenkt werden – ob das nun direkt erfolgt, indem den Produzenten ein niedrigerer Lohn als der durch ihre Arbeit gelieferte Wert gezahlt wird, oder indirekt mit Hilfe direkter Steuern (Abschöpfung auf die Nominallohne) oder indirekten Steuern (Senkung der Reallohne) geschieht. Jedes dieser Verfahren weist je nach dem vorliegenden Fall technische, politische oder psychologische Vorteile auf. Ökonomisch jedoch ist das Ergebnis dasselbe: Der Lohn wird auf einen Teil des vom Produzenten gelieferten Wertes reduziert, oder allgemeiner gesehen, der Wert der an die Produzenten verteilten Löhne ist geringer als der produzierte Wert. Und die Differenz zwischen beiden dient – unter Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, zur Finanzierung der unproduktiven Ausgaben. Auch darf man sich beim allgemeinen Überblick über die Gleichgewichtsbedingungen nicht vorrangig mit den Methoden, mit denen man die "Senkung" durchführen kann, beschäftigen, sondern mit dem Ergebnis, in dem ein Teil "unbezahlter" produktiver Arbeit auftritt, mit dem die "Nichtproduzenten" (ob sie arbeiten oder nicht) (205) bezahlt werden.

4.3 Beispiele

Zur Erläuterung ist es am einfachsten, wenn wir auf die Zahlenbeispiele zurückgreifen. Im Beispiel von Schema 1 war das wirtschaftliche Gleichgewicht aufgrund folgender Faktoren erreicht; die gesamte Produktion

belief sich auf 120 Milliarden, das Nationaleinkommen (das der Masse der verteilten Löhne oder dem Wert der gelieferten Arbeit entsprach, da ja das eine dem andern gleich war) auf 60 Milliarden. Diese zweite Zahl entsprach darüber hinaus dem Wert der verfügbaren Konsumgüter, so daß deren Absatz gesichert war.

Das Besondere an diesem Beispiel, das wir daher als "rein wirtschaftlich" qualifiziert hatten, ist nicht, daß sich das verteilte Einkommen auf denselben Betrag belief wie der Wert der Konsumgüter - das ist ja die Bedingung für das Gleichgewicht in der Statik; das Besondere daran ist vielmehr, daß dieses Einkommen dem Betrag der den Produzenten bezahlten Löhne absolut gleich war, so daß kein Platz mehr für irgendwelche anderen Einkünfte vorhanden war, vorausgesetzt, daß wie in diesem Beispiel alle Arbeiter im Dienst des Planes eingesetzt werden. Damit umgekehrt im Nationaleinkommen Platz für andere Einkommen als die der Produzenten vorhanden ist, muß zwangsläufig die an die Produzenten ausgezahlte Lohnsumme niedriger sein als der Betrag des verteilten Einkommens oder, wenn man so will, nur einen Teil davon bilden, der um so kleiner ist, je größer der Anteil der anderen Einkommen ist.

a) Folgen des Auftretens der unproduktiven Ausgaben:

Wenn im Rahmen des Schemas 1 angenommen wird, daß die gesamten unproduktiven Ausgaben (wobei es hier keine Rolle spielt, ob es sich um Rüstungsausgaben oder um Ausgaben zur Entwicklung des Gesundheitswesens oder der Kultur handelt) 20 Milliarden betragen, so ergibt sich daraus, daß ein Drittel des Nationaleinkommens (20 von 60 Milliarden) nicht unmittelbar den Produzenten zugute kommt - was natürlich keineswegs heißt, daß diese nicht indirekt davon profitieren, und zwar vor allem durch die so ermöglichten Gratsdienstleistungen - sondern anderen. Wie wir sagten, muß in einem solchen Fall die Masse der den Produzenten bezahlten Löhne nur einen Bruchteil des Nationaleinkommens bilden; das heißt in der Praxis, daß jeder Lohn nur noch einen Teil des Wertes darstellt, der durch die Arbeit, für die der Lohn vergütet wird, geschaffen wurde. Nur so läßt sich das Problem der Finanzierung der unproduktiven Ausgaben lösen.

Wollte man diese Ausgaben - und das Problem wäre für die Finanzierung der Investitionen genau das gleiche - nämlich durch Inflation finanzieren, so schüfe man ein Ungleichgewicht zwischen dem Volumen der verteilten Einkommen und dem Wert der zum Verkauf bestimmten Produkte und Dienstleistungen. Gewiß ließe sich dieses Ungleichgewicht durch eine Preissteigerung oberflächlich ausgleichen; aber dadurch würde man die Grundlage der Wirtschaftsrechnung verfälschen (206). Daher ist man verpflichtet, die geleistete Arbeit nur mit einem Teil des durch sie produzierten Wertes zu bezahlen, und so entsteht eine Differenz zwischen dem Herstellungspreis und dem Wert. Mit Hilfe der Summen, die dieser Differenz entsprechen, lassen sich die unproduktiven Ausgaben (und die Investitionen) finanzieren, ohne den Preismechanismus zu verfälschen.

Praktisch kann man daher den Wert jedes Produkts zergliedern in: Mate-

rialkosten, Ausgaben für Löhne, Steuern, Gewinne und Zinsen; die drei letzten Posten entsprechen dem Teil des Wertes, der durch "unbezahlte" Arbeit produziert wird.

b) Modifizierung von Schema 1:

Im vorliegenden Beispiel muß der Lohn der Produzenten 2/3 des durch die Arbeit produzierten Wertes bilden, während 1/3 der Arbeit "unbezahlt" bleibt. Unter diesen Bedingungen ändert sich das Schema 1 des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts folgendermaßen (207):

S c h e m a 2

	Verbrauchte Produktionsmittel	An die Produzenten verteilte Löhne	Unbezahlte Arbeit	Wert der Produkte
Abteilung I	30	20	10	60
Abteilung II	30	20	10	60
Summe	60	40	20	120

Im Vergleich zu Schema 1 ist weder das Gesamtprodukt noch seine Verteilung auf die Abteilungen I und II verändert. Dagegen ist das Volumen der den Produzenten bezahlten Löhne auf 40 Milliarden gesenkt. Diese Senkung muß durch die Verteilung von 20 Milliarden Einkommen an "Nichtproduzenten" ausgeglichen werden (208) (und eben diese Verteilung erscheint als unproduktive Ausgabe), damit das Gleichgewicht zwischen dem Wert der verfügbaren Konsumgüter, der weiterhin 60 Milliarden beträgt, und dem verteilten Nationaleinkommen wiederhergestellt wird.

c) Andere Beispiele:

Wenn, um ein neues Beispiel zu nehmen, die zu finanzierenden unproduktiven Ausgaben auf 30 Milliarden steigen würden und das Nationaleinkommen gleichbliebe, müßte der Betrag der an die Produzenten verteilten Löhne natürlich auf 30 Milliarden gesenkt werden; d.h. das Nationaleinkommen würde nur noch zur Hälfte von den an die Produzenten verteilten Löhnen gebildet, bzw. der Lohn jedes Produzenten würde durchschnittlich nur noch die Hälfte des Wertes ausmachen, der durch die Arbeit geliefert wird, für die der Lohn vergütet wird.

Und wenn die Geldeinheit einer Arbeitsstunde entspricht, wird man im Durchschnitt für jede Stunde produktive Arbeit nicht mehr eine, sondern eine halbe Geldeinheit zahlen müssen.

d) Allgemeine Schlußfolgerungen:

Mit anderen Worten, der Plan muß den absoluten Betrag der verteilten Einkommen so festsetzen, daß diese den Absatz aller Konsumgüter ermöglichen. Er muß die Lohnrate (209) der Produzenten im umgekehrten Verhältnis zum Anteil der unproduktiven Ausgaben am Nationaleinkommen festsetzen (gemeint ist hier natürlich die Festsetzung einer mittleren Lohnrate, um die sich, wie wir bei der Sowjetplanung sahen, die Raten der verschiedenen Berufslohne gruppieren - und zwar der Löhne der Produzenten wie der Nichtproduzenten).

4.4 Schlußfolgerungen

Die obige Analyse führt zu folgenden Schlußfolgerungen:

- a) Bei Beginn jeder Produktionsperiode muß der Gesamtbetrag der verteilten Einkommen nach dem Wert der in dieser Periode gelieferten Konsumgüter festgelegt werden.
- b) Der Betrag der Produzentenlöhne bildet den Saldo des eben genannten Gesamtbetrags nach der Finanzierung der Einkommen der Nichtproduzenten.
- c) Das Verhältnis zwischen dem Gesamtbetrag der Produzentenlöhne zum Gesamtbetrag der verteilten Einkommen zeigt an, in welchem Verhältnis der Betrag des Stundenlohns zum Wert stehen muß, für den durchschnittlich die Arbeitsstunde in Geld verrechnet wird (210), wie hoch also die mittlere Lohnrate sein muß. Wenn diese Rate für Produzenten und Nichtproduzenten gleich ist, drückt das Verhältnis der Lohnmassen nur die Verteilung der arbeitenden Bevölkerung aus.
- d) Zur Erhaltung der Statik muß nicht nur der Gesamtbetrag der verteilten Einkommen (Nationaleinkommen) dem Wert der verfügbaren Konsumgüter, sondern auch der Wert der aufgebrauchten Produktionsmittel dem Wert der produzierten Produktionsmittel äquivalent sein.
- e) Dementsprechend muß die Zuteilung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften an die Abteilung II (unter Berücksichtigung der geltenden Produktionsformeln) durchgeführt werden.
- f) Das aus dieser Zuteilung resultierende Verhältnis zwischen der in der Abteilung II gelieferten "aktuellen" Arbeit und der durch die in dieser Abteilung verbrauchten Produktionsmittel gebildeten Arbeit muß die geplante Verteilung der Arbeitskräfte auf die Abteilungen I und II bestimmen. Beim Einsatz eines Wirtschaftsplans ist es immer möglich, unter Berücksichtigung der obigen sechs Schlußfolgerungen ein wirtschaftliches Gleichgewicht für einen bestimmten Zeitraum herzustellen. Aber wie wir sagten, befindet sich eine Wirtschaft nur dann in einem statischen Gleichgewicht, wenn sie in jeder Periode unter denselben Bedingungen arbeiten kann. So kann es nach einigen Perioden zu Schwierigkeiten von seiten der Arbeitskräfte kommen: Nehmen die Arbeitskräfte zu (oder ab), so können nicht mehr alle Bedingungen für das Gleich-

wicht zwischen Produktion und Konsumtion konstant gehalten werden, ohne daß das Gleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf gestört wird. Sehen wir uns diesen Punkt genauer an, der uns zu den Grenzen der Statik und der Dynamik führt.

4.5 Grenzen der statischen und dynamischen Wirtschaft

4.5.1 Verringerung des Angebots an Arbeitskraft

Nimmt das Angebot an Arbeitskräften (d.h. die Zahl der lieferbaren Arbeitsstunden) ab, so leuchtet ein, daß man - falls früher keine unproduktiven Ausgaben vorlagen - die Produktion nicht auf demselben Niveau halten kann. Wenn im Schema 1 das Arbeitskräfteangebot also von 60 auf 50 Milliarden sinkt, wird das Nationaleinkommen ebenfalls von 60 auf 50 Milliarden sinken. In diesem Fall können die individuellen Einkommen der Produzenten gleichbleiben; aber das Nationaleinkommen nimmt im gleichen Verhältnis wie die verfügbaren Arbeitskräfte ab. Das Beispiel von Schema 2 weicht davon aus folgendem Grund ab: Wenn unproduktive Ausgaben vorhanden sind, können ein paar davon eingeschränkt werden. Dies hat in einer Planwirtschaft unmittelbar eine Erhöhung der Lohnrate zur Folge, und diese Erhöhung kann ihrerseits zu einer zumindest relativen Steigerung des Arbeitsangebots führen. Unter diesen Bedingungen könnte es dank einer Neuverteilung des Nationaleinkommens möglich sein, das anfängliche Absinken des Arbeitskräfteangebots aufzufangen und schließlich die Lohnrate absolut zu erhöhen; dadurch bleiben das gleiche Nationaleinkommen und damit auch die gleiche Konsumgüterproduktion und die gleiche Arbeitskräfteverteilung innerhalb der produktiven Sphäre erhalten - und zwar auf Kosten der unproduktiven Sphäre. Wenn wir schließlich im Beispiel von Schema 2 den Fall nehmen, daß die unproduktiven Ausgaben zur Entlohnung der nicht produktiv Arbeitenden dienen, ist es offensichtlich auch möglich, die absolute Abnahme der Arbeitskräfte durch eine Verringerung dieser unproduktiven Ausgaben auszugleichen, indem man einen Teil der Arbeitskräfte aus der unproduktiven in die produktive Sphäre überführt; auch in diesem Fall kann die Lohnrate absolut erhöht und gleichzeitig das Nationaleinkommen auf derselben Höhe gehalten werden. Mit anderen Worten: Wenn eine unproduktive Sphäre vorhanden ist, kann man - in dem durch diese Sphäre gegebenen Ausmaß - die Verringerung des Arbeitskräfteangebots durch eine Lohnsteigerung und evtl. durch die Verlegung eines Teils der Arbeiter in die produktive Sphäre ausgleichen.

4.5.2 Steigerung des Angebots an Arbeitskraft

Wenn das Angebot an Arbeitskräften steigt, muß man zwischen verschiedenen Lösungen wählen, je nachdem, ob eine unproduktive Sphäre vorhanden ist oder nicht.

Es existiert keine unproduktive Sphäre

In diesem Fall (Schema 1) kann man unter Beibehaltung des Lohnniveaus entweder die Beschäftigung auf das frühere Maß begrenzen oder aber alle Arbeiter beschäftigen, die sich vorstellen.

a) Begrenzung der Beschäftigung auf das frühere Niveau

Diese Maßnahme hat folgende Konsequenzen: Einerseits wird eine bestimmte Menge von Arbeitslosen entstehen, was anzeigt, daß die Produktion unter dem gesellschaftlichen Bedarf liegt; andererseits bleibt das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion gewahrt, die Lohnrate bleibt (per definitionem) gleich und ebenso das Nationaleinkommen.

b) Steigerung der Einstellungen und Vollbeschäftigung

Hier gibt es keine Arbeitslosen; zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf kann also ein Gleichgewicht geschaffen werden; die Lohnrate bleibt (per definitionem) auf der früheren Höhe, aber das Nationaleinkommen ist gestiegen, da ja die Zahl der Produzenten gewachsen ist. Andererseits beobachtet man einen Rückgang der Arbeitsproduktivität. Das ist nämlich ein wesentlicher Punkt: Wenn die Zahl der Produzenten gewachsen ist, während die Masse der für alle Produzenten verfügbaren Produktionsmittel gleichbleibt, ergibt sich, daß der einzelne Produzent über weniger Produktionsmittel verfügt. (211) Im weiteren Sinn bedeutet das, daß nicht so perfektionierte Produktionsformeln wie früher eingesetzt werden können. Damit steht man vor einem Rückgang der Arbeitsproduktivität: Eine Arbeitsstunde produziert weniger als vorher; der Wert und die Preise der verschiedenen Gegenstände steigen also, und folglich sinken die Reallöhne, da die Lohnrate ja gleichbleibt. Nimmt das Arbeitskräfteangebot immer weiter zu und behält man immer die gleiche Lohnrate bei - die die Unmöglichkeit beinhaltet, die Masse der verfügbaren Produktionsmittel zu vergrößern - so wird es zum progressiven Absinken der Reallöhne und des Lebensstandards kommen (212).

Es existiert eine unproduktive Sphäre

Wenn eine unproduktive Sphäre vorhanden ist oder wenn beschlossen wird, eine solche zu schaffen, um die Masse der Arbeitslosen zu absorbieren (z. B. durch die Ausweitung der öffentlichen Arbeiten), kann die Entwicklung anders verlaufen.

a) Ausweitung der unproduktiven Sphäre

In erster Linie können die neuen Arbeitskräfte auf die unproduktive Sphäre - die entsprechend ausgebaut wird - gelenkt werden. Dazu müssen zwangsläufig Arbeitsmittel von der produktiven Sphäre abgezogen werden; das bisherige Gleichgewicht im Bereich der Produktion wird zerstört. Da

man Produktionsformeln verwenden muß, die der aktuellen Arbeit einen größeren Anteil beimessen, sinkt die Arbeitsproduktivität und steigen die Preise. Wenn man andererseits einen Teil der Arbeitskräfte ohne Zwangsmaßnahmen auf die unproduktive Sphäre hinlenken will, müssen hier die Lohnbedingungen weiterhin denen in der produktiven Sphäre entsprechen. So kommt es zur Steigerung der unproduktiven Ausgaben. Wenn das Nationaleinkommen gleichbleibt (da es in der produktiven Sphäre keinerlei Neueinstellungen gibt), geht ein immer größerer Anteil dieses Einkommens an die Nichtproduzenten. Das heißt, daß der "unbezahlte" Teil der Arbeit zunehmen und damit die Lohnrate sinken muß. Mit dieser Lösung läßt sich also das Gleichgewicht in der produktiven Sphäre aufrechterhalten - aber nur zum Preis des allgemeinen Absinkens der Lohnrate (und damit der Reallöhne) und einer Umverteilung eines in seiner absoluten Höhe unveränderten (213), pro Kopf der Arbeiter aber geringeren Nationaleinkommens.

b) Abbau der unproduktiven Sphäre oder der unproduktiven Ausgaben

In zweiter Linie kann man die Höhe der unproduktiven Ausgaben reduzieren, wobei man den bisherigen Anteil an "unbezahlter" Arbeit beibehält. Unter diesen Bedingungen kann ein Teil dieser Arbeit zur zusätzlichen Produktionsmittelproduktion verwendet werden, wodurch im Lauf der folgenden Perioden alle verfügbaren Arbeitskräfte beschäftigt werden können, ohne daß immer ungünstigere Produktionsformeln eingesetzt werden müssen.

Insgesamt kann man, wenn nach einer Periode der Stabilität die arbeitende Bevölkerung zunimmt, entweder die Lohnrate auf der gleichen Höhe beibehalten, oder man kann sie senken, oder man kann die unproduktiven Ausgaben einschränken. Im ersten Fall bleibt entweder eine Arbeitslosigkeit erhalten, oder die Produktivität und die Reallöhne fallen. Im zweiten Fall kann die zusätzliche "unbezahlte" Arbeit dazu dienen, entweder neue unproduktive Ausgaben zu finanzieren, wodurch der Lebensstandard von Produzenten und Nichtproduzenten sinkt - oder eine Expansion der Produktion zu finanzieren; von allen bis jetzt untersuchten Lösungen ist diese die einzige progressive. Ebenfalls progressiv ist die Lösung, die aus der Reduzierung der unproduktiven Ausgaben zugunsten einer Produktionserweiterung besteht. Jede dieser beiden Lösungen verläßt den Rahmen der Statik; wir müssen sie bei der Behandlung der Probleme des Gleichgewichts in der Dynamik untersuchen.

X DYNAMISCHES GLEICHGEWICHT ZWISCHEN PRODUKTION UND KONSUMTION

Im Gegensatz zur statischen ist eine dynamische Wirtschaft dadurch gekennzeichnet, daß die Wirtschaft am Ende jeder Produktionsperiode andere Bedingungen vorfindet, als sie am Beginn vorlagen. In einer dynamischen Wirtschaft verfügt die Gesellschaft am Ende einer Periode über mehr (oder weniger) Konsumgüter und Produktionsmittel als am Anfang. Mit anderen Worten: Zieht man die Differenz zwischen dem "Volksvermögen" am Ende und dem am Anfang derselben Periode, so erhält man in der Dynamik einen Aktiv- oder Passivsaldo (in der Statik dagegen gibt es keinen solchen Saldo). Das Vorkommen dieses Saldo setzt letzten Endes voraus, daß die Konsumtion kleiner (positiver Saldo) oder größer (negativer Saldo) als die Produktion war. Der Saldo impliziert daher - wenn man nur eine Periode isoliert betrachtet - ein Ungleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion. Das Gleichgewicht läßt sich aber von einer Periode zur andern wiederherstellen, und zwar vor allem, bei positivem Saldo, durch dessen Gebrauch im Verlauf der folgenden Periode.

Während die Statik nur voraussetzt, daß man in jeder Produktionsperiode das reproduziert, was man aus der vorigen Periode übernommen hatte (daher der von Marx verwendete Begriff "einfache Reproduktion"), impliziert die Dynamik, falls eine Produktionsperiode einen Gewinnsaldo hinterläßt, was der interessantere Fall ist - daß die Produktion in der folgenden Periode in erweitertem Umfang wiederaufgenommen wird (daher der von Marx zur Bezeichnung der Dynamik verwendete Begriff "erweiterte Reproduktion").

Wie wir beim Abschluß unserer Analyse der Bedingungen für das statische Gleichgewicht sahen, gibt es Fälle, in denen man wegen bestimmter objektiver Bedingungen nicht in der Statik bleiben kann. Dieses Beispiel (bei dem wir die Analyse auf den Fall beschränken, daß die Zahl der Arbeiter zunimmt) wollen wir zuerst untersuchen. Danach werden wir sehen, inwieweit es möglich ist, den Plan einer dynamischen Wirtschaft zu erstellen, wenn die Bedingungen für ein statisches Gleichgewicht - in Bezug auf die Bevölkerung - gegeben sind, und die Bedeutung sowie die Konsequenzen eines solchen Plans untersuchen. Zum Abschluß dieses Kapitels soll versucht werden zu zeigen, welche Zusammenhänge sich aus den Schemata, die wir anführen werden, herauslesen lassen.

1. Dynamisches Gleichgewicht bei Wachstum der Zahl der Arbeiter und Beibehaltung der Produktionsformeln (214)

Ob die Zahl der Arbeitskräfte aufgrund des Bevölkerungszuwachses, aufgrund einer Änderung der Alterspyramide oder aus ganz anderen Gründen zunimmt (214 a) - das Ergebnis ist immer dasselbe: Wenn die Konsumgüterproduktion in der gerade beginnenden Produktionsperiode nicht proportional zur Zahl der Arbeitskräfte gesteuert werden kann, muß man, um Vollbeschäftigung herzustellen, jedem Arbeiter einen niedrigeren Reallohn als bisher geben. Das ist eine mathematische Notwendigkeit, die jedoch nur in dem Maß zum Tragen kommt, wie die Gesellschaft weder über Sicherheits- und Reservebestände noch über Importmöglichkeiten, die durch Handelskredite finanziert werden können, noch vor allem über unproduktive Ausgaben verfügt, die zugunsten der Arbeiter eingeschränkt werden können. Aus Gründen der konsequenteren und klareren Beweisführung wollen wir diese Möglichkeiten außer acht lassen und ganz zu Anfang sogar eine Gesellschaft annehmen, die keine unproduktiven Ausgaben zu tragen hat.

Normalerweise muß in einer vom Plan gelenkten Wirtschaft vorhergesehen werden, wie das Arbeitskräfteangebot im Lauf der künftigen Planungsperioden anwachsen wird, und dementsprechend muß die bisherige Produktion diesem Wachstum angepaßt werden, um zumindest die Erhaltung stabiler Reallohne zu ermöglichen. Das zukünftige Arbeitskräfteangebot läßt sich vor allem mit Hilfe der Untersuchung der Alterspyramide und der vorherrschenden Bedarfstendenzen vorherbestimmen.

Zur Verdeutlichung sollen uns Zahlenbeispiele dienen; zuerst bewegen wir uns im Rahmen von Schema 1 (keine unproduktiven Ausgaben), danach im Rahmen von Schema 2 (mit unproduktiven Ausgaben).

1.1 Dynamik ohne unproduktive Aufwendungen

Wir nehmen an, daß die für die beginnende Produktionsperiode verfügbaren Arbeitskräfte wie im Beispiel von Schema 1 wieder 60 Milliarden Arbeitsstunden liefern können. Wir sahen, welche Verteilung der Arbeitskräfte unter diesen Bedingungen einem statischen Gleichgewicht entsprach, vorausgesetzt, daß die Produktionsformeln einem gleichwertigen Verhältnis von "aktueller" und in Produktionsmitteln vergegenständlichte Arbeit entsprechen. Solange in den künftigen Perioden voraussichtlich ebenfalls 60 Milliarden Arbeitsstunden geliefert werden, kann man im Rahmen von Schema 1 bleiben (man könnte es, wenn man will, übrigens auch verlassen, wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden). Ist dagegen ein Zuwachs an verfügbaren Arbeitskräften vorauszusehen, so muß man, wenn unter Beibehaltung derselben Produktionsformeln (d.h. derselben Arbeitsproduktivität und damit der Wert- und Preisstabilität) (215) die Vollbeschäftigung erzielt werden soll, zu einem dynamischen Schema übergehen, das zu ei-

ner Neuverteilung der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel zwischen den Abteilungen I und II führt. Das wird deutlich, wenn wir verschiedene Entwicklungstempos und Produktionsformeln untersuchen.

1.1.1 Entwicklungstempo der Arbeitskraft = $1/3$

Stehen beispielsweise in der kommenden Produktionsperiode voraussichtlich nicht mehr 60, sondern 80 Milliarden Arbeitsstunden zur Verfügung und weisen auch die darauffolgenden Perioden einen Zuwachs in der gleichen Größenordnung auf, so muß man im Verlauf der ersten Periode (215 a) das Volumen der verteilten Löhne (und damit auch die Lohnrate) verringern, damit gleichzeitig - wobei das eine mit dem andern verknüpft ist - die Konsumgüterproduktion gedrosselt und die Produktionsmittelproduktion erhöht werden kann.

1.1.1.1 Schema der "ersten Periode"

In dem betrachteten Sonderfall - der von der Praxis sehr weit entfernt ist, da der Zuwachs an Arbeitskräften von einer Periode zur nächsten sehr beachtlich ist (33,3%) und erst zu Beginn der Periode vorhergesehen wird, die derjenigen, in der der Zuwachs tatsächlich stattfindet, unmittelbar vorausgeht - kann ein dynamisches Gleichgewicht unter den Bedingungen erreicht werden, die im folgenden Schema zusammengefaßt sind:

Schema 3 (216)

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (217) (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	40	20	20	80
Abteilung II	20	10	10	40
Summe	60	30	30	120

1.1.1.1.1 Lohnrate und Lohnvolumen

Die Zahl der gelieferten Arbeitsstunden beträgt, wie man sieht, immer 60 Milliarden; da aber die Lohnrate im Verhältnis zu Schema 1 um die Hälfte niedriger ist, beträgt das Volumen der verteilten Löhne nur noch

30 Milliarden.

1.1.1.1.2 Konsumgüterproduktion und Produktionsmittelproduktion

Unter diesen Umständen kann der Wert der Konsumgüterproduktion gesenkt werden; das bringt folgende Konsequenzen: "Freisetzung" von 10 Milliarden Arbeitsstunden in Abteilung II, die in Abteilung I transferiert werden können; ebenfalls in Abteilung II "Freisetzung" von 10 Milliarden Produktionsmitteln, die in Abteilung I transferiert werden können. (Diese Transfers machen keine Schwierigkeiten, soweit nichtspezialisierte Arbeiter und Produktionsmittel wie Treibstoffe, Rohstoffe usw. davon betroffen sind; für den Rest müßte dieser Transfer von der vorhergehenden Periode an einerseits über Berufswahl, berufliche Orientierung und Umschulung, andererseits durch die entsprechende Modifizierung bestimmter Herstellungsprogramme vorbereitet werden.)

1.1.1.1.3 Auftreten eines Produktionsüberschusses und "potentielle Überproduktion"

Die Verringerung der Masse der verteilten Einkommen und die Überführung eines Teils der Arbeiter und Produktionsmittel von Abteilung II nach Abteilung I ermöglicht es, einen "Produktionsüberschuß" zu erzielen - eben jenen Überschuß, der erzielt werden sollte, um später die Produktion ausweiten zu können. In der Abteilung I wurden für 80 Milliarden Produktionsmittel produziert; da in der Gesamtwirtschaft aber nur 60 Milliarden an Produktionsmitteln verbraucht wurden, beträgt der "Produktionsüberschuß" an Produktionsmitteln 20 Milliarden. In der Abteilung II wurden Konsumgüter für 40 Milliarden produziert, während die verteilten Einkommen nur 30 Milliarden betragen; folglich beläuft sich der Produktionsüberschuß an Konsumgütern auf 10 Milliarden. Dieser Überschuß ermöglicht es, von Beginn der nächsten Periode an mehr Produzenten Arbeit zu geben, ohne die Löhne zu senken. Insgesamt zeigt sich, daß die Erweiterung der Produktion eine gewisse vorherige Überproduktion impliziert, welche die Differenz zwischen verteilttem Einkommen und Nationaleinkommen (oder "produziertem" Einkommen) nach sich zieht. In unserem Beispiel betragen die verteilten Einkommen 30 Milliarden, während sich das Nationaleinkommen auf 60 Milliarden beläuft; die Differenz von 30 Milliarden bildet den Produktionsüberschuß, der sich aus 20 Milliarden Produktionsmitteln und 10 Milliarden Konsumgütern zusammensetzt (das Bruttoprodukt aber beträgt immer 120 Milliarden).

Die in der Erweiterung der Produktion enthaltene Überschußproduktion bleibt eine nur potentielle, wenn die Produktion im Verlauf der folgenden Periode tatsächlich erweitert wird. Wir werden das bei der Prüfung der

Frage sehen, wie das Schema der gesellschaftlichen Produktion in dieser neuen (zweiten) Periode aussehen wird, wenn man annimmt, daß auch diese Periode ihrerseits eine zukünftige Erweiterung der Produktion - durch die Verwendung weiterer neuer Arbeitskräfte im Verlauf einer dritten Periode - vorbereitet (wir nehmen weiter an, daß die Zahl der Arbeitskräfte auch von der zweiten zur dritten Periode um ein Drittel zunimmt).

1.1.1.2 Schema der "zweiten Periode"

Unter diesen Bedingungen muß das Schema der zweiten Periode folgendermaßen aussehen:

S c h e m a 4

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte Arbeit (Akkumulation)"	Wert der Produkte
Abteilung I	53 1/3	26 2/3	26 2/3	106 2/3
Abteilung II	26 2/3	13 1/3	13 1/3	53 1/3
Summe	80	40	40	160

1.1.1.2.1 Resorption der vorhergehenden "Überproduktion", optimale Verwendung und Beibehaltung der Produktionsformeln

Wie man sieht, werden die 80 Milliarden Produktionsmittel, die in der ersten Periode produziert wurden, im Verlauf der zweiten Periode vollständig verbraucht (die "Überproduktion" ist also "resorbiert"). Auch die 80 Milliarden Arbeitsstunden (60 + 1/3 Neuzugänge) wurden vollständig verbraucht, wobei anteilmäßig die gleiche Masse der Produktionsmittel zur Verfügung stand wie in den früheren Perioden. (218)

1.1.1.2.2 Lohnrate, Nationaleinkommen und Masse der Einkommen

Die Lohnrate bleibt die gleiche wie in der ersten Periode, da man ja für die dritte Periode mit einem neuerlichen Zuwachs an verfügbaren Arbeitskräften rechnen muß. Folglich bildet die Masse der verteilten Einkommen mit nur 40 Milliarden die Hälfte der gelieferten Arbeit oder des Nationaleinkommens (80 Milliarden). Da die Masse der verteilten Einkommen nur 40 Milliarden beträgt, muß nur ein Drittel der verfügbaren

Arbeitskräfte zur Konsumgüterproduktion, und die beiden übrigen Drittel können in der Produktionsmittelproduktion eingesetzt werden.

1.1.1.2.3 Betrag des Produktionsüberschusses

Insgesamt sieht man, daß bei einem Verbrauch von 80 Milliarden Produktionsmittel für 106 2/3 Milliarden produziert wurden und daß einer Konsumtion von 40 Milliarden Konsumgütern eine Produktion von 53 1/3 Milliarden gegenübersteht. Der Produktionsüberschuß in dieser Periode beträgt also 26 2/3 Milliarden Produktionsmittel und 13 1/3 Milliarden Konsumgüter.

1.1.1.2.4 Neuer Aspekt des wirtschaftlichen Gleichgewichts

Hier müssen wir eine sehr wichtige Feststellung treffen. Während sich im Rahmen der Statik jede Periode mit sich selbst im Gleichgewicht befindet, stellt im Rahmen der Dynamik jede Periode ihr Gleichgewicht nur mit der folgenden her. Das wird deutlich, wenn wir die Zahlen der Schemata 3 und 4 miteinander vergleichen.

Wie man sieht, finden die von der Abteilung II in der ersten Periode gelieferten 40 Milliarden Konsumgüter ihr Absatzäquivalent in den 40 Milliarden Einkommen, die in der zweiten Periode verteilt werden; ebenso werden in der zweiten Periode die 80 Milliarden Produktionsmittel verbraucht, die in der ersten Periode von Abteilung I geliefert wurden. Alles geht hier also so vor sich, als ob die Produktion einer Periode erst im Lauf der nächsten Periode konsumiert würde; eine solche Betrachtungsweise erleichtert das Verständnis der Möglichkeiten und Bedingungen eines dynamischen Gleichgewichts sehr.

Es läßt sich dann sofort einsehen, warum die Konsumgüterproduktion 40 Milliarden betragen muß. Es ist nämlich bekannt, daß in der folgenden Periode 80 Milliarden Arbeitsstunden zur Verfügung stehen und daß die Arbeiter folglich, falls man die Produktionsformeln beibehält, genau 80 Milliarden Produktionsmittel verbrauchen können müssen und daß ihnen, falls die Lohnrate beibehalten wird, genau 40 Milliarden Konsumgüter zur Verfügung stehen müssen.

Und wenn man weiter weiß, daß in einer dritten Periode ein Drittel mehr Arbeitsstunden zur Verfügung stehen werden als die 80 Milliarden in der zweiten Periode (also 106 2/3 Milliarden Arbeitsstunden), so muß man, falls die Produktionsformeln unverändert bleiben sollen, in der zweiten Periode Produktionsmittel für 106 2/3 Milliarden und, falls die Lohnrate unverändert bleiben soll, Konsumgüter für 53 1/3 Milliarden produzieren.

1.1.1.3 Schema der "dritten Periode"

Das Schema 5 zeigt, daß in der dritten Periode das Gleichgewicht mit der Produktion der zweiten Periode hergestellt ist. (Das Schema selbst beruht wiederum darauf, daß für eine vierte Periode ein Arbeitszeitzuwachs um ein Drittel vorhergesehen wird.)

Nach diesem Schema ist ein Gleichgewicht erzielt einerseits zwischen den 106 2/3 Milliarden Produktionsmittel, die in der zweiten Periode geliefert wurden, und den in der dritten Periode verbrauchten Produktionsmitteln, andererseits zwischen den 53 1/3 Milliarden Konsumgütern, die in der zweiten Periode produziert wurden, und den in der dritten Periode verteilten Einkommen. Würde in einer vierten Periode die verfügbare Arbeitszeit 142 2/9 Milliarden (d.h. ein Drittel mehr als in der dritten Periode) betragen, so müßte man - bei gleichen Produktionsformeln - Produktionsmittel für 142 2/9 Milliarden verwenden und - bei gleicher Lohnrate - ein Einkommen von 71 1/9 Milliarden verteilen, damit das Gleichgewicht mit der Produktion der dritten Periode, wie sie aus Schema 5 hervorgeht, hergestellt wäre.

Schema 5

	Verbrauchte Produktions- mittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumula- tion)	Wert der Produkte
Abteilung I	71 1/9	35 5/9	35 5/9	142 2/9
Abteilung II	35 5/9	17 7/9	17 7/9	71 1/9
Summe	106 2/3	53 1/3	53 1/3	213 1/3

1.1.1.4 Gesamtbetrachtung der Entwicklung von der ersten bis zur vierten Periode

1.1.1.4.1 Wachstum der Produktionsmittel und der Einkommen

Wenn wir jetzt einen Blick zurück werfen, sehen wir, daß die verfügbare Arbeitszeit ebenso wie die Produktionsmittel in der Zeit von der ersten bis zur vierten Periode von 60 auf 142 2/9 Milliarden pro Periode angewachsen sind, während sich die verteilten Einkommen von 30 auf 71 1/9 Milliarden pro Periode erhöht haben - und zwar ohne Änderung der Produktionsformeln oder der Lohnrate.

1.1.1.4.2 Extensiver Charakter der vorausgegangenen Dynamik

Wir haben es hier mit einer wirtschaftlichen Dynamik zu tun, die noch sehr eng mit der Statik verwandt ist und deren Triebkraft von seiten der verfügbaren Arbeitskräfte kommt. Diese Entwicklung kann unter folgenden Bedingungen unendlich fortgeführt werden: Zum einen muß die Produktion der Abteilung I so geplant werden, daß der Wert der in einer Periode gelieferten Produktionsmittel dem der in der nächsten Periode verbrauchten Produktionsmittel gleich ist, und zum andern müssen die Konsumgüterproduktion sowie die Einkommensverteilung so geplant werden, daß die von der Abteilung II in einer Periode gelieferte Produktion den in der nächsten Periode verteilten Einkommen gleich ist.

1.1.1.4.3 Stabilität der Lohnrate

Als ein Ergebnis einer solchen Planung kann die Lohnrate auf gleicher Höhe gehalten werden. Wäre die Arbeitsproduktivität nur durch die in den Schemata ausgedrückten Produktionsformeln bestimmt, so blieben auch sie und damit auch die Preise und die Reallöhne auf gleicher Höhe. Jedoch neigt die Arbeitsproduktivität bei gleichbleibenden Produktionsformeln dazu, abzunehmen, wenn kein technischer Fortschritt vorhanden ist, und zwar in dem Maß, wie man weniger fruchtbare Böden oder weniger ertragreiche Bodenschätze vorkommen ausbeutet. Unter diesen Bedingungen werden Wert und Preis der Produkte steigen und damit die Reallöhne sinken. Nur eine Änderung der Produktionsformeln oder bestimmte technische Fortschritte könnten diesen Abfall verhindern oder die Bewegung sogar umkehren. Wir werden im nächsten Abschnitt untersuchen, unter welchen Bedingungen eine progressive Änderung der Produktionsformeln erzielt werden kann.

1.1.2 Entwicklungstempo der Arbeitskräfte = 16 2/3 %

Wir nehmen zuerst wieder das Beispiel von Schema 1, das durch die Tatsache gekennzeichnet ist, daß 60 Milliarden Arbeitsstunden zur Verfügung stehen und 60 Milliarden an Produktionsmitteln verbraucht werden können (die Art und Weise, wie diese Produktionsmittel verbraucht werden können, hängt von ihrer Art ab, die wiederum aus den Fabrikationsprogrammen der vorhergegangenen Periode resultiert). Jetzt wollen wir jedoch annehmen, daß in der zweiten Periode 70 Milliarden Arbeitsstunden zur Verfügung stehen (und nicht, wie im letzten Beispiel, 80 Milliarden).

1.1.2.1 Festsetzung der zu produzierenden Produktionsmittel und Konsumgüter, also der Arbeitskraftverteilung

Aus diesem neuen Beispiel geht hervor, daß in der ersten Periode für 70 Milliarden Produktionsmittel produziert werden müssen (wenn man die Produktionsformeln nicht ändern will). Wenn das Verhältnis der "aktuellen" Arbeit zu der Arbeit, die von den Produktionsmitteln gebildet wird, 1 ist, heißt das, daß im Lauf der ersten Periode 35 Milliarden Arbeitsstunden sowie 35 Milliarden Produktionsmittel der Abteilung I zugeführt werden müssen. So bleiben 25 Milliarden Produktionsmittel für die Abteilung II übrig, die damit eine Produktion von 50 Milliarden Konsumgütern liefert.

1.1.2.2 Festsetzung des Einkommensbetrags und der Lohnrate

Nachdem so die Verteilung der Arbeitskräfte und Produktionsmittel festgelegt wurde, müssen wir noch den Betrag der Einkommen, d.h. auch die Lohnrate bestimmen. Im Hinblick auf eine gewisse wirtschaftliche Stabilität müssen wir die Lohnrate so festsetzen, daß ihre Stabilität in der zweiten Periode im Vergleich zur ersten trotz des Anwachsens der Arbeitskräftezahl gewahrt bleibt.

Nun gibt es zwei Methoden, die Höhe der Lohnrate zu berechnen. Die erste geht vom notwendigen Gleichgewicht zwischen der in einer Periode gelieferten Konsumgüterproduktion und den in der nächsten Periode verteilten Einkommen aus. Auf dieser Grundlage läßt sich folgende Rechnung aufstellen: In der zweiten Periode müssen 50 Milliarden an Konsumgütern gegen 70 Milliarden Arbeitsstunden getauscht werden; daher muß jede Arbeitsstunde zu $\frac{5}{7}$ ihres Wertes bezahlt werden. Wendet man die gleiche Rate auf die erste Periode an, so ergibt sich, daß den im Verlauf dieser Periode gelieferten 60 Milliarden Arbeitsstunden ein Gesamtbetrag der verteilten Löhne $60 \cdot \frac{5}{7} = 42 \frac{6}{7}$ Milliarden entspricht; davon entfallen 25 ($= 35 \cdot \frac{5}{7}$) Milliarden Löhne auf die Abteilung I gelieferten 35 Milliarden Arbeitsstunden.

Die zweite Methode beruht darauf, daß die jeweilige Höhe des Produktionsüberschusses in den Abteilungen I und II in Rechnung gestellt wird. Der Produktionsüberschuß der Abteilung I wird durch die Produktionsbedingungen festgelegt. Im vorliegenden Fall beträgt er bei einer Produktionsmittelproduktion von 70 Milliarden 10 Milliarden (da in der ersten Periode 60 Milliarden Produktionsmittel verbraucht wurden) oder $\frac{1}{7}$. Die Produktion der Abteilung II beläuft sich auf 50 Milliarden. Damit hier die Überproduktion ebenfalls $\frac{1}{7}$ der Produktion ausmacht, muß die Masse der Löhne $\frac{6}{7}$ von 50 Milliarden, d.h. $42 \frac{6}{7}$ Milliarden betragen, (219) Da für die gelieferten 60 Milliarden Arbeitsstunden die gleichen Bedingungen gelten, ergibt sich, daß die Höhe eines Stundenlohns $\frac{5}{7}$ des in einer Arbeitsstunde gelieferten Wertes entspricht.

1.1.2.3 Neue Schemata

Unter diesen Bedingungen sieht das Schema für Produktion und Verteilung in der ersten Periode folgendermaßen aus:

Schema 6

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	35	25	10	70
Abteilung II	25	17 $\frac{6}{7}$	7 $\frac{1}{7}$	50
Summe	60	42 $\frac{6}{7}$	17 $\frac{1}{7}$	120

Damit treten wir in eine zweite Produktionsperiode ein. In ihr müssen die Arbeitskräfte folgendermaßen verteilt werden, wenn die Zahl der Arbeiter für die dritte Periode voraussichtlich mit der gleichen Geschwindigkeit (d.h. um 16 $\frac{2}{3}$ %) wächst und damit 81 $\frac{2}{3}$ Milliarden erreicht und wenn man die gleiche Lohnrate beibehalten will (1 Stundenlohn = $\frac{5}{7}$ des in 1 Stunde gelieferten Wertes):

Schema 7

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	40 $\frac{5}{6}$	29 $\frac{1}{6}$	11 $\frac{4}{6}$	81 $\frac{2}{3}$
Abteilung II	29 $\frac{1}{6}$	20 $\frac{5}{6}$	8 $\frac{2}{6}$	58 $\frac{2}{6}$
Summe	70	50	20	140

1.1.2.4 Konsequenzen dieser Planung

Mit dieser Verteilung der Arbeitskräfte und -mittel und dieser Festsetzung der Lohnrate läßt sich folgendes erreichen:

- a) Die in der zweiten Periode (in Form von Produktionsmitteln und Konsumgütern) konsumierten Werte decken sich mit den in der ersten Periode produzierten Werten.
 - b) Die in der ersten Produktionsperiode geltenden Produktionsformeln werden ebenso wie die Lohnrate in der zweiten und evtl. auch in der dritten Periode beibehalten (wenn die verfügbaren Arbeitskräfte in der vierten Periode im gleichen Rhythmus zunehmen).
 - c) Die in der zweiten Periode produzierten Werte (Produktionsmittel und Konsumgüter) decken sich mit den Werten, die in der dritten konsumiert werden können, wobei Lohnrate und Produktionsformeln gleichbleiben.
- Zur Vervollständigung der obigen Analyse werden wir nun im Rahmen von Schema 1 zwei letzte Beispiele untersuchen, die eine Arbeitskräftezunahme um 50 % bzw. um 75 % implizieren.

1.1.3 Entwicklungstempo der Arbeitskraft = 50 %

Eine Zuwachsrate von 50 % hat hier zur Folge, daß die verfügbare Arbeitszeit von 60 Milliarden Stunden in der ersten auf 90 Milliarden in der zweiten Periode zunimmt. Unter diesen Bedingungen muß nach allem, was bisher gesagt wurde, das Schema der Produktion und der Verteilung folgendermaßen aussehen:

Schema 8

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	45	15	30	90
Abteilung II	15	5	10	30
Summe	60	20	40	120

Dieses Schema impliziert, daß 2/3 der Produktivkräfte in der Abteilung I konzentriert sind und daß der Lohn nur 1/3 des produzierten Wertes ausmacht.

1.1.4 Entwicklungstempo der Arbeitskraft = 75 %

Nach dem eben Gesagten erkennen wir, daß in diesem (rein theoretischen) Fall nur 12,5 % der Arbeitskräfte in der Abteilung II tätig sein könnten und daß der Lohn nur 14 2/7 % des produzierten Wertes ausmachen dürfte. Wenn wir die obigen Beobachtungen (einschließlich derer, die sich auf die Statik beziehen) zusammenfassen wollen und berücksichtigen, daß sie sich alle auf die gleiche Produktionsformel beziehen, bei der das Verhältnis der "aktuellen" Arbeit zum Wert der verbrauchten Produktionsmittel 1 beträgt und 1 bleiben muß, können wir folgende Feststellungen treffen:

- a) Bei einem Arbeitskräftezuwachs von 0 % muß der Lohn gleich dem produzierten Wert sein, und in der Abteilung II müssen 50 % der Arbeitskräfte beschäftigt werden.
 - b) Bei einem Arbeitskräftezuwachs von 16 2/3 % muß der Lohn gleich 5/7 des produzierten Wertes sein, und in der Abteilung II müssen 41 4/6 % der Arbeitskräfte beschäftigt werden.
 - c) Bei einem Arbeitskräftezuwachs von 1/3 muß der Lohn gleich 50 % des produzierten Wertes sein, und in der Abteilung II muß 1/3 der Arbeitskräfte beschäftigt werden.
 - d) Bei einem Arbeitskräftezuwachs von 50 % muß der Lohn gleich 1/3 des produzierten Wertes sein, und in der Abteilung II muß 1/4 der Arbeitskräfte beschäftigt werden.
 - e) Bei einem Arbeitskräftezuwachs von 75 % (rein theoretischer Fall) muß der Lohn gleich 14 2/7 % des produzierten Wertes sein, und in der Abteilung II müssen nur 12,5 % der Arbeitskräfte beschäftigt werden.
 - f) Bei einem Arbeitskräftezuwachs von 100 % (rein theoretischer Fall) müßte der Lohn gleich 0 % des produzierten Wertes sein, und in der Abteilung II müßten 0 % der Arbeitskräfte beschäftigt werden (was natürlich unmöglich ist).
- Diese Hinweise machen die Beziehungen deutlich, die zwischen dem Wachstumstempo der Arbeitskräfte einerseits und der Lohnrate sowie der Verteilung der Arbeitskräfte und Arbeitsmittel andererseits bestehen. Die oben angedeuteten Verhältnisse setzen eine Produktionsformel gleich 1 voraus; jede Änderung der Produktionsformeln wird diese Verhältnisse verändern, wie wir nun sehen werden.

1.1.5 Entwicklungstempo der Arbeitskraft = 1/3 bei einer Produktionsformel = 2

Bis jetzt haben wir uns im Rahmen des Schemas 1 bewegt; nun wollen wir das Schema 1 a (Produktionsformel gleich 2) untersuchen. Wenn hier die Arbeitskräfte in der zweiten Produktionsperiode voraussichtlich um 1/3 zunehmen werden, so daß dann 40 Milliarden Stunden zur Verfügung stehen, müssen in der ersten Periode Produktionsmittel für 80 Milliarden produziert werden. Das setzt voraus, daß der Abteilung I 53 1/3 Milli-

arden Produktionsmittel und 26 2/3 Milliarden Arbeitsstunden zugeteilt werden. Unter diesen Bedingungen bleiben für die Abteilung II nur noch 6 2/3 Milliarden Produktionsmittel und 3 1/3 Milliarden Arbeitsstunden übrig. Das Produkt der Abteilung II beträgt also 10 Milliarden gegenüber 80 Milliarden für Abteilung I. Folglich können insgesamt nur 7,5 Milliarden für Löhne verteilt werden (220) (das ergibt sich sowohl aus der Rechnung nach der "Produktionsüberschuß-Methode" wie aus der Rechnung, bei der das Gleichgewicht mit den in der zweiten Periode verteilten Einkommen zugrundegelegt wird - vorausgesetzt, daß die Arbeitskräfte in einer dritten Periode wieder um ein Drittel zunehmen). Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Lohnrate hier gleich 25 % des produzierten Wertes sein muß. Demnach sieht das Schema der Produktion und Verteilung in der ersten Periode folgendermaßen aus:

S c h e m a 2 a

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	53 1/3	6 2/3	20	80
Abteilung II	6 2/3	5/6	2 1/2	10
Summe	60	7 1/2	22 1/2	90

Würde man für Produktionsformeln mit immer höherem Koeffizienten analoge Rechnungen durchführen, so würde man folgendes erkennen: Je größer die Koeffizienten der Produktionsformeln werden (was einer höheren Arbeitsproduktivität entspricht), um so mehr ist bei einer Zunahme der Arbeitskräftezahl zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung erforderlich, daß ein Großteil der Produktivkräfte der Abteilung I zugeteilt wird; das zwingt zu einer um so stärkeren Senkung der Lohnrate. So ergeben Rechnungen dieser Art für ein dynamisches Gleichgewicht bei einem Zuwachs der verfügbaren Arbeitskräfte von einer Periode zur nächsten um 1/3:

Koeffizient der Produktionsformel	Anteil der in Abt. II beschäftigten Arbeitskräfte (%)	Lohnrate = Anteil vom produzierten Wert (%)
	Für einen Zuwachs der verfügbaren Arbeitskräfte um 1/3	
1/3	66 2/3	66,56
1/2	55 5/9	62,50
1	33,3	50
2	11 1/9	25
3	0	0

Die gesamten obigen Ableitungen setzen voraus, daß keine unproduktiven Ausgaben vorliegen. Das ist natürlich nur ein abstraktes, theoretisches Beispiel, und daher müssen wir jetzt untersuchen, wie ein geplantes Gleichgewicht in der Dynamik angestrebt werden kann, wenn unproduktive Ausgaben anfallen.

1.2 Dynamik mit unproduktiven Ausgaben

Wie wir am Ende von Kapitel IX sagten, gibt es nur zwei Möglichkeiten, beim Anwachsen der arbeitenden Bevölkerung gleichzeitig die Vollbeschäftigung und dieselben Produktionsformeln aufrechtzuerhalten: entweder die Senkung der Löhne auf einen bestimmten Teil des produzierten Wertes oder die Verringerung der unproduktiven Ausgaben. In Wirklichkeit sind diese beiden Möglichkeiten nur eine einzige; denn wie wir sahen, kann es nur dann unproduktive Ausgaben geben, wenn ein Teil der produktiven Arbeit nicht bezahlt wird. Wir wollen diesen Punkt wieder anhand einiger Zahlenbeispiele veranschaulichen. Als erstes betrachten wir den Fall, wo unproduktive Ausgaben als Einkommen für Nichtarbeitende, und danach, wo sie zur Finanzierung unproduktiver Arbeiten dienen.

1.2.1 Unproduktive Aufwendungen für Nichtarbeitende

Zu Beginn das statische Schema, von dem wir ausgehen:

Schema 1 b

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit	Wert der Produkte
Abteilung I	60	20	10	90
Abteilung II	30	10	5	45
Summe	90	30	15	135

Wir nehmen an, daß die unproduktiven Ausgaben im Rahmen dieses Schemas nicht für unproduktive Arbeiten, sondern zur Zahlung der Einkommen von Nichtarbeitenden (Rentner, Pensionäre usw.) getätigt werden. Wie kann man unter diesen Bedingungen mit einer $6 \frac{2}{3}$ %igen Zuwachsrate der arbeitenden Bevölkerung (221) fertigwerden, durch die die Zahl der Arbeitsstunden in der nächsten Periode von 45 auf 48 Milliarden ansteigt?

Hier sind zwei Verfahren denkbar: Das erste ist der Situation analog, wenn keine unproduktiven Ausgaben vorliegen, und besteht in einer zusätzlichen Senkung des Nominallohns (oder des Anteils der verteilten Löhne am Nationaleinkommen); diese Lösung, die einer Steigerung des Produktionsüberschusses entspricht, wollen wir nur kurz streifen. Das zweite Verfahren ist die Kürzung der unproduktiven Ausgaben.

1.2.1.1 Ausweitung der Produktion und Steigerung des Produktionsüberschusses

So liegen die Dinge beim ersten Verfahren: Der Koeffizient der Produktionsformel ist 2, und für die in der zweiten Periode verfügbaren 48 Milliarden Arbeitsstunden müssen 96 Milliarden Produktionsmittel verbraucht werden können. Folglich müssen in der ersten Periode 96 Milliarden Produktionsmittel produziert werden. Das wiederum setzt voraus, daß die Abteilung I im Verlauf dieser Periode 32 Milliarden Arbeitsstunden und 64 Milliarden Produktionsmittel verbrauchen kann. Für die Abteilung II bleiben daher nur 13 Milliarden Arbeitsstunden und 26 Milliarden Produktionsmittel übrig.

Damit die Akkumulation der Konsumgüter unter diesen Bedingungen proportional zur Produktionsmittel-Akkumulation verläuft, müssen, wenn die unproduktiven Ausgaben gleichbleiben, 22,5 Milliarden an Löhnen verteilt werden. Das Schema des dynamischen Gleichgewichts sieht demnach folgendermaßen aus:

Schema 9

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit		Wert der Produkte
			für die unproduktiven Ausgaben	für die Akkumulation	
Abt. I	64	16	10 $\frac{2}{3}$	5 $\frac{1}{3}$	96
Abt. II	26	6,5	4 $\frac{1}{3}$	2 $\frac{1}{6}$	39
Summe	90	22,5	15	7 $\frac{1}{2}$	135

Das Bruttoproduct beträgt hier, wie man sieht, 135 Milliarden. Das produzierte Einkommen (Nationaleinkommen) beläuft sich auf 45 Milliarden, von denen 37,5 Milliarden die verteilten Einkommen und 7,5 Milliarden die Akkumulation bilden; die Produzentenlöhne machen dabei nur 50 % des Nationaleinkommens und 60 % der verteilten Einkommen aus.

1.2.1.2 Ausweitung der Produktion und Verringerung der unproduktiven Ausgaben

Völlig andere Konsequenzen hat eine Ausweitung der Produktion, die durch die Senkung der unproduktiven Ausgaben finanziert wird.

Wenn die unproduktiven Ausgaben groß genug sind und einschränkbarer Bedürfnissen gelten, ist es nämlich möglich, die Akkumulation einzig und allein durch die Verringerung dieser Ausgaben zu finanzieren. Im Fall von Schema 10 muß folgendermaßen vorgegangen werden: Vom Nationaleinkommen werden weiterhin 30 Milliarden für die Löhne verwendet; zur Akkumulation dienen 8 Milliarden (222). Demnach müssen die unproduktiven Ausgaben auf 7 Milliarden reduziert werden.

Unter diesen Bedingungen ergibt sich folgendes Schema des dynamischen Gleichgewichts:

Schema 10

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit		Wert der Produkte
			für die unproduktiven Ausgaben	für die Akkumulation	
Abt. I	64	21 $\frac{1}{3}$	4 $\frac{44}{45}$	5 $\frac{31}{45}$	96
Abt. II	26	8 $\frac{2}{3}$	2 $\frac{1}{45}$	2 $\frac{14}{45}$	39
Summe	90	30	7	8	135

Wie man sieht, konnte das Volumen der verteilten Löhne auf dem gleichen Betrag wie in der Statik gehalten werden - aber nur durch die Einschränkung der unproduktiven Ausgaben um 8 Milliarden. Selbstverständlich hätte man, wenn die unproduktiven Ausgaben insgesamt geringer gewesen wären, die noch erforderliche zusätzliche Akkumulation durch eine Senkung der Lohnrate finanzieren müssen. Das wird in der nächsten Periode der Fall sein.

Letzten Endes kann die Akkumulation also immer nur durch eine anfängliche Senkung der Lohnrate finanziert werden, wenn man von einem statischen Schema ausgeht. Solange die unproduktiven Ausgaben eingeschränkt werden können, scheint ansonsten die rationellste Lösung darin zu bestehen, die verteilten Löhne und die unproduktiven Ausgaben gleichzeitig zu reduzieren, wobei das Ausmaß dieser Reduktion vom konkreten Fall abhängt.

1.2.2 Unproduktive Ausgaben für unproduktive Arbeiten

Wenn unproduktive Ausgaben für unproduktive Arbeiten bestimmt sind, kann ihre Senkung zugunsten der Akkumulation entweder zur Folge haben, daß sofort Arbeitskräfte und Arbeitsmittel freiwerden (z.B. bei der Umstellung von Maschinen zur Waffenherstellung auf den zivilen Bedarf) oder daß nur Arbeitskräfte freiwerden (wenn diese "Arbeitsmittel" in der produktiven Sphäre unbrauchbar sind; Auflösung einer Armee). Diese beiden Fälle müssen sorgfältig voneinander unterschieden werden.

1.2.2.1 Verringerung der unproduktiven Ausgaben mit Freisetzung von Arbeitsmitteln

Im ersten Fall (siehe Anhang 1) führt die Verringerung der unproduktiven Ausgaben, die mit einer Arbeitskräfteverteilung einhergeht, durch die - bei gleichen Produktionsformeln und gleicher Lohnrate - eine spätere Produktionserweiterung möglich ist, dazu, daß

- a) das Bruttonationaleinkommen von 135 auf 143 Milliarden anwächst,
- b) das Nationaleinkommen von 45 auf 47 2/3 Milliarden steigt, was eine Steigerung des Nationaleinkommens pro Kopf der Bevölkerung darstellt (dank dem Transfer einer bestimmten Anzahl nicht produktiv Arbeitender in die produktive Sphäre),
- c) die Löhne der Produzenten von 30 auf 31 7/9 Milliarden steigen, wobei die Lohnrate gleichbleibt.

Von diesen drei Konsequenzen ist die zweite gewiß die wichtigste.

1.2.2.2 Verringerung der unproduktiven Ausgaben ohne Freisetzung von Arbeitsmitteln

Eine ganz andere Situation ergibt sich, wenn die Verringerung der unproduktiven Ausgaben nur Arbeitskräfte, aber keine (oder nur anteilmäßig sehr wenige) Arbeitsmittel freisetzt. Dies ist der häufigste Fall. Hier kann ohne die momentane Kürzung der Arbeitsdauer ab der ersten Periode absolut keine zusätzliche Beschäftigung angeboten werden (zumindest, wenn man keine brutale Änderung der Produktionsformeln akzeptieren will). Wenn die spätere Vollbeschäftigung - unter Beibehaltung der Produktionsformeln - gewährleistet sein soll, muß die Verteilung der Arbeitskräfte im Verlauf der ersten Periode so geändert werden, daß für die zweite Periode die für die neuen Arbeitskräfte benötigten Produktionsmittel produziert werden. Man hat hier also einen Sonderfall der Zunahme der arbeitenden Bevölkerung vor sich. Das Besondere an diesem Fall ist die Tatsache, daß die zusätzlichen Arbeitskräfte schon ab der ersten Periode zur Verfügung stehen und gleichlaufend mit den bisherigen Produzenten beschäftigt werden können, und zwar durch eine provisorische Kürzung des Arbeitstages oder der Arbeitswoche - oder aber, im Gegenteil, durch die Einführung von Schichtarbeit; dabei sind noch nicht die Fälle berücksichtigt, in denen die Produktionsformeln nicht die strikte Verbindlichkeit haben, die wir ihnen beigemessen haben, und augenblicklich geändert werden können. Dies sind die wichtigsten Beispiele, in denen ein dynamisches wirtschaftliches Gleichgewicht dem Planer sozusagen "von außen auferlegt wird". Im wesentlichen spielt in den bisher untersuchten Fällen der demographische Faktor eine treibende Rolle: die Zunahme der arbeitenden Bevölkerung. Das Bemühen der Planung zielt in allen diesen Fällen grundsätzlich darauf ab, die Produktionsformeln nicht auf primitivere Formen regredieren und die Arbeitsproduktivität nicht abnehmen zu lassen. Auch das ist eine "passive" Bemühung, die diesen Aspekt der Dynamik durch die Stabilität der Produktionsformeln an die Statik annähert. Anders das Bemühen der Planung, das auf die progressive Änderung der Produktionsformeln abzielt. Das impliziert, daß nach und nach dem einzelnen Produzenten immer mehr Produktionsmittel zur Verfügung gestellt werden. Ein solches Bemühen kann - und das ist praktisch auch immer der Fall - mit einer Vergrößerung der arbeitenden Bevölkerung einhergehen.

2. Dynamisches Gleichgewicht mit gleichbleibender werktätiger Bevölkerung und progressiver Änderung der Produktionsformeln (223)

Zur Herstellung eines dynamischen Gleichgewichts der Wirtschaft müssen einerseits die Produktivkräfte so verteilt werden, daß mehr Produk-

tionsmittel produziert als verbraucht werden. Andererseits muß das Volumen der verteilten Einkommen an die relative Reduzierung der Masse der produzierten Konsumgüter (im Vergleich zur Statik) angepaßt werden, wobei diese Reduzierung wiederum das Ergebnis der betreffenden Produktivkräfteverteilung ist. Das heißt konkret, daß der Lohn in der Dynamik nur einen Teil des durch die Arbeit, für die er bezahlt wird, produzierten Wertes darstellen kann. Dieser Teil wird umso kleiner sein, je rascher die Produktionsmittel akkumulieren sollen, d.h. je mehr Produktivkräfte in der Abteilung I eingesetzt werden sollen. Außerdem wird dieser Anteil um so kleiner sein, je mehr zu den finanziellen Anforderungen der Akkumulation noch die der unproduktiven Ausgaben hinzukommen. Da wir den Einfluß der unproduktiven Ausgaben auf die Lohnrate bereits erörtert haben, wollen wir hier nicht nochmals darauf eingehen. Wir beschränken uns also auf das Beispiel eines "rein wirtschaftlichen" Gleichgewichts.

2.1 Zahlenbeispiele (224)

Wir nehmen beispielsweise an, daß eine Gesellschaft für eine bestimmte Produktionsperiode 60 Milliarden Arbeitsstunden zur Verfügung hat und daß sie in diesem Zeitraum Produktionsmittel im Wert von 60 Milliarden verbrauchen kann; von S. 177 (Schema 1) wissen wir, wie bei einer Produktionsformel = 1 das Schema der gesellschaftlichen Reproduktion aussieht.

Wenn beschlossen wird, in die Dynamik überzugehen, indem die Menge der Produktionsmittel, die in der nächsten Planungsperiode verbraucht werden können, um ein Drittel erhöht wird, muß die Arbeitskräfteverteilung folgendermaßen organisiert werden:

Schema 3 a

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	40	26 2/3	13 1/3	= 80
Abteilung II	20	13 1/3	6 2/3	= 40
	60	40	20	120

Das Volumen der verteilten Löhne entspricht also der Produktion von Konsumgütern (im Gegensatz zu dem im Schema 3 dargestellten Fall), da hier, wenn die verfügbare Arbeitskraft im Verlauf der folgenden Pe-

riode gleich bleibt, keine "Überproduktion" im Bereich der Konsumgüterproduktion notwendig ist. Man kann im Gegenteil im Verlauf der zweiten Periode 80 Milliarden anstatt von 60 an Produktionsmitteln verwenden. Unter diesen Bedingungen erscheint das Schema der zweiten Periode folgendermaßen:

Schema 11

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	57 1/7	28 4/7	14 2/7	100
Abteilung II	22 6/7	11 3/7	5 5/7	40
Summe	80	40	20	140

Auch hier ist zwischen dem Volumen der verteilten Löhne und dem Wert der produzierten Konsumgüter das Gleichgewicht hergestellt. Andererseits werden in der dritten Periode für 100 Milliarden Produktionsmittel verbraucht werden können. Unter diesen Bedingungen sieht das Schema der dritten Periode folgendermaßen aus, wenn man die Masse der für die folgende Periode verfügbaren Produktionsmittel wiederum 20 Milliarden erhöhen will:

Schema 12

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	75	30	15	120
Abteilung II	25	10	5	40
Summe	100	40	20	160

Und unter den gleichen Bedingungen wird das Schema der vierten Periode folgendermaßen aussehen:

Schema 13

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	93 3/9	31 1/9	15 5/9	140
Abteilung II	26 6/9	8 8/9	4 4/9	40
Summe	120	40	20	180

2.2 Gleichgewicht zwischen verteilten Löhnen und produzierten Konsumgütern, Steigerung der verfügbaren Produktionsmittel

Wie man sieht, ist also im Verlauf jeder Periode das Gleichgewicht zwischen den verteilten Löhnen und den produzierten Konsumgütern hergestellt; und am Ende jeder Periode verfügt die Gesellschaft über mehr Produktionsmittel als am Anfang.

2.3 Andere Feststellungen

Es läßt sich noch eine Reihe anderer Feststellungen treffen:

2.3.1 Progressive Änderung der Verteilung der Arbeitskräfte

Zur Herstellung des oben angedeuteten Gleichgewichts muß die Arbeitskräfteverteilung zwischen den Abteilungen I und II progressiv geändert werden.

Mit anderen Worten: man kann im Lauf der Perioden, wenn man will, der Konsumgüterproduktion einen immer kleineren Anteil an Arbeitskräften zuführen, wobei immer derselbe Wert an Konsumgütern produziert wird.

2.3.2 Progressive Änderung der Verteilung der Produktionsmittel

Die Verteilung der Produktionsmittel entwickelt sich parallel zu der der Arbeitskräfte.

2.3.3 Progressive Änderung der Verteilung der Produktion, konstanter Wert der Konsumgüterproduktion

Parallel dazu verläuft auch die Entwicklung der Produktionsverteilung. Praktisch bleibt hier dem Plan entsprechend der Wert der Konsumgüterproduktion konstant, während sich der Wert der Produktionsmittelproduktion regelmäßig erhöht. Darüberhinaus stellt man fest, daß - immer nach Plan - der Wert, um den sich die Masse der Produktionsmittel erhöht, konstant ist; er stellt also einen immer kleineren Teil der verbrauchten Produktionsmittel dar.

2.3.4 Wachsende Differenz zwischen produziertem Wert und Wert der Produkte

Kann sich der Wert der produzierten Produktionsmittel vergrößern, während der Wert der produzierten Konsumgüter nicht kleiner wird und die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte sich nicht verändert, so hat das seinen Grund in der wachsenden Differenz zwischen dem produzierten Wert (Nationaleinkommen = Nettoproduktion) einerseits und dem Wert der Produkte (Bruttoproduktion) andererseits.

In den soeben betrachteten Fällen beträgt der in jeder Periode produzierte Wert 60 Milliarden, während der Wert der Produkte von 120 auf 180 Milliarden ansteigt.

2.3.5 Veränderung der Produktionsformeln

Die eben angeführte Erscheinung, daß die Differenz zwischen dem produzierten Wert und dem Wert der Produkte größer wird, rührt daher, daß sich die Produktionsformeln ändern. Das heißt, daß der Anteil der "aktuellen" Arbeit am Wert eines Produkts abnimmt und der Anteil der "vergangenen" Arbeit größer wird. (225) Die Tabelle d von Anhang 3 zeigt, wie sich in den oben untersuchten Fällen einerseits die Produktionsformeln und andererseits der jeweilige Anteil der "aktuellen" und der "vergangenen" Arbeit am Wert der Produkte entwickeln. Die Änderung der Formeln bedeutet zweierlei:

2.3.5.1 Vermehrung der Masse der verwendeten Ausrüstung

Insofern als die Steigerung des Wertes der in einer Arbeitsstunde verbrauchten Produktionsmittel auf den Verbrauch perfekterer Maschinen oder Werkzeuge zurückgeht, läßt sich die Arbeitsproduktivität dadurch steigern - und eben das ist das Ziel der Akkumulation. Im übrigen drückt die Zunahme des Wertes der verbrauchten Produktionsmittel die Zunahme

me der Masse der verfügbaren Maschinen und Werkzeuge nur unvollständig aus, nicht nur weil deren Wert und Preis fallen können (worauf wir gleich noch zurückkommen werden), sondern auch weil der verbrauchte Wert bei diesem Teil der Produktionsmittel nur ein Bruchteil des verwendeten Wertes ist. Er ist um so kleiner, je stabiler, je dauerhafter die Maschinen sind, je langsamer ein Kapital also umläuft. Erinnern wir uns daran, daß wir bisher aus Gründen der Vereinfachung angenommen haben, daß die Umlaufzeit immer mit der Produktionsperiode zusammenfällt. Zur Annäherung an praktische Verhältnisse werden wir im Anhang verschiedene Umlaufgeschwindigkeiten berücksichtigen. (226)

2.3.5.2 Vermehrung der Masse der verarbeiteten Grundstoffe

Die Steigerung des Wertes der in einer Arbeitsstunde verbrauchten Produktionsmittel hat noch eine andere Bedeutung: Sie zeigt an, daß in einer Stunde mehr Grundstoffe oder Halbfabrikate verarbeitet werden. In diesem Sinn bedeutet die Feststellung, daß in einer Arbeitsstunde ein höherer Wert an Rohstoffen und Halbfabrikaten verarbeitet wird, zugleich, daß - außer bei einem Anstieg der Verschwendung - die Arbeitsproduktivität gewachsen ist.

In Wirklichkeit ist die Weiterentwicklung der Arbeitsproduktivität - das Ziel des ganzen hier untersuchten Akkumulationsprozesses - eine Frage der stofflichen Seite der Produktion; sie hängt ab vom technischen Niveau, von dem ausgegangen wird (s. Anhang 3, Tabelle e).

2.3.6 Preisbewegung und Ansteigen der Reallöhne

Würde man die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in Rechnung stellen, die zur Folge hat, daß derselbe Wert eine größere Produktmasse repräsentiert (da in einer Arbeitsstunde ja mehr Produkte hergestellt werden), so käme man zu einer "Rechnungsführung in Fixpreisen"; denn die Erhöhung der Arbeitsproduktivität bringt auch ein Sinken des Wertes und des Preises pro Einheit mit sich. Das bedeutet vor allem, daß die 40 Milliarden verteilten Löhne von einer Periode zur nächsten in dem Maß, wie die Preise sinken, einer größeren Masse von Konsumgütern und damit einer Erhöhung der Reallöhne entsprechen (vgl. Anhang 3, Tabelle e).

2.3.7 Relative Freiheit in der Festsetzung der Akkumulationsrate

Schließlich stellen wir fest - und auch dieser Punkt ist äußerst wichtig - daß die Planungsorgane bei der Festsetzung des Akkumulationstempos und damit der Lohnrate über eine gewisse "Freiheit" verfügen (227) (s. Anhang 2). Vom ökonomischen Standpunkt aus ist es immer möglich,

ein bestimmtes Akkumulationstempo festzulegen - mit folgenden Einschränkungen:

a) Einer bestimmten Akkumulationsrate entspricht eine bestimmte Lohnrate, und umgekehrt (legt man die eine Rate fest, so ergibt sich die andere zwangsläufig). Der Beweis für diese Behauptung ist leicht zu erbringen; wir müssen uns nur daran erinnern, daß das Nationaleinkommen die Summe aus den verteilten Löhnen und der Akkumulation ist: Wenn die Löhne steigen, sinkt die Akkumulation, und umgekehrt.

b) Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß es für die Erhöhung der Akkumulationsrate eine physiologische Grenze gibt; sie ist dann erreicht, wenn die Lohnrate unter das Existenzminimum fällt.

c) Bevor aber diese physiologische Grenze erreicht ist, stößt man auf eine gesellschaftliche und politische Grenze; sie besteht aus den Verbrauchsgewohnheiten, und mehr noch, aus dem Willen, gleichzeitig den Lebensstandard und die Akkumulation zu erhöhen.

d) Schließlich wird die Akkumulation durch den technischen Fortschritt und die demographische Entwicklung begrenzt; denn letzten Endes setzt die Anhebung der Produktionsformeln eine mögliche Änderung voraus, und die Bedingung für eine extensive Akkumulation ist ein Anwachsen der werktätigen Bevölkerung.

Um die Untersuchung dieser Probleme abzuschließen, müssen wir noch ein paar Worte zu den allgemeinen Schlüssen sagen, die aus den Schemata gezogen werden können.

3. Was zeigen die Schemata?

Die gerade untersuchten Schemata bilden die elementaren Bezugsrahmen für die Analyse vor der Erstellung eines Gesamtwirtschaftsplans, der zugleich die Produktion, die Verteilung der Einkommen und die Investitionen umfaßt. Damit sie nicht nur im abstrakt-analytischen Bereich, auf den wir uns bis jetzt beschränkt haben, Geltung erlangen, müssen sie einerseits je nach den konkreten wirtschaftlichen Fakten ausgewechselt und andererseits mit Zahlen gefüllt werden, die realen Größen und Werten aus der nationalen Statistik und der nationalen Rechnungsführung entnommen sind. Vorausgesetzt, die Schemata seien mit Fakten gefüllt, die die reale wirtschaftliche Situation genau genug widerspiegeln - welche Schlüsse lassen sich dann daraus ziehen?

3.1 Gleichgewicht zwischen den Abteilungen I und II

Als erstes müssen uns die Schemata Aufschlüsse über die Bedingungen des allgemeinen Gleichgewichts geben. Sie bilden, auf Wertebene, die Entsprechung zu den Verhältnisziiffern (228). Ebenso wie die Verhältnisziiffern die Bedingungen der Gleichgewichte zwischen den verschiedenen

Einzelproduktionen deutlich machen, stellen die Schemata die Bedingungen für das allgemeine Gleichgewicht, für das Gleichgewicht zwischen den Abteilungen I und II heraus. Und wie den Verhältniszißern als analytischen Instrumenten die Materialbilanzen entsprechen, so entspricht den Schemata die nationalökonomische Bilanz. Die durch die Ausarbeitung dieser Bilanz aufgeworfenen Probleme sind besonders groß und komplex; jedenfalls würde ihre Behandlung den hier gesetzten Rahmen sprengen. Die Schemata zeigen uns also, wie die Produktivkräfte verteilt werden müssen, damit ein Gleichgewicht zwischen Abteilung I und Abteilung II erzielt wird. Dieses Gleichgewicht ist jedoch von den tatsächlichen Produktionsformeln und Umlaufzeiten abhängig, die sich in den einzelnen Zweigen des Wirtschaftslebens grundlegend unterscheiden. Zur bequemeren Darstellung haben wir auf den vorstehenden Seiten homogene Produktionsformeln und Umlaufzeiten angenommen; in den Schemata, die zur Ausarbeitung der Wirtschaftspläne dienen sollen, wird dagegen die faktische Unterschiedlichkeit berücksichtigt werden müssen - jedoch, soweit möglich, als Durchschnittswerte zusammengefaßt.

3.2 Planung der Löhne und Planung der Konsumtion

Die Schemata geben uns noch über einen weiteren grundlegenden Sachverhalt Auskunft: Sie zeigen, wie groß das Lohnvolumen und damit die mittlere Lohnrate sein muß, damit der Absatz der Konsumgüterproduktion gesichert ist. Über diese Schemata erscheint die Planung der Löhne als fundamentaler Aspekt der Planung der Konsumtion; der Lohn hört auf, einen Preis zu bilden, und ist von seinem Wesen her ein Anteil am Sozialprodukt.

Die Schemata zeigen darüberhinaus, wie groß die mittlere Lohnrate sein muß, um einen bestimmten "Produktionsüberschuß" zu erhalten, der zur Finanzierung der unproduktiven Ausgaben oder zur künftigen Produktions-erweiterung dienen soll. Unter diesem Gesichtspunkt machen sie den Zusammenhang zwischen Lohnrate und Akkumulationsrate deutlich; sie zeigen die Auswirkungen einer Erhöhung oder Senkung der unproduktiven Ausgaben; sie weisen auf die Akkumulationsrate hin, bei der die Produktionsformeln angesichts der demographischen Schwankungen stabil gehalten werden können; sie geben Auskunft, welche Akkumulationsrate angewendet werden muß, damit eine bestimmte Änderung der Produktionsformeln und infolgedessen auch der Arbeitsproduktivität, des allgemeinen Niveaus der Preise und der Reallöhne usw. erreicht werden kann. Die Schemata geben letzten Endes Auskunft über die Bedingungen für das allgemeine wirtschaftliche Gleichgewicht; bei der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne müssen sie daher eine zentrale Stellung einnehmen.

XI PLANUNG DES AUSSENHANDELS, PROBLEME DES GLEICHGEWICHTS UND DER PREISE

Bisher liefen unsere Überlegungen so ab, als habe die Gesellschaft, deren Wirtschaftsleben zu planen war, keinerlei Beziehungen zur Außenwelt, als hätten wir es also mit einer völlig autarken oder mit einer weltweit geplanten Wirtschaft zu tun. Und so stellt sich die Frage, ob unsere Überlegungen auch für eine Wirtschaft gelten können, die bei einem Teil ihrer Güterversorgung und ihres Güterabsatzes von der Außenwelt abhängig ist. Mit anderen Worten die Frage stellt sich, ob in einem Land, in dem alle für eine geplante Entwicklung unerläßlichen gesellschaftlichen Bedingungen - vor allem die Vergesellschaftung der wichtigsten Sektoren der Wirtschaft - gegeben sind, das aber gezwungen ist, mit anderen Ländern wirtschaftlich zu verkehren - ob auch in einem solchen Land eine umfassende Planung möglich ist. Daß es sich hier nicht um ein abstraktes Beispiel handelt, beweist schon der Fall der UdSSR. Aber in jedem Fall ist es ein Beispiel, das viele Fragen aufwirft. In gewisser Beziehung ist das Problem, das der Außenhandel für eine Planwirtschaft darstellt, das der Isolierung einer Planwirtschaft innerhalb einer nicht geplanten Weltwirtschaft, die von anderen Tendenzen als sie selbst gelenkt wird. (229)

Bei der Planung des Außenhandels werden wir die meisten der bis jetzt behandelten Probleme wiederauftauchen sehen. Eben das ist der Grund dafür, daß wir dieses Gebiet erst untersuchen können, wenn alle diese Fragen gelöst sind. Wie wir gleich sehen werden, wirft die Planung des Außenhandels unerhört viele theoretische Schwierigkeiten auf; aber die praktischen Schwierigkeiten wiegen nicht weniger schwer. Die Kalkulationen, die man dabei durchführen muß, basieren nämlich - das wird die folgende Untersuchung deutlich machen - auf einem Vergleich der Binnenhandelspreise mit den Außenhandelspreisen; erfahrungsgemäß unterliegen die letzteren jedoch in einer kapitalistischen Weltwirtschaft brutalen Schwankungen, die unaufhörlich den Wert der Kalkulationen und folglich - was natürlich schwer wiegt - den Wert der getroffenen Entscheidungen in Frage stellen.

Wenn solche Kalkulationen nicht auf ein momentanes, sondern auf ein langfristiges Gleichgewicht abzielen, besteht die Gefahr, daß die weltweiten Preisfluktuationen die gesamte Produktionsstruktur gefährden. Die Anwendung eines rationellen Wirtschaftsplans stößt daher auf um so mehr praktische Schwierigkeiten, je größer die Rolle ist, die der Außenhandel im Wirtschaftsleben eines Landes spielt. So ist mehr oder weniger jedes Land mit einer Planwirtschaft gezwungen, seinen Tausch-

verkehr nach außen einzuschränken, solange der Weltmarkt ein wahrhaft chaotisches Schauspiel liefert.

Wirtschaftspläne können daher nur im Rahmen einer hinlänglich autonomen Wirtschaft, d.h. entweder in einer halbautarken Wirtschaft (230) oder im weltwirtschaftlichen Rahmen, mit einiger Aussicht auf Realisierung erstellt werden. Alle anderen Lösungen können nur Kompromisse oder Übergangserscheinungen sein.

Wie die binnenwirtschaftliche Planung zumindest die Vergesellschaftung der entscheidenden Sektoren der Wirtschaft voraussetzt, so setzt die Planung des Außenhandels dessen Verstaatlichung voraus. Hier wie anderswo (und vielleicht noch mehr als anderswo) würde die bloße Kontrolle nicht genügen. Durch Kontrolle und Verbote lassen sich wohl bestimmte Warenbewegungen verhindern, nicht aber fördern. Sie ermöglichen keine aktive Außenhandelspolitik. Für eine geplante Volkswirtschaft kann der Außenhandel zwei verschiedene Rollen spielen. Einerseits kann er dazu dienen, die - momentanen oder dauernden - Lücken der Produktion im Verhältnis zum Bedarf zu schließen, d.h. die Fehlbeträge aufzufüllen und die Überschüsse abzusetzen, die sich aus einem bestimmten Plan und der entsprechenden Konsumtion ergeben. Sofern der Außenhandel auf diese Rolle beschränkt ist, ist er Bestandteil des Plans einer relativ autarken Wirtschaft. Andererseits kann es Aufgabe des Außenhandels sein, die Spezialisierung eines Landes auf diejenigen Produktionen, für die es relativ am günstigsten liegt, zu ermöglichen; hier muß der Einfluß des Außenhandels bei der Planung der Produktion selbst in Rechnung gestellt werden. Mit anderen Worten: Hier ist der Außenhandel Bestandteil des Plans einer Wirtschaft, die an der internationalen Arbeitsteilung teilnimmt. Die Theorie muß diese beiden Möglichkeiten getrennt im "Reinzustand" untersuchen, wobei die Praxis zweifellos nur Zwischenschritte darstellen kann, wie sich schon im Fall der UdSSR feststellen läßt.

Wir müssen also nacheinander erst die Außenhandelsplanung im Fall einer relativ autarken und dann im Fall einer an der internationalen Arbeitsteilung beteiligten Wirtschaft untersuchen. Dabei werden wir feststellen, daß die Probleme der Teilgleichgewichte und das Warenaustauschproblem in jedem dieser Fälle verschieden sind; sie müssen daher in den jeweiligen Abschnitten behandelt werden. Dagegen ist das Preisproblem ein Bestandteil des allgemeinen Gleichgewichts; es ist daher gesondert in einem dritten Abschnitt zu erörtern.

1. Planung des Außenhandels in einer relativ autarken Wirtschaft

1.1 Rolle des Außenhandelsplans

Im Falle einer relativ autarken Wirtschaft (231) wird der Produktions-

plan ohne direkte Berücksichtigung des Verhältnisses von Inlandskosten zu Außenhandelspreisen erstellt. Im Grenzfall (vollständige Autarkie) wäre die Produktion eines Landes vollständig der Konsumtion dieses Landes angepaßt, und es gäbe keine Außenhandelsprobleme. Sowie man Autarkie erreichen will, will man diese Anpassung erreichen, und solange diese nicht hergestellt ist, dient der Außenhandel als bloßes "Sicherheitsventil".

Wie wir gerade sagten, sorgt der Außenhandel in einem solchen Fall nur für den Absatz überschüssiger und die Beschaffung fehlender Produkte. Er beeinflusst den Produktionsplan nicht. Dieser wird im Lauf der folgenden Perioden die Verringerung der überschüssigen Produkte und die Steigerung der defizitären Produktionen festsetzen, um den Außenhandel auf das Mindestmaß zu reduzieren. Hier spielt der Außenhandel also per se eine Übergangsrolle.

Die Außenhandelsplanung verläuft unter diesen Umständen folgendermaßen: Das Außenhandelsmonopol kauft im Inland die überschüssigen Produktionen (Teilgleichgewichte), setzt sie auf dem Weltmarkt ab, kauft dann mit den so beschafften Devisen auf dem Weltmarkt die im Inland fehlenden Produkte und setzt sie auf dem Binnenmarkt ab, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.

Alle diese Operationen setzen voraus, daß zuvor zwei gleichartige Fragen beantwortet sind: "Was wird zuviel produziert?" und "Was wird zu wenig produziert?"

1.2 Bestimmung der Überschüsse und der Defizite

Bei der Beantwortung dieser beiden Fragen muß unterschieden werden, ob es sich um Produktionsmittel oder um Konsumgüter handelt. Bei den Produktionsmitteln geben die Materialbilanzen darüber Auskunft, ob zur Zeit im Hinblick auf den vorhandenen Bedarf zuviel oder zuwenig produziert wird; darüberhinaus geben sie Auskunft über die Höhe der Produktionsüberschüsse oder -defizite. Im übrigen ist das Auftreten solcher Überschüsse oder Defizite in einer Wirtschaft, welche die Autarkie anvisiert, das Anzeichen dafür, daß es noch nicht gelungen ist, die Produktion den Bedürfnissen anzupassen. Solange sie auf bestimmten Gebieten noch unzulänglich ist, muß dafür gesorgt werden, daß auf anderen Gebieten Überschüsse entstehen, mit denen die möglicherweise erforderlichen Importe finanziert werden können.

Bei den Konsumgütern ergibt sich der Sättigungsgrad der verschiedenen Nachfragen aus dem Vergleich zwischen den Werten und den Einzelhandelspreisen.

Wie die Planung der Produktion der späteren Perioden das Auftreten möglicher Überschüsse und Defizite vermeiden muß, so muß die laufende Planung des Außenhandels die gegenwärtigen Überschüsse und Defizite aufsaugen.

1.3 Handelsbilanz und Wechselkurs

Auf den ersten Blick ließe sich annehmen, daß man über den Handel relativ leicht zur oben beschriebenen Gleichgewichtssituation kommen kann. In einer angemessen geplanten Wirtschaft ist nämlich die Summe der Überschüsse gleich der Höhe der Defizite, da sich die für Konsumtion, Investitionen und Erneuerung der Produktionsmittel verfügbaren Summen ja mit dem Wert der Produktion decken. Scheinbar würde es also genügen, auf dem Weltmarkt alle Binnenüberschüsse abzusetzen, um sich genau die auf dem Inlandsmarkt fehlenden Produktmengen zu beschaffen. Besteht beispielsweise für bestimmte Produkte ein Produktionsdefizit von 5 Milliarden inländischen Geldeinheiten, so bedeutet das, daß von anderen Produkten ein Überschuß von 5 Milliarden inländischen Geldeinheiten vorliegt. Nichts scheint also leichter, als diesen Überschuß von 5 Milliarden auf dem Weltmarkt in eine bestimmte Summe von Devisen, sagen wir in 500 Millionen A (232), zu konvertieren und mit dieser Summe auf dem Weltmarkt die benötigten Mengen der fehlenden Produkte einzukaufen.

Damit könnte man:

- a) die Teilüberschüsse absorbieren,
- b) die Teildefizite ausgleichen,
- c) den Ausgleich der Handelsbilanz gewährleisten (so daß Importe und Exporte gleich groß sind),
- d) darüberhinaus einen Wechselkurs errechnen; hier beträgt er: 10 inländische Geldeinheiten = 1 A (da 5 Milliarden Exporte = 500 Millionen A). (233)

Jedoch sind diese Ergebnisse nur in einem Ausnahmefall möglich, nämlich dann, wenn die Summe der Welthandelspreise für alle exportierten Produkte gleich der Summe der Welthandelspreise für alle zu importierenden Produkte ist. Solange das nicht der Fall ist, tauchen verschiedene Schwierigkeiten auf. Schematisch sehen sie folgendermaßen aus: Entweder ist die Summe der Preise für die Produkte, die zum Ausgleich der partiellen Produktionsdefizite importiert werden müssen, kleiner als die Summe der Preise für alle exportierten Produkte - oder sie ist größer.

1.3.1 Überschuß der Exporte über die Importe

Im ersten Fall gibt es drei Möglichkeiten: a) Es werden nur die zum Ausgleich der binnenwirtschaftlichen Defizite erforderlichen Mengen importiert; da dabei nicht die gesamten verfügbaren Devisen verbraucht werden, kommt es also zu einer überschüssigen Handelsbilanz. b) Es wird mehr importiert, als notwendig wäre, um die binnenwirtschaftlichen Defizite auszugleichen; aber dann entsteht das Problem, diesen neuen Produktionsüberschuß abzusetzen, und der Absatz kann nur durch die Handhabung einer besonderen Preispolitik gesichert werden. c) Es werden nur so gro-

ße Mengen exportiert, daß die benötigten Importe gesichert sind. Dann muß entschieden werden, welche Produkte im Überschuß nicht exportiert werden sollen.

1.3.2 Überschuß der Importe über die Exporte

Im zweiten Fall muß man entweder ein Handelsbilanzdefizit in Kauf nehmen (das setzt voraus, daß man über einen Devisenvorrat verfügt oder Handelskredite aufnimmt) oder kleinere Mengen importieren, als zum Ausgleich der binnenwirtschaftlichen Defizite nötig wäre, oder aber mehr als die überschüssigen Mengen exportieren, um die Importe bezahlen zu können.

Unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Gleichgewichts muß man sich in so einem Fall ganz sicher an einer der beiden letzten Lösungen (oder an einer Lösung, die dazwischen liegt) orientieren; aber dann taucht die Frage auf, welche Produkte nicht importiert bzw. welche Produkte zusätzlich exportiert werden sollen.

1.3.3 Probleme beim Handelsbilanzausgleich

Wie man sieht, sind zwei Tatsachen charakteristisch für die Situation, die entsteht, wenn man ein Gleichgewicht der Handelsbilanz schaffen will. Erstens bleibt dabei immer ein Produktüberschuß (im ersten Fall) oder ein Produktdefizit (im zweiten Fall) zurück. Zweitens stellt sich dann ein Entscheidungsproblem, das natürlich nicht auftritt, wenn die gesamte Menge der überschüssigen Produkte in die gesamte Menge der fehlenden Produkte umgetauscht werden konnte.

Mit dieser Entscheidung kommt ein qualitativer Gesichtspunkt bei einem Problem zum Tragen, das bisher als rein quantitativ erschien. Dieses Problem läßt sich nur lösen, wenn das Verhältnis zwischen den Binnenpreisen und den Weltmarktpreisen für die verschiedenen Produkte, die importiert oder exportiert werden sollen, berücksichtigt werden. Demnach muß hier eine Wirtschaftlichkeitsberechnung ins Spiel kommen, die auf den Preisen und auf einem Wechselkurs basiert. Aus ihr muß sich ableiten lassen, welche Exporte und welche Importe "günstig" oder "ungünstig" sind, und das bildet die Entscheidungsgrundlage.

Wir wollen diese Frage im Rahmen des vorgegebenen Problems kurz resümieren:

- a) Ein bestimmter Export erscheint als "günstig", wenn der auf dem Weltmarkt als Bezahlung dafür erhaltene Devisenbetrag im Vergleich zum gesellschaftlichen Arbeitsaufwand, der zur Lieferung des exportierten Produkts nötig war, relativ hoch ist. So erscheinen von verschiedenen Produkten, die den gleichen Arbeitsaufwand erfordern, diejenigen als "günstig" zu exportieren, durch deren Export der höchste Devisenbetrag

erzielt wird. Praktisch muß ein Mindestmaß an nationaler Arbeit in ein Höchstmaß an internationaler Kaufkraft umgewandelt werden. Da die Planwirtschaft aber nicht vom Profitstreben, sondern vom Willen geleitet wird, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, wird man nur dann einen im oben definierten engeren Sinn "günstigen" Export tätigen, wenn daraus kein Engpaß im eigenen Land entsteht oder wenn daraus die Befriedigung der als wesentlich eingestuften Bedürfnisse nicht gefährdet wird. Es handelt sich hier um eine qualitative Bewertung von teilweise gesellschaftlichem und politischem Charakter.

b) Ein bestimmter Import erscheint - unter Anrechnung seiner Notwendigkeit - als "günstig", wenn die für die Devisen erstandenen Produkte im Inland einen höheren Arbeitsaufwand erfordert hätten. Praktisch muß also ein Höchstmaß an nationaler Arbeit durch ein Mindestmaß an internationaler Kaufkraft eingespart werden. Umgekehrt erscheinen diejenigen Importe als besonders "ungünstig", die nur wenig nationale Arbeit einsparen oder hohe Devisenauslagen erfordern. Wohlgemerkt: Auch hier reichen die quantitativen Maßstäbe allein nicht aus; besondere Berücksichtigung muß die Tatsache finden, daß eine an sich den Haushalt schwer belastende Einfuhr aus dem Ausland gesellschaftlich vorteilhaft sein kann, wenn man die dadurch ermöglichte Produktionssteigerung oder die so möglich gewordene Beschleunigung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in Rechnung stellt (Import von Ausrüstung und Maschinen). Auch hier sind also qualitative Bewertungen mit gesellschaftlichem und politischem Charakter unerlässlich.

Aus dem Vergleich des Inlandwertes der exportierten Güter mit ihrem Preis auf dem Außenmarkt läßt sich nach dem früher beschriebenen Vorgehen ein "Wechselkurs" errechnen.

1.4 Merkmale der Außenhandelsplanung in einer relativ autarken Wirtschaft

Die eben analysierte Planung des Außenhandels geht mit einer relativ autarken Wirtschaft einher, da sie einem Produktionsplan beigelegt ist, auf den sie keinen entscheidenden Einfluß hat. Einerseits wird der Wirtschaftsplan ohne Bezug oder zumindest ohne systematischen Bezug auf die Auslandspreise erstellt; (234) andererseits richtet sich der Export-Import-Plan hauptsächlich nach den Überschüssen und Fehlbeständen, die sich aus einem Wirtschaftsplan ergeben. Die qualitativen Daten spielen hier eine absolut untergeordnete, die quantitativen Daten dagegen eine Hauptrolle. Unter diesen Umständen ist es nicht die Aufgabe des Außenhandels, eine direkte Arbeitseinsparung zu ermöglichen, die sich aus der Tatsache ergäbe, daß sich das Land auf diejenigen Produktionen beschränkt, in denen es relativ am weitesten fortgeschritten ist. Der Außenhandel soll hier nur die Herstellung einer Reihe von Teilgleichgewichten und eine indirekte Arbeitseinsparung ermöglichen.

1.5 Außenhandel und inneres Gleichgewicht

In der Praxis besteht hier die Rolle des Außenhandels darin, die Lücken der Inlandsproduktion zu schließen; eben dadurch können bestimmte Teilgleichgewichte hergestellt werden. In dieser Hinsicht kann er es sogar ermöglichen, ein Gleichgewicht zwischen Abteilung I und Abteilung II zu schaffen, das beispielsweise für das vom Plan festgelegte Akkumulations-tempo erforderlich ist, welches aufgrund der vorliegenden Struktur des Produktionsapparats nicht unmittelbar erzielt werden kann. Es kommt dann zu einer Umwandlung eines Teils des Konsumtionsfonds zum Akkumulationsfonds. Genau diese Rolle spielte der Außenhandel in der UdSSR während des ersten Fünfjahresplanes: So konnten Getreide, Holz und Pelze in Werkzeug und Maschinen transformiert werden. Es muß jedoch festgehalten werden, daß diese Umwandlung nur dann ohne Störung des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts vor sich gehen kann, wenn die Grundbedingung für die Akkumulation gegeben ist; d.h. wenn die verteilten Einkommen auf einen bloßen Teil des produzierten Nettowerts gesenkt wurden.

1.6 Produktionsplan und Wechselkurs

Andererseits ist der Wechselkurs, der aus einer relativ autarken Wirtschaftsplanung resultiert, extremen Schwankungen unterworfen, da er sehr stark von momentanen Bedingungen abhängt. Ein Beispiel soll das verdeutlichen: Wir nehmen an, daß sich der Überschuß in einem Jahr auf Produkte erstreckt, für deren Produktion das Land relativ ungünstig liegt - sagen wir besser auf ein Produkt, auf Kupfer. Auf der Basis ihres Wertes ist die überschüssige Kupfermenge im Inland 100 Millionen wert; auf dem Weltmarkt bringt sie 5 Millionen A. Daraus ergibt sich ein Wechselkurs von 20 Geldeinheiten gegen 1 A. In einem anderen Jahr dagegen entsteht infolge des Produktions- und Exportplans ein Produktionsüberschuß eines Produkts, für welches das Land relativ günstig liegt, etwa von Getreide. Dabei kann es dazu kommen, daß eine Weizenmenge, die im Inland auf der Basis ihres Wertes 100 Millionen Geldeinheiten wert ist, auf dem Weltmarkt 20 Millionen A bringt, d.h. einen viermal höheren Kurs, mit dem für einen Teilüberschuß vom gleichen Inlandswert viermal so viel Produkte auf dem Weltmarkt kaufen kann. Und genau das ist das Merkmal der Planung im Rahmen einer relativ autarken Wirtschaft: Ihre Indifferenz gegenüber der jeweiligen Arbeitsproduktivität und die Tatsache, daß keine systematischen Bemühungen unternommen werden, die Produktionen, für die das Land im Verhältnis zum Weltmarkt am besten geeignet ist, zu entwickeln.

Ganz anders muß, wie wir sehen werden, die Planung in einer Wirtschaft stattfinden, die an der weltweiten Arbeitsteilung beteiligt ist. Zwar bleiben auch in einer solchen Wirtschaft die Grundsätze, die wir soeben

entwickelt haben, für den Verlauf jeder Periode insofern gültig, als damit die Überschüsse und Defizite am günstigsten absorbiert werden, und zwar unter Erhaltung einer ausgeglichenen Handelsbilanz. Die wesentlichen Unterschiede treten aber hervor, wenn wir mehrere aufeinanderfolgende Perioden und die Verbindung betrachten, die dann zwischen Produktions- und Außenhandelsplanung hergestellt werden muß.

2. Planung des Außenhandels in einer an der internationalen Arbeitsteilung beteiligten Wirtschaft

Während der Vergleich der Inlandspreise mit den Weltmarktpreisen bei einer relativ autarken Wirtschaft nicht bei der Festlegung der Investitionspläne, sondern nur bei der Bestimmung der Export- und Importmengen eine Rolle spielt, kommt ihm bei einer an der internationalen Arbeitsteilung beteiligten Wirtschaft sowohl in der Investitions- wie in der Außenhandelsplanung eine entscheidende Rolle zu.

2.1 Bestimmung der günstigsten Produktionen

Vor der Erstellung eines Wirtschaftsplanes, der die Teilnahme einer Volkswirtschaft an der internationalen Arbeitsteilung ermöglichen soll, muß als erstes untersucht werden, welche Produktionen vom Exportstandpunkt aus die günstigsten sind, d.h. mit welchen die größtmögliche internationale Kaufkraft für die kleinstmögliche nationale Arbeit erhalten werden kann.

Sobald diese Produkte durch Vergleich der Inlandskosten in gesellschaftlicher Arbeit mit den Weltmarktpreisen (235) ermittelt sind, muß der Investitionsplan dafür sorgen, daß die Produktion dieser Produkte bis zum höchsten Grad vorangetrieben wird, der sich mit den im Inland vorhandenen Möglichkeiten und mit der Erhaltung der Kosten im Inland und der Preise im Ausland vereinbaren läßt. Diese Produktionssteigerung kann möglicherweise mit dem Abzug von Produktionskräften von den (im oben definierten Sinn) "ungünstigsten" Zweigen erzielt werden; dann müssen die so gesteigerten Exporte dazu dienen, den Import von Produkten, deren Inlandsproduktion dadurch verringert wurde, zu finanzieren. Als Ergebnis einer solchen Produktionsplanung muß die Menge der für ein bestimmtes Produktvolumen aufgewendeten gesellschaftlichen Arbeit immer weniger werden. Hat die Volkswirtschaft also Bedarf an 1.000 Einheiten eines Produktes A, das im Inland 100 Arbeitsstunden pro Einheit kostet und auf dem Weltmarkt 500 internationale Geldeinheiten wert ist, sowie an 250 Einheiten eines Produktes B, das im Inland 400 Arbeitsstunden kostet und 1.000 internationale Geldeinheiten wert ist, so müssen $1.000 \times 100 + 250 \times 400 = 200.000$ Arbeitsstunden aufgewendet werden, wenn man nicht auf den internationalen Austausch zurückgreift; bezieht man

ihn dagegen mit ein, so kann das gleiche Produktvolumen unter Aufwand von nur 150.000 Arbeitsstunden für die Produktion von A erzielt werden. Dadurch erhält man nämlich 1.500 Einheiten A, von denen 1.000 für die inländische Konsumtion und 500 für den Export bestimmt sind. Diese 500 bringen die zum Import der 250 benötigten Einheiten B erforderlichen 250.000 internationalen Geldeinheiten. So bleiben 50.000 Arbeitsstunden zur Verfügung, die je nach Bedarf für die eine oder die andere Produktion verwendet werden können (die Produktion von Exportgütern, mit denen andere Importe finanziert werden sollen, einbegriffen). Unter anderem führt der Rückgriff einer Planwirtschaft auf den internationalen Tauschhandel auch dazu, daß die Masse der aus einem bestimmten gesellschaftlichen Arbeitsaufwand hervorgegangenen Gebrauchswerte wächst.

2.2 Festsetzung der Preise für importierte Produkte, Berechnung eines Wechselkurses

Ebenso wie die Inlandpreise für die verschiedenen Produkte den dafür erforderlichen Aufwand an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit ausdrücken müssen, muß dieser Aufwand auch für die Außenhandelsprodukte berechnet werden; er stellt die von der Volkswirtschaft für den Erwerb der importierten Produkte geleistete Arbeit dar (236); das läuft darauf hinaus, daß zuallererst das Äquivalent eines "Wechselkurses" gebildet wird. Die Anwendung der weiter oben untersuchten Grundsätze führt zu folgender Lösung: Man stellt einerseits die Gesamtzahl der Arbeitsstunden, die bei der Produktion der Exportgüter aufgewendet wurden, und andererseits die Zahl der Geldeinheiten in Rechnung, die auf dem Weltmarkt beim Verkauf dieser Produkte eingenommen werden; jede Geldeinheit entspricht also einem bestimmten nationalökonomisch aufgewendeten Arbeitsbetrag. Im obigen Beispiel erbringen die 50.000 in Form von Produkt A exportierten Arbeitsstunden 250.000 internationale Geldeinheiten; eine internationale Geldeinheit stellt also 0,2 Arbeitsstunden dar. Umgekehrt beträgt der Arbeitsaufwand für den Erwerb von Produkt B auf dem Weltmarkt für 1.000 internationale Geldeinheiten 400 volkswirtschaftliche Arbeitsstunden.

Soweit möglich, bildet der inländische Verkaufspreis für importierte Produkte das Geldäquivalent für die Arbeitsmenge, die gesellschaftlich zum Erhalt dieser Produkte notwendig ist. Werden bestimmte importierte Produkte auch von der inländischen Wirtschaft geliefert, so muß der durchschnittliche Arbeitsaufwand unter Berücksichtigung des inländischen und des ausländischen Anteils an diesen Produkten in Rechnung gestellt werden.

2.3 · Festsetzung der zu exportierenden und der zu importierenden Mengen

In einer Wirtschaft, die sich an der größtmöglichen Beteiligung am internationalen Tauschhandel orientiert, hängen die zu exportierenden Mengen von den ökonomischen Kapazitäten ab, über den Eigenbedarf hinaus Produkte zu liefern, deren Export wirtschaftlich "vorteilhaft" ist. (237)

Die Mengen, die importiert werden können, werden insgesamt von der Höhe der durch Exporte erzielten Einkünfte in internationalen Geldeinheiten bestimmt. Diese Einkünfte dürfen im allgemeinen nicht akkumuliert werden (außer sofern ein Betriebsfond gebildet werden soll), so daß die Handelsbilanz langfristig im Gleichgewicht ist.

Die Mengen, die von jeder Produktkategorie importiert werden sollen, werden auf der Basis des inländischen Bedarfs (der nach den früher dargelegten Grundsätzen geschätzt wird) an diesen Produkten festgesetzt, und zwar unter Berücksichtigung der inländischen Produktionsmöglichkeiten. (238)

In einer gänzlich auf die internationale Arbeitsteilung ausgerichtete Wirtschaft müßten diese inländischen Möglichkeiten nur da eingesetzt werden, wo ein bestimmtes Produkt dadurch mit relativ geringerem Arbeitsaufwand erhalten werden kann, als wenn man es importieren würde. (239) Gewiß kann die internationale Arbeitsteilung aber nicht so weit vorangetrieben werden, solange ein großer Teil der Weltwirtschaft aus kapitalistischen Staaten besteht, die den Ländern mit Planwirtschaft politisch feindlich gesinnt sind.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Einkreisung muß der Rückgriff auf den Außenhandel im wesentlichen als ein Mittel gelten, um die Entwicklung der inländischen ökonomischen Kräfte zu beschleunigen, wobei die Verteidigung der sozialistischen Wirtschaft gegen die Manöver der kapitalistischen Länder gewährleistet werden muß.

2.4 Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ländern mit Planwirtschaft

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ländern mit Planwirtschaft müssen gewiß verschiedene Phasen durchlaufen, deren Ablauf und Merkmale sich nur schwer vorhersehen lassen. So werden auch die Überlegungen, die wir zu diesem Punkt anstellen wollen, nur vorläufige Hinweise sein. Wie es scheint, müssen im wesentlichen zwei aufeinanderfolgende Phasen untersucht werden:

In einer ersten Phase sind die Wirtschaftsbeziehungen im wesentlichen Handelsbeziehungen ohne merkantile Komponente. Dabei wird der Tauschhandel so koordiniert, daß er zur gleichlaufenden Entwicklung der verschiedenen Planwirtschaften beiträgt. Art und Umfang des Tauschhandels werden von den verschiedenen nationalen Wirtschaftsplänen be-

stimmt. Der Außenhandel ist ein Instrument der Koordinierung und "wechselseitigen Zusammenarbeit in der wirtschaftlichen Entwicklung".

(240) Die politische Bedeutung des Außenhandels wird entscheidend. Sie kann sich vor allem durch "Vorzugspreise", durch die Kreditbedingungen und durch die verschiedenen Formen gegenseitiger technischer Hilfe ausdrücken, die zu den reinen Handelsbeziehungen hinzukommen werden.

In einer zweiten Phase wird die Integration der verschiedenen Wirtschaftspläne immer weiter vorangetrieben werden müssen: Man wird gezwungen sein, immer mehr die Möglichkeiten zur Umverteilung bestimmter Produktionskräfte zwischen den Ländern mit Planwirtschaft zu berücksichtigen, wobei nicht mehr nur die relativen, sondern auch die absoluten Arbeitseinsparungen gewertet werden müssen. (241)

Dies sind einige der Grundsätze, die die Außenhandelsplanung bestimmen müssen. Sie stehen, wie man sieht, in engem Zusammenhang mit zwei grundlegenden Bemühungen: dem Bemühen um das Gleichgewicht zwischen den verfügbaren Gütern und dem Bedarf sowie dem Bemühen um Arbeitseinsparung, wobei der Begriff Arbeitseinsparung im Einzelfall größere oder kleinere Bedeutung haben kann.

Auf den vorstehenden Seiten haben wir einige der wichtigsten Probleme, die durch die Wirtschaftsplanung aufgeworfen werden, untersucht. Wir konnten diese Probleme nur umreißen, nicht aber gründlich untersuchen; denn der Rahmen dieses Buches hätte dazu nicht ausgereicht. Auch mußten wir wichtige Fragen im Dunkeln lassen oder nur indirekt behandeln; wir hielten sie aber für nicht so grundsätzlich wie die anderen. Um die Nachteile, die durch die Lücken entstanden sind, nicht ganz so groß werden zu lassen, halten wir es für angebracht, zum Abschluß doch noch auf die schwerwiegendsten einzugehen. So können wir auch nochmals auf das Wesentliche unserer Ausführungen zurückkommen, um ihre Reichweite und Bedeutung deutlich zu machen.

Zu den Fragen, die wir nicht behandeln konnten und die wir hier angehen müssen, gehören das Problem des Zinssatzes, das Problem des Risikos und der Initiative sowie schließlich alle Probleme, die aus der Koexistenz eines geplanten und eines ungeplanten Sektors entstehen.

1. Das Problem des Zinssatzes

In einer Wirtschaft, die auf der privaten Aneignung der Produktionsmittel beruht, tritt der Zinssatz im wesentlichen in zwei Formen auf: als kurzfristiger Zinssatz, der für die Liquiditätsüberschüsse von Einzelnen und Unternehmen gezahlt wird, wenn sich diese momentan zugunsten derer, deren flüssige Mittel nicht ausreichen, von den Überschüssen trennen wollen; und als langfristiger Zinssatz, der für den Teil des Barvermögens von Individuen oder Unternehmen gezahlt wird, den diese für mehr oder weniger lange Zeit und im allgemeinen für produktive Zwecke an andere Individuen oder Unternehmen ausleihen wollen. Diesem Barvermögen liegt nicht mehr ein Liquiditätsüberschuß zugrunde, sondern die Akkumulation der nicht verbrauchten Unternehmens- oder Unternehmergewinne bzw. der nicht ausgegebenen individuellen Einkommen (Sparvermögen) (242).

1.1 Zinssatz und Markt

Die Bildung dieser Zinssätze - die in der Praxis gegenseitig voneinander abhängen - setzt voraus, daß ein Markt für die kurzfristigen Darlehen (Geldmarkt) und ein Markt für die langfristigen Darlehen (Finanz- oder Kapitalmarkt) vorhanden sind. Damit diese Märkte funktionieren, müs-

sen sich Darlehensgeber und Darlehensnehmer hier Konkurrenz machen, wobei die einen wie die anderen ihr Angebot und ihre Nachfragen nicht nur nach ihren verfügbaren Mitteln bzw. ihrem Bedarf (die keine absoluten Größen sind), sondern auch nach den Schwankungen des Zinssatzes frei (243) vergrößern oder verringern können. Mit einem Wort setzt das Funktionieren der Märkte voraus, daß Darlehensgeber und Darlehensnehmer frei über ihre Mittel verfügen, daß sie ihre Produktions-, Kauf- und Verkaufsentscheidungen frei (243) treffen und daß sie in wirksamer Konkurrenz zueinander stehen. So werden die einen ihr Angebot bei steigendem Zinssatz vergrößern und bei fallendem verringern, während die anderen ihre Nachfrage bei steigendem Zinssatz verringern und bei fallendem vergrößern werden. Wir wollen hier nicht untersuchen, welche Motive Darlehensgeber und Darlehensnehmer zu einem solchen Verhalten bringen, sondern nur festhalten, daß sich durch diesen Mechanismus das Angebot und die Nachfrage auf dem Markt einander anpassen.

1.2 Planung und Geld- oder Finanzmarkt

Weiter ist klar, daß der Mechanismus des Geldmarktes und des Finanzmarktes in einer absoluten Planwirtschaft nicht die gleiche Rolle spielen kann wie in einer Wirtschaft, deren Grundlage das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist. Einerseits kann die Nachfrage nach flüssigem Geld und Investitionskapital (deren Deckung Voraussetzung für Verkäufe und Produktionen ist) nicht den Schwankungen des Zinssatzes untergeordnet sein, da sie vom Plan bestimmt sein muß. Andererseits kann das Angebot an flüssigem Geld und Investitionskapital (dessen Verwendung ebenfalls Voraussetzung für Verkäufe und Produktionen ist) nicht den Marktschwankungen untergeordnet sein, da den Unternehmen unter allen Umständen die Geld- und Finanzmittel zur Verfügung stehen müssen, die sie zur Erfüllung ihrer vom Plan vorgegebenen produktiven oder kommerziellen Ausgaben benötigen. Mit anderen Worten können "Angebot" und "Nachfrage" nach flüssigem Geld und Investitionskapital, die vom Plan bestimmt werden müssen, nicht zugleich von den Schwankungen des Zinssatzes bestimmt werden.

1.3 Liquiditätsplan und Finanzplan

Konkret müssen die verschiedenen Nachfragen nach flüssigem Geld und nach Investitionskapital, wie wir wissen, direkt vom Finanzplan gedeckt werden, der das Banksystem (dessen Aufgaben sich gänzlich mit denen decken, die in den kapitalistischen Gesellschaften dem Geld- und Finanzmarkt zukommen) verpflichtet, den Unternehmen die zur Erfüllung der Planziele benötigten Bargelder und Investitionsmittel zu liefern. Wir wissen auch, daß dem Banksystem die Mittel zur Verfügung stehen, die zur

Deckung der ihm so erwachsenen Verpflichtung benötigt werden. Die notwendigen Mittel erhält das Banksystem einerseits aus der für alle Unternehmen bestehenden Verpflichtung, ihm ihr ganzes Bargeld zur Verfügung zu stellen. (Da sich in jedem Augenblick errechnen läßt, wie groß gerade der Bargeldbestand ist, muß der Plan den Bedarf aller Unternehmer, die momentan nicht über genügend Bargeld verfügen, an die Bestände der Unternehmen, die im Augenblick über zuviel Bargeld verfügen, anpassen: genauer gesagt, handelt es sich darum, einen einheitlichen Liquiditätsplan für die Gesamtwirtschaft auszuarbeiten und anzuwenden.

Andererseits verfügt das Banksystem über die nötigen Mittel dank der fiskalischen Abschöpfungen auf die Unternehmensgewinne. Diese Abschöpfungen werden nach Abzug der direkten Staatsausgaben dem Banksystem überwiesen. Der dadurch verfügbare Betrag muß der finanziellen Nachfrage der Unternehmen gleich sein; und es ist genau Aufgabe des Plans, diese Egalisierung herzustellen (dies ist der finanzielle Aspekt des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts), und zwar in Form eines einheitlichen Finanzplans.

Im einen wie im anderen Fall lassen sich die momentanen Irrtümer bei der Anpassung oder die Fehler bei der Ausführung des Plans durch die Schaffung von Buchgeld ausgleichen. (244)

2. Sparvermögen und Investitionen

Zum Geldangebot von seiten der Unternehmen kommt das von seiten der Individuen. Der Ursprung dieses Angebots liegt in der Differenz zwischen dem Gesamtbetrag der verteilten Einkommen und dem Gesamtbetrag der konsumierten Einkommen. Die Differenz wiederum geht entweder auf die Tatsache zurück, daß ein Teil der verteilten Einkommen von den Empfängern dazu bestimmt ist, erst später ausgegeben zu werden (auf die Seite gelegte Summen für außergewöhnliche Ausgaben: für Reisen, größere Anschaffungen, die nicht mit den Einkünften einer einzigen Einkommensperiode bezahlt werden können, usw.), oder darauf, daß die Empfänger einen Teil der verteilten Einkommen in akkumulierte Gelder umwandeln wollen (um für spätere eventuelle Ausgaben, Krankheits- oder Unfallrisiken usw. gewappnet zu sein oder um ein Einkommen ohne Gegenleistung von Arbeit zu beziehen).

2.1 Reserve-Sparen

Es leuchtet ein, daß jedes dieser Angebote seine spezifischen Kennzeichen hat. Das Angebot, dessen Ursprung in der verzögerten Ausgabe eines Teils der Einkommen liegt, entspricht dem sogenannten Reserve-Sparen; es rührt daher, daß die Verteilung des Liquiditätsbedarfs der

Individuen nicht der Verteilung ihrer flüssigen Gelder über die Einkommensperioden entspricht: Bestimmte Einkommensperioden bringen überschüssige, andere zuwenig Einkünfte. Wenn nun für so entstandene Beträge (d.h. für die Summen, die aus einer bestimmten zeitlichen Bedarfsstruktur und -verteilung stammen) kein Zins geleistet wird, werden sie dennoch in dem ihnen eigenen Tempo weiter akkumuliert und danach ausgegeben werden; ebenso verhält es sich mit den zur Absicherung gegen bestimmte individuelle Risiken zurückgelegten Summen. Die einzige Konsequenz des Fehlens eines Zinssatzes könnte sein, daß das zur Seite gelegte Geld zum größeren Teil thesauriert (privat gehortet) wird - und daß folglich ein kleinerer Anteil auf der Bank oder Sparkasse deponiert wird.

Diese Konsequenz erscheint uns kaum als schädlich; denn der daraus entstehende Liquiditätsbedarf des Banksystems und der Unternehmen läßt sich durch eine vorübergehende Schaffung von Bank- oder Papiergeld leicht ausgleichen, wobei das Papiergeld wieder absorbiert wird, wenn das thesaurierte Geld wieder in Umlauf kommt. Weiter läßt sich mit verschiedenen Maßnahmen vermeiden, daß die Thesaurierung allzu große Formen annimmt. Eine dieser Maßnahmen ist die allgemeine Verbreitung des "Sparens auf ein bestimmtes Ziel". Es wird heute in den angelsächsischen Ländern und in Deutschland (Zwecksparen) auf recht breiter Ebene praktiziert, und zwar vor allem zum Erwerb eines Eigenheims. Der Teilnehmer überweist die Summen zur Bildung eines "Kapitals", das ihm zu einer bestimmten Anschaffung dienen soll, an ein darauf spezialisiertes Institut, das ihm, sobald der Augenblick gekommen ist, den Gegenstand liefert, den er haben will. Angenommen, es handelt sich dabei um ein Auto, das 300.000 Fr. kostet, und der Sparer kann dafür monatlich nur 10.000 Fr. auf die Seite legen. Müste er warten, bis sich das nötige Geld angesammelt hat, so müste er 30 Monate warten; überweist er aber sein gespartes Geld jeden Monat an eine Spezialkasse, welche die Überweisungen vieler Personen zusammenfaßt, so kann er schon früher zufriedengestellt werden; denn die Kasse kauft immer dann, wenn sie eine ausreichende Summe zusammengetragen hat, ein Auto und gibt es sofort an ihre Mitglieder in der Reihenfolge ihrer Anmeldung weiter, die weiter ihre Beiträge zahlen, bis ihre Schuld restlos getilgt ist. So kann eine Kasse mit 3.000 Mitgliedern, die monatlich je 10.000 Fr. einzahlen, jeden Monat 100 Autos kaufen. Das System kann auf alle sogenannten "außergewöhnlichen" Waren (Möbel, teure Kücheneinrichtungen usw.) angewendet werden, und damit läßt sich diese Art Thesaurierung auf das Mindestmaß einschränken. Darüberhinaus kann man damit die Produktionsplanung für eine ganze Reihe von Konsumgütern auf eine sehr sichere Grundlage stellen.

Auch die Deckung der privaten Risiken findet ohne Thesaurierung statt, und zwar durch den Versicherungsmechanismus: entweder nach den Grundsätzen der gegenseitigen (genossenschaftlichen) Versicherung oder nach den Grundsätzen der "Kapitalisierung" (denn die Einkünfte aus dieser Ka-

pitalisierung werden natürlich nicht thesauriert, sondern der Wirtschaft im Rahmen des Liquiditätsplans zur Verfügung gestellt). Wir werden sofort nochmals auf das Problem der Risiken zurückkommen.

2.2 Definitives Sparen

Die bisher untersuchten Spargelder werden auch dann gebildet, wenn dafür kein Zins bezahlt wird; das ist natürlich anders bei den Spargeldern, die gebildet werden, um ohne Gegenleistung von Arbeit ein Einkommen zu erhalten. Es fragt sich also, ob diese Spargelder, die zur Finanzierung der Investitionen und der Produktionserweiterung dienen, in einer absoluten Planwirtschaft noch nötig sind (dann müßten sie mit einem Zins belohnt werden) oder ob sie überflüssig sind. Dies ist der eigentliche Sinn der Frage nach dem Verhältnis von Sparen und Investitionen im Rahmen einer Planwirtschaft. Aus allem, was wir früher gesagt haben, geht hervor, daß das "definitive" Sparen in einer Planwirtschaft nicht nur nicht unerlässlich ist, sondern daß es zu einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht führen kann. Da der Plan hier nämlich den Betrag der verteilten Einkommen der Menge der verfügbaren Konsumgüter anpaßt, wird man eine Konsumgüterüberproduktion und eine entsprechende Produktionsmittelunterproduktion registrieren, wenn ein Teil der verteilten Einkommen nicht in Konsumgüter umgewandelt, sondern dem Bankapparat als Hilfe zur Anschaffung von Produktionsmitteln zur Verfügung gestellt wird. Der Plan kann diesem Phänomen jedoch Rechnung tragen und die Konsumgüterproduktion zugunsten der Produktionsmittelproduktion drosseln; in bestimmten Fällen kann das angebracht sein, um der Privatinitiative bei der gesellschaftlichen Akkumulation Raum zu geben. In diesem Fall wird man dafür sorgen, daß den Sparern Zinsen, Prämien oder Gewinnanteile gezahlt werden.

Nichtsdestoweniger ist der Gewinnmechanismus (Differenz zwischen Wert und Herstellungspreis) ein viel sichereres Instrument zur Investitionsfinanzierung als der Rückgriff auf das individuelle Sparen. Dieser Mechanismus erlaubt es, daß man mit Gewißheit vorhersieht, über welchen Betrag man für eine künftige Produktionserweiterung verfügen kann, und infolgedessen die zusätzliche Produktionsmittelproduktion strikt an die betreffenden Summen anpaßt. Es ist nicht uninteressant, daß die Entwicklung auch in der kapitalistischen Wirtschaft dahin tendiert, den Investitionsbetrag immer weniger dem der individuellen Spargelder unterzuordnen; das ist der Sinn der Entwicklung der Selbstfinanzierung.

Wenn der Finanzmarktmechanismus durch den Plan- und Selbstfinanzierungsmechanismus ersetzt wird, hat das zur Folge, daß das Akkumulationstempo nunmehr von einer bewußten Entscheidung und nicht mehr von Marktautomatismen bestimmt wird. Diese Wandlung - zweifellos eines der wichtigsten Merkmale der Planwirtschaft - hängt mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und mit der daraus resultierenden Tat-

sache zusammen, daß die Zentralinstanz nun souverän über alle "Fonds" und "Profite" verfügen kann, ohne mit den einzelnen Eigentümern darum feilschen zu müssen.

Dank dieser Umwandlung können - durch die laufende Anpassung des Tempos der Erneuerung der Ausrüstung an das Akkumulationstempo und umgekehrt - die Vollbeschäftigung und die vollständige Ausnutzung der Produktionskräfte gewährleistet werden (während diese Anpassung in einer Marktwirtschaft niemals vollkommen, sondern immer nur über zyklische Schwankungen erreicht wird; denn die Akkumulation wird dort nicht von den Produktions-, sondern von den Gewinnmöglichkeiten bestimmt).

So spielt der Zinssatz im Hinblick auf die wirtschaftliche Rechnungsführung in einer Planwirtschaft keinerlei Rolle. Wenn es einen Zinssatz gibt, ist seine Funktion extrem eingeschränkt: In den Beziehungen zwischen dem Bankapparat und den Unternehmen besteht sie im wesentlichen darin, die Unkosten der Banken zu decken.

3. Das Risiko in der Planwirtschaft

Das ökonomische Risiko kann sich in verschiedener Gestalt zeigen. Zur leichteren Darstellung können wir zwischen individuellen und kollektiven, natürlichen und materiellen und gesellschaftlichen Risiken unterscheiden.

3.1 Individuelle materielle Risiken

Die individuellen materiellen Risiken sind die, welche das Individuum entweder in seiner Person (z.B. Arbeitsunfähigkeit) oder in seinem Besitz treffen.

Es erscheint wünschenswert, die Konsequenzen dieser Risiken für den einzelnen so gering wie möglich zu halten; dies muß daher von einer rationell geplanten Wirtschaft angestrebt werden. Im übrigen wird man feststellen, daß die gegenwärtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in dieser Richtung verläuft, und man sieht auch, daß das notwendig ist, damit das allgemeine wirtschaftliche Gleichgewicht über den Plan hergestellt werden kann.

Die Maßnahmen, mit denen die Folgen der individuellen Risiken auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden können, sind in einer Planwirtschaft die gleichen wie in einer nicht geplanten. In beiden Fällen kann man sich entweder auf die Entscheidungen der einzelnen selbst verlassen, indem man nur ihren Beitritt in Versicherungsorgane fördert; oder man kann diesen Beitritt obligatorisch machen, indem man von Amts wegen die zur Deckung der Risiken erforderlichen Summen von den Einkommen abschöpft; oder man kann die Individuen gegen die Risiken, die sie eingehen, absichern, indem man gleichzeitig eine Reihe von Sozialeinrichtungen

gen schafft und einen Versicherungsfonds bildet, der aus dem Nationaleinkommen gespeist wird. Ohne Zweifel entspricht die letzte Maßnahme der Natur der Planwirtschaft am meisten. Da die meisten Risiken jedes Jahr fast im gleichen Umfang eintreten, kann in der Praxis leicht vorhergesehen werden, welcher Betrag zur Deckung der betreffenden Risiken abgeschöpft werden muß. Dieser Betrag fällt unter die unproduktiven Ausgaben der Gemeinschaft.

3.2 Kollektive natürliche Risiken

Die kollektiven natürlichen Risiken treffen die Gesellschaft in ihrem Besitz (Zerstörung eines Teils des öffentlichen Eigentums durch Brand, Überschwemmung usw.). Hier hat der klassische Versicherungsmechanismus anscheinend nichts zu suchen, da die Gesellschaft ja die Prämien, mit denen sie ihre eigenen Schäden decken will, von ihrem eigenen Besitz abschöpft. Es scheint hier also ausreichend, grob vorzuschätzen, wie hoch der Betrag und welcher Art die Risiken sind, die im Lauf des Jahres gedeckt werden müssen, um vom Nationaleinkommen die dazu nötigen Beträge abzuziehen (indem man gleichzeitig von der Produktion die zur effektiven Behebung der Risikofolgen erforderlichen Gegenstände abzieht). Dieses Verfahren hat jedoch einen wesentlichen Nachteil: Das Risiko erscheint so als rein zufällig, und das trifft zwar für den Einzelfall, nicht aber für die Allgemeinheit zu. In seiner Allgemeinheit ist das Risiko keine zufällige, sondern eine notwendige Erscheinung. Sofern es die produktiven Unternehmen trifft, muß es also in die Produktionskosten eingehen, und die zur Schadensbehebung notwendigen Ausgaben stellen produktive Ausgaben dar, die in den Selbstkostenpreis integriert werden müssen. Und damit diese Integration rationell, bei jedem Herstellungspreis stattfinden kann, muß jedes - auch ein öffentliches - Unternehmen verpflichtet sein, eine der Höhe seiner Güter und Risiken, denen diese Güter unterliegen, proportionale Versicherungsprämie zu zahlen. Diese Lösung überwiegt in der UdSSR, wo die öffentlichen Unternehmen bei einem nationalen Versicherungsorgan zwangsversichert sind.

3.3 Gesellschaftliche Risiken

Bleiben noch die gesellschaftlichen Risiken. In der kapitalistischen Wirtschaft bestehen sie für den Lohnempfänger aus unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, für den Unternehmer aus der Unmöglichkeit, seine Produktionskosten zu decken, und für den Gläubiger aus der Unmöglichkeit, seine Außenstände zurückzubekommen.

Zur Absicherung gegen das erste und letzte Risiko entstanden mit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft eigene Institutionen: Die Arbeitslosenversicherung und die Kreditversicherung; nur das zweite Ri-

siko kann selbstverständlich nicht gedeckt werden, da es das charakteristische Merkmal des Leiters eines Privatunternehmens ist, daß er Risiken eingeht.

Das erste und das zweite Risiko haben Auswirkungen auf die Gesellschaft selbst: Das erste stellt eine unzureichende, das zweite eine schlechte Verwendung der Produktivkräfte dar. Die Tatsache, daß der Arbeitslose für den Einkommensverlust, der für ihn mit der Unmöglichkeit verbunden ist, eine Beschäftigung zu finden, entschädigt wird, ändert nichts an dem Verlust, den die Arbeitslosigkeit für die Gesellschaft darstellt, und kein "Versicherungs"-System kann sie gegen dieses Risiko oder gegen das der schlechten Nutzung der Produktivkräfte absichern.

Genauer gesagt besteht die einzige Garantie gegen die Arbeitslosigkeit und die Vergeudung der Produktivkräfte, die ihr größtes Ausmaß bei den zyklischen Krisen erreicht (vom Krieg gar nicht zu reden), in der Einführung eines Wirtschaftsplans, der zugleich die Vollbeschäftigung und die rationelle Nutzung der Produktivkräfte herstellt. Dieser Plan hat im übrigen automatisch zur Folge, das wirtschaftliche Risiko von den Privatunternehmen auf die Allgemeinheit zu übertragen. Das bedeutet natürlich auch, daß ihr die Initiative und das Eigentum übertragen werden (man kann nur das wirklich riskieren, was einem gehört). (249)

4. Das Problem der Initiative

Einer der Haupteinwände der Gegner einer Wirtschaftsplanung ist, daß sich diese nicht mit der für das Wirtschaftsleben erforderlichen Initiative verträglich. Demnach würde die Planung in Routine, in Stagnation und, da ein absolut gleichbleibender Zustand nicht denkbar ist, sogar in Rezession münden.

Eine solche Betrachtungsweise ist in keiner Weise gerechtfertigt. Schon die sowjetische Erfahrung beweist, zu welcher Neuerungskraft und Initiative eine Planwirtschaft fähig ist. Dagegen bietet die Entwicklung der Monopole auf der Basis des Privateigentums das Schauspiel, daß die Initiativen - wie sich beim ökonomischen Malthusianismus zeigt - erstickt werden. Wenn der Privatunternehmer nicht von der Konkurrenz dazu gezwungen oder von den Möglichkeiten, die ihm eine aufstrebende Wirtschaft bietet, darauf gestoßen wird, beweist er nicht nur keine Initiative, sondern neigt sogar zur Drosselung seiner Produktion, damit seine Verkaufspreise und Gewinne steigen.

4.1 Die Quellen der Initiative

An der Furcht derer, nach denen in einem Planungssystem die Initiative verschwindet, ist folgendes richtig: Die Initiative hat in einem solchen System andere Quellen als in einem privatwirtschaftlichen. Dort ent-

springt sie im Prinzip dem Streben nach dem größten Geldgewinn, (246) Daraus ergibt sich: Wenn eine Profitsteigerung durch ökonomische Restriktionen erzielt werden kann (und das ist mit dem Strukturwandel der modernen Wirtschaft immer häufiger der Fall), laufen die "Initiativen" in Richtung Stabilisierung, nicht Perfektionierung der Technik und der Arbeitsbedingungen.

Die Quelle der öffentlichen Initiative ist dagegen das "Allgemeininteresse", wobei sich im übrigen die Frage nach dem konkreten Inhalt dieses Begriffs in einem System stellt, das durch das Vorhandensein einander entgegengesetzter Privatinteressen charakterisiert ist; erfahrungsgemäß neigt hier das sogenannte Allgemeininteresse dazu, sich mit den stärksten Privatinteressen zu vermischen. (247) In einem auf der Vergesellschaftung der Produktionsmittel basierenden planwirtschaftlichen System existieren eine öffentliche und eine Privatinitiative Seite an Seite; aber den Vortritt hat die erstere, da sie sich auf der Entscheidungsebene bewegt, die andere dagegen auf der Ausführungsebene. Die Quelle der öffentlichen Initiative ist weiterhin das "Allgemeininteresse", aber mit anderem Inhalt; denn nun gibt es ein einstimmiges allgemeines Interesse: das der gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Gesellschaft.

4.2 Privatinitiative und Ausführung

Die Privatinitiative behält in einem planwirtschaftlichen System weiterhin große Bedeutung, und zwar auf der Ebene der Ausführung des Plans. Solange das Verhalten der Individuen nicht von Grund auf gewandelt ist, nimmt hier die Berücksichtigung des Geldgewinns beträchtlichen Raum ein; denn hauptsächlich zur Sicherung oder Vergrößerung ihres Geldgewinns unternehmen die verschiedenen Arbeiter (Angestellte, Unternehmensleiter usw.) die zur Erfüllung der Planvorgaben erforderlichen Anstrengungen.

Jedoch bemerkt man, wie die Erfahrung zeigt, schon ziemlich bald nach dem Verschwinden des Kapitalismus, daß sich die Einstellung vieler Arbeiter zu ihrer Arbeit wandelt. Nun tritt eine neue Quelle der schöpferischen Initiative zutage. Die Bewegung der Stoßbrigaden und die Stachanow-Bewegung in der UdSSR sowie die analogen Entwicklungen in den Volksdemokratien zeigen die Bedeutung, die dieses Motiv annehmen kann, das viel fruchtbarer ist als die Unternehmerinitiative, die vom Profitstreben beseelt ist. In einer bestimmten Etappe müssen alle diese Initiativen in den allgemeinen Wirtschaftsplan integriert werden; das ist dank des kollektiven Charakters dieser Bewegungen durchaus möglich.

5. "Unkosten" der Planung

Neben der Frage der Initiative im eigentlichen Sinne wurde oft die der Be-

lastung durch den ökonomischen Rechnungs- und Statistikapparat aufgeworfen, den die Einführung einer Planwirtschaft voraussetzt; die Belastung, wurde gesagt, sei so groß, daß sie immense Ausgaben zur Folge hätte, die zu Lasten der Gesamtbevölkerung gingen. Es handelt sich hier also um eine Kritik der "Unkosten" einer Planwirtschaft oder, wenn man so will, des Aufwands, den die Leitung einer solchen Wirtschaft erfordert. Die Lenkung der Planwirtschaft setzt zwar wirklich relativ bedeutende Ausgaben voraus; aber ganz abgesehen von der entscheidenden Tatsache, daß eine solche Wirtschaft eine unvermeidliche historische Notwendigkeit ist, (248) stellt sich die Frage, ob diese Kosten wertmäßig höher sind als die aus einer Konkurrenzwirtschaft resultierenden und, wenn ja, ob die Kostensteigerung nicht durch die ihr entsprechende Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz weitgehend ausgeglichen wird. Solche Fragen sind schwer zu beantworten.

Es muß jedoch daran erinnert werden, daß auch die Konkurrenzwirtschaft beträchtliche, schwer zu messende Unkosten enthält; denken wir nur an die zyklischen Krisen, die zu einer enormen Verschwendung von Gütern und von Produktivkräften führen. (249) Und auch der Wirtschaftsdirigismus und die sogenannte "geschmeidige Planung" enthalten beträchtliche "Management"-Kosten, die um so höher sind, als sie (vor allem die "geschmeidige Planung") einerseits einen schweren Kontrollapparat voraussetzen, andererseits aber alle mit der konkurrenzwirtschaftlichen Struktur verbundenen Unkosten (Börse, komplizierte Bank- und Handelsapparate usw.) beibehalten und die Krisenerscheinungen nicht wirklich vermeiden können. Noch eine Frage müssen wir hier streifen: die Frage der möglichen Koexistenz eines geplanten und eines nicht geplanten Sektors. Die in diesem Schlußkapitel bisher behandelten Punkte waren nur einzelne Gedankensplitter zu früheren Ausführungen oder deren Ergänzung. Genauso setzt das Verständnis der durch das gleichzeitige Bestehen eines geplanten (vergesellschafteten) und eines nicht geplanten (privaten) Sektors aufgeworfenen Probleme voraus, daß alle bis jetzt erörterten Fragen gelöst sind. Daher behandeln wir dieses Problem jetzt, zum Abschluß unserer gesamten Ausführungen.

6. Die Probleme bei der Koexistenz eines geplanten und eines nicht geplanten Sektors

Am Ende des ersten Teils dieses Buches wurden ein paar Worte zur "geschmeidigen Planung" und zu dem gesagt, was wir als ihre wichtigsten Nachteile ansehen. Vor allem wiesen wir auf die unvermeidlichen Widersprüche und auf die gesellschaftliche Bedeutung dieser Planung hin, die notwendig im ökonomischen Malthusianismus mündet. Die Teilplanung, die unter bestimmten historischen und politischen Bedingungen das Ergebnis der "geschmeidigen Planung" sein kann, wirft sehr unterschiedliche Probleme auf.

6.1 Bedingungen für die Teilplanung

Die Teilplanung setzt die Existenz einer geplanten und damit eines vergesellschafteten Sektors voraus. Dieser Sektor muß ein ausreichend großes Eigengewicht haben, damit er sich nach einem Plan und nicht nach den Konjunkturschwankungen, die den privaten Sektor betreffen können, entwickelt. Schließlich müssen die politischen Bedingungen dafür gegeben sein, daß die Existenz eines vergesellschafteten Sektors nicht als eine vorübergehende Palliativmaßnahme gegen augenblickliche Schwierigkeiten erscheint (so dienen die meisten Verstaatlichungen dazu, kapitalistische Unternehmen vor dem Konkurs zu retten), sondern als eine Etappe auf dem Weg zu immer weiterer Vergesellschaftung und Planung.

6.2 Beispiel NEP

Unter diesen Bedingungen erscheint die Teilplanung als einfache Etappe in Richtung Gesamtplanung. Was eine teilgeplante Wirtschaft sein kann, dafür liefert die NEP ein Beispiel, die durch die Existenz eines großen vergesellschafteten Sektors, vor allem in der Industrie, und durch den Leitgedanken eines bewußten Kampfes des geplanten Sektors gegen die Kräfte des Marktes gekennzeichnet war. Merkmale der NEP waren nämlich die Existenz eines öffentlichen Sektors und die konstante Überwachung des privaten Sektors mit Hilfe von Kontrollziffern und durch die Organisation des "Staatskapitalismus".

6.3 Berechtigung einer Teilplanung

Wenn die produktive Arbeit, selbst in bestimmten Wirtschaftszweigen (vor allem bei den Handwerkern und den Kleinbauern) noch nicht vergesellschaftet ist, erscheint die Teilplanung insofern gerechtfertigt, als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in diesen Zweigen und noch mehr das Vorhaben, viele verschiedene Kleinbetriebe durch einen Plan zu lenken, auf Schwierigkeiten stößt. Unter diesen Bedingungen müssen entweder alle Zweige, in denen die vergesellschaftete Großproduktion dominiert, oder alle Großunternehmen den geplanten Sektor und die anderen Zweige oder Unternehmen den privaten Sektor bilden.

6.4 Obligatorische Aufgaben und Zielprognosen

Der Plan muß dann für den vergesellschafteten Sektor zwingend vorgeschriebene Aufgaben, für den privaten Sektor dagegen einfache Zielprognosen liefern. Ist das Eigengewicht des vergesellschafteten Sektors groß genug, so kann er auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft - die dann

mehr oder weniger zwingend vorausgesehen werden kann - Einfluß nehmen; Darauf zielten die genau ausgearbeiteten Kontrollziffern während der NEP und sogar bis 1930 ab. Auch kann der vergesellschaftete Sektor, wenn sein Eigengewicht groß genug ist, die schrittweise Integration des privaten Sektors in den vergesellschafteten ermöglichen, indem er ihm entweder erfolgreich Konkurrenz macht oder indem er ihn über die Kooperation mithineinzieht.

Es muß hinzugefügt werden, daß die Koexistenz eines privaten Konkurrenzsektors und eines vergesellschafteten Plansektors nicht von grundsätzlichen Schwierigkeiten stellt, da ja die Regeln für die Preisfestsetzung im geplanten Sektor die gleichen sind, wie sie im privaten Sektor über die Marktschwankungen tendenziell in Kraft sind. Anders wäre es, wenn sich der private Sektor aus Wirtschaftszweigen zusammensetzen würde, in denen die Großunternehmen mehr oder weniger deutlich eine faktische Monopolstellung einnehmen. Wegen dieses letzten Punktes muß auch die "Drei-Sektoren-Konzeption" verworfen werden: verstaatlichter Sektor, kontrollierter Sektor, freier Sektor. Bei allen Vorbehalten gegen die Art der Verstaatlichungen, welche die Grundlage für den verstaatlichten Sektor bilden würden, leuchtet ein, daß der kontrollierte Sektor auch Großunternehmen einschließen würde, auf die man die Maßnahmen der "geschmeidigen Planung" anwenden würde (da zwischen diesen Großunternehmen fraglos keine effektive Konkurrenz bestehen kann). Man fiel dann nicht nur in die Widersprüche der "geschmeidigen Planung" zurück, sondern schuf neue Widersprüche, und zwar zwischen der Preis- und Produktionspolitik des ersten und dritten Sektors und der Preis- und Produktionspolitik des zweiten Sektors. Daher erscheint allein die Koexistenz zweier Sektoren - des vergesellschafteten geplanten und des privaten Konkurrenzsektors - möglich. Das bedeutet im übrigen keineswegs, daß der private Sektor keinerlei Kontrolle unterworfen wäre - ganz im Gegenteil; aber das Ziel dieser Kontrolle bestünde im wesentlichen darin zu prüfen, ob im privaten Sektor noch wirksame Konkurrenz herrscht und ob sich dieser Sektor im Einklang mit den Planprognosen entwickelt.

Das sind in großen Zügen die Merkmale einer teilgeplanten Wirtschaft, und hier lassen sich auch nur die groben Züge einer solchen Wirtschaft andeuten; denn ihr konkretes Funktionieren hängt von den jeweiligen Umständen ab. Mit der Teilplanung verlassen wir das Gebiet der Beobachtung und der Theorie, auf dem wir uns fast das ganze Buch über bewegt haben; sie wirft eine ganze Reihe von Fragen auf, deren Komplex gesondert untersucht werden müßte. Das betrifft vor allem die Reglementierung des Privatsektors, die Fragen der Besteuerung, die Fragen der Handelsbeziehungen zwischen geplantem und privatem Sektor usw. Dazu wären lange Erörterungen erforderlich; (250) da diese aber den Rahmen, den wir uns gesteckt haben, sprengen würden, haben wir uns damit begnügt, sie zum Abschluß nur kurz anzudeuten.

Wir sind der Meinung, daß wir hier die wichtigsten Aspekte der theoretischen

schen und praktischen Probleme der Planung umrissen haben. Wohlge-
merkt nur die wichtigsten Aspekte; wir wissen sehr gut, daß die meisten
der hier wiedergegebenen Gedanken viel ausführlicher erörtert werden
müßten. Das war uns im Rahmen dieses Buches nicht möglich; so wer-
den wir später versuchen, die hier dargestellten Prinzipien zu vertiefen.
(251)

XIII ANHÄNGE

1. Einwirkung der Freisetzung von Arbeitskräften und Arbeitsmitteln im unproduktiven Sektor auf das wirtschaftliche Gleichgewicht

Im Text (252) nehmen wir an, daß das Verhältnis der "Arbeitsmittel" zur
"aktuellen" (lebendigen) Arbeit in der unproduktiven Sphäre das gleiche
ist wie in der produktiven (wäre es größer, so gäbe es einen "Akkumula-
tions"prozeß, wäre es kleiner, so gerieten wir teilweise ins zweite Bel-
spiel). Folglich ermöglicht jede Senkung der unproduktiven Ausgaben die
Überführung (mit Hilfe bestimmter Umwandlungsarbeiten, von denen wir
hier abstrahieren wollen) der so freigewordenen Arbeitsmittel und Ar-
beitskräfte in die produktive Sphäre. Wenn wir uns auf das Schema 1 b
(253) beziehen, sehen wir, daß man für ein Wachstumempo der Arbeits-
kräfte von 6 2/3 % die unproduktiven Ausgaben um 7 1/9 Milliarden ver-
ringern muß, wenn die gleichen Löhne wie in Schema 1 b und die Vollbe-
schäftigung erhalten werden sollen. Die Lohrate und das Verhältnis zwi-
schen lebendiger Arbeit und Arbeitsmitteln ist in der unproduktiven Sphäre
dasselbe wie in der produktiven; das bedeutet, daß diese Verringerung
der Ausgaben 1 7/9 Milliarden für Löhne für unproduktiv Arbeitende und
5 3/9 Milliarden für Arbeitsmittel betrifft. Die so freigewordenen Ar-
beitskräfte müssen, damit das Gleichgewicht zwischen den Abteilungen I
und II nicht gestört wird, im Einklang mit der bisherigen Verteilung auf
diese beiden Abteilungen aufgeteilt werden (solange das technisch mög-
lich ist). Unter diesen Umständen sieht das Schema der Produktion und
Verteilung folgendermaßen aus:

	Verbrauchte Produktions- mittel		Verteilte Produzenten- löhne		Unprod. Ausga- ben	Akkumu- lation	Wert der Produkte
	ursprüng- lich	zusätzlich	ursprüng- lich	zusätzlich			
Abt. I	66 11/43	3,78	21 37/143	1,26	5,5	5 287/429	101 1/3
Abt. II	26 32/43	1,55	8 106/143	0,52	2,3	2 142/429	41 2/3
	90	5 3/9	30	1 7/9	7 8/9	8	143

2. Dynamik bei gleichbleibender Bevölkerung und gleicher Produktivkräfteverteilung

Im Text hatten wir beim Fall einer "rein wirtschaftlichen" Dynamik angenommen, man hätte sich zum Ziel gesetzt, den Wert des Mehrprodukts konstantzuhalten. Man könnte sich aber auch vorstellen, daß die Verteilung der Produktivkräfte konstantgehalten werden sollte. In diesem Fall würden die Schemata der vier aufeinanderfolgenden Perioden so aussehen:

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akku-mulation)	Wert der Produkte
Erste Periode				
Abteilung I	40	26 2/3	13 1/3	80
Abteilung II	20	13 1/3	6 2/3	40
	60	40	20	120
Zweite Periode				
Abteilung I	53 1/2	26 2/3	13 1/3	93 1/3
Abteilung II	26 2/3	13 1/3	6 2/3	46 2/3
	80	40	20	140
Dritte Periode				
Abteilung I	62 2/9	31 1/9	8 8/9	102 2/9
Abteilung II	31 1/9	15 5/9	4 4/9	51 1/9
	93 1/3	46 2/3	13 1/3	153 1/3
Vierte Periode				
Abteilung I	68 4/27	34 2/27	5 25/27	108 4/27
Abteilung II	34 2/27	17 1/27	2 26/27	54 2/27
	102 2/9	51 1/9	8 8/9	162 2/9

Wie wir sehen, haben wir hier im Gegensatz zum Beispiel im Text eine fortschreitende Erhöhung der Lohnrate und ein fortschreitendes Absinken des Mehrprodukts. Dagegen verändern sich die Produktionsformeln viel

langsamer (im Verlauf der vierten Periode entspricht die Produktionsformel nicht dem Koeffizienten 2, sondern nur 1,7); daher geht die durch die Produktivitätssteigerung bedingte Preissenkung langsamer vor sich. Im vorliegenden Fall würde also der gleiche Nominallohn einem niedrigeren Reallohn entsprechen.

3. Analyse der Dynamik bei gleichbleibender Bevölkerung

3.1 Prozentsatz der Arbeitskräfte in Abteilung II

Betrachtet man beispielsweise den Prozentsatz der in Abteilung II beschäftigten Arbeitskräfte, so sieht man, daß sich dieser Anteil folgendermaßen entwickelt (nach Schema 3 a, 11, 12 und 13):

1. Periode: 33 1/3 %
2. Periode: 28 4/7 %
3. Periode: 25 %
4. Periode: 22 2/9 %

3.2 Entwicklung der Produktion und der Produktionsverteilung

	Wert der Produktionsmittelproduktion	In % des Wertes der Konsumgüterproduktion	Wert, um den die Masse der verbrauchbaren Produktionsmittel zunimmt	In % des Wertes der verbrauchten Produktionsmittel
1. Periode	80	200	20	33 1/3
2. Periode	100	250	20	25
3. Periode	120	300	20	20
4. Periode	140	350	20	16 2/3

3.3 Differenz zwischen Wert der Produkte und produziertem Wert

Die Differenz zwischen dem Wert der Produkte und dem produziertem Wert entwickelt sich folgendermaßen:

	In absoluten Zahlen	In % des produzierten Wertes	In % des Wertes der Produkte
1. Periode	60	100	50
2. Periode	80	133 1/3	57 1/7
3. Periode	100	166 2/3	62 1/2
4. Periode	120	200	66 2/3

3.4 Entwicklung der Produktionsformeln

	Produktionsformel (Wert der in 1 Arbeitsstunde verbrauchten Produktionsmittel)	%-Anteil der "aktuellen" Arbeit am Wert der Produkte	%-Anteil der "vergangenen" Arbeit am Wert der Produkte
1. Periode	1	50	50
2. Periode	1 1/3	42 6/7	57 1/7
3. Periode	1 2/3	37 1/2	62 1/2
4. Periode	2	33 1/3	66 2/3

3.5 Entwicklung der Produktion in "Fixpreisen"

Angenommen, die Arbeitsproduktivität hätte sich von der ersten bis zur vierten Periode um 50 % gesteigert (reine Hypothese, die nicht aus den Schemata abgeleitet werden kann), müßte man das Schema der vierten Periode in "Preisen der ersten Periode" folgendermaßen ausdrücken: Schema 13 in Preisen der ersten Periode

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akku-mulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	140	46 2/3	23 1/3	210
Abteilung II	40	13 1/3	6 2/3	60
Summe	180	60	30	270

Aus diesem Schema in "Festpreisen" geht die Steigerung des effektiven Lebensstandards hervor, die sich aus der fortlaufenden Veränderung der Produktionsformeln ergeben muß.

4. Unterschiedliche Umlaufzeiten

Zwar hat jede Produktionsmittel- oder Konsumgüterkategorie ihre eigene Umlaufzeit. Nimmt man jedoch das gewogene Mittel aus den verschiedenen Umlaufzeiten, so muß man nur noch vier verschiedene Geschwindigkeiten berücksichtigen: die Umlaufgeschwindigkeit der Konsumgüter, der Roh- und Hilfsstoffe, der Maschinen und Anlagen sowie der Bauanlagen und Gebäude.

Wenn wir vom Schema 3 a ausgehen und eine dynamische Wirtschaft mit gleichbleibender Bevölkerung und stabilen Löhnen annehmen, muß sich der Betrag der in jeder Periode produzierten Konsumgüter auf 40 Milliarden belaufen. Bei einer Umlaufzeit der Konsumgüter, die nur halb so groß ist wie die gesamte Produktionsperiode, betragen die Konsumgüterbestände also in jedem Augenblick 20 Milliarden. Das ist eine feste Tatsache, mit der wir hier rechnen müssen.

Nehmen wir andererseits an, daß die Umlaufzeit der Roh- und Hilfsstoffe mit der Gesamtproduktionsperiode zusammenfällt, die Umlaufzeit der Maschinen und Anlagen 6 Produktionsperioden entspricht und die Umlaufzeit für Bauanlagen und Gebäude 15mal so lang ist wie eine Produktionsperiode, so sehen wir, daß die 60 Milliarden Produktionsmittel des Schemas 3 a z. B. folgendermaßen verbraucht werden:

	Verbraucher Wert	Mittlere Umlaufzeit	Festgelegter Wert
Roh- u. Hilfsstoffe	40	1 Prod.-Per.	40
Maschinen u. Anlagen	10	6 Prod.-Per.	60
Bauanlagen/Gebäude	10	15 Prod.-Per.	150

Wir nehmen an, daß dieses Verbrauchstempo der verschiedenen Produktionsmittel im Lauf der beiden folgenden Perioden konstant bleibt (was bei einer relativ kurzen Periode auch wahrscheinlich ist); in diesem Fall müssen wir die Mehrproduktion von 20 Milliarden auf die verschiedenen Produktionsmittelkategorien im Verhältnis zu ihrem Wert verteilen, so daß sich für den Verbrauch der Mehrproduktion folgende Tabelle ergibt:

Verteilung der Investitionen

	Investierter Wert	Davon im Lauf der 2. Periode verbrauchter Wert
Roh- und Hilfsstoffe	3,2	3,2
Maschinen u. Anlagen	4,8	0,8
Bauanlagen/Gebäude	12	0,8
Gesamt	20	4,8

Während sich also der Gesamtbetrag der investierten Werte auf 20 Milliarden beläuft, betragen die von diesen Investitionen verbrauchten Werte 4,8 Milliarden. Allgemein gesehen, betrugen die in der ersten Periode festgelegten Werte 250 Milliarden, denen 60 Milliarden verbrauchte Produktionsmittel entsprachen, während in der zweiten Periode insgesamt 270 Milliarden Produktionsmittel festgelegt werden, denen 64,8 Milliarden verbrauchte Produktionsmittel gegenüberstehen.

Bei gleichen Umlaufzeiten ergibt sich für die dritte Periode ein Verbrauch von 69,6 Milliarden Produktionsmittel bei 290 Milliarden in Produktionsmittel gebundenen Werten.

Unter diesen Bedingungen sehen die Schemata der einzelnen Perioden folgendermaßen aus:

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akкумуляtion)	Wert der Produkte
Schema der ersten Periode (3 a)				
Abteilung I	40	26 2/3	13 1/3	80
Abteilung II	20	13 1/3	6 2/3	40
	60	40	20	120
Schema der zweiten Periode (11 a)				
Abteilung I	44 12/390	27 7/39	13 23/39	84,8
Abteilung II	20 300/390	12 32/39	6 16/39	40
	64,8	40	20	124,8
Schema der dritten Periode (12 a)				
Abteilung I	48 32/270	27 53/81	13 67/71	89,6
Abteilung II	21 130/270	12 28/81	6 14/81	40
	69,6	40	20	129,6

Wenn wir analysieren würden, wie sich der Wert und die Verteilung der Produktion, die Differenz zwischen dem produzierten Wert und dem Wert der Produkte, die Produktionsformeln usw. entwickeln, kämen wir zu ähnlichen Ergebnissen wie im Anhang 3. Es ist natürlich nutzlos, hier nochmals mit diesen Analysen zu beginnen, die uns analoge Ergebnisse - wenn auch mit anderen Zahlen - brächten.

241

5. Literatur

5.1 Zur Theorie der Planung (Bibliographie der 2. Auflage von 1951)

- J. BARANOV, Der Handelsvertrag - ein Instrument des Staates zur Realisierung der Pläne, (russ.), in: Planovoe Chozjajstvo Nr. 5, 1949.
- A. BAYKOV, La loi de la valeur en régime socialiste, in: Les cahiers de l'économie soviétique, Nr. 7, 1947.
- La conception marxiste de la nature et du rôle du capital, Dissertation, Faculté de Droit de Paris, 1950.
 - La comptabilité du revenu national en économie planifiée, in: Problèmes de planification, Nr. 1, 1951.
- C. BETTELHEIM, L'économie soviétique, Paris 1950.
- Aspects de l'économie tchécoslovaque, in: Cahiers internationaux, Feb./März 1950.
 - Les plans capitalistes, in: Cahiers internationaux, März/April 1949.
 - On the Problem of Choice between Alternative Investment Projects, in: Soviet Studies, Juli 1950.
 - L'économie allemande sous le nazisme, Paris 1946 (erscheint Herbst 1972 im Trikont-Verlag).
 - Plan Monnet et plan Marshall, in: Cahiers internationaux, Nr. 2.
 - Le Labour Party construit-il le socialisme? in: Cahiers internationaux, Nr. 5.
 - L'expérience travailliste, in: Cahiers internationaux, Nr. 17.
 - Les investissements en économie planifiée, in: Problèmes de planification, Nr. 1, 1951.
- W. BEVERIDGE, Du travail pour tous dans une société libre, Paris 1945.
- M. W. BREJEW, Zur Theorie der Planung der Selbstkosten der materiellen Produktion in der UdSSR, in: Die Arbeit, Nr. 1, 2, 3 und 4, 1950.
- M. BRONSKY, La monnaie, les prix et la circulation des marchandises en URSS, in: Revue économique internationale, Juli 1937.
- R. CATHERINE, Economie de la répartition des produits industriels, Paris 1943.
- HENRI CLAUDE, De la crise économique à la guerre mondiale, Paris 1945.
- G. D. H. COLE, Principles of Economic Planning, Londres 1935.
- E. DALEMONT, Le pétrole, Paris 1944.
- H. D. DICKINSON, Price formation in a socialist community, in: Economic Journal, Juni 1935.
- Economics of socialism, Oxford 1939.
- D. DILLARD, Keynes and Proudhon, in: Journal of economic History, Mai 1942.
- M. DOBB, Soviet economic development since 1917, London 1948.
- Economic Theory and the Problems of a Socialist Economy, in: Economic journal, Dez. 1933.

- A note on savings and investment in a socialist economy, in: Economic journal, Dez. 1939.
 - A Review of the discussion concerning economic theory in its application to a socialist economy, in: Revue de la Faculté des Sciences économiques de l'Université d'Istanbul, Okt. 1940.
- J. DOMARCHI, La pensée de J. M. Keynes, Paris 1944.
- E. F. M. DURBIN, Economic Calculus in a Planned Economy, in: Economic journal, Dez. 1936.
- Ökonomie des sowjetischen Handels (russ.), Moskau 1934.
- A. EMEJANOV, Methoden zur Steigerung der Effizienz im Gebrauch von Maschinen innerhalb der Sowjetwirtschaft, in: Ökonomische Fragen (russ.) Nr. 11, 1949.
- Exécution du plan triennal de reconstruction économique en Pologne, Warschau 1950.
- HALBWACHS, La classe ouvrière et les niveaux de vie, Paris 1913.
- L'évolution des besoins dans les classes ouvrières, Paris 1933.
- R. L. HALL, Economic system in a socialist state, London 1937.
- HAYEK, Socialist Calculation, in: Economica, Mai 1940.
- HAYEK (u. a.): L'économie dirigée en régime collectiviste, Paris 1938.
- E. HEIMANN, Kapitalismus und Sozialismus, Potsdam 1931.
- Sozialistische Wirtschaft und Arbeitsordnung, Potsdam 1932.
 - Literature on the theory of a socialist economy, in: Social Research, Feb. 1939.
 - Planning and the Market system, in: Social Research, Nov. 1934.
 - Developmental schemes, planning and full employment, in: Planning and paying for full employment, Werk eines Autorenkollektivs, hg. von A. P. LERNER und F. D. GRAHAM, Princeton 1946.
- HUTT, The economist and the public, in: Economic journal, März 1937.
- KAUTSKY, Programme socialiste, Paris 1927.
- J. M. KEYNES, Théorie générale de l'emploi, de l'intérêt et de la monnaie, Paris 1942.
- R. LACOSTE, Bulletin du Centre polytechnique d'Etudes économiques, Apr. 1937.
- C. LANDAUER, Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft, 1931.
- Theory of national economic planning, Berkeley 1947.
- O. LANGE, On the economic theory of socialism, Minnesota 1938.
- A. P. LERNER, Socialist economy, in: Economic journal, Juni 1937.
- Economic theory and socialist economy, in: Review of economic studies, Okt. 1934.
 - The Economics of control, New York 1944.
- L. LORWIN, L'économie dirigée, in: Annales d'économie collective, Jan. 1935.
- K. MARX, Das Kapital
- Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie.
 - Kritik des Gothaer Programms.
- R. MOSSE, L'économie collectiviste, Paris 1939.

P. MSTISLAVSKI, Einige Fragen hinsichtlich der Effizienz von Kapitalinvestitionen in der Sowjetwirtschaft, in: Ökonomische Fragen (russ.) Nr. 6, 1949.

NIEN-CHING-YAO, Mstislavsky's Treatment of the Time Factor, in: Soviet Studies, Jan. 1951.

K. OSTROVITIANOV, Sozialistische Planung und Wertgesetz, ökonomische Fragen (russ.), März 1948 in: Ökonomische Fragen

Plan quinquennal de développement de l'économie nationale de l'URSS, Moskau 1929.

Plan sexennal du développement économique et de l'édification des bases du socialisme en Pologne, Warschau 1950.

F. PERROUX, La valeur, Paris 1943.

N. G. PIERSON, F. A. VON HAYEK, etc., L'économie dirigée en régime collectiviste, Paris 1939.

PIGOU, Socialism versus capitalism, London 1937.

G. PIROU, L'utilité marginale, Paris 1938.

Al. PRIT, Kritische Bemerkungen zur Konzeption von Mstislavsky (russ.), in: Bulletin de l'Académie des Sciences de l'URSS, Nr. 1, 1950.

Rapport général sur le plan de modernisation et d'équipement, Paris 1946.

Ch. RIST, Histoire des doctrines relatives à la monnaie et au crédit, Paris 1938.

SCHUMPETER, Business cycles, New York 1939.

Zweiter Fünfjahresplan und Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR (russ.), Moskau 1934.

F. SIMLAND, Le salaire, l'évolution sociale et la monnaie, Paris 1932.

G. SOULE, A planned society, New York 1932.

J. STALIN, Fragen des Leninismus.

R. VON STRIGL, Introduction aux principes fondamentaux de l'économie politique, Paris 1939.

G. STRUMILIN, Der Zeitfaktor in der Planung der Investitionen (russ.), in: Bulletin de l'Académie des Sciences de l'URSS, Série Economie et Droit, Nr. 3, 1946.

P. M. SWEEZY, The theory of capitalism development, New York 1942.

- Socialism, New York 1949.

- La Tchécoslovaquie en marche vers le socialisme, Prag 1949.

TCHERNOMORDIK, Die Effizienz der Kapitalinvestitionen und die Theorie der Reproduktion, in: Questions économiques (russ.) Nr. 6, 1949.

K. TISCH, Wirtschafts-Rechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen, Diss., Bonn 1932.

Trois années de planification dans la démocratie populaire tchécoslovaque, Prag 1950.

L. A. VINCENT, Initiation à la conjoncture économique, Paris 1947.

H. ZASSENHAUS, Über die ökonomische Theorie der Planwirtschaft, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 1934.

Vgl. hierzu auch die Bibliographie von Ch. Bettelheim, Planification et

croissance accélérée, 2. Auflage, Paris 1965.

5.2 Wert, Preis und Wirtschaftsrechnung in Planwirtschaften

- J. M. BATES, Input - Output-Probleme in Verbindung mit Planungsvorschlägen (engl.), in: I.O.T., S. 157 - 169.
- V. BELTRIN, A. KRONROD, J. NAZOROVY et V. PAN, La comptabilité de prix rationnels sur la base d'informations économiques à jour, in: Ekonomika i Matematitscheskie Metody (russ.) Nr. 5, 1965, S. 699 - 717.
- L. BERRI, F. KLOTZVOG et S. SCHATALIN, La balance intersectorielle et son utilisation dans la planification, in: Etudes Economiques, 1962.
- M. BOITEUX et F. BESSIERE, Sur l'emploi des méthodes globales et marginales dans le choix des investissements, in: Revue Française de Recherche Opérationnelle, 1961/III, S. 259 - 269.
- Andras BRODY, Three Types of Price System, in: Economics of Planning, 3/1965, S. 58 - 66.
- W. BRUS, The Law of Value and the Market Mechanism in a Socialist Economy, in: Problems of Economic Theory and Practice in Poland, Warschau 1964, S. 297 - 336.
- W. BRUS et K. LASKI, The Law of Value and the Problem of Allocation in Socialism, in: Essays in Honour of O. Lange: On Political Economy and Econometrics, P.W.N. (Polish Scientific Publishers), Warschau 1965, S. 45 - 66.
- CAHIERS DE L'I.S.E.A., Critères des choix de l'investissement en URSS (1959).
- Les méthodes soviétiques de planification (1959).
 - Rationalité et croissance économiques soviétiques (1960).
 - Rationalité et calcul économique en URSS (Beiträge von J. Waelbroeck, V. V. Novozhilov, L. Johansen u.a.), 1946.
 - Planification et analyse économiques (Beiträge von E. Zaleski, A. Nowicki, C. Beaucourt u.a.), 1964.
- Guy CAIRE, Planification soviétique et recherche de la rationalité, in: Revue Economique, Mai 1963, S. 384 - 440.
- H. CHAMBRE et G. CAIRE, Planification, régions et calcul économique, in: Cahiers de l'I.S.E.A. Nr. 131, Paris 1962.
- EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT: Influence économique du prix de l'énergie, Studie der EWG, Série Economie et Finances, 1966.
- Büro der EWG, Méthodes de prévision du développement économique à long terme, in: Informations Statistiques, Office Statistique des Communautés Européennes Nr. 6, 1960.
- G. CUKOR, Die ungarischen Erfahrungen im Bereich der interindustriellen Verhältnistabellen, Wirtschaftswissenschaft, 1961.
- G. CUKOR, L'utilisation des tableaux d'input - output dans la planification

à long terme, Beitrag zum Werk "Input - Output - Tables" (I.O.T.), Bericht über eine Konferenz über Probleme der Statistik, Budapest, 1. - 5. Juni 1961, hg. von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest 1962.

H. DENIS et Marie LAVIGNE, Le problème des prix en Union Soviétique, Paris 1965.

H. D. DICKINSON, Notes to article by L. Johansen: Labour Theory of Value and Marginal Utilities, in: Economics of Planning, 3/1963, S. 239 - 241.

M. DOBB, Some Further Comments on the Discussion about Socialist Price Policy, in: Essays in Honour of O. Lange, Polish Scientific Publishers, Warschau 1965, S. 73 - 82.

M. FISZEL, Production Optimum in a Socialist Economy, in: Problems of Economic Theory and Practice in Poland, Warschau 1964, S. 337 - 355.

Ragnar FRISCH, A survey of Types of Economic Forecasting and Programming and a brief description of the Oslo Channel Model (Memorandum des Institut of Economics, University of Oslo, 1961).

Sándor GANCZER, Price Calculations in Hungary on the Basis of Mathematical Methods, in: Economics of Planning, 3/1965, S. 67 - 79.

M. M. GOLANSKY, Logarithmische Approximationsberechnung des Gesamt-Input an Arbeit, in: Ekonomika Matematitschekie Metody Nr. 2, 1965, S. 243 - 248 (russ.).

G. GROSSMAN, Notes for a Theory of the Command Economy, in: Soviet Studies, Apr. 1963.

M. HOROVITZ, A propos de certaines particularités et de certaines limitations de la loi de la valeur dans le commerce extérieur socialiste, in: Etudes Economiques, Nr. 112 - 113, Paris 1958.

L. JOHANSEN, A multi-sectoral Study of Economic Growth, North Holland Publishing Co., Amsterdam 1960.

L. JOHANSEN, Labour Theory of Value and Marginal Utilities, in: Economics of Planning, 2/1963, S. 89 - 103.

KANTOROVITSCH, Calcul économique et utilisation des ressources, traduction française de S. Sarthou, Dunod 1963.

Z. KENESSEY, Comparaisons internationales de l'établissement et de l'utilisation des tableaux d'input-output, in: I.O.T., S. 47.

A. A. KONIUS, Notes to article by L. Johansen, Labour Theory of Value and Marginal Utilities, in: Economics of Planning, 3/1964, S. 161 - 164.

A. A. KONIUS, The Labour Theory of Value and Econometrics, in: Essays in Honour of O. Lange, Polish Scientific Publishers, Warschau 1965, S. 239 - 246.

J. KORNAI et H. MARTOS, L'application de la table d'input-output pour déterminer le programme du développement optimal de l'industrie de l'aluminium (engl.) in: I.O.T., S. 220 - 234.

J. KORNAI et Th. LIPTAK, Two-level Planning, in: Econometrica, Nr. 33, 1965, S. 141 - 169.

J. KORNAI et P. WELLISZ, Le taux d'intérêt dans la comptabilité à long terme de l'efficacité économique, in: Essays in Honour of O. Lange, Polish Scientific Publishers, Warschau 1965, S. 247 - 288.

Oskar LANGE, Essays on Economic Planning, in: Indian Statistical Series, Calcutta 1958, und Asia Publishing House, London 1961.

Oskar LANGE, Introduction to Econometrics, Oxford 1962.

Nestor LAVERGNE, El intercambio mercantil en el socialismo, Verlag der Zeitschrift Comercio Exterior, Havanna 1964.

Marie LAVIGNE, Les expériences économiques en URSS, in: Annuaire de l'URSS, 1965, C.N.R.S., S. 291 - 309.

Bedrich LEVCIK, New System of Planned Control and Management of the National Economy in Czechoslovakia, in: Meromandum des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Prag 1965.

H. E. LEWIN, Input-output Analysis and Soviet Planning, in: American Economic Review, Vol. LI, Nr. 2, Mai 1962, Papers and Proceeding, S. 127 - 137.

LIBKIND et CHWIRKOV, Le bilan des relations inter-branches et les questions du perfectionnement de l'analyse économique, in: Vestnik Statistiki, Nr. 6, 1963.

I. M. MAKSIMOVIC, Professor O. Lange on Economic Theory of Socialism and Yugoslav Economic Thinking, in: Essays in Honour of O. Lange, Polish Scientific Publishers, Warschau 1965, S. 347 - 362.

MALINVAUD, Procédures décentralisées pour la préparation des plans, in: I.N.S.E.E., Mai 1963.

I. MASLOVA, Le rôle des prix dans l'évolution des échanges commerciaux sur le marché socialiste mondial, in: Etudes Economiques, Nr. 140.

J. MERVART, Problèmes théoriques de la formation des prix dans le commerce entre pays socialistes, in: Etudes Economiques, Nr. 139.

MONTIAS, Rational Prices and Marginal Cost in Soviet Type Economies, in: Soviet Studies, 1957, S. 369 - 379.

V. NEMTSCHINOV, L'application des méthodes mathématiques aux recherches d'économie politique et de planification, in: Etudes Economiques, Nr. 130.

V. NEMTSCHINOV, Les mathématiques et l'électronique au service de la planification, in: Etudes Economiques, Nr. 134.

V. NEMTSCHINOV, Statistical and Mathematical Methods in Soviet Planning, Beitrag zu dem Werk Structural Interdependence and Economic Development, hg. v. T. Barnan, Macmillan and Co., London 1963.

V. NEMTSCHINOV, Prinzipien eines Modells der Preisbildung, in: Sowjetwissenschaft, Juli 1964, Sonderheft, S. 688 - 706.

V. NEMTSCHINOV, Plan, bénéfice, prime, in: Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme, 47/1965, S. 27 - 35.

V. NEMTSCHINOV, Les modèles de planification de l'économie nationale, in: Problèmes de Planification, Nr. 6, Ecole Pratique des Hautes Etudes.

Alec NOVE, The Changing Role of Soviet Prices, in: *Economics of Planning*, 3/1963, S. 185 - 195.

J. PAELINCK et J. WAEBROECK, *Programmation économique et modèle économétrique de croissance* (Institut des Sciences Economiques, Université de Liège, 1963).

Lars PORSHOLT, Socialist Market Economy in Czechoslovakia? in: *Economics of Planning*, 1-2/1965, S. 87 - 94.

Pedro RIOS, Apuntes sobre los precios externos planificados, in: *Comercio Exterior*, Nr. 1-2, 1965.

Carlos ROMEO, Acerca del desarrollo economico de Cuba, in: *Cuba Socialista*, Nr. 52, Dez. 1965.

F. ROSENFELD, Techniques d'analyse et d'évaluation des projets d'investissements, in: *Tiers-Monde*, P.U.F., Paris 1966.

J. RUDOLPH, Thèses sur le système d'équations et de coefficients de la balance matricielle des branches de production, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie*, Nr. 2, 1960.

J. RUDOLPH, L'utilisation de la loi de formation des prix dans le nouveau système de planification et de direction de l'économie nationale, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Nr. 7, 1963.

B. SACKHAREVSKI, Encore une fois à propos du plan, des bénéfices et des primes, in: *Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme*, 47/1965, S. 125 - 128.

SERCK-HANSEN, Input-output Tables in the USSR and Eastern Europe, in: *Ost-Ökonomie*, Juli 1962.

Howard SHERMAN, Marxist Economics and Soviet Planning, Memorandum, Department of Economics, University of California, Berkeley 1965, 37 S.

G. SIMON et G. KONDOR, Les tableaux partiels d'input-output et quelques questions de leur application combinée, in: *I.O.T.*, S. 124.

György SIMON, Ex post Examination of Macro-economic Shadow Prices, in: *Economics of Planning*, 3/1965, S. 80 - 93.

S. STRUMILIN, Le problème des proportions optimales, in: *Etudes Economiques*, Nr. 142, 1962.

P. THIONNET, Sur certaines variantes des projections des tableaux d'échanges interindustriels (Communication à l'Institut International de Statistique, Session d'Ottawa, Aug. 1963).

W. TRZECIAKOWSKI, The Model of Optimization of Foreign Planned Economy and its Applications, Warschau 1961.

J. WAELBROECK, La grande controverse sur la planification et la théorie mathématique contemporaine, in: *Cahiers de l'I.S.E.A.*, Nr. 146, S. 3 - 24, Feb. 1964.

A. WAKAR et J. BEKSIK, The Theory of Programming Prices, in: *Studies in the Theory of Socialist Economy*, Vol. II, C.S.P.S., Warschau.

A. WAKAR et J. G. ZIELINSKI, Socialist Operational Price Systems, in: *American Economic Review*, 1963, S. 109 - 127.

A. WAKAR, Prices, Incentives and Calculation Methods, in: *Essays in*

Honour of O. Lange, Polish Scientific Publishers, Warschau 1965, S. 619 - 628.

Michael WALDEN, Enterprise Incentives and Methods of Planning, in: *Economics of Planning*, 1-2/1965, S. 95 - 105.

A. ZAUBERMAN, The Present State of Soviet "Planometrics", in: *Soviet Studies*, vol. XIV, Nr. 1, Juli 1962, S. 62 - 74.

A. ZAUBERMAN, New Winds in Soviet Planning, in: *Soviet Studies*, 1966, S. 1 - 13.

J. G. ZIELINSKI, An Attempt to construct a Realistic Theory of Socialist Economy, in: *Ost-Ökonomie*, Nr. 2, Juli 1962, S. 87 - 104.

J. G. ZIELINSKI, Centralization and Decentralization in Decision Making, in: *Economics of Planning*, 3/1963, S. 196 - 208.

J. G. ZIELINSKI, Economics Tools of Plan Fulfillment, in: *Economics of Planning*, 3/1964, S. 129 - 142.

J. G. ZIELINSKI, On the Theory of Socialist Planning, Ibadan, 1965, vervielfältigtes Manuskript, 110 S.

5.3 Die Reformen in den Methoden von Verwaltung und Planung

A. BIRMAN, Für eine grundsätzliche Behandlung des Problems der Führung (russ.), in: *Economie Planifiée*, Nr. 3, eine Übersetzung erschien in *Sowjetwissenschaft*, Nr. 7, 1963, S. 718 ff.

Guy CAIRE, Planification soviétique et recherche de la rationalité, in: *Revue Economique*, Mai 1963, S. 384 - 440.

DEMOCRATIE NOUVELLE, Dez. 1965: Mehrere Artikel über das neue Planungssystem und Verwaltungssystem in der DDR, vor allem:

- Planung, Technokratie, Demokratie.
- Industrialisierung und Landwirtschaft.
- Neues Planungs- und Leitungssystem.
- Stellenwert des Privatunternehmens.

DOCUMENTATION FRANÇAISE, Jan. 1966: Rechenschaftsbericht der Vollversammlung des ZK der KPdSU vom 6.12.1965 und der 7. Sitzung des obersten Sowjet vom 7.-9.12.1965.

DOCUMENTATION FRANÇAISE, 17. Febr. 1965: eine Reihe von Artikeln über die Wirtschaftsreform in der Tschechoslowakei.

N. FEDORENKO, Comment résoudre nos problèmes économiques, in: *Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme*, Mai-Juni 1965, S. 143 - 151.

Jan GLOWCZYK, Refonte du système de planification et de gestion en Pologne, in: *Démocratie Nouvelle*, Nr. 2, 1966.

ILITSCHOV, Die wissenschaftliche Grundlage der Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung, in: *Sowjetwissenschaft*, Nr. 2, 1963, S. 113 ff.

KEMENES, Hongrie: l'entreprise comme modèle fonctionnel en économie planifiée, in: *Démocratie Nouvelle*, Nr. 2, 1966.

KASSIZKI, Das Entscheidende sind die Stimulationskriterien und die Indi-

kationszahlen des Plans der Unternehmen, in: Sowjetwissenschaft, Nr. 4, 1963.

B. KERBLAY, Les propositions de Liberman pour un projet de réforme de l'entreprise en URSS, in: Cahiers du Monde Russe et Soviétique, Juli - Sept. 1963.

KOSSYGIN, Rapport à l'Assemblée Plénière du C.C. du P.C.U.S. du 27. Sept. 1965, in: Notes et Etudes Documentaires, 30. Nov. 1965, Documentation Française.

Sandoz LAKOS, Refonte des mécanismes économiques en Hongrie, in: Démocratie Nouvelle, Nr. 11, 1965.

L. LEONTIEV, Plan et méthodes économiques de direction, in: Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme, Mai - Juli 1965, S. 118 - 122.

E. LIBERMAN, Plan, bénéfice et prime, in: Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme, Mai - Juni 1965, S. 27 - 35.

E. LIBERMAN, Encore une fois à propos du plan, des bénéfices et des primes, in: Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme, Mai - Juni 1965, S. 123 - 128.

D. MEYERSON, Materieller Anreiz und Qualitätsindex, in: Sowjetwissenschaft, Sept. 1963.

Marek MISIAK, Pologne: débat sur les méthodes de planification et de gestion, in: Démocratie Nouvelle, Nr. 11, 1965.

P. NAVILLE, La réforme de la planification, in: Annuaire de l'URSS, 1965, CNRS, S. 3 - 12.

V. NEMTSCHINOV, Gestion et planification sociale de la production en URSS, in: Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme, Mai - Juni 1965, S. 36 - 54.

S. STRUMLIN, Stimulants matériels et planification en URSS, in: Etudes Economiques, Nr. 144.

V. TRAPEZNIKOV, Pour une gestion souple des entreprises, in: Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme, Mai - Juni 1965, S. 110 - 117.

ANMERKUNGEN

- 1 Einen ersten Blick auf diese Analysen kann man mit Hilfe der Bibliographien 5.2 und 5.3 am Ende dieses Buches werfen. Hier haben wir aus Gründen der Bequemlichkeit auch die Arbeiten aufgeführt, von denen in diesem Vorwort die Rede ist.
- 2 Historisch hat die zentralisierte Planung, wie sie sich in der Sowjetunion im Lauf der ersten Fünfjahrespläne gebildet hat und wie sie hier in großen Zügen beschrieben wird, schon in der Praxis vorgelegen, bevor sie als "gedankliches Modell" entstand; aber die mehr oder weniger impliziten Grundlinien dieses gedanklichen Modells haben nichtsdestoweniger eine ganze Reihe von Maßnahmen im Lauf dieser Fünfjahrespläne inspiriert.
- 3 Die Wachstumsraten wurden erst nach einem erheblichen Zeitraum von der Volksrepublik China übertroffen. Diese hat eine zentralisierte Planung aufgebaut, die sich durch große Geschmeidigkeit in der Ausarbeitung und Verwirklichung der Pläne, vor allem für die Landwirtschaft, auszeichnet. Für diesen Bereich haben die Pläne auf Kommunalebene keinen verbindlichen Charakter.
- 4 Ich möchte darauf hinweisen, daß ich einige meiner neuen Schlüsse in einer Anzahl von Veröffentlichungen und Arbeiten vorgelegt habe:
 - "Formes et méthodes de la planification socialiste et niveau de développement des forces productives." *La Pensée*, Nr. 113, Februar 1964.
 - "Les cadres socio-économiques et l'organisation de la planification sociale." *Problèmes de Planification*, Nr. 5, März 1965, Ecole Pratique des Hautes Etudes.
 - "Planification et marché." *Monthly Review*, April 1965.
 - *Der Aufbau des Sozialismus in China*. Trikont Verlag, 1969.
 - "La construction du socialisme: Problèmes de l'économie de transition." Zwei Artikel, *La Pensée* Nr. 125 und 126, Februar und April 1966.
- 5 Zu den Fragen der Übergangswirtschaft und im besonderen zu denen ihrer Periodisierung siehe meinen Artikel "Problématique de l'économie de transition" und die Arbeit von R. Linhart "Quelques caractéristiques de la transition soviétique"; beide in Nr. 3 (März 1966) der *Etudes de Planification Socialiste*.
- 6 In dem gemeinsam mit J. Charrière und H. Marchisio herausgegebenen Buch *Der Aufbau des Sozialismus in China* werden diese und gleichartige Fragen

besprochen.

- 7 Auch die theoretische Bedeutung dieses "Optimums" ist z. Zt. Gegenstand von Forschungen und theoretischen Erwägungen.
- 8 Der Inhalt dieses Begriffs wurde in "Les cadres socioéconomiques de la planification sociale", a.a.O., dargelegt.
- 9 Vgl. Anm. 4 oben und mein Buch *Planification et croissance accélérée*, F. Maspero, 1964.
- 10 Näheres siehe in Bibliographie 5.3 am Ende dieses Buches.
- 11 Diese einseitige Vorstellung von Vergeudung verschleiert die Effizienz eines Wirtschaftssystems insgesamt, in dem eine maximale Konzentration von Leistungen auf Schlüsselbereiche möglich ist. Sie kann aber auch Ausdruck der Überzeugung sein, daß es in einer sozialistischen Wirtschaft, deren Grundstrukturen nicht mehr für eine grundlegende Balance sorgen, nicht richtig ist, die "lokale" Effizienz für eine Konzentration der Aufmerksamkeit auf einige Punkte zu opfern, wenn diese Konzentration heute unnötig geworden ist.
- 12 In den beiden im Folgenden angeführten Artikeln habe ich zusätzliche Analysen zu diesem Punkt vorgelegt:
 - "La maximisation de la croissance économique", *Revue économique*, Nr. 1, 1957.
 - *Variation du taux de profit et accroissement de la productivité du travail*, *Economie appliquée*, Okt. 1959.Diese Analysen müssen zusammen mit denen gesehen werden, die ich in *Planification et croissance accélérée*, a.a.O., S. 91 - 126 dem ökonomischen Surplus gewidmet habe.
- 13 Über diesen Punkt geben folgende Beiträge Aufschluß:
 - Ch. Bettelheim u. A. Emmanuel: "Echange inégal et politique de développement", *Problèmes de Planification*, Nr. 2, 1963, Ecole Pratique des Hautes Etudes.
 - A. Emmanuel: "La division internationale du travail et le marché socialiste", *Problèmes de Planification*, Nr. 7, 1966, Ecole Pratique des Hautes Etudes.
- 14 Siehe vor allem Halbwachs, *L'évolution des besoins dans les classes ouvrières*. Paris 1933.
- 15 Aber die Grenznutzenbetrachtung verliert die gesellschaftlichen Grundlagen dieses Determinismus aus dem Blick. (S. 27, Zeile 6: statt Anm. 15 lies Anm. 14)
- 16 Um sich davon zu überzeugen, muß man sich nur den beträchtlichen Raum ansehen, den in allen Planwirtschaften der technische und berufliche Unterricht einnimmt; er ermöglicht Millionen den Zugang zu Beschäftigungen, an die sie sonst nie hätten denken können.
- 17 Vincent, *L'organisation dans l'entreprise et dans la nation*, S. 49.

- 18 Der *Economic Survey*, der seit 1947 jährlich von der englischen Regierung herausgegeben wird, gab bis 1951 die vorgegebenen Ziele ("targets") bekannt; seit diesem Jahr wird anstelle des Terminus "targets" der bescheidenere, aber realistischere Begriff "Vorhersagen" ("forecasts") verwendet.
- 19 Der Terminus "gesellschaftlicher Bedarf" muß als "Bedarf der Gesellschaft" verstanden werden, der sowohl den Bedarf der Individuen wie den der verschiedenen Gemeinschaften und Unternehmen umfaßt.
- 20 In unserem Buch *L'économie allemande sous le nazisme* (wird Herbst 1972 in deutscher Übersetzung im Trikont-Verlag erscheinen) haben wir versucht, die wahre Bedeutung der deutschen Wirtschafts"pläne" zu entwickeln. Der englischen Planung haben wir in den *Cahiers internationaux*, Nr. 5, 17 und 27 drei Artikel gewidmet. Schließlich haben wir die allgemeine Frage der "kapitalistischen Planung" in unserem Artikel "Les plans capitalistes" (*Cahiers internationaux*, Nr. 3 und 4) diskutiert.
- 21 Entfällt
- 22 Boissguilbert, *Dissertation sur la nature des richesses*, S. 295.
- 23 Eine alte Formulierung dieser Illusion bildet der Proudhonismus; seine moderne Form stellt die Allgemeine Theorie von J. M. Keynes dar. Zu den Beziehungen zwischen dem Denken Keynes' und Proudhons siehe Dubley Dillard: *Keynes and Proudhon*, in *The Journal of Economic History*, Mai 1942.
Eine Kritik der keynesianischen Vorstellungen findet man in meinen Vorlesungen 1949 - 1950 und 1950 - 1951 an der Ecole Pratique des Hautes Etudes (Verlag Centre de Documentation universitaire).
- 23a Verteilung der Produktion bezieht sich auf Konsumgüter und Produktionsgüter, wobei letztere für Brutto- und Nettoinvestitionen verwendet werden; die Verteilung bezieht sich also auf eine Stoffmasse, die wertmäßig dem kapitalistischen $C + V + M$ entspricht. Verteilung des Nationaleinkommens bezieht sich auf eine Masse von Zahlungsmitteln, die wertmäßig dem kapitalistischen V zuzüglich eines Teils von M entspricht (Anmerkung des Verlags).
- 24 Oscar Lange und F. M. Taylor, *On the economic theory of socialism*, Minnesota 1938.
- 25 Wie P. M. Sweezy zu Recht bemerkt, war die von Lange entwickelte Konzeption eher dazu bestimmt, die Argumente der Planungsgegner wie Mises, Hayek oder Robbins theoretisch zu widerlegen, als ein Modell zu liefern, an dem sich eine real geplante Wirtschaft orientieren sollte (vgl. Sweezy, *Socialism*, New York 1949, S. 233).

- 26 Die Art der Entscheidungen und die Arbeitsmodalitäten variieren bei den einzelnen Autoren; wir versuchen hier, eine Synthese dieser Entwürfe zu geben.
- 26 a Weil nur eine optimale Faktorauslastung niedrige Grenzkosten und damit Preise erlauben würde (Anm. d. V.)
- 27 Vgl. seinen Artikel in *Economic Journal*, XLVII, Nr. 186, S. 257. Den gleichen Gedanken hat dieser Autor in seinem Buch *The economics of control*, New York 1944, verteidigt; seine Konzeption steht im übrigen einem kapitalistischen Dirigismus näher als einer sozialistischen Wirtschaft.
- 28 Vgl. Pigou, *Socialism and capitalism*.
- 29 Es sei denn, sie begnügen sich mit der Forderung nach Vergesellschaftung der mit Verlust arbeitenden Unternehmen, d.h. nach "Vergesellschaftung der Verluste".
- 30 Einige Autoren sind der Ansicht, daß es bei ausreichend genauer Kenntnis der Bedingungen von Angebot und Nachfrage möglich sein muß, das Gleichgewichtsniveau der variablen Differenzen im voraus, ohne Tasten, zu berechnen. Diese Auffassung wurde von Carl Landauer in seiner *Theory of national economic planning*, Berkeley 1947, vor allem S. 51 - 63, vertreten. Dieser Autor ist der Meinung, daß dieses System der Wirtschaftslenkung auf der Basis des Privateigentums funktionieren könnte.
- 31 Diese Anmerkung wurde schon von H. D. Dickinson in *The Economics of Socialism*, Oxford 1939, S. 17 formuliert.
- 32 Jedoch erkennt ein Autor wie Carl Landauer, so wie wir es gesehen haben, durchaus die Möglichkeit einer Rechnung ex ante. Eine solche Möglichkeit scheint uns jedoch im Widerspruch mit dem subjektivistischen Standpunkt zu stehen.
- 33 In einer wirklich geplanten, d.h. zentral geplanten Wirtschaft hätte man ausgerechnet, mit Hilfe welcher Reihenfolge der Investitionen und der Errichtung der neuen elektrischen Anlagen es möglich wäre, die Wasserkraft zu verwerten, ohne daß mit einem Schlag zu große Investitionen auf der Wirtschaft lasten würden. Auch hätte man sich bei der sachverständigen Entscheidung für eine der beiden Techniken danach gerichtet, ob die notwendige Wartefrist wirtschaftlich tragbar gewesen wäre oder nicht.
- Im System der dezentralisierten Entscheidungen ist das unmöglich; denn niemand kann voraussehen, wo der Zinssatz in einigen Monaten liegen wird (dies hängt zu sehr von vielfältigen Faktoren, von vielfältigen individuellen Entscheidungen ab). Ganz besonders kann das kein "Unternehmensleiter" voraussehen, der ja notwendigerweise nur eine partikuläre Stellung in der Wirtschaft einnimmt. Selbst wenn im übrigen dieser Zinssatz bekannt wäre, würde er keinerlei rationalen Hinweis liefern.

- 34 Es nutzt nichts, wenn man, wie z.B. O. Lange, beobachtet, daß "(...) alle Kosten langfristig auf Arbeitskosten reduziert werden können" (vgl. *On the Economic Theory of Socialism, Review of Economic Studies*, Oktober 1936 und Februar 1937, S. 138). Zweifellos ist das richtig; aber der Begriff "langfristige Kosten" oder "langfristige Preise" hat nur theoretische, nicht praktische Bedeutung; die konkrete Wirklichkeit kennt nur eine Reihe "momentaner" Preise.
- 35 In "Literature on the theory of a socialist economy" (*Social Research*, Februar 1939) schreibt Heilmann: "(...) die Natur des Preises, der nur eine momentane Situation ausdrücken kann, scheint unfähig zu sein, als Regulator bei langdauernden Prozessen zu dienen"; obwohl der Preis nicht "nur" eine momentane Situation ausdrückt, trifft diese Beobachtung für jeden Preis zu, der vor allem eine momentane Situation ausdrückt (siehe auch *Planning and the market system, Social Research*, November 1934).
- 36 Maurice Dobb, *A note on savings and investment in a socialist economy* (*Economic Journal*, Dezember 1939, S. 713 - 728, Zitat S. 714 f.). In diesem Absatz und im folgenden Abschnitt werden weitgehend auf die von Dobb in diesem ausgezeichneten Artikel entwickelte Argumentation sowie auf einen anderen Artikel des gleichen Autors zurückgegriffen: *A Review of the discussion concerning economic theory in its application to a socialist economy* (in *Revue de la Faculté des Sciences économiques de l'Université d'Istanbul*, Oktober 1940, S. 155 - 167).
- 37 Man kann sagen, daß dieses System von Bemühungen um das Erreichen einer Serie momentaner Gleichgewichtszustände und nicht um die wirtschaftliche Entwicklung beherrscht wird. (Zum Gegensatz zwischen diesen beiden Standpunkten vgl. M. Dobb, *Soviet Economic Development since 1917*, S. 2 - 4.)
- 38 Der "Anreiz zu investieren" hängt von den laufenden Investitionen ab.
- 39 M. Dobb, *Economic Journal*, a.a.O., S. 715.
- 40 In Bezug auf den Kapitalismus hat Kalecki in seinen *Essays in the Theory of Economic Fluctuations* die Konzeption eines kumulativen Mechanismus entwickelt, der dem entspricht, auf den sich Dobb bezieht.
- 41 Vgl. M. Dobb's Artikel in der *Revue de la Faculté des Sciences économiques d'Istanbul*, S. 160.
- 42 Um genau zu sein, ist das hier vorliegende Problem das der Art und Weise, in der sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung realisiert. In einem auf Privateigentum basierenden Wirtschaftssystem findet die Arbeitsteilung über den privaten Tausch und durch den

- Mechanismus der Preise als Ausdruck des Warenwerts statt. In einem auf gesellschaftlichem Eigentum basierenden System spielt der private Tausch nur noch eine untergeordnete Rolle, und die gesellschaftliche Arbeitsteilung muß durch den Plan gesteuert werden. So schrieb Marx in seinem Brief vom 11. Juli 1868 an Kugelmann: "(Jedes Kind weiß), daß die den verschiedenen Bedürfnismassen entsprechenden Massen von Produkten verschiedene und quantitativ bestimmte Massen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erheischen. Daß diese Notwendigkeit der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die bestimmte Form der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur ihre Erscheinungsweise ändern kann, ist self-evident. Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die Form, worin jene Gesetze sich durchsetzen. Und die Form, worin sich diese proportionelle Verteilung der Arbeit durchsetzt in einem Gesellschaftszustand, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als Privataustausch der individuellen Arbeitsprodukte geltend macht, ist eben der Tauschwert dieser Produkte." (Marx/Engels-Werke, Bd. 32, S. 552 f.).
- 43 Diese Antwort wird zweifellos eine gewisse Anzahl von Privatinteressen, aber nicht notwendig die Interessen der ökonomischen Gemeinschaft befriedigen.
- 44 So ist Hayek in seinem Artikel "Socialist calculation", *Economica*, Mai 1940, von der einen zur anderen Position übergewechselt.
- 45 In eben diesem Sinne schreibt Smith: "Man kann sagen, daß zu jeder Zeit und an jedem Ort die gleichen Arbeitsmengen für den Arbeiter den gleichen Wert haben. (...) Der Preis, den er zahlt, variiert nicht nach der Menge der Waren, die er erhält, sei sie groß oder klein, es ist der Wert der Ware, der sich ändert, und nicht der der Arbeit, die er kauft. Ein Ding wird teuer oder billig bezahlt, je nachdem, ob es schwierig oder leicht ist, sich damit zu versorgen, ob seine Produktion viel oder wenig Arbeit erfordert. Die Arbeit, deren Wert sich niemals ändert, ist also definitiv der einzige wahre Maßstab, um den Wert aller Waren zu jeder Zeit und an jedem Ort zu bestimmen und zu vergleichen." (Reichtum der Nationen, Buch I, Kap. VI)
- 46 Wir müssen unverzüglich anmerken, daß der Begriff "Kapital" nicht auf eine sozialistische Wirtschaft angewendet werden kann. Das Kapital ist kein "Ding", sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, das die Eigentümer und Nichteigentümer an den Produktionsmitteln einander gegenüberstellt. Der Gedanke, der hier entwickelt wird, würde korrekter durch die Termini "Investitionskosten" oder "Anlagekosten" ausgedrückt. Wir werden noch auf diese Frage zurückkommen.
- 47 Wir haben gesagt, daß die Vertreter einer dezentralisierten "Planung" glauben, daß sich in einer vergesellschafteten Wirtschaft ein
- "nicht willkürlicher" Zinssatz herausbilden könne; wir haben jedoch gesehen, daß ihre Konzeptionen den zahlreichen Kritiken, die man an sie richten kann, nicht standhalten.
- 48 Wenn dennoch der Fall eintreten sollte, daß ein bis zu einem gegebenen Zeitpunkt verwendetes natürliches Produkt nur in einer definitiv beschränkten Menge vorhanden ist, so daß man die völlige Erschöpfung der Gewinnungsmöglichkeiten vorhersehen kann (innerhalb eines bestimmten Zeitraums, wenn man eine bestimmte Bedarfsrate zugrundelegt), so wäre das Problem, das sich hier stellte, nicht eine Erhöhung des "Preises" dieses Produkts in einer mehr oder minder willkürlichen Weise, sondern auf der einen Seite eine Rationierung der Verwendung auf der Grundlage bestimmter technischer Überlegungen, auf der anderen - und das vor allem - die Vorbereitung von Substitutionstechniken. Es handelt sich hier nicht um ein Problem der Planung von Preisen, sondern der Planung der Produktion. (Wir weisen im übrigen darauf hin, daß dies auch die Meinung eines Wirtschaftswissenschaftlers ist, der nichtsdestoweniger auf einem von dem unseren reichlich verschiedenen Standpunkt steht: Siehe Edmond Helmann in Developmental schemes, planning and full employment, ein von einem Kollektiv verfaßtes Werk, herausgegeben von A. P. Lerner und F. D. Graham, Princeton 1946).
- 49 Diese Erklärung berücksichtigt nur unzureichend das Verhältnis von Reduktion komplizierter Arbeit auf einfache und Entlohnungsformen nach Qualifikation. Zu klären wäre außerdem, ob die Löhne wie im Kapitalismus bloße Preise der Ware Arbeitskraft darstellen, also nur Reproduktionskosten sind (Anm. d. V.).
- 50 Siehe weiter unten, S. 109 ff.: Bestimmung der günstigsten Technik.
- 51 Man kann daraus den Schluß ziehen: Sowie eine bestimmte Kategorie von Konsumgütern noch nicht produziert worden ist, gibt es noch kein konkretes Bedürfnis, das dieser Kategorie von Konsumgütern entsprechen würde; solange man keine Fernsehapparate produziert, existiert kein "Bedürfnis" nach Fernsehapparaten. Das Auftreten von neuen Bedürfnissen ist keine Erscheinung, die aus Veränderungen im "Bewußtsein" oder in der Subjektivität der Konsumenten (oder aus Veränderungen ihrer "Präferenzskalen") resultiert, sondern eine Erscheinung, die aus auf der Ebene der Produktion getroffenen Entscheidungen resultiert. Innerhalb des Kapitalismus werden diese Entscheidungen auf der Grundlage der Perspektive von Profit getroffen, den die Schaffung von neuen Bedürfnissen abwerfen kann (so wurde das Bedürfnis nach "Coca-Cola" aufgrund der Profite geschaffen und entwickelt, die der Verkauf dieses Getränkes einbringen konnte); innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft jedoch können diese Entscheidungen aufgrund von Überlegungen des reichen Lebens, der Gesundheit usw. getroffen werden (man wird zu dieser Frage mit Interesse die Ausführungen von M. Dobb in

Soviet Economic Development, op. cit.
S. 18 - 20, lesen).

- 52 Bekanntlich geht die Mehrzahl der liberalen Wirtschaftswissenschaftler in ihren Überlegungen immer so vor, als seien die Konsumenten einzig individuelle Konsumenten, die ihre Auswahl aufgrund ihrer eigenen individuellen "Präferenzskalen" treffen. Solche Überlegungen entsprechen jedoch in keiner Weise der Realität. Selbst in den "liberalsten" Gesellschaften ist der Anteil der kollektiven Nachfrage (d.h. der Nachfrage, die von irgendwelchen Gemeinschaften: Kommunen, Regionen, Staat, Gesellschaften usw.) ganz beträchtlich. Und mehr noch: zweifelsohne ist mehr als die Hälfte der angeblichen "individuellen Nachfrage" in Wirklichkeit kollektive Nachfrage, d.h. Nachfrage von Familienhaushalten, durchgeführt von Hausfrauen und Familienmüttern, die die Einkäufe nicht nach ihren eigenen "Präferenzskalen" durchführen, sondern nach "Präferenzskalen", die für sie Familienbedürfnisse repräsentieren.
- 53 Die Regel, die hier angewendet werden muß, kann zweifelsohne in folgender Form ausgedrückt werden: "Jedem nach der Wichtigkeit seiner Bedürfnisse", wobei diese Wichtigkeit selbst Gegenstand einer kollektiven Einschätzung ist, die zur Einrichtung von Pensionen, Renten, Entschädigungen usw. in mehr oder minder großer Höhe führt. Was die individuelle Nachfrage nach verschiedenen Konsumgütern betrifft, so können die Planungsorgane die notwendige Menge danach einschätzen, wie die Konsumenten ihre individuellen Einkäufe regeln, gleichgültig, welchen Ursprungs ihr Einkommen ist (Lohn, Rente oder anderes Einkommen) und welche Höhe es hat.
- 54 Die finanziellen Mittel, über die die Gemeinschaften verfügen, sind mit Sicherheit nicht "Funktion" der Arbeit, die sie liefern konnten. Die Wichtigkeit dieser finanziellen Mittel und der Gebrauch, den die Gemeinschaften davon machen, werden von gesellschaftlichen Regeln bestimmt, deren Untersuchung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Dennoch muß die Tatsache festgehalten werden, daß die Kollektive eine Auswahl der Preise und der Bedürfnisse (unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Mittel) treffen, deren Befriedigung beabsichtigt ist, so daß es den Planungsorganen zukommt, die Produktion in einer Weise zu organisieren, daß die kollektive Nachfrage befriedigt werden kann.
- 55 Dieser "Stellenwert" ist selbst Gegenstand einer kollektiven Einschätzung.
- 56 Es ist selbstverständlich, daß dieses "absolute" Quantum selbst ebenfalls historisch bestimmt ist, d.h. variabel im Lauf der Zeit. So kann z.B. während der Einrichtung kostenloser ärztlicher Behandlung eine Nachfrage nach pharmazeutischen Produkten auftreten, die aufgrund des schlechten anfänglichen Gesundheitszustandes beträchtlicher sein kann als die, die sich später einstellen wird. Umgekehrt kann für andere Produkte die Nachfrage langsam steigen,

in dem Maß, in dem neue Konsumtionsgewohnheiten Gestalt gewinnen usw.

- 57 Wir werden später sehen, wie der Mechanismus der Einzelhandelspreise erlaubt, das Vorhandensein eines solchen Abstands zwischen Nachfrage- und Angebotsquantum klarzulegen.
- 58 Gleichgültig, ob dieser technische Entwicklungsstand der ist, der zur Zeit der Ausarbeitung des Plans existiert, oder der, der bei Realisierung des Plans erreicht werden soll; in Wirklichkeit muß man diesen letzteren technischen Entwicklungsstand in Rechnung stellen. Wir werden weiter unten die Prinzipien untersuchen, nach denen in einem gegebenen Augenblick die wirtschaftlich günstigste Technik bestimmt werden kann.
- 59 Der Stellenwert, den der Verbraucher den verschiedenen Bedürfnissen beimißt, ist nicht "immanent rationell"; er ist das Ergebnis der Erziehung, der Traditionen, der Gewohnheiten und des auf den Verbraucher (vor allem durch die Werbung) ausgeübten Drucks und daher eine Variable in jedem Wirtschaftssystem.
- 60 Wie M. Dobb sehr zu Recht bemerkt, ist die Zahl der Ziele (Projekte), zwischen denen man wählen kann, alles andere als unbegrenzt. Im Gegenteil: Die reale Wirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß diese Zahl durch die vorhandene Ausrüstung, die Anforderungen der Technik, die Interdependenz zwischen Produktionen und Bedürfnissen eng begrenzt ist; dadurch verliert die Grenznutzenrechnung jede konkrete Bedeutung. (Vgl. M. Dobb, Soviet Economic Development, op. cit., S. 4 - 5).
- 61 Und zwar insofern, als durch die erhöhte Arbeitsproduktivität Arbeitszeit freigesetzt und anderweitig verfügbar wird und der erhöhten Produktmasse, vermittelt über niedrigere Stückpreise, erhöhte Realkaufkraft gegenübersteht (Anm. d. V.).
- 62 So beobachtet man in den verschiedenen Ländern bekanntlich mit steigendem Lebensstandard auch ein Ansteigen des Fleischbedarfs und ein Absinken des Weizenbedarfs; aber auf einem niedrigeren Niveau als dem, für das dieses "Entwicklungsgesetz" zutrifft, führt jede Steigerung des Lebensstandards zu einem Ansteigen des Weizenbedarfs und zu einem Absinken des Bedarfs an anderen Brotgetreidesorten. Rationelle Planung setzt voraus, daß solche "Entwicklungsgesetze des Bedarfs" weitgehend bekannt sind. Solange eine bestimmte Einkommensdifferenzierung vorliegt, liefern die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Verbraucher mit höheren Einkommen einen Hinweis darauf, wie die Bedürfnisse der Empfänger kleinerer Einkommen nach Anhebung auf das höhere Niveau aussehen werden.
- 63 Vgl. unten S. 89 ff.
- 64 So schreibt K. Ostrovitianow: "Durch die Ware-Geld-Form der Arbeitsentlohnung kann erstens der sozialistische Grundsatz der arbeitsanhängigen Entlohnung konsequenter angewandt und können zweitens die verschiedenen und steigenden Bedürfnisse der Arbeiter

in einer sozialistischen Gesellschaft besser befriedigt werden." ("Sozialistische Planung und Wertgesetz", Voprosy Ekonomiki, März 1948; franz. Übersetzung in Etudes économiques, Nr. 12).

- 65 Die Bedingungen, welche die Geldzirkulation unter den in einer Planwirtschaft arbeitenden Unternehmen zugleich möglich und nötig machen, sind in Wirklichkeit sehr komplex. Wir können hier nur einige Andeutungen machen: Die Notwendigkeit einer Geldzirkulation beruht vor allem auf der Unterschiedlichkeit der Eigentumsverhältnisse in den jeweiligen Unternehmen; so erfordert die Koexistenz von Staatseigentum und gesellschaftlichem Eigentum, daß beim Warenverkehr zwischen einem Staats- und einem genossenschaftlichen Unternehmen sowie zwischen verschiedenen Genossenschaften eine Zahlung erfolgt. Die Zirkulation selbst setzt eine gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen diesen Unternehmen voraus. Die Notwendigkeit einer Geldzirkulation unter den Staatsunternehmen beruht einerseits auf einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen diesen Betrieben und andererseits auf der "Notwendigkeit, den Staatsunternehmen eine spezifische Autonomie vorzubehalten" (K. Ostrovitianow, a.a.O.). Diese Autonomie deckt sich mit der nicht autoritären Verteilung der Produktionsmittel (wobei "nicht autoritär" natürlich nicht heißt "nicht geplant"). Die spezifische Autonomie der Staatsunternehmen drückt sich in der relativen Handlungsfreiheit in den laufenden Entscheidungen hinsichtlich der Erfüllung der Planziele aus. Sie schließt die Verantwortlichkeit der Unternehmensleiter mit ein. Unerlässlich ist sie deswegen, weil in einer ganzen Entwicklungsphase der Planwirtschaft die persönliche Verantwortung und das konkrete Privatinteresse an der Produktion freien Raum haben müssen. Der juristische Ausdruck der relativen Autonomie der Unternehmen sind die Verträge, welche die Unternehmen im Rahmen des Plans miteinander abschließen (zum Problem der Planverträge in der Sowjetwirtschaft s. M. Bogorad in Problèmes de Planification, Nr. 1, 1951). Daher verlieren diese Verträge ihre Bedeutung, wenn sich eine autoritäre Verteilung der Produktionsmittel als notwendig erweist. I. Baranov schreibt in einem Artikel "Der Geschäftsvertrag als Mittel zur Ausführung der Staatspläne" (Planovoe Chozjajstvo, Nr. 5, 1949): "Während des Krieges war die Aufgabe der Verträge - als Regler der Beziehungen zwischen den Produktions-, Versorgungs- und Verkaufskomitees - etwas eingeschränkt. Für bestimmte Arten von Gütern wurde aufgrund der absolut zentralisierten Distribution das Vertragsverhältnis abgeschafft (Kohle, Erdöl und, mehr noch, für die Metalle)." (Zit. nach Soviet studies, April 1950, S. 386.)
- 66 Eben in diesem Sinne schreibt K. Ostrovitianow: "Die grundlegende Funktion des sowjetischen Geldes ist die als Maßstab für den Wert: Das Geld dient als Instrument zur Berechnung der ge-

sellschaftlichen Arbeit, die für die Produktion der Ware in einer sozialistischen Gesellschaft aufgewendet wurde." (A.a.O.)

- 67 Die Tatsache, daß die Geldeinheit durch ein bestimmtes Goldgewicht definiert ist, ändert nichts an ihrer Funktion. Außerdem: Wenn das Geld nicht in Gold konvertierbar ist, wird der Wert, den die Geldeinheit bezeichnet, vom Preisniveau und nicht vom Goldwert bestimmt.
- 68 Wir lassen hier die Frage nach dem "günstigsten" Finanzierungsmodus außer acht; ihre Beantwortung kann nämlich niemals von den im jeweiligen Augenblick vorliegenden konkreten Umständen abstrahieren.
- 69 Entfällt
- 70 K. Ostrovitianow (a.a.O.): "Die unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist eine historische Kategorie, die in ihrer Entwicklung verschiedene Stadien durchläuft. Im Stadium des Sozialismus nimmt die unmittelbar gesellschaftliche Arbeit Sonderformen an, welche die Beibehaltung der Rechnung in Geld erfordern."
- 71 K. Ostrovitianow a.a.O.
- 72 Da der Wert eines Produktes - nach der in Kapitel II entwickelten Auffassung - durch die zu seiner Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit gebildet wird, müssen Wert und Herstellungspreis auf gesellschaftlicher Ebene verglichen werden, indem man das gewogene Mittel der verschiedenen Herstellungspreise desselben Produkts in einer bestimmten Periode nimmt; sonst könnte keine allgemeine Regel formuliert werden, da der Herstellungspreis eines von einem einzelnen Unternehmen gelieferten Produkts höher sein kann als sein Wert.
- 73 Vgl. M. W. Brejew, Zur Theorie und Planung der Selbstkosten der materiellen Produktion in der UdSSR, Die Arbeit, Nr. 1 - 4 (1950); Zitat aus Nr. 1 (1950), S. 22.
- 74 Eine Senkung des Herstellungspreises, die mit einer zusätzlichen Investition verknüpft ist, stellt nicht unbedingt einen ökonomischen Fortschritt dar - das ganze hängt vom Ausmaß dieser Investition ab. Wir werden diesen Punkt später, bei der Behandlung des Entscheidungsproblems bei Investitionen, untersuchen (s.S. 93 ff.).
- 75 Im Abschnitt 4 dieses Kapitels werden wir die Probleme untersuchen, die auftauchen, wenn der Herstellungspreis bei einzelnen Betrieben höher liegt als der Großhandelspreis, zu dem sie ihre Produktion absetzen.
- 76 Im Rahmen einer Planwirtschaft ist das Auftreten einer "Überkapazität" eine Ausnahmeerscheinung, falls nicht bei der Bedarfsschätzung Fehler gemacht wurden. Jedoch kann es in bestimmten Fällen wirtschaftlich von Vorteil sein, eine vorübergehende Überkapazität zu schaffen; wir werden das weiter unten untersuchen.
- 77 Im hier verwendeten Sinn entspricht "das Optimum" nämlich dem Optimum des Unternehmens (Senkung der Kosten pro Einheit auf ein Mit-

- nimum), aber nicht notwendig dem gesellschaftlichen Optimum.
- 78 Eine gleichartige Lösung wird bei jeder komplexen Produktion angewendet; wenn also der zur Aufzucht eines Rindes erforderliche Aufwand an gesellschaftlich notwendiger Arbeit einen bestimmten Betrag ausmacht, heißt das nicht, daß der Preis für jedes Kilo Rindfleisch, gleich welcher Art, den Gegenwert zum Gesamtaufwand pro Kilo bildet; im Gegenteil läßt sich leicht einsehen, daß bestimmte "Stücke" teurer sind als andere, weil ja gerade durch diese Preisdifferenzierung das gesamte Fleisch zu seinem Wert abgesetzt werden kann.
- 79 Gelegentlich wurde versucht, gewisse Abweichungen der Preise vom Wert damit zu rechtfertigen, daß man in diesem oder jenem Zweig eine rasche Akkumulation fördern müsse. Dieses Argument trifft unseres Erachtens für eine Planwirtschaft in keiner Weise zu: Hier können Höhe und Verteilung des Akkumulationsfonds zentral festgesetzt werden, ohne daß auf "Preismanipulationen" dieser Art zurückgegriffen werden muß, die den Nachteil haben, daß sie die Grundlagen der Wirtschaftsrechnung verfälschen.
- 79 a Wenn dieses Ungleichgewicht daraus entsteht, daß die Produktion nicht der Nachfrage genügt, können auch Rationierungs- und Zwangszuteilungsmaßnahmen ergriffen werden. Im Falle eines schweren, allgemeinen Ungleichgewichts mag das unvermeidlich sein; aber solche Maßnahmen sollten, wo immer möglich, vermieden werden, denn wenn die Konsumtionsfreiheit abgeschafft wird, können die Planungsorgane das Bedarfsquantum nicht mehr messen.
- 80 Hier müßte man unterscheiden zwischen kurzfristigen Schwankungen, die den gesellschaftlichen Bedarf in ihrem Durchschnitt nicht ändern, und längerfristigen Ungleichgewichten zwischen Produktion und Nachfrage, die das Quantum gesellschaftlich notwendiger Durchschnittsarbeit neu definieren (Anm. d. V.). Siehe auch weiter oben S. 55 f.
- 81 Im weiteren Verlauf unserer Ausführungen werden wir diese Situation abgekürzt als "Ungleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage" bezeichnen.
- 82 Dabei ist zu beachten, daß die Nachfrage nicht identisch mit dem gesellschaftlichen Bedarf ist; während letzterer Voraussetzung der Preisberechnung in Werten ist, variiert die Nachfrage mit den an der Oberfläche erscheinenden Preisen (Preiselastizität der Nachfrage). Die Nachfrage ist daher als Schätz- und Meßgröße für den gesellschaftlichen Bedarf nur bedingt geeignet (Anm. d. V.).
- 83 Wenn sich zum Beispiel die Produktionskräfte in bestimmten Wirtschaftszweigen so entwickeln, daß man schon bald damit rechnen kann, die Produkte dieser Zweige gratis zu verteilen, muß der Preis der Produkte nach und nach gesenkt werden, so daß die Nachfrage immer weniger das relative und immer mehr das absolute Quantum des Bedarfs an diesen Produkten ausdrückt (vgl. oben S. 57 ff.). Oder: In anderen Zweigen kann sich die Produktion aus technischen

Gründen vorübergehend zu wenig entwickeln, so daß die Preise entsprechend angehoben werden müssen.

- 84 Wenn bestimmte Nachfragen vollständig befriedigt würden, wäre es denkbar, daß dies so große Mengen an Arbeitskräften, Energie, Rohstoffen usw. verschlingen würde, daß die Befriedigung anderer (in der kollektiven Wertschätzung führender) Bedürfnisse beim augenblicklichen Stand der Produktivkräfte beeinträchtigt werden könnte. Unter diesen Bedingungen kann es wünschenswert erscheinen, die betreffende Produktion mehr oder weniger einzuschränken, so daß der Einzelhandelspreis der Produkte nach oben "abweicht". Ein typischer Fall hierfür sind die Produkte, die in einem bestimmten wirtschaftlichen Entwicklungsstadium als "Luxusgüter" angesehen werden.
- 85 In einer bestimmten Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung und in Anbetracht der zur Akkumulation benötigten Summen kann das individuelle Einkommensniveau so (relativ) gering sein, daß die Gefahr besteht, daß bestimmte Arten der Konsumtion (Bücher, Zeitschriften, Ferien in den Bergen usw.) geopfert werden, wenn die betreffenden Produkte zu einem ihrem Wert äquivalenten Preis verkauft werden - während diese Konsumtionsarten bei einem späteren Einkommensniveau eine große Rolle spielen würden. In bestimmten Fällen ist es dann vom Standpunkt der Gemeinschaft aus wünschenswert, das Volumen dieser Konsumtionen etwa so weit voranzutreiben, wie es sich durch die Einkommenserhöhung entwickelt hätte. In diesem Fall ist eine Preisabweichung "nach unten" unumgänglich. Es kann im übrigen geschehen, daß diese Preissenkung nach einer gewissen Zeit eine Änderung in den Konsumtionsgewohnheiten bewirkt hat, d. h. im relativen Quantum des Bedarfs, den das billiger verkaufte Produkt decken soll.
- 86 Im übrigen sind die "individuellen" Bewertungsmaßstäbe, historisch und soziologisch betrachtet, selbst gesellschaftlich bedingt.
- 87 Statt dessen vielleicht besser: Willensänderung, weil der Wille der zentralen Planer sich nach einer bestimmten Frist in der Disposition der gesellschaftlichen Arbeit und damit auch in den Werten der Produktkategorien niederschlägt (Anm. d. V.).
- 88 Man muß sich diese Verpflichtungen übrigens nicht so vorstellen, als seien sie unbedingt vom Plan detailliert formuliert; es ist im Gegenteil angebracht, den einzelnen Unternehmen in der Wahl der Mittel zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen einen gewissen Spielraum zu lassen.
- 89 Man kann unterscheiden zwischen einem Netto-Akkumulationsfonds - von dem im Text die Rede ist - und einem Brutto-Akkumulationsfonds, der durch die Netto-Akkumulation plus dem Betrag der laufenden Amortisierung (Amortisationsfonds) gebildet wird.
- 90 Wie wir bereits andeuteten, läßt sich das für Tauschgeschäfte zwischen Unternehmen leicht begreifen; wir werden sehen, daß es sich bei den Verkäufen von Handelsunternehmen an die Bevölkerung genau-

so verhält.

- 91 Wir haben diesen Punkt im einzelnen und mit Zahlenbeispielen versehen in unserem Artikel "On the problem of choice between alternative projects" behandelt (*Soviet studies*, Nr. 1, 1950, S. 22 - 42; besonders S. 32 f).
- 92 Wenn die Handelsunternehmen die Ware, die sie an die Verbraucher verkaufen sollten, effektiv zu ihrem Wert kaufen und sie gleichfalls zu ihrem Wert, d.h. nur unter Hinzurechnung der für ihre Tätigkeit gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, verkaufen, ist der "Gewinnüberschuß", den sie verzeichnen können, notwendig sehr gering, und die Unternehmen können sehr leicht Verluste aufweisen, wenn die effektive Arbeitsproduktivität dieser Unternehmen nur etwas niedriger ist, als vom Plan vorgesehen war. Dieser Nachteil kann vor allem dadurch ausgeschaltet werden, daß man die Handelsunternehmen die Waren, die sie wiederverkaufen müssen, zu einem Preis, der etwas unter dem Wert liegt, kaufen läßt. Das macht keine besonderen Schwierigkeiten.
- 93 Diese "Mehrgewinne" treten, wie gesagt, immer dann auf, wenn das Angebot an einem bestimmten Produkt kleiner ist als die Nachfrage (die sich äußern würde, wenn das Produkt zu seinem Wert verkauft würde); das ungenügende Angebot rührt daher, daß die Produktionsmittel für andere Zwecke als die Lieferung des betreffenden Produkts vorrangig behandelt werden.
- 94 In dem Maß, in dem dieses verfügbare Geld nicht durch die verschiedenen Sparformen festgelegt ist.
- 95 In gewissem Maß ist das die Politik, welche die Sowjetunion während des Krieges verfolgt hat: Rationierte Lebensmittel wurden unter ihrem Wert verkauft, während für Waren in den "kommerziellen" Warenhäusern höhere Preise bezahlt werden mußten, als dem Wert entsprach. In diesem Fall kam aber noch ein weiterer Faktor hinzu: Momentan war das Volumen der verteilten Einkommen größer als der Gesamtwert der verfügbaren Konsumgüter.
- 95a Beispielsweise könnte es vom Standpunkt der Industrieansiedlung wünschenswert erscheinen, eine ganze Reihe von Produktionen in einer bestimmten Stadt zu konzentrieren, wodurch beträchtliche Arbeitseinsparungen erzielt werden könnten; jedoch können gesellschaftliche oder politische Gründe (der Wille, die städtische Überbevölkerung zu vermeiden oder neue Regionen wirtschaftlich zu entwickeln) gegen die Übernahme einer Entscheidung sprechen, die allein unter Berücksichtigung der Arbeitseinsparung getroffen würde.
- 95b Die Höhe des Arbeitsaufwands muß sowohl quantitativ wie qualitativ ausgedrückt werden (da 1 Stunde mühsame oder komplizierte Arbeit ein Vielfaches einer Stunde einfacher Arbeit darstellt).
- 95c Diese Tabelle geht auf ein analoges Schema zurück, das von G. Strumilin vorgeschlagen wurde ("Le facteur temps dans la planification des investissements capitaux", in: *Bulletin de l'Académie*

démie des Sciences de l'U.R.S.S., Reihe Economie et Droit, Nr. 3, 1946).

- 95d Die "Arbeitseinheiten" können entweder Arbeitsstunden, -tage oder -wochen sein. Wie wir schon angedeutet haben, besteht das Problem darin, heterogene Arbeitsstunden in eine gemeinsame (homogene) Einheit zu überführen. Über dieses Problem haben sich auch die sowjetischen Ökonomen und Statistiker gestritten; verschiedene Lösungen wurden vorgeschlagen. Die meist akzeptierte Lösung besteht aus der Auffassung, daß das Verhältnis zwischen den Stundenlöhnen dem Verhältnis zwischen der Produktivität der verschiedenen Arbeitskategorien gleich ist. Diese Lösung blieb übrigens nicht ohne Kritik. Jedenfalls können wir hier unterstellen, daß für dieses Problem eine ausreichend korrekte Lösung gefunden wurde.
- 96 Die wichtigsten Beiträge zu diesem Thema stammen von Strumilin, Tschernomordik, Mstislawski, und Emelyanow. Eine französische Fassung ihrer Arbeiten ist in *Etudes économiques* erschienen.
- 97 Vgl. Anm. 96.
- 98 Bei diesen "Kosten" pro Einheit handelt es sich um den Stückpreis, der neben den Entstehungskosten die "Ertragsnorm" pro Einheit enthält (Anm.d.V.).
- 99 D.h. daß 75 % des durch eine Stunde produktive Arbeit gelieferten Wertes zur Bezahlung dieser Arbeit in Geld und 25 % zur Finanzierung der Investitionen und der unproduktiven Ausgaben dienen.
- 100 Berechnet wie folgt: Jährliche Gesamtbrennstoffkosten minus unbezahlte Mehrarbeit, bei Variante I also $720 - 75 = 645$ (Anm.d.V.).
- 101 Das bedeutete: der planerische Wille schließt eine bestimmte Akkumulationsgeschwindigkeit mit ein, für die die "Wiedererlangungszeit" eine Meßgröße darstellt. Freilich würde eine solche Zielbestimmung kaum noch Unterschiede zu kapitalistischen Verhältnissen erkennen lassen, die ja gerade durch den absoluten Primat der quantitativen Akkumulation abstrakten Reichtums charakterisiert sind (Anm.d.V.).
- 102 Vgl. die Hinweise von Tschernomordik in seinem oben genannten Artikel (S. 30 der deutschen Übersetzung).
- 103 "Hilfsweise" deshalb, weil sich dieser Autor, wie wir sehen werden, gegen die automatische und allgemeine Anwendung einer Rentabilitätsnorm ausspricht.
- 104 Tschernomordik, a.a.O., S. 30 der dt. Übersetzung.
- 105 Das geht auch aus folgender Überlegung hervor: Erhöhung der Arbeitsproduktivität heißt Arbeitersparnis; Erhöhung der Rentabilität heißt Vermehrung (unbezahlter) Arbeit (Anm.d.V.).
- 106 Vgl. Tschernomordik, a.a.O., S. 18.
- 107 Strumilin, a.a.O.; S. 201.
- 108 Wohlgemerkt besteht das Problem hier nicht darin, das Unternehmen aufzugeben, sondern es zu ersetzen: Wenn die Produktion dieses Un-

S = Produktivitätsgrad der Maschine ($S = \frac{V}{Z}$); I = Intensität der durch die Anwendung der Maschine erzielten Einsparung gesellschaftlicher Arbeit - sie wird vom Verhältnis von E (Zahl der eingesparten Stunden gesellschaftlicher Arbeit) zur Zahl der Betriebsstunden der Maschine gebildet; Ch_z = Zahl der pro Jahr gesamtwirtschaftlich durch den Gebrauch der Maschine eingesparten Stunden (d.h. E dividiert durch die Zahl der Betriebsjahre der Maschine).

Emelyanows Größe S kommt unserem Begriff "Einsparungsrate" sehr nahe. Wir müssen jedoch darauf hinweisen, daß uns in den Berechnungen dieses Autors ein Punkt anfechtbar zu sein scheint; Emelyanows ist anscheinend der Auffassung, die "Arbeitseinsparung" sei als solche ein Merkmal einer bestimmten Maschine, während diese Einsparung doch notwendig mit dem unter anderen Bedingungen erforderlichen Arbeitsaufwand zusammenhängt; diese Bedingungen müssen jedesmal präzisiert werden, und sie sind nicht zwangsläufig, wie es dieser Autor offensichtlich voraussetzt, die der einfachen Handarbeit.

- 117 Ebenso ergäbe ein Vergleich der Varianten II und III, daß mit Variante III bei einer Mehrinvestition von 1.000 jährlich 80 eingespart werden können; das ergibt eine Einsparungsrate von 8 %.
- 118 So kann man die vorgesehene Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der indirekten Investitionen usw. in die Rechnung einbeziehen.
- 119 Die allgemeinen Investitionsmöglichkeiten ergeben sich aus der Höhe des Akkumulationsfonds im engeren Sinn und des Erneuerungs- oder Amortisationsfonds, also aus den für die erweiterte Reproduktion verfügbaren Mitteln.
- 120 Die abstrakte Aussage kann durch ein kurzes Beispiel veranschaulicht werden. Wir nehmen an, man müßte eine Entscheidung zwischen den Zweigen X und Y sowie, innerhalb jedes Zweiges, zwischen den Varianten I, II und III mit folgenden Merkmalen treffen:

Variante	Erforderliche Investitionssumme	Jährlicher Arbeitsaufwand	Einsparungsrate gegenüber Variante I (120 a)	Einsparungsrate gegenüber Variante II
Zweig X				
I	1.000	500	---	---
II	2.000	450	5 %	---
III	3.000	430	3,5 %	2 %
Zweig Y				
I	1.000	500	---	---
II	2.000	420	8 %	---
III	3.000	380	6 %	4 %

Stehen 6.000 zur Verfügung, so ist die günstigste Entscheidung die Kombination von III (X) und III (Y): jährlicher Aufwand = 810. Stehen 5.000 zur Verfügung, so muß III (X) abgelehnt werden, weil seine Einsparungsrate am niedrigsten ist; hier ergibt die Kombination von II (X) und III (Y) einen Jahresaufwand von 830. Stehen 4.000 zur Verfügung, so scheidet III (Y) aus; die Kombination von II (X) und II (Y) ergibt einen Jahresaufwand von 870. Stehen 3.000 zur Verfügung, so scheidet II (X) aus; $I(X) + II(Y) = 920$.

So wird in jedem Fall der Gesamtaufwand an gesellschaftlicher Arbeit für dieselbe Produktion auf ein Minimum reduziert. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß systematisch die Varianten mit den höchsten Einsparungsraten ausgeführt werden.

120 a für das gleiche Produktionsvolumen.

121 Indem das zentrale Planungsorgan hier den Standpunkt der allgemeinen Effizienz einnimmt, muß es hier eine Rolle spielen, die im Kapitalismus - wenn auch unvollkommen und auf äußerst unsicherer Grundlage - dem Banksystem bei der Kapitalverteilung zukommt; jedoch nimmt das Banksystem natürlich den Standpunkt der Rentabilität des eingesetzten Kapitals und nicht den der Investitionseffizienz ein.

122 Eben das schlägt Emelyanow in seinem angegebenen Artikel vor.

123 J. Stalin, Fragen des Leninismus, 11. russ. Aufl., S. 383.

124 Die dritte Frage wird im Lauf der folgenden Ausführungen zwar mehrmals angesprochen, aber nicht systematisch oder in Einzelheiten diskutiert werden. Ihr wesentlicher Inhalt läßt sich so zusammenfassen: Wenn es im jetzigen Augenblick in Anbetracht der zur Zeit akkumulierbaren Mittel angebracht erscheint, bestimmte Varianten auszuwählen, die eine zu geringe Arbeitseinsparung erbringen, und wenn man weiß, daß nach einer bestimmten Zeit eine ausreichende Akkumulationskapazität vorliegen wird - muß man dann nicht zu anderen Schlüssen kommen? Anderenfalls, d.h. wenn man eine weniger kostspielige Investition vornimmt, besteht nämlich die Gefahr, daß man später - zumindest für eine gewisse Zeit - die produktiveren Varianten nicht mehr ausführen kann, obgleich die notwendigen Mittel dann vorhanden sind, weil sich sonst Überschneidungen mit den früheren, amortisierten Investitionen ergeben. Die Lösung dieses Problems ist mit einer Reihe von Fragen hinsichtlich der Amortisations- und Verfallsfristen verknüpft.

125 Bulletin de l'Académie des Sciences de l'URSS, Série Economie et Droit, Nr. 3, 1946.

126 In unserem Artikel in Soviet studies, Juli 1950, haben wir ein paar Vorbehalte gegen die Auffassungen von Strumilin dargelegt.

127 Im oben zitierten Artikel geht Strumilin davon aus, daß die mittlere jährliche Produktivitätssteigerung seit Beginn der Fünfjahrespläne 6 % beträgt.

128 Wenn die Produktion einer Maschine heute 10.000 Stunden gesell-

schaftliche Arbeit kostet, wird sie, wenn sie heute aufgestellt wird, nicht etwa weniger als 10.000 Stunden darstellen, nur weil ihre Produktion in fünf Jahren nur noch 7.000 Arbeitsstunden kosten wird; wenn auf dieser Maschine also während ihrer Betriebsdauer 10.000 Einheiten eines bestimmten Produkts hergestellt werden können, enthält jede Einheit eine amortisierte Arbeitsstunde. Nur wenn man so rechnet, wird der mögliche Vorteil deutlich, den die sofortige Verwendung einer nicht so perfekten und rascher amortisierbaren Maschine darstellt, weil man später von den bis dahin eingetretenen Produktivitätsfortschritten in der Maschinenproduktion profitieren kann; dieser Vorteil wird nicht deutlich, wenn die Kosten einer Investition nicht mit ihrem tatsächlichen Betrag, sondern nach den Kosten ihres Ersatzes berechnet werden. Die vorgeschlagene Lösung unterscheidet sich natürlich von der, nach der man den Wert und den Preis einer Produktion errechnen muß.

- 129 Diese Zahl von Jahren muß nicht unbedingt mit der materiellen Haltbarkeit der Investition identisch, sie kann auch - aufgrund der Veralterung - kürzer sein; wir werden später noch auf diesen Punkt zurückkommen.
- 130 Gewiß kann die bessere Beherrschung der Technik durch die Arbeiter die Lebensdauer der Maschine verlängern und zu einem größeren Ausstoß pro Zeiteinheit führen; aber diese Fortschritte in der Beherrschung der Technik müssen für die Berechnung der Amortisationskosten pro Produkteinheit von Anfang an in Rechnung gestellt werden.
- 131 Das heißt nicht, daß die im ersten Jahr der Anwendung einer bestimmten Variante aufgewendete Arbeitsmenge in der Praxis nicht immer mehr verringert werden könnte: Im Gegenteil kann eine Technik im Laufe der Jahre immer mehr angeglichen werden und so den Arbeitsaufwand für eine bestimmte Produktion mit denselben Produktionsmitteln verringern. Dennoch hat diese Verringerung ihre Grenzen, von denen an der für eine bestimmte Produktion erforderliche Arbeitsaufwand nur durch Modifizierung der materiellen Produktionsmittel verringert werden kann. Wenn wir im laufenden Text die Auffassung vertreten, daß der Aufwand an lebendiger Arbeit unverändert bleibt, solange auch die Variante unverändert bleibt, so deshalb, weil wir davon ausgehen, daß von Anfang an die technischen Möglichkeiten jeder Variante restlos der Praxis angepaßt werden. Bei einer konkreten Rechnung spricht nichts dagegen, eine gewisse Anpassungszeit in Rechnung zu stellen oder sogar die Varianten nach der mehr oder weniger langen Anlaufzeit bis zur maximalen Leistung in Anbetracht der ursprünglichen Qualifikation der Arbeitskräfte zu differenzieren.
- 132 Die Gesamtsumme der "nicht variablen" Kosten erhält man durch Multiplikation der Kosten des ersten Jahres mit der Anzahl der Gebrauchsjahre der Investition; für Variante III erhält man also $400 \times 30 = 12.000$.

- 133 Die Gesamtsumme der "variablen" Kosten kann vor allem als die Summe der Glieder einer geometrischen Reihe dargestellt werden, deren erstes Glied (a) die Höhe der "variablen" Aufwendungen des ersten Jahres darstellt, deren Gliederanzahl (n) der Anzahl der Gebrauchsjahre der Investition entspricht und deren Quotient (Q) von der jährlichen Senkungsrate der "variablen" Aufwendungen aufgrund der fortschreitenden Produktivität gebildet wird. Diese Summe erhält man durch Anwendung der Formel

$$S_n = a \left(\frac{1 - Q^n}{1 - Q} \right), \text{ d.h. im Fall der Variante III}$$

$$S_n = 80 \left(\frac{1 - \frac{100}{103}^{30}}{1 - \frac{100}{103}} \right), \text{ d.h. } S_n = 740.$$

- 134 Wir sind daher der Meinung, daß es keine direkte Verbindung zwischen Unrentabilität und Veralterung bestimmter Unternehmen gibt; daher teilen wir auch nicht Strumilins Standpunkt, nach dem ein Unternehmen nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten als veraltet gelten müßte, wenn der kumulierte Gesamtbetrag der jährlich aufgrund des technischen Rückstands zu verzeichnenden Defizite die "über der Norm liegenden Akkumulationen" kompensiert, die es anfänglich noch erzielte, als es gegenüber dem Durchschnitt der Unternehmen seiner Branche von einem technischen Vorsprung profitierte (vgl. unseren Artikel in Soviet studies vom Juli 1950, S. 30 ff.).
- 135 Natürlich ist die Situation die gleiche, wenn mehrere alte Unternehmen durch ein einziges neues ersetzt werden oder umgekehrt.
- 136 Diese Aufspaltung kann ein solches Ausmaß annehmen, daß die Minen mit dem geringsten Ertrag konstant defizitär arbeiten, wenn die Tonne Öl zu ihrem mittleren gesellschaftlichen Wert verkauft wird.
- 137 Im Augenblick abstrahieren wir natürlich vom Außenhandel, dessen Rolle in einem späteren Kapitel untersucht wird.
- 138 Wir können hier nicht die monetären und finanziellen Aspekte des Problems diskutieren. Jedoch müssen im Hinblick auf die Preise jedesmal, wenn eine kürzere effektive Gebrauchsdauer als die technisch mögliche vorgesehen wurde, die Amortisationskosten (die in den Herstellungspreis eingehen) auf die effektive Gebrauchsdauer bezogen werden. Erfolgte die Bestimmung der voraussichtlichen Gebrauchsdauer nicht korrekt, so daß eine noch nicht völlig amortisierte Ausrüstung ersetzt werden muß, so ist es wohl angebracht, auf die Amortisationskosten der neuen einen dem noch nicht amortisierten Anteil der alten Ausrüstung entsprechenden Kostenbetrag aufzuschlagen, sofern diese Ausrüstung nicht anderweitig verwendet werden konnte.

- 139 Wenn abzusehen ist, daß eine alte Ausrüstung noch vor ihrem materiellen Verschleiß veraltet ist, sollte man sie so gestalten, daß sie leicht in anderen Branchen als der, für die sie ursprünglich bestimmt war, verwendet werden kann. Das hängt mit der Mobilität der Investitionen zusammen, auf die wir noch zu sprechen kommen.
- 140 So hätten wir im obigen Beispiel für die drei Jahre, in denen die alte Ausrüstung noch zu verwenden ist, einen Arbeitsaufwand von 1.800 mit der alten und von 1.200 mit der neuen Ausrüstung. Diese beiden Beträge könnten sich also folgendermaßen auf den jährlichen Aufwand verteilen:

	Aufwand beim Einsatz		Einsparung im Jahr
	der alten Ausrüstung	der neuen Ausrüstung	
1. Jahr	500	500	0
2. Jahr	600	400	200
3. Jahr	700	300	400

In diesem Fall wäre es von Vorteil, die Erneuerung der Ausrüstung erst in einem der späteren Jahre vorzunehmen (die Entscheidung darüber wird von den Einsparungen bestimmt, die gesamtwirtschaftlich erzielt werden können).

- 141 Das ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die Tatsache, daß die Rentabilität kein Kriterium für Effizienz ist. Wenn die Preise in einem bestimmten Zweig hoch sind, weil die von den Unternehmen dieses Zweiges gelieferten Produkte mit einer rückständigen Technik hergestellt wurden, werden alle Unternehmen trotz dieses technischen Rückstands rentabel arbeiten (wobei sich der "Rückstand" nicht auf bestimmte Unternehmen im Verhältnis zu anderen des gleichen Zweiges bezieht, sondern auf die Technik des gesamten Zweiges im Verhältnis zur möglichen Technik). Wird die Technik dagegen in einer so großen Anzahl von Unternehmen der gleichen Branche auf den neuesten Stand gebracht, daß sich der Wert der Produktion der Gesamtbranche empfindlich ändert, so sind die Unternehmen, die ihre Technik nicht geändert haben, nicht mehr rentabel; aber schon vorher war ihre Technik veraltet.
- 142 Zur einfacheren Darlegung nehmen wir an, daß diese Aufwendungen während der ganzen Gebrauchsdauer der betreffenden Investition konstant bleiben.
- 143 $\frac{40.000}{500} = 80$.
- 144 Wenn eine Investition nach sechs Jahren (vom Zeitpunkt des Beschlusses an gerechnet) veraltet sein soll, darf natürlich die Frage nicht vernachlässigt werden, ob diese Investition in sechs Monaten

oder in zwei Jahren fertiggestellt ist (wobei die Amortisationszeit 5 1/2 oder nur 4 Jahre betrage). Tatsächlich ändern sich die Kosten der Produkte und damit auch die Effizienz der Investition je nach der Bauzeit, für die man sich entschieden hat. In diesem Fall bildet die Schwankungsbreite der Effizienz im Verhältnis zu den höheren oder niedrigeren Investitionskosten im allgemeinen eine ausreichende Grundlage für eine wirtschaftlich gerechtfertigte Entscheidung.

- 145 So schreibt Marx über dieses Problem im Hinblick auf die sozialistische Gesellschaft: "Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die, wie Bau von Eisenbahnen z.B., für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktionsmittel noch Lebensmittel, noch irgendeinen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehen." (Das Kapital Bd. II, MEW 24 (1970), S. 316 f.).
- 146 Wenn keine Variante in der gewünschten Zeit erreicht werden kann, muß man sich natürlich mit der jeweils kürzesten begnügen; die für die Ausführung anderer Investitionen vorgesehenen Fristen können dementsprechend geändert werden.
- 147 Wir entnehmen dieses Beispiel dem Artikel von P. Mstislawski, behandeln es aber anders als er; im übrigen werden wir noch sehen, welche Rechnungsart dieser Autor vorschlägt. (Die Zahlen können Rubel oder Millionen Rubel oder auch Arbeitseinheiten bezeichnen.)
- 148 P. Mstislawski, Der Nutzeffekt (...), op. cit. S. 41.
- 148a Am Rande wollen wir hier darauf hinweisen, daß diese Überlegung genau wie der Keynesianische Multiplikator einen Zusammenhang zwischen den Varianten der Investitionen und den Varianten des Nationaleinkommens impliziert. Aber die Art dieses Zusammenhangs ist in beiden Auffassungen grundverschieden: Für Keynes wird ein Mehreinkommen durch einen Mehraufwand "erzeugt", für Mstislawski durch eine Produktionsmehrkapazität. Über die Bedeutung dieses Gegensatzes gäbe es viel zu sagen; aber das würde uns hier zu weit führen.
- 148b Mstislawski gibt zu, daß man bei der Rechnung mit abstrakten Durchschnittsgrößen nicht zu gültigen Ergebnissen kommen kann; er schreibt: "Um die wirklichen Relationen zwischen diesen Größen festzustellen, muß man die entsprechenden Zahlen mit Hilfe der Perspektivpläne und der Planziele im Einklang mit den konkreten wirtschaftlichen Gegebenheiten untersuchen (...)."
- 148c In einer Notiz in Soviet studies, Januar 1951, weist Nien-Ching Yao nach, daß Mstislawskis Methode zu sehr verschiedenen Schlußfolgerungen führen kann, je nachdem, für welche Zeit

- das durch eine Variante ermöglichte National-Mehreinkommen berechnet wird. Es besteht also die Gefahr, daß diese Schlußfolgerungen sehr willkürlich sind.
- 149 Dieses Beispiel ist in seiner allgemeinen Fassung dem bereits zitierten Artikel von Tschernomordik entnommen.
- 150 Wenn der sofortige Bau des zweiten Gleises, auch wenn er nicht notwendig ist, von Nutzen sein kann, indem damit beispielsweise bestimmte Produkte, die sonst von weiter her hätten kommen müssen, zwischen den beiden Städten transportiert werden können, müssen die dadurch erzielten Einsparungen der Variante II zugute geschrieben werden.
- 151 Oder vielmehr werden diese Kosten dadurch nur in dem Maß verändert, wie sie die Amortisierung der ursprünglichen Investitionen enthalten.
- 152 Falls Variante II gewählt würde, könnte man durch Maßnahmen auf dem Preissektor dafür sorgen, daß die momentane Überkapazität verwendet wird (vgl. oben, S. 93); die daraus resultierenden Arbeitseinsparungen können in der vorläufigen Wirtschaftsrechnung berücksichtigt werden.
- 153 oder Oberleitungsbus-Linien.
- 154 Nach sowjetischen Daten bilden die Betriebskosten für Straßenbahnen ein knappes Viertel der Betriebskosten für Omnibusse, während ihre Baukosten dreimal höher liegen (Tschernomordik).
- 155 Die Suche nach einer "Ertragsnorm" der gebundenen Arbeit entspringt einer merkantilen Auffassung, welche die gebundene der lebendigen Arbeit gegenüberstellt und die Effizienz der letzteren zugunsten des "Ertrags" der ersteren opfert.
- 155 a Hier drückt sich gewissermaßen das aus, was Marx die "Organische Zusammensetzung des Kapitals" nennt. Vgl. auch den zit. Artikel von Mstislavski, S. 35.
- 156 Zu dieser Investitionskategorie, die zur Produktivitätssteigerung dienen soll, gehören auch die Investitionen im Bereich des Haushalts, durch die die Frauen von Hausarbeiten befreit werden, so daß sie produktiv arbeiten können.
- 157 Dagegen fallen, wie Mstislavski bemerkt, unter die indirekten Investitionen nicht diejenigen Investitionen, die in den Konsumindustrien ausgeführt werden müssen, um den für eine Variante eingesetzten Arbeitskräften die benötigten Konsumgüter zu liefern. Da der Wirtschaftsplan nämlich für die Vollbeschäftigung aller Arbeiter und für die Hebung ihres Lebensstandards sorgen muß, sind diese in jedem Fall Verbraucher. Wenn jedoch bestimmte Varianten hinsichtlich der Lokalisation der Unternehmen besondere Anforderungen stellen, können daraus auch für die Konsumindustrien gewisse Investitionslasten erwachsen. Im nächsten Kapitel werden wir einige Aspekte dieses Problems untersuchen. Auch hier müssen wir am Rande anmerken, daß sich diese Analyse der Auswirkungen der einzelnen Investitio-

- nen auf das gesamte Wirtschaftssystem grundlegend von der Keynesianischen und nachkeynesianischen Analyse unterscheidet. Diese befaßt sich nämlich hauptsächlich mit der Steigerung der Konsumgüternachfrage, die aus einem bestimmten Investitionsbetrag entstehen kann (Spiel des Multiplikators), und mit den induzierten Investitionen, die sich aus einer allgemeinen Steigerung der Nachfrage ergeben können (Modifizierung des Investitionsanreizes).
- 158 Eine einfache extensive Investition entspricht der Erneuerung der vorhandenen Ausrüstung ohne technische Veränderung und ohne Steigerung der Produktionskapazität.
- 159 Eine einfache intensive Investition entspricht der Erneuerung der vorhandenen Ausrüstung mit einer technischen Änderung, durch die die Arbeitsproduktivität gesteigert werden kann, aber ohne Steigerung der Produktionskapazität. Mit diesem Investitionstyp können Arbeitskräfte aus Sektoren mit niedrigem Kapital-Arbeit-Verhältnis (mit "niedriger Kapitalintensität") abgezogen werden.
- 160 Eine erweiterte extensive Investition ermöglicht die Erhöhung der Produktionskapazität ohne Steigerung der Arbeitsproduktivität. Hier ist die Erhöhung der Produktionskapazität zugleich den zusätzlichen Arbeitskräften und den erforderlichen Mehrinvestitionen proportional.
- 161 Eine erweiterte intensive Investition ermöglicht gleichzeitig die Steigerung der Produktionskapazität und der Arbeitsproduktivität. Hier führen zusätzliche Arbeitskräfte zu einer überproportionalen Steigerung der Produktionskapazität.
- 162 Wir werden später noch untersuchen, wie sich die Verbindung zwischen dem Tempo der erweiterten Reproduktion und dem Stellenwert der einzelnen Investitionstypen bemerkbar macht.
- 163 Das ist nur richtig, wenn sich die so bezifferten Betriebskosten auf alle Arbeitsaufwendungen (einschließlich der Mehrarbeit) und nicht nur auf die Geldaufwendungen beziehen. Wir haben das bereits auf S. 88 ff. erörtert.
- 164 Wenn nämlich für 1 Rubel einer solchen Produktion im Durchschnitt eine bestimmte Zahl Rubel erforderlich sind, leuchtet es ein, daß für eine Mehrproduktion manchmal eine größere, manchmal eine kleinere Investition benötigt wird (z. B. wenn gerade eine Produktionskapazitäts-Reserve vorhanden ist).
- 165 Wir werden sofort sehen, was diese Einschränkung in der Klammer für einen Sinn hat.
- 166 Vgl. Bulletin de l'Académie des Sciences de l'URSS, Nr. 1, 1950, S. 59 - 61.
- 167 So kann man bestimmte Investitionsvarianten, die zu einem größeren Anteil der reinen Kraftarbeit und einem kleineren Anteil der qualifizierten Arbeit führen würden, trotz möglicher wirtschaftlicher Vorteile von vornherein ausklammern; denn die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft hat unter anderem zum Ziel, den Gegensatz von

- Handarbeit und geistiger Arbeit nach und nach zum Verschwinden zu bringen.
- 168 Wie Mstislawski zu Recht bemerkt, haben die Investitionen nicht nur in der Sowjetwirtschaft, sondern ebenso in den kapitalistischen Staaten politischen und Klassencharakter. So sollen die Truman-Doktrin, der Marshallplan, die amerikanischen Investitionen in Deutschland, Japan, Griechenland, der Türkei, in irgendeinem kapitalistischen Land oder in irgendeiner Kolonie das kapitalistische Eigentum stärken sowie die revolutionäre Bewegung und die sozialistischen Kräfte bekämpfen.
- 169 Vgl. den Beitrag von J. B é n a r d in "Problèmes de Planification", Nr. 1, 1951, S. 43.
- 170 Vgl. oben, S. 129 f.
- 171 Hierzu schreibt Tschernomordik: "Ein höheres Tempo der erweiterten Reproduktion kann auf zweierlei Art erreicht werden: intensiv, d.h. durch technische Modernisierung, die beträchtliche Kapitalinvestitionen erfordert und eine höhere Arbeitsproduktivität bewirkt, und extensiv, d.h. durch eine Erweiterung der Aktivität auf der Grundlage des bereits erreichten technischen Niveaus (...)." Weiter schreibt er, daß den extensiven Investitionen im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der sowjetischen Wirtschaft mit hohem technischen Niveau mehr Raum gegeben werden müsse: "(...) der Bau von Unternehmen, die relativ hohe Kapitalinvestitionen benötigen, ist nur dann rationell, wenn die vom Plan vorgeschriebene Produktion nicht von Unternehmen, die weniger Kapitalaufwand benötigen, geliefert werden kann (...). In diesem Fall wird eine höhere gesellschaftliche Arbeitsproduktivität erzielt, da Arbeits- und Materialreserven, die ebenfalls ungenutzt außerhalb der Produktionssphäre geblieben wären, in die Produktion inkorporiert und zur Akkumulation des gesellschaftlichen Gewinns verwendet werden." Als Beispiele für eine solche Nutzung von Reserven nennt Tschernomordik den individuellen Wohnungsbau und die Entwicklung der ortsansässigen Industrie. Er beharrt außerdem auf der Tatsache, daß die extensiven Investitionen eine kürzere Bau- und Anlaufzeit aufweisen als die intensiven und daß man folglich durch Bevorzugung der ersteren das Tempo der Reproduktion beschleunigen könnte. Das ist natürlich wieder eine andere Frage, und dieser Schluß ist nicht allgemeingültig; denn letzten Endes garantieren natürlich die intensiven Investitionen in mehrjähriger Perspektive ein schnelleres Tempo der erweiterten Reproduktion.
- 172 So können große Investitionen in der Maschinenbauindustrie in einer ersten Periode nur Beschäftigung für einen Teil der verfügbaren Arbeitskräfte schaffen; aber gleichzeitig können sie die Bedingung für eine nutzbringende Vollbeschäftigung aller Arbeitskräfte in der zweiten Periode sein. Im übrigen können in einer solchen Situation natürlich Maßnahmen getroffen werden, um denjenigen, die nicht in der Produktion eingesetzt werden können, vorübergehend eine andere Beschäftigung zu geben.
- 173 Ein Sektor ist dann produktiv, wenn die in ihm erfolgenden Aufwendungen an gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit (toter und lebendiger) gegenständliche Gebrauchswerte von mindestens gleichem Wert hervorbringen. Die in den unproduktiven Sektoren geleisteten Aufwendungen werden dagegen verzehrt, ohne daß neuer Wert entsteht. Von der kapitalistischen Interpretation von "produktiv" unterscheidet diese Definition, daß sie nicht notwendigerweise Mehrwert, noch dazu in einem bestimmten Verhältnis zu den Aufwendungen, einschließt. Abstufungen zwischen "produktiv" und "unproduktiv" sind möglich. (Anm. d. V.).
- 174 Das Kriterium Arbeitseinsparung kann beispielsweise eine gewisse Rolle spielen, wenn es darum geht, die räumliche Gliederung eines Krankenhauses festzulegen, damit das Pflegepersonal möglichst kurze Wege zurücklegen muß und daher jeweils mehr Kranke versorgen kann; aber selbstverständlich kann das in einem solchen Fall nur ein Gesichtspunkt von vielen sein (Isolierung der Kranken, größtmögliche Verringerung der Ansteckungsgefahr usw.).
- 175 Dieses Problem können wir hier als Platzgründen nicht behandeln.
- 176 Nebenbei: Wenn diese Rechnungen hier als umfangreich erscheinen, so deshalb, weil sich die kapitalistische Gesellschaft an die konstante Verschwendung von Produktivkräften gewöhnt hat (die sich u.a. während der Wirtschaftskrisen zeigt); aber ist es nicht logisch, vor der Ausführung von Investitionen lange Rechnungen aufzustellen, wie sich die Ingenieure vor dem Bau einer Brücke oder eines Tunnels mit genauso minutiösen Studien beschäftigen?
- 176 a Wir erinnern hier nochmals daran, daß der Stellenwert der verschiedenen Investitionen (produktiv oder nicht produktiv, zentral oder dezentralisiert) vom Plan festgelegt werden muß, und zwar nach den gesteckten Zielen, den Bedürfnissen, den menschlichen Möglichkeiten sowie den politischen und gesellschaftlichen Anforderungen jeder Periode, d.h. nach einem ganzen Bündel von Faktoren, die nur als Ganzes bewertet werden können.
- 177 Die folgende Diskussion erstreckt sich, wie man sehen wird, nur auf die natürlichen Reichtümer, die in der Produktion "wirtschaftlich" angewendet werden können. Sie befaßt sich nicht mit den Naturelementen, die "frei" verwendet werden können, weil sie entweder in praktisch unerschöpflichen Mengen vorkommen oder sich spontan erneuern (wie der atmosphärische Sauerstoff, der bei der Verbrennung verbraucht wird und sich im natürlichen Sauerstoffzyklus wieder erneuert). Ebenfalls beiseite läßt die Besprechung, wie "Naturschätze", wie das Klima einer Region, die Sonnenbestrahlung eines Berghangs usw. zu Konsumtionszwecken genutzt werden sollen; diese Faktoren können in der Regional- oder Stadtplanung usw. berücksichtigt werden, die

- diese natürlichen Vorzüge für denjenigen Gebrauch reservieren müssen, der gesellschaftlich vorrangig ist.
- 178 Ebenso geht aus ihr der sehr relative Charakter des Begriffs "natürlicher" Reichtümer hervor; so ist in allen Ländern, in denen der Boden seit Jahrhunderten bebaut wird, die Fruchtbarkeit des Bodens ebenso ein Produkt der systematischen Arbeit des Menschen (das Ergebnis immer neuer Investitionen) wie ein "Gratisgeschenk der Natur".
- 179 Da dieses Investitionsproblem unter seinen allgemeinsten Gesichtspunkten bereits behandelt wurde, wollen wir hier nicht mehr darauf zurückkommen.
- 180 Diese Beschränkung kann vor allem aus folgender Tatsache resultieren: Da die Preise für Produkte, die aus oder mit Hilfe von natürlichen Reichtümern entstanden sind, die Kosten für die Erneuerung dieser Naturschätze enthalten, erscheint es weniger günstig, die betreffenden Produkte zu verwenden, als wenn diese Kosten nicht in Rechnung gestellt wären.
- 181 Es gibt unzählige Beispiele für die nicht wiedergutzumachende Vergewaltigung der Naturschätze im Kapitalismus. Ungeheuer große fruchtbare Flächen wurden, vor allem in den USA, durch auslaugende "Extraktiv"-Bebauung, durch Raubbau ohne Wiederaufforstung usw. mehr oder weniger in Wüsten verwandelt.
- 182 Die hier auftretenden Probleme betreffen nicht nur den technischen Schwierigkeitsgrad des Abbaues der einzelnen Erzvorkommen, sondern auch ihre räumliche Verteilung; wir werden darauf noch zurückkommen.
- 183 Auch zu diesem Punkt liefert der amerikanische Kapitalismus typische Beispiele für Verschwendung: z. B. sind die großen Siedlungen, die sich um die Erzvorkommen herum gebildet hatten, tot, verlassen, weil die Vorkommen erschöpft sind, während die Wohnhäuser noch stehen. Aber in der kapitalistischen Buchführung treten diese indirekten Investitionen nicht in Erscheinung; die sozialistische Rechnungsführung muß sie dagegen in Rechnung stellen.
- 184 Vgl. O. George, Sur quelques aspects des études géographiques en économie planifiée, Annales de Géographie, Nov./Dez. 1950.
- 185 Es handelt sich natürlich um eine Einstufung nach großen Flächeneinheiten, nicht nach kleinen Parzellen.
- 186 Einschließlich des Arbeitsaufwands, der für den Transport des landwirtschaftlichen Produkts zu seinem Bestimmungsort erforderlich ist.
- 187 Die Bedeutung dieses Einschubs ist besonders wichtig: Vom Standpunkt der gesamtgesellschaftlichen Produktivität könnte es nämlich angezeigt sein, bestimmte Ländereien zu "opfern", indem man sie für unmittelbar weniger produktive Zwecke verwendet, wodurch aber der Ertrag anderer Ländereien um einen Betrag zunimmt, der den verzeichneten Verlust übersteigt. Beispiel: Es kann gesellschaftlich von Nutzen sein, einen guten Boden mit Bäumen zu bepflanzen (oder in einen See zu verwandeln); denn der auf den benachbarten Ländereien dadurch erzielte Ernte-Mehrertrag übersteigt die Ernte, die durch diesen Wald (oder See) verlorengeht. Hier ist die Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität nicht das Ergebnis einer besonderen Ortslage, sondern einer bestimmten Raumkombination. Nur im Rahmen einer sozialistischen Planwirtschaft kann die Produktivität auf gesellschaftlicher Ebene berücksichtigt werden; im Rahmen des Kapitalismus dagegen versucht jeder Grundbesitzer, das maximale Einkommen aus seinem Boden zu beziehen, auch wenn dadurch gesellschaftlich großer Schaden entsteht.
- 188 D.h. folgende Klassifizierung:
- | | | | | | | |
|----------------------------------|---|-----|-----|-----|-----|-----|
| Bodenkategorie | A | B | C | D | E | |
| Zahl der erforderlichen Arbeits- | X | 200 | 220 | 240 | 280 | 300 |
| einheiten pro Produkteinheit . | Y | 350 | 370 | 400 | 450 | 470 |
- Wenn drei Einheiten X und zwei Einheiten Y produziert werden müssen, ist es angebracht, Y auf den Böden A und B, die dafür am geeignetsten sind, zu produzieren und die Produktion von X auf die Böden C, D und E zu verlegen. Mit dieser Kombination kann die gewünschte Globalproduktion nämlich mit einem Aufwand von 1.540 Arbeitseinheiten erhalten werden, während alle anderen Kombinationen einen größeren Gesamt-Arbeitsaufwand erfordern.
- 189 So wurden in der Sowjetunion sehr gründliche Untersuchungen über das Problem der optimalen Bodennutzung auf Kolchosenebene durchgeführt.
- 190 Unabhängig vom Problem des allgemeinen Gleichgewichts treten zahlreiche Teilgleichgewichts-Probleme (für die verschiedenen Produktionen) auf; sie finden ihre Lösung im Rahmen der ökonomischen Entscheidung und der Preispolitik.
- 191 Vgl. dazu Erik Lundberg, Studies in the Theory of Economic Expansion, London 1937, vor allem den Schluß von Kapitel II und III.
- 192 J. M. Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936. D. H. Robertson, Saving and Hoarding, Economic Journal 1935.
- 193 Siehe dazu D. H. Robertson (a.a.O.) und E. F. Durbin, The Problem of Credit Policy, London 1935.
- 194 D.h. von der Entwicklung der Bedürfnisse und von den technischen Möglichkeiten, sie zu befriedigen.
- 195 Dazu zählt zweifellos auch das Betätigungs- und Arbeitsbedürfnis, das die Individuen unabhängig von der Entlohnung verspüren.
- 196 Im allgemeinen sind alle Bedürfnisse antagonistisch, weil die Befriedigung des einen die des anderen ausschließt, und zwar sowohl aufgrund des Faktors Zeit (in einer bestimmten Zeit kann praktisch nur eine bestimmte Zahl von Bedürfnissen befriedigt werden) als aufgrund der begrenzten Produktionsmöglichkeiten: Wenn man ar-

- bietet, um einen bestimmten Bedarf zu decken, kann man nicht gleichzeitig arbeiten, um einen anderen zu decken (dies ist übrigens ein weiterer Aspekt der "Knappheit" der Arbeit und des Zeitfaktors).
- 197 Einige Autoren haben aus dem Gegensatz zwischen diesen beiden Bedürfniskategorien die Grundlage für einen Gegensatz zwischen zwei Reichtumskategorien abgeleitet: auf der einen Seite die materiellen Reichtümer, zu deren Bildung – auf einem gegebenen technischen Niveau – mehr Zeit für die Produktion und die Arbeit aufgewendet werden muß; auf der anderen Seite "die Zeit, über die wir verfügen", die Zeit, die wir für unsere Muße, unsere freien Beschäftigungen, unsere geistige und künstlerische Bildung usw. verwenden können. Die Autoren, die diese Unterscheidung treffen, neigen zur Auffassung, daß der "wahre Reichtum" die "Zeit, über die wir verfügen" ist. Eine solche Unterscheidung haben vor allem englische Vorfasser zu Beginn des 19. Jahrhunderts gemacht (s. vor allem P. Ravenstone, *Thoughts on the Funding System*, London 1824, und, von einem unbekannten Verfasser, "The Source and Remedy of the National Difficulties", London 1821).
- 198 Zu einer gleichartigen Erscheinung kommt es, wenn die Arbeiter ihren bezahlten Urlaub dazu verwenden, in einem anderen Betrieb zu arbeiten.
- 199 Auch wenn der Lohn kein Stundenlohn ist, kann man die Lohnhöhe immer auf die Stunde beziehen.
- 200 Selbstverständlich kann die Wirtschaft nur dann in einem statischen Zustand bleiben, wenn der gesellschaftliche Bedarf gleichbleibt. Wir sind der Meinung, daß die Verwirklichung der im Text bezeichneten Bedingungen das gewährleistet.
- 201 Siehe Kap. 8, I, 1., S. 65.
- 202 Von dem Standpunkt aus, den wir hier einnehmen, können nur diejenigen Ausgaben als "produktiv" gelten, mit denen mindestens gleichhohe Einnahmen erzielt werden können. Unter "unproduktiven Ausgaben" müssen also solche verstanden werden, die nicht unmittelbar mindestens gleichhohe Einnahmen liefern; liegen die Einnahmen unter den Ausgaben, so kann man diese als "teilweise unproduktiv" bezeichnen.
- 203 Praktisch nehmen wir bei unseren Beispielen im Text an, daß die Produktionsperiode genauso lange dauert wie die Umlaufperiode, so daß sich "verbrauchter" Wert und "verwendeter" Wert decken.
- 204 Wir erinnern daran, daß die Bezeichnung "unproduktive Ausgaben", allgemein gesehen, nicht pejorativ aufgefaßt werden darf. Wie wir wissen, müssen darunter alle Ausgaben verstanden werden, durch die im Austausch gegen die entsprechenden Dienstleistungen oder Produkte keine entsprechenden Einnahmen erzielt werden können; in diesem Sinn kann es mehr oder weniger "unproduktive" Ausgaben geben, je nachdem, ob sie zu mehr oder weniger großen Einnahmen führen.
- 205 Nach dem, was in der vorigen Anmerkung gesagt wurde, enthält die

- Bezeichnung "nicht produktiv Arbeitender" natürlich absolut keinen pejorativen Sinn: Wir verstehen darunter diejenigen Arbeiter, die Produkte oder Dienstleistungen bereitstellen, die nicht für den Verkauf an die Bevölkerung bestimmt sind – vor allem weil diese Dienstleistungen gratis geliefert werden.
- 206 Wobei die reale Lohnhöhe sinkt.
- 207 Unter der Voraussetzung, daß die unproduktiven Ausgaben nur zur Finanzierung der Einkommen der nicht produktiv Arbeitenden dienen.
- 208 Unter der Voraussetzung, daß die Nichtproduzenten arbeiten und die Lohnrate für Produzenten und Nichtproduzenten gleich ist, impliziert dieses Schema, daß 90 Milliarden Arbeitsstunden geliefert wurden: 60 von den Produzenten, 30 von den Nichtproduzenten.
- 209 In diesem Zusammenhang muß unter "Rate" das Verhältnis von produziertem Wert zu bezahltem Lohn verstanden werden.
- 210 Und zwar unter der Voraussetzung, die wir der Einfachheit halber gemacht haben, daß die unproduktiven Ausgaben nur der Verteilung von Einkommen an die Nichtproduzenten und nicht der Finanzierung einer unproduktiven Tätigkeit mit dem Gebrauch von Produktionsmitteln entspricht.
- 211 In gewissen Grenzen kann diese Konsequenz vermieden werden, wenn für bestimmte Arbeiten Schichtdienst eingeführt wird.
- 212 Wenn die Lohnrate dagegen gesenkt würde, könnte man das Auftreten eines Produktionsüberschusses fördern, mit dem später die Regression der Produktionsformeln und der Arbeitsproduktivität vermieden werden und damit der Reallohn erhalten bleiben kann. Das Nationaleinkommen würde von dieser Maßnahme nicht betroffen, sondern teilweise in Form von Produktionsmitteln zu Investitionszwecken vorliegen: dies ist ein typischer Fall einer dynamischen Wirtschaft, die wir im nächsten Kapitel untersuchen müssen.
- 213 Das Nationaleinkommen bleibt im Tauschwert unverändert, stellt aber eine weniger große Zahl von Objekten dar, da die Arbeitsproduktivität ja gesunken ist.
- 214 Es handelt sich hier um das, was Marx "extensive erweiterte Reproduktion" nennt.
- 214 a Z. B. infolge der Tatsache, daß die Produzenten für mehr oder weniger Personen unterhaltspflichtig sind, oder der Tatsache, daß bestimmte Konsumtionsgewohnheiten allgemeine Bedeutung erlangt haben.
- 215 In Wirklichkeit spiegelt die Stabilität der "Produktionsformeln" die Stabilität des Verhältnisses "Arbeitskräfte – verwendete Produktionsmittel" nur in dem Ausnahmefall wider, wenn die Umlaufgeschwindigkeit aller Produktionsmittel mit der Produktionsperiode zusammenfällt; diesen Fall haben wir angenommen, um die Erörterung nicht zu komplizieren. In der Praxis ist die Umlaufgeschwindigkeit der Maschinen, Werkzeuge usw. immer sehr viel niedriger als die der

- Rohstoffe, Brennstoffe usw.; daraus geht hervor, daß das Verhältnis "Arbeitskräfte - verwendete Produktionsmittel" trotz der Regression des Koeffizienten der Produktionsformeln stabil bleiben kann, wenn die Produktionsmittel langsamer umlaufen.
- 215 a In den folgenden Perioden kann die Lohnrate identisch bleiben, wenn die Wachstumsrate der Bevölkerung gleichbleibt. Ändert sich diese Rate, so muß auch das Gleichgewicht der Schemata verändert werden.
- 216 Wenn man die Schemata 2 und 3 gegenüberstellt, sieht man, daß die Tatsache, daß die "unbezahlte" Arbeit zur Finanzierung von Investitionen dient, eine Neuverteilung der Arbeitskräfte zur Folge hat.
- 217 Der Teil des Wertes der verschiedenen Produkte, der unbezahlter Arbeit entspricht, verbleibt zum Teil zur Verfügung der verschiedenen Unternehmen (soweit sie ihn zur Erweiterung ihrer Produktivkräfte brauchen); das entspricht dem sowjetischen "Gewinn"; ein anderer Teil wird durch Steuern abgeschöpft und an die Unternehmen je nach ihrem vom Plan festgesetzten Finanzbedarf verteilt.
- 218 Anders, wenn die mittlere Umlaufzeit nicht mit der Planungsperiode identisch ist. Ist sie beispielsweise fünfmal so groß, so ist für jede Verwendung von 100 Produktionsmitteln eine vorherige Akkumulation von 500 erforderlich; das Akkumulationstempo muß entsprechend gesteigert worden sein. Nur zur Vereinfachung dieses Gedankenganges haben wir angenommen, daß der Wert der verwendeten dem der verbrauchten Produktionsmittel gleich ist.
- 219 Diese Überlegungen setzen voraus, daß die Konsumgüterproduktion jeder Periode erst in der jeweils nächsten Periode an den Verbraucher gelangt. Wenn die Konsumgüterproduktion dagegen sofort zur Verfügung stünde, könnte das Gleichgewicht unter folgenden Bedingungen hergestellt werden:

S c h e m a 6 a

	Verbrauchte Produktionsmittel	Bezahlte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit (Akkumulation)	Wert der Produkte
Abteilung I	35	29 1/6	5 5/6	70
Abteilung II	25	20 5/6	4 1/6	50
Summe	60	50	10	120

In diesem Fall kann der Lohn 5/6 des von einer Arbeitsstunde gelieferten Wertes ausmachen; das ist eine Folge des rascheren Umlaufs des Umlauffonds.

- 220 Unter der Voraussetzung, daß die während einer Periode produzierten Konsumgüter erst in der nächsten Periode zur Verfügung stehen.
- 221 Ein anderer Sachverhalt liegt vor, wenn die Arbeitszeit verlängert wird; wir werden diesen Fall hier nicht untersuchen, weil wir davon ausgehen, daß diese Zeit stabil bleibt.
- 222 Sechs Milliarden für Abteilung I, zwei Milliarden für Abteilung II. Die drei Milliarden zusätzlichen Arbeitsstunden der folgenden Periode entsprechen hier einem Lohn von 2 Milliarden, während sie im vorigen Schema einem Lohn von 1,5 Milliarden entsprachen; es genügt daher, daß 1,5 Milliarden Konsumgüter akkumuliert werden.
- 223 Es handelt sich hier um das, was Marx "intensive erweiterte Reproduktion" nennt.
- 224 Ein weiteres Beispiel siehe Anhang 2 (S. 236).
- 225 Folglich gibt es auch eine immer größere Differenz zwischen dem produzierten und dem reproduzierten Wert.
- 226 Vgl. Anhang 4 (S. 239).
- 227 Mit den im Text gemachten Einschränkungen gilt, daß die Bestimmung des Akkumulationstempos aus einer politischen Entscheidung resultiert; sobald diese Entscheidung aber getroffen ist, ist der Betrag des Lohnfonds ebenso festgelegt wie der des Akkumulationsfonds (und folglich auch die "wirtschaftlich günstigsten Relationen"). Es ist im übrigen denkbar, daß das Akkumulationstempo nicht unmittelbar beschlossen wird, sondern über eine Entscheidung über das Volumen des Lohnfonds; in diesem Fall wäre die Akkumulationsrate indirekt festgelegt. Für bestimmte Ökonomen (besonders G. Halle) ist die "Unbestimmtheit" der Akkumulationsrate eine der "Schwächen" der Planwirtschaft; in Wirklichkeit stellt sie einen Schritt in Richtung auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit dar. In der kapitalistischen Wirtschaft ist die Akkumulationsrate von der Einkommensverteilung bestimmt, die wiederum aus der Verteilung der Produktionsmittel, genauer aus der Verteilung des Eigentums an den konkreten Produktionsmitteln, resultiert. Diese ist jedoch ein historisches Produkt.
- 228 D.h. im wesentlichen den Indexzahlen für die stoffliche Seite des Produktionsprozesses (Anm. d.V.).
- 229 Z.B. durch malthusianische Tendenzen oder durch Rüstungstendenzen.
- 230 Das heißt im Rahmen eines Wirtschaftsgefüges, das groß genug ist, daß für ihn der Außenhandel nur eine zweitrangige Rolle spielt.
- 231 Das Problem einer relativ autarken Planwirtschaft ist natürlich vor allem von theoretischem Interesse. Jedoch ist gewiß, daß es für die Staaten mit Planwirtschaft, die von feindlichen Ländern, von denen sie sich keine regelmäßige Versorgung erwarten können, umgeben sind, eine Illusion wäre, wenn sie sich auf die "Vorzüge" der internationalen Arbeitsteilung stützen würden.
- 232 Wobei A eine Geldeinheit ist, die als Leitwährung dient.

- 233 Wir sprechen davon, daß dieser Wechselkurs durch die "Quotientenmethode" erhalten wurde, da er durch Division des Auslandswerts der Exporte durch den Inlandswert errechnet wird. Wenn die Bilanz nicht ausgeglichen ist, kann die "Quotientenmethode" auch so angewendet werden, daß der Auslandswert sowohl der Exporte wie der Importe ihrem Inlandswert gegenübergestellt wird. Die "ausgeglichene Wechselrate" muß zwischen beiden liegen.
- 234 Genauer gesagt, richtet er sich für Investitionen nicht nach einem Exportplan; in bezug auf die laufende Produktion muß dagegen die Erhöhung der Lieferungen von Produkten, deren Export "vorteilhaft" ist, vorgesehen werden.
- 235 Wir gehen im Augenblick davon aus, daß es sich nur um Wirtschaftsbeziehungen zwischen einer Planwirtschaft und dem Weltmarkt und nicht mit anderen Planwirtschaften handelt. Die zweite Möglichkeit wird in einem späteren Abschnitt untersucht werden.
- 236 Zum Spiel des Wertgesetzes unter dem Gesichtspunkt des Arbeitswerts im Außenhandel vgl. P. M. Sweeney, *The Theory of Capitalist Development*, New York 1942, S. 287 ff.
- 237 Wenn die für einen Export bestimmten Produkte nur einen relativ kleinen Markt und besonders flexible Verkaufspreise haben, muß man auch berücksichtigen, daß eine empfindliche Steigerung der Exporte zu einem Sinken der Weltmarktpreise führt. Ab einer gewissen Grenze würden die Exporte dadurch unvorteilhaft; auch dieses Teilproblem muß bei der Festsetzung der zu exportierenden Mengen berücksichtigt werden. Dabei kann es durchaus vorkommen, daß das festgesetzte Exportquantum unter dem technisch möglichen liegt (oder daß die technischen Produktionsmöglichkeiten nicht über eine bestimmte Zahl hinaus weiterentwickelt werden). Hier müssen die gleichen Kalkulationen durchgeführt werden wie bei der monopolistischen Preisgestaltung; das gilt jedoch für die Beziehungen der planwirtschaftlichen Länder zum kapitalistischen Weltmarkt und nicht für die zwischen planwirtschaftlichen Ländern.
- 238 In bestimmten Fällen kann es auch angezeigt sein, den Import bestimmter Produkte zu beschränken, damit die entsprechenden Weltmarktpreise nicht steigen; auch dieser Punkt muß bei der Planung des Außenhandels berücksichtigt werden.
- 239 Es handelt sich hier einzig und allein um die Berücksichtigung des relativen volkswirtschaftlichen Arbeitsaufwands, dessen absoluter Wert möglicherweise höher liegt als in den übrigen Ländern. So nehmen wir im Text an, daß das Produkt A 100 Arbeitsstunden, das Produkt B 400 Arbeitsstunden benötigt. Wenn die Preisverhältnisse auf dem Weltmarkt so sind, wie wir angenommen haben, ist es immer angezeigt, A zu exportieren und B zu importieren, und zwar unabhängig vom Arbeitsaufwand, der im Ausland zu ihrer Produktion erforderlich ist. Dieser Aufwand mag beispielsweise für A 50 Stunden und für B 100 Stunden betragen, d.h.

- im absoluten Wert niedriger sein als in der inländischen Planwirtschaft. Das kommt daher, daß es sich um eine von der Weltwirtschaft unabhängige Nationalökonomie handelt. Wäre die Weltwirtschaft dagegen vollständig geplant, so könnte eine umfassende Umverteilung der Produktivkräfte in dem Sinne erfolgen, daß sich jede Region auf diejenigen Produktionen spezialisiert, für die sie absolut (nicht mehr nur relativ) am besten geeignet ist.
- 240 Mikojan, "Bolschewik" Nr. 24, 1949, S. 50.
- 241 Vgl. Schluß der Anmerkung 242.
- 242 Mit "Sparen" und "Spargelder" bezeichnen wir hier das, was - mit Ausnahme der Selbstfinanzierung - von den verteilten Einkommen nicht ausgegeben wird.
- 243 "Frei" bedeutet hier nicht "unmotiviert" oder "unbegründet" (was einen ökonomischen Indeterminismus voraussetzen würde), sondern ohne gesetzlichen oder reglementierten Zwang.
- 244 Dabei handelt es sich natürlich nur um eine Palliativmaßnahme, mit der sich nur im Finanzbereich die Fehler des Plans oder die Konsequenzen seiner schlechten Durchführung abschwächen lassen.
- 245 Soweit die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaft dazu tendiert, die Risiken der Unternehmensleiter auf der Basis des Privateigentums einzuschränken, tendiert sie zur Unterdrückung jeglicher Initiative und jeglicher Ausweitung der Produktionskräfte - sie tendiert zur wirtschaftlichen Stagnation.
- 246 Wir sagen "im Prinzip", weil natürlich auch in einer solchen Wirtschaft Initiativen auf wirtschaftlicher Ebene ohne Erwägung des Geldgewinns ergriffen werden können; dort ist es aber eine Ausnahme.
- 247 Daher hat die Staatsmacht, seit die Interessen des industriellen Großkapitals in Richtung auf einen ökonomischen Malthusianismus laufen, in allen Ländern Maßnahmen ergriffen, die diese Entwicklung begünstigen (zu Lasten der Verbraucher); auf diese Art drückt sich vor allem der heutige "Überprotektionismus" aus.
- 248 Wenn die Welt vor wirtschaftlicher Stagnation und Krieg bewahrt werden soll.
- 249 Die Kriege sind zweifellos selbst eine unvermeidliche Konsequenz des kapitalistischen Systems.
- 250 Diese Erörterungen müßten sich insbesondere auf ein aufmerksames Studium der Wirtschaftspolitik stützen, die in den ersten Jahren des Bestehens der Volksdemokratien durchgeführt wurde, als Vergesellschaftung und Planung noch nicht ihr heutiges Ausmaß erreicht hatten.
- 251 Dieser Vertiefung widmet sich die Studiengruppe für Planungsprobleme im Rahmen der Sektion VI der Ecole Pratique des Hautes Etudes mit Unterstützung des Centre d'Etudes de Politique étrangère. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden regelmäßig unter dem Titel "Problèmes de Planification" veröffentlicht.
- 252 Siehe S. 182 ff.
- 253 Vom theoretischen Standpunkt aus ist das Schema 1 b gewiß exakt.

Ökonomisch müssen die in der unproduktiven Sphäre verbrauchten Produkte, gleich welcher Art, den Konsumgütern gleichgestellt werden. Alle diese Produkte verhalten sich nämlich wie Konsumgüter, da ihr Wert ja bei ihrem Gebrauch ganz einfach zerstört wird; die Produkte der Abteilung I, d.h. der Produktionsmittelproduktion, sind dagegen dadurch gekennzeichnet, daß ihr Wert beim Gebrauch nicht etwa zerstört, sondern im Gegenteil auf die mit ihrer Hilfe produzierten Produkte übertragen wird. Dennoch ist es vom analytischen Gesichtspunkt aus nicht uninteressant, die in den Arbeiten der unproduktiven Sphäre verbrauchten Produkte Produktionsmitteln gleichzustellen, da sie ja gerade aufgrund ihrer Beschaffenheit ohne Schwierigkeiten in die andere Sphäre überführt werden und einer Entwicklung der Produktivkräfte Raum geben können. So können beispielsweise Waffenfabriken in Traktorenfabriken umgewandelt werden oder in Fabriken, die andere Maschinen produzieren. Aufgrund dieser rein praktischen Überlegung ist es in bestimmten Fällen sinnvoll, die in der unproduktiven Sphäre verbrauchten Produkte in der Abteilung I aufzuführen. Geht man so vor, erscheint das Schema 1 b in folgender Form:

	Verbrauchte Produktionsmittel	Verteilte Löhne	"Unbezahlte" Arbeit	Wert der Produkte
Abteilung I	67 1/2	22 1/2	11 1/4	101 1/4
Abteilung II	22 1/2	7 1/2	3 3/4	33 3/4
Summe	90	30	15	135
Unproduktive Sphäre	11 1/4	3 3/4		
Insgesamt	101 1/4	33 3/4		

Neu im Verlag des POLITLADEN ERLANGEN



- Grigori Sinowjew
Geschichte der KPdSU (B)
- Schulungsmaterial - 240 S. 7,50
- Karl Marx/Friedrich Engels
Briefe über "Das Kapital" 404 S. 6,00

MEHRWERT
Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie.
Herausgegeben in Westberlin und Bremen.
Erscheint unregelmäßig.

KAPITALISTISCHE HOCHSCHULREFORM
- Analysen und Dokumente -
Herausgegeben von der Marxistischen Gruppe
Erlangen/Nürnberg. 230 S. 6,50

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS - Sonderheft 4
B u n d e s w e h r - Waffe des Kapitals
ca.200 S. ca.6,00

IM HERBST 1972
erscheint als Politladen-Druck 4 ein Buch von
Christel Neusüß zum Imperialismus, welches
nach Darstellung und Auseinandersetzung mit
der Leninschen Imperialismustheorie eine Weiterentwicklung der Marx'schen Kategorien in
bezug auf die Analyse der Weltmarktbewegung
des Kapitals enthält.
Als Politladen-Druck 5 erscheint von Karl
Held "Marxismus und Sprachwissenschaft".

POLITLADEN GMBH 852 ERLANGEN HINDENBURGSTR.17

ALLE POLITLADEN-TITEL IN DEN LINKEN BUCHLÄDEN
ODER DURCH DEN POSTVERSAND DES POLITLADEN !!!

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF

- | | | | |
|--|----------|--|----------|
| 9 G. Pesquet/A. Gramsci
Räte in Saclay/Räte in
Turin | 6.50 | 31 Bewaffneter Kampf und
Massenlinie | ca. 5.00 |
| 10 Frauenemanzipation | 5.80 | 32 Befreit Belfast! Volks-
krieg in Nordirland | ca. 6.00 |
| 11 Tragt den Klassenkampf
in die Armee! | 5.40 | 33 Balestrini
Vogliamo Tutto - Wir
wollen alles! Roman | ca. 6.00 |
| 12 C. Schuhler
Black Panther | 7.00 | 34 Rote Fahnen über Polen
Streiks in Stettin | ca. 6.00 |
| 16 FIAT-Streiks | 7.50 | | |
| 17-19 Schüller/Kurella/Chi-
tarow - Geschichte der
Kommunistischen Jugend-
internationale
Bd. I-III pro Band | 7.80 | | |
| 20 Varga/Bettelheim/Maccio
Sowjetunion und China -
Zwei Wege des sozialisti-
schen Aufbaus | 5.80 | | |
| 21 W. Eschenhagen
Antigewerkschaftlicher
Kampf oder Kampf in den
Gewerkschaften (Klück-
ner-Streiks) | 9.80 | | |
| 22 G. Murry
Mensch und Sozialismus
in Albanien | 7.80 | | |
| 23 Ch. Bettelheim
Massenlinie und revolutio-
näre Partei | 4.00 | | |
| 24 "Quaderni Rossi"
Arbeiteruntersuchung und
kapitalistische Organisa-
tion der Produktion | ca. 7.00 | | |
| 25 V. Agartz
Gewerkschaft und Arbei-
terklasse | 7.80 | | |
| 26 USA: Nationale Revolution
oder Klassenkampf | 6.50 | | |
| 27 Die Konzeption der prole-
tarischen Partei bei Lenin | 5.80 | | |
| 28 Sind wir Proletarier? | 4.00 | | |
| 29 Nehmen wir uns die Stadt | 7.80 | | |
| 30 Regini/Reyneri
Der Kampf der Arbeiter ge-
gen die kapitalistische Orga-
nisation der Produktion | ca. 9.00 | | |

TRIKONT BÜCHER

- | | |
|---|-----------|
| G. Challand
Bewaffneter Kampf in Afrika | 9.80 |
| C. Schuhler
Zur politischen Ökonomie der
Armen Welt | 9.80 |
| Ch. Bettelheim
Der Aufbau des Sozialismus
in China | 9.80 |
| P. Cinnant
Emigration und Imperialis-
mus | 12.80 |
| S. Gerles/E. Lobel
Die Araber in Israel | 12.80 |
| A. Léon
Judenfrage und Kapitalismus | 7.80 |
| S. Amin/Ch. Pallot
Neuere Beiträge zur Imperi-
alismustheorie Bd. I | 7.80 |
| N. Poulantzas
Faschismus und Diktatur | ca. 22.00 |
| Ch. Bettelheim
Theorie und Praxis soziali-
stischer Planung | ca. 20.00 |
| Rita di Leo
Revisionismus und Orga-
nisation der Arbeit | ca. 12.80 |
| M. Gaglio
Medizin und Profit | ca. 8.50 |

14806

PREISE UND GEWINNE: Wert/Herstellungspreis/Großhandelspreis/Einzelhandelspreis/Gewinn

BESTIMMUNG DER GÜNSTIGSTEN TECHNIK: Rentabilität/Arbeitszeiteinsparung/Bewegung der Arbeitsproduktivität/Dauer der Anlaufzeit/Direkte und indirekte Investitionen

DAS PROBLEM DES ÖKONOMISCHEN GLEICHGEWICHTS: Optimale Verwendung/Gleichgewicht zwischen Produktion und gesellschaftlichem Bedarf/Optimale Verwendung der Arbeitskraft

GLEICHGEWICHT ZWISCHEN PRODUKTION UND KONSUMTION: Problem des stationären Zustands/Statisches Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion/Wachstum der Zahl der Arbeiter/Progressive Veränderung der Produktionsformeln/Die Schemata

AUSSENHANDEL, GLEICHGEWICHT UND PREISE: Autarke Wirtschaft/Wirtschaft im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung

ABSCHLUSS UND ANHÄNGE: Zinssatz/Rücklagen/Initiative/Unkosten der Planung/Die NEP/Abteilung I und Abteilung II/Unterschiedliche Umschlagzeiten/Literatur zum Problem Planung